vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS
UND THEODOR ESCHENBURG

AUS DEM INHALT

KARL DIETRICH ERDMANN

Die Weimarer Republik als Forschungsproblem

FELIX HIRSCH Stresemann, Ballin und Amerika

WALTER BAUM
Reichsreform im Dritten Reich

FRITZ TERVEEN

Der Film als Geschichtsquelle

GERALD STOURZH Ideologie und Machtpolitik

DOKUMENTATION

Deutsch-Russische Beziehungen im Sommer 1918

BIBLIOGRAPHIE

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

vor

HANS ROTHFELS und THEODOR ESCHENBURG in Verbindung mit Franz Schnabel, Ludwig Dehio, Hans Speidel, Werner Conze und Karl Dietrich Erdmann

> Schriftleitung: DR. HELMUT KRAUSNICK München 22, Reitmorstraße 29

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSATZE		
Karl Dietrich Erdmann	Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft	1
Felix Hirsch	Stresemann, Ballin und die Vereinigten Staaten	20
Walter Baum		36
MISZELLE		
Fritz Terveen	Der Film als historisches Dokument	57
DOKUMENTATION		
FORSCHUNGSBERICHTE	Zu den deutsch-russischen Beziehungen im Sommer 1918 (Hans W. Gatzke)	67
Gerald Stourzh	Ideologie und Machtpolitik als Diskussions- thema der amerikanischen außenpoliti- schen Literatur	99
BIBLIOGRAPHIE		1

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart S, Mörikestr. 17, Tel. 74851/52 Vertrieb und Auslieferung: Stuttgart N, Hospitalstraße 12, Telefon 91015/92332—Preis des Einzelheftes DM 6.—; die Bezugsgebühren für das Jahresabonnement (4 Hefte) DM 20.— zuzüglich Zustellgebühr. Erscheinungsweise: Vierteljährlich im Normalumfang von je 112 Seiten (7 Bogen). Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und der Verlag entgegen. Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart



VIERTELIAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

8. Jahrgang 1955

1. Heft/Januar

KARL DIETRICH ERDMANN

DIE GESCHICHTE DER WEIMARER REPUBLIK ALS PROBLEM DER WISSENSCHAFT

I

Die Geschichtswissenschaft steht in einem eigentümlichen Spannungsverhältnis zu ihrem Gegenstand. Sie sucht ihm nahe zu sein und zugleich fern. Nahe, als ob die Toten noch lebten und ihre Zukunft noch offen sei - fern, als ob die noch lebenden Mitspieler jüngst vergangener Geschichte schon entrückt seien in den Bereich des eindeutig Gewesenen, des Unabänderlichen. Was vergangen ist, holt sie in die Gegenwart, und das Gegenwärtige sieht sie an als das schon wieder Vergehende. In welchem frühen oder späten Jahrhundert sie immer ihren besonderen Gegenstand sucht, sie bleibt gebunden an das Gesetz der Nähe und Ferne. Je größer der natürliche Abstand von Zeit und Raum ist, ein um so höheres Maß an vergegenwärtigender Kraft wird von ihr verlangt werden, um verblaßte, vom grauen Nebel der Jahrhunderte verdeckte Farben zu neuem Leuchten zu erwecken und noch die Steine zum Reden zu bringen. Je näher der Gegenstand liegt, dem sie sich zuwenden möchte, um so mehr ist sie gehalten, Abstand zu gewinnen. Es ist sehr natürlich, diesen Abstand zunächst als einen rein zeitlichen zu sehen und sich zu fragen, welches wohl die minimale Spanne an Jahren sein müsse, die sich zwischen dem Betrachter und dem Geschehnis zu erstrecken habe, um eine historisch-wissenschaftliche Behandlung zu ermöglichen, die etwas anderes ist als nur ein historischer Kommentar zu "laufenden Ereignissen" (current events). Wenn man, wie man es mit Recht getan hat, als politische Gegenwart den Zeitraum bestimmt, in dem jeweils die Ältesten der noch Lebenden geschichtliche Verantwortung getragen haben, dann gelangt man zu einem halben Jahrhundert als der Zeitspanne, die erforderlich ist, um ein Geschehen historisch zur Reife zu bringen¹. Wenn dieser Abstand gewonnen ist, so kann das Urteil beginnen, sich unabhängig zu bewegen von persönlichen und politischen Rücksichtnahmen. Die Quellen beginnen freier zu fließen. So läßt sich etwa beobachten, daß in England die diplomatischen Akten schubweise im Abstand von rund 50 Jahren aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes in das öffentliche Staatsarchiv verlagert und der Forschung

1

Institut für
Zeitgeschichte
München-Berlin
viertzijahesherte für
Zeitgeschichte

¹ Vgl. Zur Definition der "Gegenwart" als eines geschichtlichen Begriffs Peter Rassow, Der Historiker und seine Gegenwart, München 1948.

allgemein zugänglich gemacht werden, so daß die gegenwärtige Freigrenze im Jahre 1902 liegt.

An diesem Maßstab gemessen würde sich der gesamte Zeitraum zwischen den beiden Weltkriegen, in dessen erste Phase die Geschichte der Weimarer Republik fällt, der historischen Behandlung gegenwärtig noch entziehen. Und man braucht ja nur daran zu denken, daß das Schicksal der diplomatischen Akten der Weimarer Republik und die Gewährung eines freien Zugangs zu ihnen zur Zeit selbst Gegenstand diplomatischer Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und den drei Westmächten sind, um zu sehen, was uns an Abstand zu jener Periode noch fehlt.

Jedoch bemißt sich geschichtlicher Abstand in der Zeit nicht nur chronologisch. Die Jahre haben ihr verschiedenes Gewicht und nicht nur ihre Zahl. Der Strom der Zeit, bald ruhig dahinfließend, bald zu Seen gestaut und wieder wild durch Engen und Schluchten dahinbrausend, stürzt je und dann in Katarakten hinab, um auf neuer Ebene seinen ungleichmäßigen Lauf fortzusetzen. Solche Zeitenstürze sind die Jahre der beiden Weltkriege. Die von ihnen eingeschlossenen beiden Dezennien sind auch dem aus verhältnismäßig zeitlicher Nähe auf sie gerichteten Blick bereits als eine geschichtliche Einheit erkennbar und darum auch als eine solche benennbar. Maurice Baumont, der die erste größere wissenschaftliche Darstellung der allgemeinen Geschichte dieses Zeitraums gegeben hat, gab seinem Buch den Titel "La faillite de la paix", der Fehlschlag des Friedens². Das ist, wenn man von den 1919 gehegten Hoffnungen auf eine internationale Ordnung ausgeht, eine treffende Charakterisierung des Ergebnisses der 20 Jahre bis 1939. Man wird, wenn man an die Geschichte der innenpolitischen Verhältnisse denkt, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern in all jenen europäischen Staaten, in denen die Verfassungsentwicklung von der Demokratie zur Diktatur führte, ebenso berechtigt sein, über jenen Zeitraum von 20 Jahren die Überschrift zu setzen "Der Fehlschlag der Freiheit". In dieser Feststellung des doppelten Scheiterns ist zugleich ein Grundproblem genannt, vor das sich die Forschung zur Geschichte der Weimarer Republik gestellt sieht, die Frage nämlich nach dem Verhältnis der äußeren und inneren Ordnung: ob die Freiheit zugrunde ging, weil es keinen echten Frieden gab, oder ob der Friede zerbrach, weil man die Freiheit preisgab.

Hier drängt sich sogleich eine andere Beobachtung auf: man braucht das Problem nur in dieser Formulierung auszusprechen, wie Friede und Freiheit in jenem Zeitraum, in dem beide scheiterten, aufeinander bezogen seien, um sich bewußt zu werden, wie sehr das, was sich als Frage der Wissenschaft an die deutsche Geschichte zwischen den beiden Weltkriegen richtet, zugleich uns heute politisch bedrängt. Einen wie tiefen Schnitt in der deutschen Nationalgeschichte der zweite Weltkrieg mit dem Auseinanderbrechen der Reichseinheit bedeuten mag, universalgeschichtlich und sozialgeschichtlich sehen wir heute vielleicht deutlicher als unmittelbar nach dem Ende des Krieges, daß die Thematik der weltgeschichtlichen

² Maurice Baumont, La Faillite de la Paix (1918—1939). 2 Bde., 3. verb. und erw. Ausg. Paris 1951.



Periode, in der wir heute leben, früher begann. Mit Recht hat man, und zuletzt wieder Hans Rothfels in seinem einleitenden Aufsatz zu den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte, auf die epochensetzende Bedeutung des Jahres 1917 hingewiesen mit dem Doppelereignis der russischen Revolution und des Eingreifens der Vereinigten Staaten in den europäischen Krieg. Die Zeitgeschichte, die historische Periode, in der wir Heutigen leben, beginnt in jener universalhistorischen Konstellation, die in Deutschland Anlaß gab zur Koalition der drei Parteien, die den Weimarer Staat schufen. Man wird nicht, wie es bisweilen angesichts der Auflösung des traditionellen europäischen Mächtesystems geschieht, voreilig das Kennzeichnende der zeitgeschichtlichen Periode darin erblicken dürfen, daß der Gedanke des Mächtesystems überhaupt als eines Prinzips zwischenstaatlicher Ordnung endgültig abgelöst wäre durch einen machtpolitischen Dualismus oder gar durch eine unausweichliche Tendenz zur machtpolitischen Vereinheitlichung der Erde. Ebensowenig ist die soziale Revolution das durchweg Kennzeichnende der Periode. Wenn wir genau zusehen, wird nämlich in beiden Fällen die Vergangenheit von einer für wahrscheinlich gehaltenen Zukunftsentwicklung her beurteilt. Wenn wir uns nicht auf den schwankenden Boden historischer Prognosen begeben wollen, die ja immer von der schweigenden Voraussetzung ausgehen, daß in der jeweiligen Gegenwart unausweichlich eine bestimmte Zukunft eindeutig vorgezeichnet sei und also die anders Wollenden sich historisch ins Unrecht begeben, wenn wir also nicht einer fatalistischen Interpretation der Zeitgeschichte huldigen, so erscheint sie dem unbefangenen Blick eben gekennzeichnet durch Offenheit der Situation in Entscheidungsstunden, deren universal- und sozialhistorischer Grundzug die Begegnung und Auseinandersetzung zwischen überstaatlichen und nationalen, revolutionären und bürgerlichen Gestaltungskräften ist. So tiefgreifend daher der Unterschied zwischen der besonderen deutschen Lage heute und der Weimarer Republik sein mag, die Verklammerung des Heute und Gestern durch verwandte Grundprobleme ist so stark, daß jedes Urteil über Verhältnisse und Geschehnisse aus der Zeit der Weimarer Republik zugleich ein politisches Faktum ist. Es wäre eine Illusion zu glauben, daß sich ein Bild der deutschen Geschichte von 1918 bis 1933 gewinnen ließe, das nicht auf unser eigenes Schicksal heute bezogen wäre. Hier erhebt sich nun die Forderung nach historischer Distanz in einer dritten Bedeutung: die Forderung nämlich nach der Umwandlung des politischen Ja und Nein zu den Figuren des Dramas, so als wären wir Mitspieler, in ein wissenschaftliches Verstehen, das nach den Gründen fragt, warum die Menschen so verschieden handeln, und sich nicht scheut vor dem Vorwurf, daß alles verstehen alles verzeihen heiße. Wo der Gegenstand der Geschichte uns politisch noch so nahe angeht, daß das Gestern uns wie ein Heute erscheinen mag und wir selbst noch mitten im Getümmel stehen, da ist die Distanz, die vom Historiker gefordert wird, eine Distanz von sich selber, eine Analogie der wissenschaftlichen Haltung zu der des Glaubens, wie der Korintherbrief von denen spricht, "die da weinen, als weinten sie nicht; und die sich freuen, als freuten sie sich nicht" (1. Korinther 7, 29-30). Der Weg zur Gewinnung der Distanz aber wird beschritten durch



Jahrgang 3 (1955), Heft 1 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html

URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Karl Dietrich Erdmann

einen bewußten Prozeß des Fragens. Wo die chronologische Distanz gering ist, wo wichtige Quellen noch verschlossen bleiben, wo die Nähe der geschichtlichen Situation den Beobachter unmittelbar teilnehmen läßt an dem Geschehen, so als könnte er noch nachträglich eingreifen in die Speichen des Rades, das doch schon eine Strecke weiter gerollt ist — da stellt der wissenschaftliche Distanzierungsprozeß, nämlich in solidarischem Bemühen der Forschung zutreffend formulierte Fragen anzustreben, eine notwendige propädeutische Leistung dar in Erwartung und Vorbereitung späterer voller Erkenntnis.

Π

Die wissenschaftliche Erforschung der Geschichte der Weimarer Republik steht in ihrem Anfangsstadium. Die Stunde der Geschichtsschreibung, der breit gelagerten und tief begründeten, das deutsche Leben in diesem Zeitraum in allen seinen inneren und äußeren Bezügen umfassenden Darstellung, ist noch nicht gekommen. Wohl besitzen wir einige bemerkenswerte Bücher, die den Blick auf den Gesamtablauf dieses Abschnitts der deutschen Geschichte richten. Da sind einmal jene Schriften, die noch unmittelbar geprägt sind von der innerpolitischen Frontenstellung jener Zeit wie das von Friedrich Stampfer, dem Chefredakteur des führenden sozialistischen Blattes, der in einer Schilderung der 14 Jahre der ersten deutschen Republik mit den Gegnern seiner Sache ins Gericht ging³, oder von Hermann Ullmann, einem Wegbereiter der konservativen Revolution, der 1933, ahnungslos über den Sturz des Weimarer Staates frohlockend, den Kampf gegen die Republik als Durchbruch zur Nation deutete⁴, oder von Ferdinand Friedensburg, der in einem bereits 1934 fertiggestellten, aber erst nach dem zweiten Kriege veröffentlichten Werk einen Bericht über die Leistungen der bürgerlich-demokratischen Republik gab⁵, und schließlich von Erich Eyck, der mit einem eben erschienenen ersten Bande über die Weimarer Zeit seine mit der Bismarckbiographie begonnene liberale Interpretation, oder soll man sagen Abrechnung mit der deutschen Geschichte seit der Reichsgründung fortgesetzt hat6.

Und zum anderen ist da eine Gruppe von jüngst erschienenen oder im Erscheinen begriffenen Schriften, die in handbuchartiger, vornehmlich für Unterrichtszwecke gedachter Form den gegenwärtigen Bestand unserer Kenntnisse zusammenfassen. Ich denke hier an die Arbeiten von Hans Herzfeld⁷ und Werner Conze⁸.

Institut für
Zeitgeschichte
München-Berlin
viertellaheshefte für
Zeitgeschichte

Jahrgang 3 (1955), Heft 1 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf

Friedrich Stampfer, Die ersten 14 Jahre der Deutschen Republik. Offenbach 1947.

⁴ Hermann Ullmann, Durchbruch zur Nation. Geschichte des deutschen Volkes 1919 bis 1935. Jena 1955.

⁵ Ferdinand Friedensburg, Die Weimarer Republik. Berlin 1946.

⁶ Erich Eyck, Geschichte der Weimarer Republik, I. Bd. Vom Zusammenbruch des Kaisertums bis zur Wahl Hindenburgs. Erlenbach—Zürich und Stuttgart 1954.

⁷ Hans Herzfeld gibt eine verhältnismäßig ausführliche Darstellung der deutschen Zeitgeschichte in: Die moderne Welt 1789—1945, II. Band, Weltmächte und Weltkriege, Die Geschichte unserer Epoche 1890—1945. Braunschweig 1952.

Werner Conze, Die Weimarer Republik, in: Deutsche Geschichte im Überblick, herausgegeben von Peter Rassow. Stuttgart, 1953.

Schließlich ist unter den Gesamtdarstellungen ein Werk zu nennen, das dem inneren Gewicht nach an die erste Stelle gehört, das aber, trotz seines Titels, keine gleichmäßige Behandlung der ganzen Periode, sondern im wesentlichen eine Untersuchung der revolutionären Phase von 1918 bis 1923 gibt, ich meine Arthur Rosenbergs 1935 in Karlsbad erschienene "Geschichte der deutschen Republik". Mit diesem Buch beginnt die wissenschaftliche Erforschung der deutschen Geschichte von 1918 bis 1933. Allerdings setzte sie in breiterem Maße erst nach 1945 ein.

Das lag einmal daran, daß nun mancherlei Quellen zu fließen begannen. Neben Dokumentenpublikationen öffneten sich die Schleusen für einen Strom von lange zurückgehaltener Memoirenliteratur. Bei aller Skepsis, die dieser Quellengattung und ihren Produkten sehr unterschiedlichen Wertes gegenüber geboten ist, wird um ein Beispiel zu nennen — niemand mehr, der die innere Geschichte der deutschen Sozialdemokratie verstehen will, auf die kritische Auswertung der Erinnerungsbücher von Severing, Braun, Noske, Löbe und Leber verzichten können⁹. Der entscheidende Antrieb aber lag in der geschichtlichen Situation selber, wie sie sich nach dem Zusammenbruch und angesichts der Notwendigkeit ergab, einen Neubau unseres politischen Lebens in Angriff zu nehmen. Die Analogie zur Situation von 1919 drängte sich auf. Der damals errichtete Staatsbau hatte sich als nicht fest genug gefügt erwiesen. Wo lagen die Fehler der Konstruktion, im Gestänge der Verfassungsbestimmungen, im sozialen Gefüge, in der Wirtschaft, in den organisatorischen Formen unseres Parteiwesens? Lag der Grund für den Zusammenbruch der Republik überhaupt in ihrer inneren Brüchigkeit, oder war es die äußere Belastung durch den Versailler Vertrag und seine Auswirkungen, unter der die Pfeiler knickten? War es Schicksal oder menschliches Versagen? Alle Forschung zur Geschichte der Weimarer Republik steht mit Notwendigkeit - ausgesprochen oder unausgesprochen - unter der Frage nach den Ursachen ihres Zusammenbruchs. Freilich begegnen wir der Frage nach den Ursachen für das schnelle Ende der Republik noch in einer bestimmten wiederkehrenden Abwandlung. Während die Forschung, wenn anders sie nicht in einer Kollektivverurteilung der deutschen Geschichte enden will, notwendigerweise davon ausgeht, daß sich im Jahre 1933 ein Bruch in unserer Tradition vollzogen hat, welche Risse und Sprünge auch immer vorher schon vorhanden sein mochten, und wie tief in sie eingesenkt man die Wurzeln des Unheils erkennen mag, so haben wir in der historisch-politischen Literatur doch auch Stimmen der Verzweiflung oder des Hasses gehört, die das Jahr 1933 und das, wohin es geführt hat, das logische Gesamtergebnis, die Quintessenz der deutschen Geschichte nannten. Der Wechsel von der Republik zur Diktatur erschien dann nicht mehr als ein Bruch. Am radikalsten ist diese These formuliert in einer in England erschienenen Studie, die Scheele der deutschen Geschichte



Jahrgang 3 (1955), Heft 1 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

[•] Carl Severing, Mein Lebensweg. 2 Bde., Köln 1950; Otto Braun, Von Weimar zu Hitler, Hamburg 1949; Gustav Noske, Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie. Offenbach 1949; Paul Löbe, Erinnerungen eines Reichstagspräsidenten. Berlin 1949, 2. veränderte und erw. Aufl. unter dem Titel: Der Weg war lang. Berlin 1954; Julius Leber, Ein Mann geht seinen Weg. Schriften, Reden und Briefe, herausgegeben von seinen Freunden. Berlin 1952.

von 1918 bis 1933 gewidmet hat. Hier wird die Weimarer Republik selber — und nicht etwa ihre Gegner — zur "Ouverture des Dritten Reichs", wie der Buchtitel heißt, und zwar im Sinne seiner direkten Vorbereitung¹⁰. Man wird gut daran tun, selbst solch extreme Interpretationen mit Aufmerksamkeit zur Kenntnis zu nehmen. Enthalten sie doch eine heilsame Warnung davor, den Zufall, das Schicksal oder noch massivere irrationale Mächte vorschnell in die Deutung des Geschehens einzubauen, statt geduldig in die Breite und Tiefe nach den erkennbaren Ursachen zu forschen.

Aus dieser Forschungsarbeit nun, geleitet letztlich von dem Bestreben, den Zusammenbruch zu ergründen, heben sich, wenn man die bisher vorliegenden Untersuchungen überblickt, drei besondere Themen vornehmlich heraus:

- 1. die revolutionäre Entstehungsphase der Republik,
- die Endphase der Republik, d. h. die Zeit der Präsidialkabinette und ihre verfassungsgeschichtlichen Wurzeln,
- die Frage des Zusammenhangs zwischen der innerpolitischen Entwicklung und der Belastung aus dem Versailler Vertrag.

Diese drei Gruppen sollen hier nacheinander betrachtet werden.

Ш

Arthur Rosenberg also sucht eine Antwort auf die Frage, warum die deutsche Republik versagt habe, in einer Untersuchung ihrer revolutionären Anfangsphase. Die wichtigste Quelle, die er hierfür, neben einer ausgedehnten Benutzung des statistischen und publizistischen Materials der Zeit, ausgeschöpft hat, sind die unveröffentlichten Sitzungsprotokolle des Rats der Volksbeauftragten, und dieser Umstand macht sein Werk auch heute noch unentbehrlich für das Studium der Zeit zwischen der Novemberrevolution und dem Zusammentritt der Nationalversammlung. Man wird auch die Offenheit anerkennen, mit der er, der langjährige USPDund KPD-Abgeordnete und einer der Führer des linken Flügels seiner Partei, seine eigene politische Beurteilung der Dinge herausstellt, ohne sich hinter diesen zu verstecken. Seine einfache Deutung des Endes der Republik von ihrem Anfang her lautet, daß dieser Staat zugrunde gehen mußte, weil die soziale Revolution unterblieb, weil er die wirtschaftlichen und staatlichen Positionen, an denen die konservativ-monarchischen Kräfte ihren Rückhalt besaßen, unangetastet ließ, weil also der Großgrundbesitz nicht zerschlagen, die Bergwerke und die Stahlindustrie nicht nationalisiert, das Beamtentum in seinem Bestand nicht angetastet und vor allem die in der militärischen Auflösung des Zusammenbruchs liegende Chance vertan wurde, ein neues Heer auf revolutionärer Basis zu bilden. Damit meint er nicht, daß die deutsche Revolution den gleichen Weg hätte beschreiten müsssen wie die russische. Im Gegenteil: die Einberufung einer aus allgemeinen Wahlen hervorgehenden verfassunggebenden Nationalversammlung, d. h. die Respektierung des Prinzips der Volkssouveräuität, schien ihm aus der deutschen Lage ge-

Jahrgang 3 (1955), Heft 1 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf



¹⁰ Godfrey Scheele, The Weimar Republic. Overture to the Third Reich. London 1946 Institut für

boten, die Auflösung der Arbeiter- und Soldatenräte jedoch nicht. Ihm schwebte eine Verbindung von beidem vor, ein Dualismus von Sowjetsystem und Konstituante, in dem die Räte die treibende, zwingende Kraft, und die Nationalversammlung das legalisierende Element darstellen sollten. Er wies auf München hin, wo unmittelbar nach Eisners Ermordung die kleinbürgerliche Mehrheit des Landtags unter dem Eindruck der Machtstellung der auf bewaffnete Arbeiter sich stützenden Räte eine sozialistische Regierung bevollmächtigt habe: "ein Modellfall für eine vernünftige Kombination zwischen Räten und dem verfassungsmäßigen Parlament"11. Deshalb hat er auch gegen die Verbindung der Sozialisten mit den bürgerlichen Parteien der Weimarer Koalition an sich keine Einwände, wäre doch in dieser Verbindung durchaus die Möglichkeit angelegt gewesen, den Umbau des gesellschaftlichen Fundaments, auf dem das Reich bisher geruht hatte, zu beginnen. Zentrum und Demokraten wären jedenfalls zu Beginn bei energischer sozialistischer Führung bereit gewesen, eine hohe Besteuerung des Privateigentums und die Nationalisierung der Schwerindustrie hinzunehmen. Wenn jedoch die revolutionären Ziele unerreichbar blieben, so deshalb, weil die Führer der Sozialisten, "ordentliche, ehrenwerte, hart arbeitende Männer, gänzlich des revolutionären Eifers entbehrten"12. Rosenberg sieht es vor allem als den entscheidenden Fehler an, daß man es versäumte, eine "allgemeine Volksbewaffnung" durchzuführen als Gegengewicht gegen die Freikorps. Nun wird man anerkennen müssen, daß Rosenbergs Feststellung richtig ist, der Weimarer Regierung habe jede Vorstellung einer im republikanischen Sinne konstruktiven Wehrpolitik gefehlt. Aber in wessen Hände wäre die Führung eines Volkes in Waffen geraten? Gab es in der damaligen Bürgerkriegssituation realiter eine dritte Möglichkeit zwischen Roter Armee und einer Reichswehr, für deren Führung man auf das Offizierskorps des kaiserlichen Heeres zurückgriff? Man braucht eine solche Frage nur zu stellen, um das Problem der unterbliebenen sozialen Revolution von einer echten geschichtlichen Entscheidungssituation aus zu beurteilen, die als solche primär gekennzeichnet ist nicht durch die menschlichen Qualitäten oder das Versagen der in ihr Handelnden, in der es auch nicht um gut und böse geht, in der es auch nicht um Erreichen oder Verfehlen eines idealen Zieles geht - das den Verantwortlichen in der Form der sozialistischen Republik vorschwebte -, sondern in der die Freiheit beschränkt ist auf die Wahl zwischen einem konkreten Entweder-Oder: die soziale Revolution im Bund mit den auf eine proletarische Diktatur hindrängenden Kräften oder die parlamentarische Republik im Bund mit konservativen Elementen wie dem alten Offizierskorps.

Die Weimarer Republik ist das Ergebnis eines sozialistisch-konservativen Zweckbündnisses. Rosenbergs These, daß sie deshalb zugrunde ging, weil sie nicht unterbaut wurde durch eine soziale Revolution, ist falsch, weil im Gegenteil der Fehlschlag der sozialen Revolution überhaupt die Vorbedingung dafür war, daß sie als das bestimmte historische Phänomen, als das sie vor uns steht, ins Leben trat.



¹¹ A. a. O., S. 95.

¹² Ebenda, S. 105.

Man mag bedauern, daß die revolutionäre Chance, die der Zusammenbruch der Monarchie bot, nicht ausgenutzt wurde. Das ist, von einer bestimmten politischen Überzeugung aus gesehen, ein durchaus legitimer politischer Kommentar zu jenen Vorgängen. Aber es ist keine historische Erklärung für das Scheitern der Republik, deren Wesen und Aufgabe, aus ihrer Entstehungsstunde ihr aufgeprägt, gerade in der Lösung des Problems einer wirtschaftlichen, sozialen und politischen coincidentia oppositorum zu sehen ist.

Die Deutung, die Rosenberg dem Schicksal der deutschen Republik gab, hat Schule gemacht. Sie findet sich in mancherlei Variationen im neueren Schrifttum auf Schritt und Tritt wieder, neben anderen (wie Taylor, Scheele, L. Bergsträsser) auch in der unentbehrlichen Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1914 bis 1921 von Berlau¹³, sowie in einem Aufsatz des aus Österreich stammenden Eric E. Kollman in der Toronto Quarterly Review¹⁴. Dieser Aufsatz ist dadurch bemerkenswert, daß er - über die Wiederholung der Rosenbergschen These hinaus, und hierin berührt er sich mit einer neueren Arbeit Eschenburgs - die Frage stellt, ob denn der Versuch zur Errichtung einer liberalen Demokratie in Deutschland überhaupt dem geschichtlichen Moment entsprochen habe. Der soziale Träger des politischen und wirtschaftlichen Liberalismus, der bürgerliche Mittelstand, kam in Westeuropa ein, zwei Jahrhunderte vorher zum Zuge. Als in Deutschland jedoch die liberale Demokratie sich in der Weimarer Republik ihr staatliches Haus baute, war ihre Weltstunde bereits vorbei. Kollmann weist hier auf die Spätpkase der industriekapitalistischen Entwicklung im 20. Jahrhundert hin, mit ihrer Tendenz auf monopolistische Konzentration, auf Protektionismus und imperialistische Ausweitung, die den Menschen in politische und wirtschaftliche Probleme stellt, für deren Lösung man nach anderen Mitteln Ausschau halten mußte, als sie dem nationalstaatlichen Liberalismus gegeben waren. Da Deutschland im Jahre 1918 die Aufgabe, eine neue Form von Demokratie für einen modernen Industriestaat zu entwickeln, nicht gelöst habe, sei es in einer historischen Dialektik zum Prototyp der Gegenrevolution geworden. Mit dieser Frage und Feststellung ist ein Thema angeschnitten, das das soziologisch-politische Denken der Gegenwart stark bewegt, die Frage nämlich nach den Möglichkeiten und Bedingungen der Demokratie im modernen Massenstaat. Neben theoretischen und real-soziologischen Untersuchungen zu diesem Thema scheint es aber nun erforderlich, auch die Geschichte der Weimarer Republik als eines mißlungenen Experimentes der Demokratie unter den Bedingungen des industriellen Massenstaates zu durchforschen. Konkret etwa müßte man in Untersuchungen einzelner Regionen oder Institutionen die Bedingungen und Vorgänge der politischen Meinungs- und Willensbildung und der politischen Einflußnahme aufhellen. Solche Untersuchungen über die politische Meinungsbildung in den Gewerkschaften, ihre Stellung im Staate und ihren Einfluß auf das Geschehen in der Zeit der Entstehung der Weimarer

¹⁴ Eric E. Kollmann, The historical Significance of the Weimar Republic. Univ. Toronto Quarterly, April 1947.



¹³ A. Joseph Berlau, The German Social Democratic Party 1914—1921, New York 1949.

Republik sind im Gange bzw. stehen vor der Veröffentlichung. Die Stellung der Industrie und gewerblichen Verbände in Staat und Gesellschaft der Weimarer Zeit ist bei mehreren Autoren als Thema gestellt, aber als Aufgabe noch nicht befriedigend gelöst. Die Parteigeschichte beginnt ein Gegenstand der Forschung zu werden. Mehrere Untersuchungen liegen auch vor über die Frage der Bevölkerungsvermehrung und -schichtung, über die deutschen und europäischen Wanderungsbewegungen, die durch die politische Zerschlagung Ostmitteleuropas in Gang kam und das zur Vermassung drängende Fluktuieren der industriellen Bevölkerungsbewegung noch verstärkte. Für solche Arbeiten soziologisch-historischer Art ist noch unendlich viel zu tun. In dem Hinlenken auf diesen Typ von Untersuchungen darf man schließlich den positiven und fruchtbaren Gewinn sehen aus den im Schrifttum so weit verbreiteten Überlegungen zur Frage der unterbliebenen sozialen Revolution in der Entstehungsstunde der Republik.

Auch Eschenburg stellt die Frage nach dem geschichtlichen Zeitpunkt der Revolution¹⁵. Wenn sie für Kollmann sich verspätet vollzog als ein Nachfahre liberalbürgerlicher Staatsbildung in einer nicht mehr bürgerlichen Welt, so spricht ohne daß das eine dem anderen widerspräche — Eschenburg beinahe umgekehrt von der improvisierten Demokratie. Das Charakteristische der Weimarer Verfassung gegenüber der des Bismarckreiches liegt in der parlamentarischen Kontrolle der Regierung. Diese Parlamentarisierung aber vollzog sich nicht erst nach der Revolution, sondern noch im kaiserlichen Deutschland, und zwar im Oktober 1918 plötzlich, gewalttätig beinahe, auf Verlangen der obersten Heeresleitung, als Voraussetzung für die Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen, ohne daß diese Machtbefugnis des Parlaments von irgendeiner in die Breite und Tiefe gehenden politischen Bewegung im kaiserlichen Deutschland zum eigentlichen Hauptziel ihrer Forderungen gemacht worden wäre. Die Demokratisierung des Wahlrechts, namentlich in Preußen, hatte sehr viel mehr im Vordergrund der politischen Agitation gestanden als die Parlamentisierung der Regierung. Dies jedenfalls ist das Ergebnis der sorgfältigen Analyse des deutschen politischen Schrifttums seit ungefähr dem Jahrhundertbeginn, die Eschenburg vornimmt. Als die Weimarer Nationalversammlung die Verfassung baute, gab es keine Partei, die eine klare Vorstellung besaß über die Bedingungen der Wirksamkeit einer parlamentarischen Demokratie in einer modernen Industriegesellschaft.

Aus dem improvisierten Charakter der Weimarer Republik erklärt Eschenburg das Weiterbestehen feudal-monarchischer, obrigkeitsstaatlicher Reste in ihr, deren Position rechtzeitig zu zerstören man versäumt habe — hier erinnert sein Gedankengang an den von Rosenberg, wenn er auf Großgrundbesitz und Großindustrie, Heer und Beamtenschaft hindeutet. Er zeichnet folgende Kausalreihe, die Anfang und Ende, Improvisation und Versagen der Republik miteinander verbindet: "Zwischen den obrigkeitsstaatlichen und feudalen Elementen einerseits



URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

¹⁵ Theodor Eschenburg, Die improvisierte Demokratie der Weimarer Republik von 1919. Schweizer Beiträge zur allgemeinen Geschichte 1951. Als Einzelschrift in der Reihe "Geschichte und Politik" des U. Steiner Verlags, Schloß Laupheim, Württ.

und den Gruppen der schwarz-weiß-roten Front bestanden eine Fülle mehr oder minder sichtbarer, in ihrer Intensität graduell sehr unterschiedlicher Beziehungen. Sie schätzten, stützten und stärkten einander auf mannigfaltige Weise. Vom offenen Widerstand bis zur stillen Sehnsucht nach der Restauration, nach dem wohlgeordneten alten Obrigkeitsstaat, von der Angst um das Eigentum und vor dem Sozialismus, der vielen nur als eine gemäßigte Form des Kommunismus galt, bis zu autoritären und imperialistischen Spekulationen auf einen innerpolitischen Führer- und außenpolitischen Machtstaat waren alle Nuancen vorhanden. Die Reichspräsidentenwahl 1925 stellte gleichsam eine erste Kraftprobe in der Auseinandersetzung zwischen den beiden Gruppen dar. Sie glich einer Wahl des Kaisers durch das Volk, sie war ein Plebiszit für den alten Obrigkeitsstaat. Als dieser "Ersatzkaiser" die antidemokratischen Wünsche seiner Anhänger nicht zu erfüllen sich geneigt zeigte, stimmten sie 1932 gegen ihn und für Hitler"16. So bringt er denn das Fazit seiner Untersuchung über die innere Widersprüchlichkeit der Republik von ihrer Geburtstsunde an — wobei er sich der Begriffssprache Gierkes bedient - auf die Formel, daß man es unternommen habe, einen Staat auf genossenschaftlicher Basis zu improvisieren "zu einer Zeit, als das Volk weithin einer herrschaftlichen Tradition verhaftet war".

IV

Die Stichhaltigkeit dieser These scheint sich aus dem tatsächlichen Ablauf der Endphase der Republik zu erweisen. Präsidialgewalt und Reichswehr entwickelten sich von verfassungsmäßig gebundenen zu obrigkeitlichen Institutionen. Aus dem ursprünglichen Verordnungsrecht des Reichspräsidenten, das in der Verfassung dadurch beschränkt war, daß es nur in einer Lage des öffentlichen Notstandes gelten sollte, wobei außerdem der Reichstag das Recht hatte, die erlassenen Notverordnungen wieder außer Kraft zu setzen, wurde das System der Präsidialkabinette durch eine Ausweitung des Notstandsbegriffs von der Situation des drohenden Bürgerkriegs auf den Gesamtbereich der Gesetzgebung, sowie durch Kombination des Notverordnungsparagraphen 48 mit den Artikeln 25 und 53, die dem Reichspräsidenten das Recht der Reichstagsauflösung sowie der Ernennung und Entlassung des Kanzlers gaben. Als theoretische und die tatsächliche Entwicklung vorwegnehmende Begründung hierzu lesen wir in Carl Schmitts in den zwanziger Jahren erschienenen Schrift über die Diktatur: "Der von Stände- und Klassenkampf erschütterte Staat ist seiner Konstitution nach in fortwährendem Ausnahmezustand und sein Recht bis ins letzte Element Ausnahmerecht. Wer den Ausnahmezustand beherrscht, beherrscht daher den Staat"17. Die beiden entscheidenden Schritte auf dem Wege zur präsidialen Diktatur sind die durch Brüning vollzogene Auflösung des Reichstags am 16. 7. 1930, nachdem dieser Reichstag soeben von seinem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch gemacht hatte, die Notverordnungen des Kanzlers außer Kraft zu setzen, und fast zwei Jahre später am 30. 5. 32 die



¹⁶ A. a. O., S. 210.

¹⁷ Carl Schmitt, Die Diktatur, 2. Aufl. 1923, S. 17.

Entlassung Brünings und Berufung Papens durch den Reichspräsidenten gegen den Willen der Reichstagsmehrheit. Die neuere verfassungsgeschichtliche Literatur hat den staatsrechtlichen und politischen Aspekt dieses Vorgangs behandelt. Daneben hat sie auf den Zusammenhang hingewiesen zwischen dieser Herausbildung einer präsidialen Abart des monarchischen Konstitutionalismus und der Entwicklung der deutschen Staatsrechtswissenschaft vom Positivismus der Gerber-Labandschen Schule bis zu Carl Schmitts Lehre vom totalen Staat¹⁸.

Neben dieser Entwicklung der Präsidialgewalt und schließlich sich mit ihr verbindend, steht die Heraussonderung der Wehrmacht aus dem Gefüge der Republik als einer autonomen Körperschaft, die statt Instrument der Staatsführung zu sein, selbst bestimmend in den Gang der Dinge eingreift. Die Stellung der Reichswehr war laut Weimarer Verfassung so, daß sie dem Oberbefehl des Reichspräsidenten unterstellt war, dessen Anordnungen jedoch der Gegenzeichnung des Reichswehrministers bzw. des Kanzlers bedurften. Die eigentliche militärische Führung lag bei den Chefs der Heeres- und Marineleitung, die dem Reichswehrministerium eingegliedert waren, allerdings ohne deutliche Abgrenzung ihrer Kompetenzen gegenüber dem Minister, Es bestand also verfassungsmäßig zunächst eine doppelte Unterordnung unter die politische Staatsführung. Der Wegfall des obersten königlichen bzw. kaiserlichen Kriegsherrn bedingte jedoch andererseits, daß an Stelle des dezentralisierten Führungsmechanismus unter der Monarchie mit der Immediatstellung der kommandierenden Generale, des Generalstabschefs und der Inspekteure der Waffengattungen eine straffe Zentralisierung und Unterordnung der Führungsorgane unter die Chefs der Heeres- bzw. der Marineleitung stattfand. Es entsprach ganz diesem Bild der inneren Straffung und Verdichtung der Heeresorganisation, daß es ihr gelang, die Rekrutierung des Nachwuchses selbst in die Hand zu bekommen, und daß es andererseits nie, wie ursprünglich beabsichtigt, zur Ernennung eines parlamentarischen Staatssekretärs im Reichswehrministerium kam. Vielmehr wurde umgekehrt von der Reichswehr aus in der Einrichtung des sogenannten Ministeramts die Verbindung zur politischen Staatsführung hergestellt, eine Position, von der aus Schleicher dann so bestimmend in das Geschehen einzugreifen vermochte. Die Emanzipierung des Heeres von der politisch-parlamentarischen Kontrolle gelangte schließlich in einem System zur Vollendung, in dem die ebenfalls von Verfassungsbeschränkungen emanzipierte Präsidialgewalt in den Händen eines kaiserlichen Generalfeldmarschalls lag, den mit dem Heer wieder ein gegenseitiges Treueverhältnis verband, ein System, in dem das Heer selber seinen Minister und schließlich den Kanzler stellte, Auch diese Entwicklung ist zum Gegenstand zahlreicher Untersuchungen gemacht worden, zuletzt von dem englischen Historiker Wheeler-Bennett¹⁹. Allgemein sei zur Quellenlage über die Politik der Reichswehr hier vermerkt, daß aus Papieren und Dokumenten, die zum Teil aus dem Heeresarchiv in Potsdam stammen und jetzt



¹⁸ H. Muth, Die verfassungsgeschichtlichen Grundlagen des totalen Staates. Gesch. in Wiss. und Unterricht (1950).

¹⁹ John W. Wheeler-Bennett, The Nemesis of Power, London 1953. Deutsche Ausg. u. d. T.: Die Nemesis der Macht, Düsseldorf 1954.

in Washington lagern, wertvolle einzelne Stücke bzw. Analysen in verstreuten amerikanischen und deutschen Zeitschriftenartikeln gebracht worden sind, so z.B. von Gordon Craig eine Studie über Groeners Politik 1928—1932²⁰. Diese Studie wirft auch Licht auf die verhängnisvolle Rolle, die Schleicher beim Rücktritt Groeners und Sturz Brünings gespielt hat. Aber wir sind immer noch nicht imstande, ein wirklich sicher begründetes Bild der Motive und Konzeptionen dieses Mannes zu geben. War er ein Machiavellist, bereit das Spiel um die Macht gleich mit welchem Partner zu spielen, oder stand hinter seinem Versuch, in Verbindung mit den Gewerkschaften zu kommen, die Vorstellung eines echten sozialistisch-konservativen Bündnisses, wenn auch unter monarchistisch-konstitutionellem Vorzeichen, das schon einmal den Bestand des Staates gerettet hatte? Gleichviel: obwohl er nach dem Scheitern seines Versuchs, parlamentarischen Rückhalt zu gewinnen, vom Reichspräsidenten diktatorische Vollmachten verlangte, die in ihrer Konsequenz u. U. den Einsatz des Heeres gegen die Hitlerbewegung notwendig gemacht hätten - die Periode der Präsidialkabinette insgesamt ist in ihrer historischen Wirkung nicht nur zeitlicher Vorläufer, sondern ursächliche Hinführung zum 30. Januar 1933.

Es scheint mir jedoch eine falsche Blickrichtung zu sein und zu einer Verschiebung der historischen Proportionen zu führen, wenn man, wie es bisweilen geschieht, gebannt auf die autoritären Phänomene der Präsidialdiktatur und Reichswehrautonomie hinschaut und ihre Ansätze in die Weimarer Verfassung zurückverfolgt, ohne sich vor allem zu fragen, wodurch ihre Entwicklung ausgelöst wurde, also nach den Symptomen der Krankheit fragt, ohne auf ihre Wurzeln zu gehen.

Da ist zunächst an die einfache — es will scheinen heute vielfach vergessene — Tatsache zu erinnern, daß die Notverordnung erst dann zur Regierungsmethode wurde, als das Parlament in der ihm gestellten gesetzgeberischen Aufgabe versagte. Die Präsidialgewalt entwickelte sich in einem legislativen Vakuum, das in einem Reichstag entstand, der auf Grund der Wahlen von 1928 eine eindeutige republikanische Mehrheit aufwies und auf breiter parlamentarischer Basis unter sozialistischer Führung ein Kabinett der Großen Koalition gebildet hatte. Es ist bekannt, daß diese Koalitionsregierung an einem unausgleichbaren Gegensatz in der Frage der Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zerbrach. Der Weg des Kompromisses wurde von den beiden Flügelgruppen der Koalition verworfen und der Kanzler fügte sich dem Fraktionszwang. Helga Timm hat in einer von der Kommission zur Erforschung der Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien herausgebrachten Monographie diese Zusammenhänge dargelegt²¹. Arnold Brecht hat in einer Untersuchung, die zu dem besten gehört, was über die Geschichte der Weimarer Republik geschrieben worden ist²², das Verhalten des

⁸² Arnold Brecht, Vorspiel zum Schweigen. Das Ende der deutschen Republik. Wien 1948



²⁶ Gordon Craig, Reichswehr and National Socialism. The policy of Wilhelm Groener 1928—1932. Polit. Science Quarterly 63 (1948), S. 194—229.

²¹ Helga Timm, Die deutsche Sozialpolitik und der Bruch der Großen Koalition im März 1930. Düsseldorf 1952. Neuerdings: W. Conze, Die Krise des Parteienstaats in Deutschland. HZ 178 (1954), S. 47—83.

Kanzlers mit dem des englischen Labour-Premiers MacDonald verglichen, der, in der gleichen wirtschaftlichen Krisensituation stehend und angesichts einer ähnlichen Fraktionsforderung in der Frage der Verteilung der Soziallasten, nicht dem Kabinett, sondern der Partei den Rücken kehrte und in einer nationalen Koalitionsregierung sein Land durch die Krise steuerte. In Deutschland blieb nur der Weg der Notverordnung durch den nachfolgenden Kanzler Brüning, gegen den sich nun im Juli 1930 eine negative Majorität, gebildet aus den Stimmen der Kommunisten und der Nationalsozialisten, der Sozialisten und des größeren Teils der Deutschnationalen, wandte — was wiederum zur Auflösung des Reichstags führte und damit die Bahn zur Präsidialdiktatur ebnete.

v

Es ist nicht die Aufgabe des Historikers, anzuklagen und zu verteidigen, sondern zu verstehen. Und es ist nicht von ungefähr, daß an der - isoliert betrachtet belanglos scheinenden - Frage, ob die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 1/2% oder 1% erhöht werden sollten, die Koalition und letztlich die Republik zerbrach. Dahinter steht das gleiche Problem, das schon die erste Regierung der Großen Koalition unter Stresemann in der Situation des Abbruchs des Ruhrkampfes bewegte und das die ganze von Regierungen der Großen Koalition eingeleitete und beendete Periode der Stabilisierung der Republik und Prosperität der Wirtschaft überschattete, nämlich das Problem der Reparationen und ihrer innerdeutschen Lastenverteilung. Damit komme ich zu jenem dritten Hauptthema der Forschung, dem Zusammenhang zwischen dem Komplex "Auswirkungen von Versailles" und der politischen Entwicklung in Deutschland. Wer also sollte — das war die vordringlichste Frage, die sich nach Versailles stellte — die Last der Reparationen tragen? War es möglich, ohne wirtschaftlichen Substanzverlust den Reparationsverpflichtungen gerecht zu werden, indem die Last auf die Schultern der Arbeit abgewälzt wurde? Oder ließ sich umgekehrt der soziale Status der Arbeit, wie er durch das in seinen Elementen aufeinander bezogene System von Tarifverträgen, gesetzlicher Begrenzung der Arbeitszeit, Sozial- und Arbeitslosenversicherung abgestützt war, aufrechterhalten oder sogar noch weiter ausbauen, so daß die Reparationslast vornehmlich von Kapital und Eigentum zu tragen gewesen wäre?

Nach einer weit verbreiteten Anschauung ist ja doch diese Frage, das wirtschaftspolitische "Gleichgewichtsproblem" der Weimarer Republik, wie man es genannt hat, von untergeordneter Bedeutung gegenüber der Unausweichlichkeit, mit der die Reparationsverpflichtungen im Zusammenhang mit den sonstigen Substanzverlusten aus dem Versailler Vertrag die Wirtschaft des Reiches zunächst in die Inflation und dann in die Arbeitslosigkeit getrieben hätten und damit die Radikalisierung des politischen Lebens notwendig herbeiführten und den Weg für die Diktatur bereiteten. In der Tat, jedermann weiß es, wie verhängnisvoll sich die Inflation vor allem für den kleinen Mittelstand ausgewirkt hat, der seine Ersparnisse verlor und vor dem Absinken in eine proletarische Existenz sich an das Idealbild einer gerechten, über den Interessengegensätzen der Parteien stehenden Obrig-



Jahrgang 3 (1955), Heft 1

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf

keit klammerte, die jedem das Seine läßt und in deren Bild sich Erinnerungen an die monarchische Vorkriegsordnung mit Zukunftshoffnungen zu der Gefühls- und Vorstellungswelt einer "konservativen Revolution" verbanden. So haben sich Theorie und Forschung mit dem Phänomen der deutschen Inflation beschäftigt und nach den Ursachen gefragt.

Von der marxistischen Deutung her, wie sie sich etwa bei Kuczynski findet²³, sind Geldentwertung und Inflation ein "gesetzmäßig ablaufender Prozeß der bis zum Monopolismus fortschreitenden Kapitalakkumulation in der letzten Phase des Kapitalismus", die Folgen der Inflation auf das Sozialgefüge demnach also Erscheinungen, die im Sinne des dialektischen Geschichtsprozesses liegen. Es ist nun allerdings eine nicht mehr bestrittene Tatsache, daß die Inflation, einmal im Gange, von der Spekulation ausgenutzt und damit weiter vorangetrieben wurde und daß gewisse Kreise von Unternehmern sich Versuchen einer frühen Stabilisierung entgegenstellten.

Damit ist jedoch noch nichts ausgesagt über den eigentlichen Ursprung von Geldentwertung und Inflation. Was ist überhaupt die primäre Erscheinung, die Entwertung oder die Vermehrung des Geldes? Die offizielle Version, vom Statistischen Reichsamt vertreten, von Helfferich und der nationalen Opposition verfochten, lautet, daß der Wertabfall der Mark der die Entwicklung treibende Faktor gewesen sei, seinerseits Folge von Reparationslasten und Ruhrbesetzung. Ein italienischer Forscher, Bresciani Turroni, ist diesen Zusammenhängen am gründlichsten nachgegangen in einem 1937 erschienenen Werk²⁴. Seine sehr detaillierte Untersuchung zeigt nun in der Tat, daß ab Sommer 1922 sich die Entwertung der Mark spürbar auf die Vermehrung des Defizits im Reichshaushalt ausgewirkt hat. Jedoch - das ist sein Ergebnis - wird hier nur eine verstärkende Rückwirkung auf den Prozeß der Inflation spürbar, dessen eigentliche Ursache an anderer Stelle gesucht werden muß: die deutsche Finanzpolitik war im ersten Weltkrieg den Weg gegangen, die Kriegskosten nicht durch Steuererhöhung zu decken, sondern durch Anleihen, und in dem Maße, wie deren Ergebnis hinter dem Bedarf zurückblieb, durch Reichsschatzanweisungen, die bei der Reichsbank diskontierbar waren, d. h. also durch Geldschöpfung. Den gleichen Weg beschritt die Reichsregierung zur Finanzierung des passiven Widerstandes an der Ruhr, wobei dann die Umlaufgeschwindigkeit, mit der die Schatzanweisungen infolge des schwindenden Reichskredits zur Diskontierung bei der Reichsbank vorgelegt wurden, sich ständig steigerte und die Inflation in solche Ausmaße hineintrieb, daß sie nur noch durch die Beendigung des Widerstandes an der Ruhr abgefangen werden konnte. Bresciani weiß natürlich, in welchem Maße das Defizit im Reichshaushalt durch die Reparationsverpflichtungen vertieft wurde.

²⁴ Constantino Bresciani-Turroni, The economics of inflation. A study of currency depreciation in post-war Germany. London 1937.



²⁸ Jürgen Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1800 bis in die Gegenwart. Bd. I 1800—1932. Berlin 1947.

Die Bewegung der deutschen Wirtschaft von 1800 bis 1946. 2. Aufl. Meisenheim 1948.

Daß daraus eine Inflation wurde, die die deutsche Wirtschaft an den Rand des Abgrundes brachte, darin sieht er jedoch nicht das Ergebnis eines in der Lage gegebenen Automatismus, sondern einer falschen Finanzpolitik. Dabei stellt er übrigens — und das ist für die politisch-historische Betrachtung der Sache bedeutsam — ausdrücklich fest, daß es irrig wäre, in der Entwertung der Mark das Ergebnis einer Konspiration der reaktionären und nationalen Parteien zu sehen mit dem Zweck, die republikanische Regierung zu diskreditieren. Es mag sein, daß die Kontroversen der Finanzwissenschaft um die Frage, in welchem der beiden Faktoren der stärkere Antrieb für den sich immer schneller drehenden Kreisel von Geldentwertung und Geldvermehrung gelegen habe, weiter gehen werden. Jedenfalls zeigt die differenzierende Behandlung des Problems bei Bresciani, daß es einen Ansatzpunkt gab, in den Wirbel einzugreifen.

Leider besitzen wir noch keine Gesamtdarstellung des Reparationsproblems, die seiner nach außen und nach innen gewendeten Seite unter wirtschaftlichem und politischem Aspekt in gleicher Weise Rechnung trüge. Die Bücher von Schacht²⁵ und Curtius²⁶ sind Kontroversliteratur, der wertvolle Überblick von Ronde²⁷ vorwiegend eine Dokumentensammlung. Wohl aber hat sich die Finanzwissenschaft erneut mit dem Problem beschäftigt, in welchem Zusammenhang in der Periode der Stabilisierung, also in den Jahren 1924-1930, die Reparationen mit den nun breit von Amerika hereinströmenden Anleihen gestanden haben. Schumpeter²⁸ hat gegen Schacht die These aufgestellt, daß die Funktion der Anleihen nur in zweiter Linie und nicht primär darin bestanden habe, die nötigen Devisen für die Reparationszahlungen zu beschaffen, in erster Linie jedoch in der Erhöhung des Kapitalspiegels für die deutsche Wirtschaft selber. Von anderer Seite hat man auf diesen Zusammenhang den Röpkeschen Begriff der "zurückgestauten Inflation" angewendet, um damit hervorzuheben, in welchem Grade die deutsche Wirtschaft auch in dieser Periode anscheinender Gesundung labil blieb, so daß ein Dammbruch aus verhältnismäßig geringem Anlaß entstehen konnte²⁹. Zu welchem Ergebnis die Finanzwissenschaft schließlich in der Erörterung dieses Problems gelangen wird, so viel darf festgehalten werden, daß es gesehen werden muß auf dem Hintergrund einer Strukturverschiebung in der Weltwirtschaft. Seit dem ersten Weltkriege begannen die USA die Rolle des Weltbankiers zu übernehmen, die Großbritannien in der liberalen Welt des 19. Jahrhunderts gespielt hatte, mit dem Unterschied, daß die protektionistische USA-Wirtschaft, die zudem von Natur aus in geringerem Maße als es bei England der Fall war, der Importe bedarf, ihren Schuldnern weniger Gelegenheit gab, durch Exporte beim Gläubiger Zinsen und Amortisation zu ver-



²⁵ Hjalmar Schacht, Das Ende der Reparationen. Oldenburg 1931.

²⁶ Julius Curtius, Der Young-Plan. Entstellung und Wahrheit. Stuttgart 1950.

²⁷ Hans Ronde, Von Versailles bis Lausanne. Der Verlauf der Reparationsverhandlungen nach dem ersten Weltkrieg. Stuttgart und Köln 1950.

²⁸ J. A. Schumpeter, Business Cycles. A theoretical, historical and statistical analysis of the capitalist process. 2 Bde., New York und London 1939.

Werner Gebauer, Wirtschaftspolitische Probleme der Weimarer Republik. Jahrbuch f. Soz. Wiss. 2/1951, H. 2/3.

dienen. Von dieser Auswirkung der Strukturverschiebung war aber nicht Deutschland allein betroffen! Die von Amerika 1929 ausgehende Krise zog ihre Ringe um den Erdball mit der gleichen Erscheinung von Massenarbeitslosigkeit in den großen Industrieländern, wobei für Deutschland die Reparationen, für die westeuropäischen Länder die interalliierten Kriegsverschuldungen spezifische Momente der Mitverursachung darstellten. Wenn die Weimarer Republik im Unterschied zu anderen europäischen Ländern mit der Belastung durch die Wirtschaftskrise im Innern politisch nicht fertig wurde, d. h. wenn die Große Koalition zerbrach und die Meinungen sich nach rechts und links hin radikalisierten, so wird man den Grund hierfür also zunächst einmal auf dem besonderen innerpolitischen Felde Deutschlands zu suchen haben.

Überhaupt kommt man, wenn man den Gesamtverlauf der innerpolitischen mit der außenpolitischen Entwicklungslinie der Republik vergleicht, zu der Feststellung, daß das Funktionsverhältnis der beiden nicht durch die Logik, daß die Geschichte nicht durch die Vernunft beherrscht wird. In der schrittweisen Liquidation der Reparationen, in der Befreiung des Rheinlandes, in der Wiedergewinnung einer Partnerstellung im Kreise der europäischen Mächte hatte die Außenpolitik der Republik schwer errungene, aber echte Erfolge als Anfang einer restauratio in integrum aufzuweisen. Innerpolitisch ist sie darüber zugrunde gegangen, nicht nur weil die sich berührenden Extreme rechts und links Verrat schrien, sondern vor allem weil die Koalitionsgenossen über dem Streit um die anteilmäßige Verteilung des zu tragenden Kaufpreises miteinander verfielen. Dies ist ja die große Spannung, in der sich das Leben Stresemanns, als wahrhaft tragische Figur in den letzten Jahren von Biographen wiederholt geschildert, verzehrte. Zu den wichtigsten Grundelementen der im Gesamtergebnis erfolgreichen Außenpolitik der Republik gehört der Fragenkomplex, den man mit dem Wort Rapallo bezeichnet. Trotz der kürzlichen Veröffentlichung einiger sehr nützlicher Studien und aufschlußreicher Erinnerungen hierzu werden gerade diese Zusammenhäuge erst dann wirklich erfaßt werden können, wenn wir unsere Akten wieder in Händen haben.

VI

Das Ergebnis der bisherigen Überlegungen ist folgendes:

- 1. Die These, daß die Weimarer Republik schon von Anfang an zum Untergang prädestiniert gewesen sei infolge des Ausbleibens der sozialen Revolution, läßt sich nicht halten. Denn im Gegenteil war die Bedingung ihres Entstehens die Niederwerfung der sozialen Revolution durch ein Zusammenwirken sozialistisch-demokratischer und konservativ-militärischer Kräfte. Diese These weist jedoch auf die Notwendigkeit soziologisch-historischer Studien hin, um die gesellschaftliche Basis der Republik und die in ihr vorgegangenen Veränderungen zu erhellen.
- 2. Auch die These, daß die Weimarer Republik an den in ihrer Verfassung enthaltenen und in der Endphase voll in Erscheinung getretenen obrigkeitsstaatlichen Elementen zugrunde gegangen sei, läßt sich nicht halten. Denn die Präsidialdikta-

Institut für
Zeitgeschichte
München-Berlin
viertellahesherre für
Zeitgeschichte

tur konnte sich nur in dem gesetzgeberischen Vakuum entwickeln, das durch einen Vorgang entstanden war, den man geradezu als die Selbstausschaltung des Parlamentes, und zwar nicht der republikfeindlichen, sondern der republikanischen Potenz selber, also des genossenschaftsstaatlichen Elements der Verfassung, bezeichnen kann. Die mit dieser These im Zusammenhang stehenden Untersuchungen haben jedoch das Verdienst, das institutionelle Rückgrat der Weimarer Republik durchleuchtet zu haben.

3. Das Versagen des genossenschaftsstaatlichen Elements vor dem inneren wirtschaftlichen und politischen Gleichgewichtsproblem läßt sich nicht, bei aller Schwere der Belastung, aus dem Ursachenkomplex der wirtschaftlichen Auswirkungen von Versailles erklären. Zudem ist die außenpolitische Bilanz der Weimarer Republik insgesamt gesehen positiv.

Durch diese Überlegungen wird der Blick hingelenkt auf diejenigen Elemente des Weimarer Staates, durch die er nicht ein Sonderfall ist in den Weltexperimenten der sozialen Revolution und der Demokratie - obwohl er dies beides auch ist - oder, um hier Worte Rankes aus dem politischen Gespräch zu verwenden, durch die er "nicht eine Abteilung des allgemeinen, sondern wodurch er Leben ist, Individuum, er selber", und auf diejenige Periode, in der dieser besondere Staat am sichtbarsten die Chance hatte, er selbst zu sein, nämlich das Mittelstück seiner Entwicklung, die Jahre der Stabilisierung zwischen Inflation und Wirtschaftskrise. Arnold Brecht hat in seiner Schrift "Vorspiel zum Schweigen" den für die Weimarer Republik charakteristischen Sachverhalt mit Präzision beschrieben, nämlich: die Weimarer Koalitionsparteien verloren bereits im ersten Reichstage die Majorität, die sie in der Nationalversammlung besessen hatten, ohne sie je wiederzuerlangen. Also hätten, wenn die Spielregeln der westlichen Demokratien im Wechsel der Verantwortung zwischen Regierungspartei und Opposition Geltung gehabt hätten, die Rechtsparteien das Kabinett bilden müssen. Aber auch sie erhielten, solange die Republik bestand, niemals die Mehrheit. Der Grund hierfür lag in dem Vorhandensein der kommunistischen Stimmen, die beiden Parteigruppen, der Weimarer Koalition wie den Rechtsparteien, in gleicher Weise grundsätzlich ablehnend gegenüberstanden und eine homogene Mehrheitsbildung im Reichstag unmöglich machten. Das Funktionieren des parlamentarischen Mechanismus der Republik war also davon abhängig, daß entweder homogene Minderheitsregierungen von Fall zu Fall die Unterstützung auch anderer Parteien erhielten, also etwa die Weimarer Koalitionsparteien die Unterstützung der DVP oder eine bürgerliche Koalition die Unterstützung der Sozialisten, oder aber daß parlamentarische Mehrheiten als Regierungsbasis aus nicht homogenen Parteien gebildet wurden. Beide Wege sind beschritten worden, der letzte in der doppelten Weise der bürgerlichen Rechtskoalition (vom Zentrum bis zu den Deutschnationalen) oder der Großen Koalition (von den Sozialdemokraten bis zur Deutschen Volkspartei). In jedem Falle mußte man über den Graben springen, der die Parteien der Weimarer Koalition von den Rechtsparteien trennte - ob nun demokratische Katholiken des Zentrums mit protestantischen Monarchisten der Deutschnationalen sich verbanden oder die in

Vierteljahreshefte 1/2



Jahrgang 3 (1955), Heft 1

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf

SPD und DVP vertretenen Arbeiter und Unternehmerinteressen einen Ausgleich suchten. Das Lebensgesetz dieses besonderen Parlamentarismus in der Weimarer Republik, die Norm seiner Existenz, war also angesichts der prinzipiellen Negation der kommunistischen Stimmen gegenüber beiden Parteigruppen, gegenüber den demokratisch-sozialistischen wie gegenüber den konservativ-monarchistischen, ein kategorischer Imperativ des Ausgleichs, und zwar nicht zwischen benachbarten, sondern zwischen entgegengesetzten Interessen und Überzeugungen, eine undogmatische Staatsgesinnung, in welcher Wirtschaft- und Staatstheorie, ja sogar die Frage der Staatsform zurücktrat gegenüber der Bezogenheit auf ein Drittes, das Ranke das "Real-Geistige" des Vaterlandes nannte. Der Gültigkeit dieses Gesetzes hat die Weimarer Republik ihre Entstehung verdankt. Sie hat von ihm gelebt bis zu dem Zeitpunkt der Selbstausschaltung des Parlaments.

Dies Gesetz, nach dem sie angetreten, ist während der turbulenten Anfangsjahre der Republik am deutlichsten von Ernst Troeltsch in seinen Spectator-Briefen gesehen und ausgesprochen worden. Dem Analytiker der geistigen Situation des Historismus, dem sich aus einem differenzierten Bewußtsein von der vielfältigen Schichtung der europäischen Traditionen die Aufgabe stellte, aus der Geschichte in der Verantwortung für den gegenwärtigen Augenblick den verbindlichen Wert einer Kultursynthese herauszuheben, einem solchen Denker mußte die politische Aufgabe sich als Forderung nach Koordinierung des Gegensätzlichen in dem Medium eines historisch gesättigten Staats- und Kulturbewußtseins ergeben. Aber Troeltsch hat den zweiten Band des Historismus-Buches nicht geschrieben. Er hat die selbstgestellte Forderung, "Geschichte durch Geschichte zu überwinden", ausgesprochen, aber nicht eigentlich ausgeführt. Man wird sich fragen müssen, ob es nicht analoge Gründe sind, die das Werk von Ernst Troeltsch und das bürgerliche Staatsbewußtsein in der Weimarer Republik Fragment bleiben ließen. Für eine Geschichte des Bürgertums und seines politischen Schwundes in der Zeit der Republik würden empirische Untersuchungen über die Universitäten unter der Fragestellung Politik und Wissenschaft ein notwendiger Beitrag sein. Mit soziologischen Kategorien allein ist hier nicht auszukommen. Überhaupt scheint es mir eine an das Grundproblem der Weimarer Republik heranführende Forschungsaufgabe zu sein, den Verflechtungen und Bezogenheiten der Staatsgesinnung und ihres Verfalls von den Sozialisten bis zu den Konservativen nachzuspüren. Wir brauchen Monographien über die Parteien, die von dieser Frage ausgehen, ähnlich wie etwa für die Entwicklung des deutschen Sozialismus unter der Weimarer Republik die eindrucksvollen Gefängnisaufzeichnungen Julius Lebers von dieser Fragestellung bewegt sind. Der ganze Raum des Konservativismus ist noch so gut wie unerfoscht. Hierhin gehört auch die Frage nach dem Verhältnis der Kirchen zu dem Problem der Demokratie in der Zeit der Weimarer Republik.

Die Frage stellt sich für die Konfessionen in verschiedener Weise. Man könnte sie so formulieren: was bedeutet es für den Verlauf und den Ausgang des in Deutschland durch die Weimarer Republik durchgeführten freiheitlichen Staatsexperimentes, daß die politischen Sympathien des Protestantismus, geleitet vom



Bild der konstitutionellen Monarchie, in der Republik im allgemeinen auf eine Stärkung der autoritären Elemente ausgingen, während die evangelischen Kirchen selbst in formaler Analogie zur Demokratisierung des Staatslebens die Gemeinde und das synodale Element zu ihrem eigenen grundlegenden Organisationsprinzip machten, wofür die entscheidenden Ansätze keineswegs erst im Wegfall des Summepiskopats in der Revolution zu suchen sind; und was bedeutet es ferner, daß der Katholizismus nach dem Sturz der Monarchie im allgemeinen ein positives Verhältnis zum Faktum der politischen Demokratie der Weimarer Republik entwickelte, obwohl sich das innere Organisationsprinzip der hierarchischen Kirche seit dem 19. Jahrhundert im Gegensatz zum liberal-demokratischen Zeitgeist von der verstärkten pontifikal-monarchischen Autorität des Papstes herleitete? Es verlohnte sich zu untersuchen, wie weit es hiermit zusammenhängt, daß das Verhältnis beider Konfessionen zur Demokratie und damit ihr Beitrag zum republikanischen Staatsbewußtsein spannungsreich und weder in dem einen noch in dem anderen Fall eindeutig war. Die besondere Bedeutung dieser Frage liegt darin, daß die Kirchen Integrationspunkte sind oder sein wollen, auf die hin sich soziale und politische Gegensätze zusammenzuordnen vermögen - von den religiösen Sozialisten bis zu den Anhängern einer monarchischen Restauration, von den christlichen Gewerkschaften bis zu denen, die mit korporativen und autoritären Lösungen sympathisierten - so sehr auch die Integrationsform und -Intensität nach der Konfession oder nach der Art der Gegensätze variieren mag. Von dem Charakter des polaren Verhältnisses zwischen Staat und Kirche, davon, ob es anziehend oder abstoßend ist, hängt es ab, ob das Integrationsvermögen der einen Potenz der anderen mit zufließt.

Diese Andeutungen mögen zeigen, wie weit das Feld sich ausdehnt, das noch zu bestellen ist. Die Erforschung der Weimarer Republik steht erst an ihrem Anfang. Von mannigfachen Ansatzpunkten aus sind die Wege zu dem Grundproblem dieser geschichtlichen Erscheinung zu bahnen: der Frage nämlich, warum der deutsche Versuch einer freiheitlichen Staatsgestaltung so bald in sich zusammenbrach. Die Richtungen von einigen dieser Wege, die schon beschritten wurden, oder die zu beschreiten sich verlohnen könnte, wurden angedeutet. Es mag dabei bisweilen scheinen, als ob das Ziel dem Suchenden entrückt wird, je mehr er sich bemüht, es wissenschaftlich zu ergreifen. Aber die Entstehung dieser Distanz durch den Prozeß des Fragens ist wohl notwendig für eine Forschung, die es mit der Erkenntnis eines Dramas zu tun hat, das uns so nahe steht, weil die Frage, um die es gestern ging, uns heute erneut bewegt.

Institut für
Zeitgeschichte
München-Berlin
viertellahrshefte für
Zeitgelchichte

Jahrgang 3 (1955), Heft 1

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf

FELIX HIRSCH

STRESEMANN, BALLIN UND DIE VEREINIGTEN STAATEN

In dem seit Gustav Stresemanns frühem Tode abgelaufenen Vierteljahrhundert ist die Auseinandersetzung über seine Außenpolitik immer wieder aufgenommen worden. Mit keiner anderen Gestalt der Weimarer Republik haben sich die Historiker der Welt so eingehend beschäftigt wie mit ihm. Diesem Interesse hat naturgemäß die Erschließung des in Washington verfügbaren Stresemann-Nachlasses einen höchst fruchtbaren Anstoß gegeben1. Mustert man das bisherige Schrifttum, so wird man sich freilich dem Eindruck nicht entziehen können, daß manche Historiker weniger an Stresemann selbst interessiert sind als an dem Nachweis deutscher "Unzuverlässigkeit". Namentlich Stresemanns Zusammenarbeit mit Aristide Briand und Sir Austen Chamberlain ist von solchen Gesichtspunkten her kritisch durchleuchtet worden, und aus seiner sachlichen Einstellung gegenüber Sowjetrußland haben besonders einige angelsächsische Gelehrte unfreundliche Schlüsse auf die Gesinnungsechtheit seiner Locarno-Politik gezogen?. Im folgenden soll es sich um ein bisher völlig übersehenes Thema handeln, das außerhalb dieses von Vorurteilen durchzogenen Bereiches liegt und doch nichts Nebensächliches betrifft: um sein Verhältnis zu Amerika. Man kann an dieser Einzelfrage Stresemanns Entwicklung vom Industries yndikus zum internationalen Staatsmann verfolgen und damit den Zugang verbreitern zur Erkenntnis seiner Politik im ganzen³.

Gustav Stresemann hatte nicht wie Bismarck das Glück, auf großen diplomatischen Beobachtungsposten sich auf sein späteres staatsmännisches Wirken vorbereiten zu können. Er machte lediglich die typischen Sommerreisen eines deutschen Akademikers jener Tage nach Norderney, Westerland oder in die Alpen. Die erste Fahrt, die etwas aus diesem Rahmen fiel, war die zur Brüsseler Weltausstellung im Juni 1910. Aber als Syndikus des Verbandes sächsischer Industrieller hatte er doch viel über weltwirtschaftliche Probleme nachgedacht⁴. Die Exportsorgen der weiterverarbeitenden Industrie, die ja im damaligen Königreich Sachsen die Haupt-

⁴ George W. F. Hallgarten, Imperialismus vor 1914 (München, C. H. Beck, 1951), enthält einige interessante soziologische Bemerkungen zu diesem Thema, besonders in Bd. II, S.153/54.



¹ Für eine Übersicht über das Material vgl. Hans W. Gatzke, "The Stresemann Papers" in "The Journal of Modern History", XXVI (1954), S. 49-59. — Von dem gleichen Autor ist eine Schrift über Stresemann und die deutsche Wiederbewaffnung erschienen.

² Vgl. für die Anfänge der Stresemannschen Sowjetpolitik nach Brest-Litowsk die Dokumentation in diesem Heft. In weiteren Heften hoffen wir neue dokumentarische Beiträge sowohl zu Locarno wie zum Berliner Vertrag zu bringen (Hrsg.).

³ Der Verfasser hat das Gesamtbild Stresemanns, wie er es sieht und weiter auszubauen beabsichtigt, dreimal in kürzerer Form skizziert: "The portent of Stresemann" in "The Commonwealth", XLI (2. März 1945), S. 486—89; "Stresemann in historical perspective" in "The Review of Politics", XV (Juli 1953), S. 360—377, und "Nicht ein Verlust, ein Unglück; zum Gedächtnis Gustav Stresemanns" in "Die Gegenwart", IX (2. Septemberheft 1954), S. 616—18. Die Fortführung dieser Studien wurde durch einen Forschungszuschuß der American Philosophical Society, Philadelphia, ermöglicht.

rolle spielte, ließen ihn früh den Wert eines ungehemmten Handelsaustausches besonders mit der Neuen Welt erkennen. Eines seiner ersten Ehrenämter war der Vorsitz im Deutsch-Kanadischen Wirtschaftsverband. Und im Reichstag hatte er sich schon im Februar 1911 eingehend mit der amerikanischen Überlegenheit auf dem Rohstoffgebiet befaßt.

Im folgenden Jahr setzte eine politische Enttäuschung gleichsam sein Interesse für überseeische Fragen frei. Er verlor 1912 den ihm ans Herz gewachsenen erzgebirgischen Wahlkreis gegen den sozialdemokratischen Ansturm; seine Rolle innerhalb der nationalliberalen Partei, in der er viele Neider und Feinde hatte, schien ausgespielt. In der Folgezeit war er zwar emsig bemüht, ein freiwerdendes Reichstagsmandat zu erobern, aber im übrigen konnte er sich mehr auf seinen Syndikus-Beruf konzentrieren. Seine Hände waren wenigstens zeitweilig nicht mehr so gebunden, und er durfte sich einige Wochen zu einer Studienreise nehmen, der einzigen seines ganzen Lebens. Diese Reise führte ihn nach Amerika. Zusammen mit etwa achtzig anderen führenden Vertretern der deutschen Wirtschaft reiste er zum Internationalen Handelskammerkongreß, der im Oktober 1912 in Boston stattfand⁵. Wenn er gehofft hatte, daß die Tagung als solche anregend sein würde, fand er sich freilich sehr enttäuscht, die endlosen Debatten erschienen ihm recht unergiebig. Um so wertvoller war die Besichtigungstour, die von der Bostoner Handelskammer für die Gäste organisiert worden war. Sie bot Gelegenheit, ein paar Dutzend der wichtigsten Fabriken, Warenhäuser usw. in den großen Industriezentren zu inspizieren und Fühlung mit Amerikanern aus den verschiedensten Kreisen zu nehmen. Eine neue Welt tat sich vor Gustav Stresemann in den drei Wochen auf, in denen er Städte wie Buffalo, Detroit, Chicago, Cincinnati, Pittsburgh, Washington, Philadelphia und New York besuchte. Natürlich hatte er nirgendwo Muße zu gründlichem Studium, aber manche der wie im Fluge empfangenen Eindrücke von den amerikanischen Produktionsmethoden und Lebensbedingungen blieben lange haften.

Es war nur natürlich, daß ein geborener Redner wie Stresemann auf dieser Reise gern Gelegenheiten zu Ansprachen und Diskussionen wahrnahm. Am Denkmal Friedrichs des Großen in Washington huldigte er dem König und schilderte dessen Beziehungen zur amerikanischen Nation. In Chicago analysierte er die Lebensformen des Landes und pries die neuaufsteigende Aristokratie des tätigen Mannes. Hier appellierte er an seine Zuhörer zu engerer wirtschaftlicher Zusammenarbeit: "So lassen Sie uns die Hände reichen über den Ozean⁶!" Die wichtigste Rede aber hielt er in Toronto bei einem Essen, das ihm der dortige Board of Trade und die Canadian Manufacturers Association gaben. Er versicherte seinen Zuhörern, daß Deutschland keine unfreundlichen Gefühle gegen das britische Weltreich hege und England weder seine Kolonien noch seine industriellen Leistungen neide. Deutschland wünsche nur den Frieden: "Es ist einfach lächerlich zu behaupten, daß irgend



⁵ Ernst Klien, Amerikafahrt der deutschen Teilnehmer am Bostoner Internationalen Handelskammerkongreß (Berlin, 1914).

⁶ Vortragsnotizen, im Stresemann-Nachlaß.

ein ernstzunehmender Deutscher auch nur von einem Krieg mit England träumt; falls er es doch tut, würde er sich beim Erwachen vor sich selber schämen?." Die Worte, im Jahr der verunglückten Sendung Haldanes gesprochen, fanden ein weites Echo.

Während Stresemann sich auf der Reise durch die USA befand, erreichte die Präsidentschaftswahlkampagne ihren Höhepunkt. Sie gab Stresemann Gelegenheit, die Auslesemethoden der amerikanischen Demokratie aus der Nähe zu beobachten. Was er an Formen der Wahlpropaganda und ihrer Finanzierung sah, begeisterte ihn nicht gerade, wohl aber bewunderte er die politische Selbsterziehung, die sich in der Achtung vor dem gegnerischen Redner und dem störungsfreien Verlauf der Versammlungen zeigte. Es mutet wie eine ironische Fügung an, daß Stresemann auf dieser Reise auch Woodrow Wilson begegnete, dem Manne also, dessen Friedenswerk er im letzten Jahrzehnt seines Lebens in mancher Hinsicht liquidieren sollte. "Wilson", so berichtete er seinen Landsleuten daheim⁶, "ist persönlich ein sympathischer Kandidat, eine Gelehrtennatur, aber mit guter Beredsamkeit. Ich hörte seine Kandidatenrede in Tremony Hall in Boston, eine etwas theoretisch angelegte Rede gegen die Trusts, aber mit scharfen sarkastischen Ausfällen wider seine Gegner . . . Täuscht nicht alles, so wird dieser ,Schulmeister', wie er sich selber nennt, im Falle seiner Wahl mit großem Eifer an die Ausführung seines Programms, auch in wirtschaftlicher Hinsicht gehen. Ob er die Widerstände zu überwinden vermag, die sich ihm praktisch entgegenstellen werden, kann allerdings nur die Zukunft zeigen." Stresemann erwartete übrigens Wilsons Wahl mit Sicherheit. Es ist nicht uninteressant, daß er später, im Kriege, ein viel unfreundlicheres Bild seiner Begegnung mit Wilson entwarf.

Seit seiner Jugendzeit hatte Gustav Stresemann Carl Schurz als einen großen Freiheitshelden verehrt. Er bewunderte an ihm, wie er es später einmal glücklich formulierte, daß Schurz "die Liebe zu Deutschland und die Treue zum amerikanischen Vaterland zur wundervollen Geschlossenheit verschmolzen, weil sein Streben hier wie dort im tiefsten Sinne auf das Ethische gerichtet war, das nicht Vorrecht einer Nation, sondern Gemeingut der Menschheit ist". Beim Lesen seiner Erinnerungen war ihm das Deutschamerikanertum zum ersten Male nahegekommen. Als er dann selber Amerika besuchte, war die höchste Welle des deutschen Einflusses in den USA freilich längst dahin. Stresemann hat sich demgegenüber zweifellos Illusionen hingegeben, so etwa, wenn er nach Hause berichtete: "Mir scheint es, als wenn gerade die jüngere Generation sich mehr des Zusammenhanges mit dem alten Vaterlande bewußt wird als die ersten, die hinübergingen", und wenn er zu dem Schluß kam, daß das Wort des Großen Kurfürsten "Gedenke, daß du ein Deutscher bist!" über den Häusern stehe, in denen Deutsche in Ame-

⁷ Die Rede ist in "Industrial Canada" vom November 1912, S. 621-22, abgedruckt.

⁸ Gustav Stresemann, "Die Präsidentenwahl" in "National-Zeitung", Berlin, Nr. 261 vom 5. November 1912.

[§] Im Geleitwort zu "Carl Schurz, der Deutsche und der Amerikaner" (Berlin, Sieben Stäbe-Verlag, 1929).

rika wohnen, auch wenn sie ihrem neuen Vaterlande gute und treue Bürger geworden seien 10. Er versprach sich viel von dem Einfluß deutsch-amerikanischer Zeitungen und Vereine, ja er glaubte in dieser Richtung eine Aufgabe für sich selbst zu sehen. Noch in der zweiten Julihälfte 1914 schrieb er einem befreundeten Verleger in New York 11, er beabsichtige, Anfang September wieder in den Staaten zu sein, dort einige geschäftliche Angelegenheiten zu erledigen und etwa fünf bis sechs Reden in großen von Tausenden besuchten Volksversammlungen zu halten, um den Deutsch-Amerikanern die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Lage seines Landes darzulegen. Der Kriegsausbruch machte diesen Plänen ein Ende. Stresemann hat die Neue Welt nicht wiedergesehen, aber er rechnete auf das moralische Band, das die Deutschamerikaner mit der alten Heimat verknüpfe. Auch am Hudson werde, so schrieb er noch im September 1914, eine Wacht des Deutschtums stehen, an der "die ganze Verleumdungskampagne unserer Gegner letzten Endes zusammenbrechen muß".

Auch sonst hinterließ die Studienreise nach Amerika in Stresemann nachhaltige Eindrücke. Besonders war es ihm klar geworden, daß die von ihm vertretenen wirtschaftlichen Interessen einen engeren Kontakt mit dem amerikanischen Markt benötigten. Dazu erwuchs aus dem Streit um die offizielle Beteiligung des Reiches an der Weltausstellung in San Francisco die Erkenntnis, daß es einer Organisation bedurfte, um die deutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen auf festere Grundlagen zu stellen. Diese Einsicht in die Tat umgesetzt zu haben, war das Verdienst eines kleinen Kreises, zu dem Stresemann und Albert Ballin, der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, gehörten; in dieser Zusammenarbeit sind sich die beiden Männer zum erstenmal nahegekommen. Nach längeren Vorarbeiten wurde am 12. März 1914 der Deutsch-Amerikanische Wirtschaftsverband ins Leben gerufen; außer Ballin und Stresemann waren Philipp Heineken, der Präsident des Norddeutschen Lloyd, und W. Schüddekopf, der Generaldirektor des Deutschen Kalisyndikats, hervorragend an der Gründung beteiligt¹². Auf Ballins Rat wurde zum Präsidenten ein Industrieller gewählt, dessen Firma besonders stark am amerikanischen Geschäft beteiligt war: Kommerzienrat C. F. Uebelen, Generaldirektor der Mechanischen Weberei zu Linden.

Stresemann übernahm indessen die eigentliche Leitung des Verbandes. Fast ein Jahrzehnt, bis zur Übernahme der Kanzlerschaft, war er geschäftsführendes Präsidialmitglied. In den Verbandsräumen hatte er auch sein Privatsekretariat, womit die Bedeutung gekennzeichnet ist, die der Verband in diesen Jahren für ihn hatte. Er widmete sich seinem Aufbau mit derselben zielsicheren Energie, mit der er einst



Jahrgang 3 (1955), Heft 1

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf

¹⁰ Gustav Stresemann, "Vom Deutschtum in Amerika" in "Leipziger Neueste Nachrichten", Nr. 325 vom 22. November 1912.

¹¹ Unveröffentlichter Brief Stresemanns an Theodor Sutro, Präsident des "Deutschen Journals" in New York, vom 22. Juli 1914. Das Zitat über die Deutsch-Amerikaner findet sich in einem Artikel Stresemanns im "Deutschen Kurier" vom 15. September 1914.

¹² Das Folgende benutzt z. T. Mitteilungen von H. E. Müncks, dem langjährigen Geschäftsführer des Deutsch-Amerikanischen Wirtschaftsverbandes, jetzt in Frankfurt. Er gehörte schon vor der Gründung zu Stresemanns Mitarbeitern.

den Verband sächsischer Industrieller organisiert hatte. Er arbeitete sein Programm aus, stellte die wünschenswerten Beziehungen mit amerikanischen Behörden und deutschen Auslandsvertretungen her und war unermüdlich in der Werbung. Schon im Februar 1915 konnte er Ballin berichten, daß über 700 Mitglieder gewonnen seien; bei Kriegsende waren es 1080 Firmen, Verbände und Handelskammern. Das war eine stattliche Leistung in einer Zeit, da Deutschlands Überseehandel mehr und mehr lahmgelegt war. Ballin zollte ihr seine Bewunderung, obwohl seine und Stresemanns weiterreichende Pläne sich nicht verwirklichten¹³.

Uns interessiert hier Stresemanns und Ballins Verknüpfung in der wirtschaftlichen Verbandsarbeit wesentlich deshalb, weil sie der Vorbote ihres politischen Zusammenwirkens während des ersten Weltkrieges war¹⁴. Wie sein Parteiführer Bassermann, so war auch Stresemann wiederholt Ballins Gast bei der Kieler Woche¹⁵ gewesen und hatte dabei Gelegenheit gehabt, mit ihm weltpolitische Fragen zu erörtern. Es war auf Bassermanns Wunsch, daß Ballin versprach, die Bemühungen Stresemanns um eine Reichstagskandidatur in Aurich zu unterstützen¹⁶ – Bemühungen, deren Erfolg nicht ausblieb. Jedoch bewahrten sich in der somit angebahnten Zusammenarbeit beide Teile durchaus ihre innere Unabhängigkeit. Ballin ließ keinen Zweifel, daß er mit Stresemanns außenpolitischen Ansichten nicht immer übereinstimmte, insbesondere nicht mit seiner Auffassung der englischen Politik. So schrieb er ihm aus Anlaß der Stresemannschen Broschüre "Englands Wirtschaftskrieg gegen Deutschland"¹⁷:

"Ich kann Ihnen allerdings in vielen Punkten nicht beistimmen, ganz besonders auch nicht in der Auffassung, daß England diesen Krieg geplant und in Szene gesetzt hat. Ich weiß, teils aus eigener Anschauung, teils auf Grund zweifelsfreier Mitteilungen, daß Sir Edward Grey sich bis zum letzten Augenblick ehrlich bemüht hat, den Krieg zu vermeiden. Der große Vorwurf, der ihn trifft, ist, daß er zu lange hin und her schwankte und zu viel diplomatisierte, anstatt kurz und bestimmt schon am ersten Tage der Kriegsgefahr seine Erklärung abzugeben . . . Wir werden hoffentlich bald einmal Gelegenheit haben, uns mündlich über diesen Krieg, den ich für ein ungeheures Verbrechen halte, auszusprechen . . . "



¹⁸ Für die Pläne, sowohl die Schwerindustrie wie die weiterverarbeitende Industrie in einer "Deutschen Gesellschaft für Welthandel" zusammenzufassen, ebenso für die sich erhebenden Widerstände vgl. "Frankfurter Zeitung", 13. Februar 1914, Abendblatt, 24. Februar 1914, Drittes Morgenblatt, und 23. März 1914, Erstes Morgenblatt.

¹⁴ Weder Bernhard Huldermann, Albert Ballin (Oldenburg, G. Stalling, 1922) noch Peter Franz Stubmann, Ballin: Leben und Werk eines deutschen Reeders (Berlin-Grunewald, H. Klemm, 1926) berichten von diesem Zusammenwirken. Für Ballin sind neben der Memoirenliteratur noch von Interesse: Theodor Wolff, Der Marsch durch zwei Jahrzehnte (Amsterdam, de Lange, 1936) und der Artikel in Neue Deutsche Biographie, Band I, S. 561/62 (von Gottfried Klein). Kaspar Pinettes Göttinger Doktordissertation, Albert Ballin und die deutsche Politik (Hamburg, Hansischer Gildenverlag, 1938), hingegen ist ein betrübliches Produkt der Tendenzgeschichtsschreibung des Dritten Reiches. Beachtenswert sind einige kritische Bemerkungen in dem schon erwähnten Werk von Hallgarten.

¹⁵ Gustav Stresemann, Reden und Schriften (Dresden, Carl Reissner, 1926), Bd. I, S. 209/10.

¹⁶ Brief Stresemanns an seinen Duzfreund Stubmann vom 2. Juli 1914.

¹⁷ Brief Ballins an Stresemann vom 23. März 1915.

Solche Meinungsverschiedenheiten taten aber den guten Beziehungen zwischen beiden Männern keinen Abbruch, und wir finden Stresemann wiederholt im Gedankenaustausch mit Ballin, wobei dessen Direktionskollege Huldermann manchmal als Mittelsmann diente. Zunächst ist es das Thema Belgien, d. h. praktisch das zur Erörterung gestellte Annexionsproblem, das beide Männer beschäftigt; Ballin hatte ja die unglückliche Phrase vom "nassen Dreieck" geprägt, und Stresemann wollte wissen, ob bei völliger Einverleibung Belgiens Antwerpen dem Hamburger Hafen große Konkurrenz machen würde . . .

In den nun folgenden Monaten rücken sich die beiden Männer so nahe, daß gegen Ende 1916 Ballin den Versuch macht, Stresemann für die Hamburg-Amerika-Linie zu gewinnen. Er schlägt ihm ein vertrauliches Abkommen vor, durch das er sich der Mitarbeit Stresemanns versichern will. Dieser bittet seinen Parteichef Bassermann um Rat, der sich in warnenden Worten äußert¹⁸. Er weist ihn einmal auf die launische und sprunghafte Art Ballins hin, dann aber auch auf die möglichen politischen Auswirkungen einer solchen Verbindung: "Ihre Gegner, und die sind bei Ihrer Begabung und Leistung nicht wenige, werden aus Ihrer Verbindung mit Ballin Kapital schlagen; auch in der Wilhelmstraße wird man Gift aus dieser Blume saugen . . . Mir wäre es am liebsten, wenn Sie ganz unabhängig dastünden, dann könnten Sie frei von aller Rücksicht die Kleinen lehren Speere werfen und die Götter ehren. Aber das ist wohl nicht zu machen. Daß Sie von Sachsen loskommen und sich in Berlin stabilisieren, begrüße ich . . . "

Stresemann war zunächst bereit, über diese Bedenken hinwegzugehen, wobei er freilich eine wirkliche "Stabilisierung" statt des vertraulichen Abkommens wünschte. So schlägt er Ballin vor19, "daß Sie eventuell nach dem Kriege meine Zuwahl in den Aufsichtsrat der Hamburg-Amerika-Linie bewirken, mich dadurch in ständigen Zusammenhang mit den Interessen der Gesellschaft bringen und mir, wenn meine Wirksamkeit über die eines einfachen Aufsichtsratsmitgliedes hinausgehen soll, die in den Satzungen der meisten Gesellschaften gegebenen Möglichkeiten eröffnen, als Mitglied des Aufsichtsrats mit besonderen Aufgaben betraut zu werden." Ein paar Wochen später sind aber auch Stresemanns Bedenken so stark geworden, daß er Ballin bittet, ihre Abmachung als erledigt anzusehen²⁰. Er fühlt, daß er bei der bevorstehenden Beratung der Gesetzgebung für den Wiederaufbau der Handelsflotte ganz unabhängig dastehen müsse. Zwar glaube er selber, die pekuniäre Verbindung mit einer Interessengruppe brauche nicht notwendigerweise die Freiheit des Blickes und die Objektivität der Anschauungen zu beeinträchtigen. "Die Öffentlichkeit denkt aber anders, und darauf muß gerade bei der Stellung eines Mannes, dessen ganzes Leben sich im Licht der Öffentlichkeit abwickelt, Rücksicht genommen werden." In ihrer Zusammenarbeit brauche sich deshalb nichts zu ändern; er möchte nur ganz frei und unabhängig für die Schiffahrt eintreten können. Später würde er gern bereit sein, Ballin zu entlasten. Dieser pflich-



¹⁸ Brief Bassermanns an Stresemann vom 31. Dezember 1916.

¹⁹ Brief Stresemanns an Ballin vom 28. Februar 1917.

²⁰ Brief Stresemanns an Ballin vom 18. März 1917.

tet ihm bei, drückt aber die Hoffnung aus²¹, "daß es mir gelingen und vergönnt sein wird, Sie in späterer Zeit für die Interessen unserer Gesellschaft in einer Form zu gewinnen, der auch der Übelwollendste nichts anzuhängen vermag," Die Korrespondenz ehrt beide Teile und zeigt, daß Stresemann seine Pflichten als Volksvertreter sehr ernst nahm und auch den leisesten Anschein der Korruption vermeiden wollte.

Trotz der Lösung des Abkommens geht der Gedankenaustausch zwischen beiden Männern ungestört fort. Stresemann ist noch immer, wie ja auch sonst bezeugt, in seiner Auffassung der Lage sehr optimistisch. Er glaubt, "daß wir jetzt in kurzer Zeit mit guter Zukunftssicherung aus diesem furchtbarsten aller Kriege hervorgehen werden "22. Ballin ist weniger hoffnungsfroh: "Unsere Lage, namentlich auch in wirtschaftlicher Beziehung, bei n. b. sehr schlechten Saaten, weist dringend auf baldigen Abschluß. Lorbeeren sind genug geerntet, auch unsere Mannschaft ist am Ende ihrer Kraft. Ein relativ günstiger Friede ist für uns nur erreichbar, wenn wir Rußland absprengen . . . Zum Frieden mit uns sind in Rußland nur die Roten geneigt"23. Schon damals, ein paar Wochen nach dem Ausbruch der Revolution, erwartete Ballin den Triumph der Bolschewisten: "Erfahrungsgemäß siegen in Revolutionen immer die schneidigsten und rücksichtslosesten Elemente." Kann man mit Rußland zur Verständigung kommen? Das wird nun eine Kernfrage in der Korrespondenz zwischen den beiden Freunden. Stresemann ist auch seinerseits besorgt, daß "wir jetzt die Gelegenheit verpassen, mit Rußland ins reine zu kommen"²⁴. Interessant für die Wandlung seiner Anschauungen ist, daß er von einem aus Parlamentariern zusammengesetzten "Koalitionsministerium" erhofft, es würde binnen vier Wochen in aussichtsreichen Friedensverhandlungen stehen und mehr durchsetzen als die Wilhelmstraße. Ballin kann sich mit dieser innerpolitischen Perspektive noch nicht befreunden; um so schärfer sieht er die außenpolitische Zwangslage und die allgemeingeschichtliche Konstellation²⁵: "Was wir für die Zukunft des deutschen Volkes brauchen, ist die Herbeiführung eines Friedens, der die Rüstungslast den verarmten Völkern erleichtert und die Handelsbeziehungen in möglichst alter Form wiederherstellt. Können wir diesen Frieden nicht erreichen, so stehen wir am Ende des Erschöpfungskrieges einem Block England-Amerika gegenüber, der uns das Sonnenlicht abschneidet."

Viel früher als Stresemann, der sich lange von den Marine-Autoritäten täuschen ließ, erkannte Ballin den Mißerfolg des unbeschränkten U-Bootkrieges. Schon im Mai 1917, nach einem Besuch im Großen Hauptquartier, kritisiert er den Optimismus Ludendorffs in dieser Frage²⁶. Im Juni warnt er Stresemann auf Grund seiner intimen Kenntnis des Seeverkehrs wiederholt²⁷ vor Illusionen: "Der U-Boot-



Jahrgang 3 (1955), Heft 1

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf

²¹ Brief Ballins an Stresemann vom 21. März 1917.

²² Brief Stresemanns an Ballin vom 25. März 1917.

²⁸ Brief Ballins an Stresemann vom 31. März 1917.

²⁴ Brief Stresemanns an Ballin vom 21. April 1917.

²⁵ Brief Ballins an Stresemann vom 24. April 1917.

²⁸ Brief Ballins an Stresemann vom 7. Mai 1917.

Briefe Ballins an Stresemann vom 10. und 27. Juni 1917.

krieg hat leider nicht gehalten, was der Admiralstab versprochen hat. Es handelt sich nicht um Quantität, sondern um Qualität." Auch stellte er nüchtern fest, die Absperrung Englands von der Zufuhr wichtiger Rohstoffe, Lebensmittel und Munition sei nicht gelungen. Besonders eindringlich ist die Bilanz, die er am 10. Juni zieht:

"Gegen die U-Boot-Aktion hat sich der Konvoy als fast ganz sicheres Mittel bewährt. Daß wir England nie aushungern konnten, mußten wir wissen. Daß es uns gelingen würde, den Erztransport und die Grubenholzzufuhr abzuschneiden, behaupteten die Fanatiker des Admiralstabs. Diese Männer haben sich bitter getäuscht. Im besten Falle schießen sie aus einem Geleitzuge, der manchmal bis zu 20 Schiffen umfaßt, das eine oder andere Schiff ab; alle anderen kommen glücklich im Hafen an . . .

Aber wir warten auf ein Wunder, und ein solches Wunder hat uns ja auch schon beglückt: die russische Revolution. Es ist allerdings ein Wunder mit doppeltem Boden. Es erleichtert unsere Kriegführung enorm, erleichtert aber auch eine kriegsfeindliche Bewegung der großen Massen."

So gehen die Briefe zwischen Hamburg und Berlin hin und her, die Stresemanns noch immer beflügelt durch kühne Erwartungen, die Ballins immer pessimistischer werdend. Zum sechzigsten Geburtstag, im August 1917, sendet Stresemann dem Freunde ein warmes Glückwunschtelegramm, voller Hoffnungen für die Zukunft. Ballins Kommentar atmet bittere Resignation: "Es erscheint mir so außerordentlich inopportun, daß man einem auf den Trümmern seines Lebenswerkes sitzenden Mann durch Gratulation das Leben noch mehr erschweren möchte."²⁸

Im Endstadium des Krieges bemühte sich Ballin gemäß seiner Grundauffassung wiederholt, die leitenden Persönlichkeiten des Reiches zur Vernunft zu bringen. Bekannt ist, daß er es Anfang September 1918 auf Hugo Stinnes' Wunsch unternahm, Wilhelm II. ein ungeschminktes Bild der Lage zu geben²⁹. Es gelang ihm indessen nicht, seinen kaiserlichen Gönner zur Erkenntnis der Wirklichkeit zu bringen. Ballin war verzweifelt; denn er sah, wohin die Dinge trieben. Seine einzige Hoffnung setzte er auf die Vereinigten Staaten. Wie er Stresemann in ihrem letzten Gespräch darlegte, war es für ihn keine Frage, daß man sich mit Wilson direkt ins Benehmen setzen müsse. In einem Brief an Kommerzienrat Stollwerck, den dieser an Stresemann weiterleitete, sprach Ballin von dem besonderen Grunde, warum man gerade seine Warnungen hinsichtlich Amerikas in den Wind geschlagen hatte, und von dem Verhängnis, das er voraussah³⁰:

"Leider war ich mundtot gemacht durch den Umstand, daß wir Schiffe im Werte einer halben Milliarde drüben in Amerika liegen hatten und daß man infolgedessen jede bezügliche von mir ausgehende Äußerung als befangen ablehnte. Selbst heute bin ich noch auf dem Standpunkt, daß wir unter allen Umständen versuchen müssen, den Frieden über Wilson jetzt zu erreichen; denn wenn wir einen Wilson-Frieden jetzt nicht bekommen, so fürchte ich sehr, daß wir spätestens zum nächsten Frühjahr einen Glemenceau-Frieden bekommen, und



²⁸ Peter Franz Stubmann, Ballin, S. 291.

²⁹ Bernhard Huldermann, Albert Ballin, S. 375-78.

²⁰ Brief Ballins an Stollwerck vom 23, Oktober 1918.

dieser Clemenceau-Frieden wird unter allen Umständen schlechter sein als das, was wir heute noch zu erreichen vermögen. Es ist traurig, daß wiederum eine kleine, aber durch die Presse stark gestützte Schicht über unsere Lage so windschiefe Meinungen hat."

Siebzehn Tage später schied Albert Ballin aus dem Leben. Was Stresemann damals über seine Persönlichkeit sagte, erscheint auch heute noch als ein gerechtes Urteil³¹: "Er war ein großzügiger, weitsichtiger Mann von schnellem Entschluß, von durchdringendem Verstand, die Konjunktur einer Lage schnell erfassend, vieles wagend, vieles erringend . . . Er war ein Mann, der in Weltteilen dachte."

Nach Kriegsende bemühte Stresemann sich, die zerstörten Wirtschaftsbeziehungen zu den USA wiederzubeleben. Er führte viele Verhandlungen mit Vertretern amerikanischer Banken über die Gewährung von Krediten und beriet Auswärtiges Amt und Reichswirtschaftsministerium vor dem Abschluß des deutsch-amerikanischen Handelsvertrages von 1923. Die Verbandstätigkeit war nicht immer leicht. Wie er seinem Mitarbeiter Müncks zum zehnjährigen Dienstjubiläum schrieb³¹: "Der Deutsch-Amerikanische Wirtschaftsverband hat eigentlich gute Zeiten bis heute noch nicht erlebt. Seine Entwicklung wurde unterbrochen durch den Weltkrieg. Länger als andere Staaten blieben die Vereinigten Staaten mit uns im Kriegszustand. Der Markverfall verhinderte die doppelstaatliche Entwicklung unseres Verbandes; finanzielle Schwierigkeiten sind uns fast niemals erspart geblieben." Trotz aller Sorgen war ihm der Verband sehr ans Herz gewachsen, und er bewahrte ihm sein förderndes Interesse, als er schon längst Minister geworden war. Wenn der Geschäftsführer ihn im Auswärtigen Amt aufsuchte und um Rat anging, sprach Stresemann ihm gegenüber immer nur von "unserem Verband". Ohne Übertreibung darf behauptet werden, daß Stresemanns Wirken als geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutsch-Amerikanischen Wirtschaftsverbands eine gute Schule für ihn war. Es ist bemerkenswert, wie leicht es ihm dann als Außenminister fiel, mit amerikanischen Staatsmännern und Wirtschaftsführern umzugehen.

Ohne Zweifel war Lord D'Abernon derjenige ausländische Diplomat, der in Stresemanns Amtszeit den größten Einfluß in der Wilhelmstraße ausübte. Besonders die Anfänge des Locarno-Paktes wären ohne seine Initiative und seinen klugen Rat undenkbar. Deshalb kann man auch in wenigen Büchern so wertvolle Information über die Hintergründe der deutschen Politik in jenen Jahren finden wie im zweiten und dritten Band seiner Tagebücher³³. Aber neben der Gestalt des englischen Botschafters stehen als weise Berater und Freunde Stresemanns doch auch die beiden Repräsentanten Amerikas, der Industrielle Alanson B. Houghton und der Gelehrtenpolitiker Jacob Gould Schurman. Über ihre Rolle ist wenig bekannt, da Houghtons Tagebücher noch immer unveröffentlicht sind³⁴ und Schurman

⁸⁴ Der Verfasser hat mit Erlaubnis der Familie Houghton die wichtigsten Teile seiner Tagebücher durchgesehen.



³¹ Gustav Stresemann, Reden und Schriften, Bd. I, S. 207/08.

³² Brief Stresemanns an H. E. Müncks vom 1. Dezember 1923 (s. Anm. 12).

³⁸ Lord D'Abernon, An ambassador of peace, Bd. 2 und 3. London, Hodder and Stoughton, 1929 und 1930.

keine Aufzeichnungen hinterlassen hat. Wer aber ihre gleichfalls noch unpublizierten Berichte an die Vorgesetzten in Washington studiert und sie durch einige Hinweise in Stresemanns Nachlaß ergänzt, für den wachsen beide an Bedeutung für die Geschichte jener Jahre. In einer Zeit, in der die Vereinigten Staaten offiziell sich aus den Händeln Europas möglichst herauszuhalten bestrebt waren, haben diese Männer nicht nur ihr Land erfolgreich in Berlin vertreten, sondern auch den deutschen Wiederaufstieg und die europäische Entspannung wesentlich unterstützt. Niemand hat das so gerne anerkannt wie Stresemann selber.

Anfänglich zwar war Houghton keineswegs von der Tatsache angetan, daß Stresemann die Nachfolge Cunos übernahm. Er bezweifelte, daß er den Vereinigten Staaten so viel Zuneigung entgegenbringen würde wie sein Vorgänger. Auch vermutete er, daß er mehr ein Redner als ein Staatsmann sei. Niemand glaube, so telegraphierte er am Tage von Stresemanns Amtsantritt an den Secretary of State³⁵, daß der neue Kanzler eine genügend starke und dominierende Persönlichkeit besitze, um Erfolg zu haben. Aber schon nach kurzem werden die Eintragungen in seinem Tagebuch und die Depeschen nach Washington wärmer. Stresemann spricht sich mit ihm über all seine politischen Schwierigkeiten aus, und in diesen intimen Gesprächen findet Houghton zu seiner Überraschung, daß der neue Kanzler den Vereinigten Staaten mit größtem Zutrauen gegenübersteht; nur erwartet er zu viel von dem Einfluß ihrer Politik. Stresemann ist noch nicht sechs Wochen im Amte, als der amerikanische Botschafter seinem Tagebuch bewundernde Worte über eine Unterhaltung mit ihm anvertraut. Je länger er mit ihm über die Beendigung des passiven Widerstandes gesprochen habe, um so mehr habe er die Klarheit und Kühnheit seiner Politik zu würdigen gelernt³⁶. Houghton ist indessen zu guter Diplomat, um sich nur auf Informationen aus der Wilhelmstraße zu verlassen. Hugo Stinnes, Professor Hoetzsch und viele andere geschäftige Gegner des Kabinetts der Großen Koalition gehen bei ihm ein und aus; er kennt ihre Intrigen und weiß, daß ein "Direktorium" Wiedfeldt oder eine Militärdiktatur hinter den Kulissen emsig diskutiert werden. Es ist ihm klar, daß Stresemanns Position als Kanzler auf die Dauer unhaltbar ist, aber man spürt seiner Tagebuchnotiz sein Bedauern darüber an. Am 6. November erscheint Stresemann noch einmal bei ihm zu einer langen Erörterung der Weltlage wie der innerpolitischen Situation, und Houghton nennt seine Darlegungen brillant³⁷.

Bei den meisten Konversationen mit Stresemann während seiner Kanzlerzeit hatte Houghton sich auf die Rolle des guten Zuhörers beschränkt. Er glaubte, daß die grundsätzliche Linie der damaligen amerikanischen Politik ein aktiveres Hervortreten nicht gestattete; eine sympathische Einstellung war, wie er in seinem Tagebuch notierte, das beste, was er zu bieten hatte³⁸. Im Sommer 1924 änderte Hough-



³⁵ Telegramm Houghtons vom 13. August 1923.

⁸⁶ Eintragung in Houghtons Tagebuch vom 22. September 1923.

³⁷ Eintragung Houghtons in seinem Tagebuch vom 6. November 1923 und Telegramm an Hughes vom 7. November 1923.

³⁸ Eintragung in Houghtons Tagebuch vom 18. August 1923.

ton aber seine Haltung unter dem Zwang der deutschen innerpolitischen Situation. Schon im Frühjahr hatte er in einem Brief an Staatssekretär Hughes eine gewisse Beunruhigung über das Schicksal des Dawes-Planes nicht verhehlt, ohne doch pessimistisch zu sein: "The capacity of German politicians to do the wrong thing, is beyond belief", so schrieb er sarkastisch und fuhr doch fort: "... I am confident, Germany will accept the experts' plan and I do not think a referendum will be necessary"39. Im August aber stellte es sich heraus, daß das Vertragswerk in Gefahr war, da die notwendige Zweidrittelmehrheit für das Eisenbahngesetz ohne deutschnationale Hilfe nicht zu erreichen war. Houghton hatte an den interalliierten Beratungen und der Konferenz mit den deutschen Staatsmännern in London teilgenommen und Erhebliches zum Ausgleich von Schwierigkeiten beigetragen. Indem der amerikanische Staatssekretär dieser Leistung Beifall zollte, überließ er es zwar Houghton, ob er nach Berlin zurückkehren oder auf Ferien gehen wollte. Er fügte indessen hinzu: "Your advice is so highly esteemed by the government officials that I should think you would be of great aid in present emergency "40. Demgemäß vertagte Houghton seine Urlaubspläne.

Die Situation, die er bei seiner Rückkehr in Berlin vorfand, war in der Tat sehr gespannt. Kaum war eine Woche verstrichen, als Staatssekretär von Maltzan sehr erregt bei Houghton vorsprach, um ihm den Wunsch der Reichsregierung mitzuteilen, er möge die Führer der Deutschnationalen empfangen. Diese wollten von ihm erfahren, wie man in Amerika eine Ablehnung des Dawes-Planes aufnehmen würde. Der Botschafter erklärte sich bereit, aber er wollte die Abgeordneten nicht als offizielle Delegation bei sich sehen, sondern "as individuals to talk with me personally and in confidence40". Am gleichen Nachmittag (24. August) erschienen dann Graf Westarp, Dr. Hergt und Professor Hoetzsch bei Houghton, Hergt war ihr Wortführer. Er wollte wissen, ob die amerikanische Regierung indirekt die Franzosen und Belgier zur sofortigen Räumung der Pfalz und zur Räumung der Ruhr bis zum 10. Januar 1925 veranlassen würde. Zweitens wünschte er, daß Washington wirksame Schritte zu einer befriedigenden Lösung der Rheinlandfrage unternähme. Hergt fragte schließlich, was man in Amerika meinen würde, wenn die Annahme des Sachverständigenberichtes mit diesen Bedingungen verknüpft würde⁴². Darauf gab der Botschafter den deutschnationalen Führern die folgende vertrauliche Auskunft⁴⁸:

"I then said that in my opinion public sentiment in America was united in favor of the Dawes Plan as the only workable plan now available and equally united in believing that the conclusions of the London conference were the most favorable now possible. I added that I thought a rejection would unquestionably turn American opinion definitely and sharply against Germany and make loans



³⁹ Bericht Houghtons an Hughes vom 8. Mai 1924.

⁴⁰ Telegramm Hughes' an Houghton vom 17. August 1924.

⁴¹ Telegramm Houghtons an das State Department vom 24. August 1924.

⁴² Der Verfasser hat im August 1949 die Frage der Annahme des Dawes-Planes mit Staatsminister a. D. Hergt in Göttingen eingehend erörtert.

⁴³ Aus Houghtons Telegramm vom 24. August 1924.

either private or public difficult and probably impossible. Some discussion of the Dawes Plan then followed and finally I was asked, if in case the Nationalists assented to the government proposition, the loan of 200 million Dollars would be assured. I said while I could make no definite commitment, in my opinion it was assured, and further that private loans in considerable amounts would also be immediately available."

Nach dieser Darlegung dankten die drei deutschnationalen Politiker dem Botschafter für seine Offenherzigkeit und verabschiedeten sich. Man wird in Houghtons energischer Stellungnahme und seinen Argumenten einen Hauptgrund dafür sehen dürfen, daß die Deutschnationalen bei der dritten Lesung des Eisenbahn-Gesetzes genug Ja-Stimmen "abkommandierten", um dessen Annahme zu ermöglichen und damit den gesamten Dawes-Plan zu sichern. Stresemann hat Houghton diesen wichtigen Dienst nie vergessen. Wie großes Vertrauen er in seine staatsmännische Einsicht hatte, geht aus der "langen Epistel" hervor, die er ihm von Baden-Baden im Juni 1925 sandte, zu einer Zeit also, als Houghton bereits die Londoner Botschaft übernommen hatte⁴⁴.

Der nächste Vertreter der USA. in Berlin war ein Mann ganz anderer Art: Jacob Gould Schurman, der frühere Präsident der Cornell Universität. Stresemann selber hat ihn sehr bald als seinen treuen persönlichen Freund betrachtet, wie er dem Verfasser dieses Aufsatzes schon im Winter 1926 in warmen Worten versicherte. Schurman traf sich mit Stresemann in der Liebe für das Romantische und in der Wertschätzung für die deutsche Kulturtradition. Als die Heidelberger Universität über die Verleihung der Ehrendoktorwürde an Schurman beriet und gewisse Bedenken auftauchten, hat der Außenminister sich aufs stärkste für seinen amerikanischen Freund eingesetzt46: "Gewiß besitzt Herr Schurman nicht die großen finanziellen und wirtschaftlichen Kenntnisse, die seinem Vorgänger Houghton eigen waren, aber ich darf wohl sagen, daß er der deutschen Wissenschaft, der deutschen Geschichte und dem deutschen Volke aufrichtiges Interesse und tiefste Sympathie entgegenbringt . . . Ich kann sagen, daß, seitdem einige frühere Botschafter und Gesandte Berlin verlassen haben, die wohl das Prädikat "deutschfreundlich" verdienten, der amerikanische Botschafter neben dem Gesandten Deutsch-Österreichs wohl der einzige ist, der in der Lage ist, mit uns zu fühlen und zu empfinden, und der einen Wiederaufstieg Deutschlands von Herzen wünscht und jedenfalls alles tun würde, daran mitzuwirken." Wer Schurmans wohlabgewogene Depeschen und Berichte an das State Department aus seinen fünf Berliner Amtsjahren liest, wird Stresemanns Urteil vollauf bekräftigt finden. Selbst wenn der Botschafter sich zur Kritik an der deutschen Politik verpflichtet fühlte, ist immer noch ein Unterton der Sympathie unverkennbar.

Es war Stresemann eine große Genugtuung, daß Schurman ihn und seine Frau als einzige Deutsche zur Trauung seiner Tochter gebeten und den Wunsch geäußert hatte, er allein möge eine Rede bei dieser Feier halten, was er dann auch



⁴⁴ Gustav Stresemann, Vermächtnis, Bd. II, S. 257-64 (Berlin, Ullstein, 1932).

⁴⁵ Brief an Professor Johannes Hoops vom 22. Juli 1927.

sehr gerne tat. Noch mehr beglückte ihn, daß die Heidelberger Universität ihm und Schurman gleichzeitig das Ehrendoktor-Diplom überreichte. Dieser Festakt (5. Mai 1928) symbolisierte aufs schönste sein stetes Bemühen um enge Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika. Es war einer der letzten wahrhaft glücklichen Tage seines Lebens. Ein auf dem Universitätsplatz aufgenommenes Bild, auf dem er neben dem ebenfalls freudig bewegten Schurman und dem Rektor Professor Martin Dibelius steht, zeigt den deutschen Reichsaußenminister noch einmal auf der Höhe des Daseins. Fünf Tage später, gerade an seinem 50. Geburtstag, trat die erste schwere Krisis seiner Gesundheit ein, die den Ärzten das drohende Ende ankündigte.

Auch sonst waren Stresemanns Beziehungen zu den prominenten Amerikanern, mit denen ihn seine Amtspflichten zusammenführten, im allgemeinen freundlich und oft sogar sehr herzlich. Die einzige gewichtige Ausnahme stellte Parker Gilbert dar, der sehr jugendliche Generalagent für die Reparationen. Sein Amt war es, die deutsche öffentliche Wirtschaft kritisch zu beobachten; das brachte ihn natürlich öfters in scharfen Gegensatz zu deutschen Behörden. Aber vielleicht lag es auch an einem Unterschied von Temperament und Lebenserfahrung, daß es nie zu wärmeren Beziehungen zwischen Stresemann und Gilbert kam. Dagegen haben die beiden amerikanischen Wirtschaftsführer, mit deren Namen die Sachverständigenpläne für immer verknüpft sind, General Charles G. Dawes und Owen D. Young, nie einen Zweifel daran gelassen, daß sie für Stresemann nicht nur Respekt, sondern auch menschliche Bewunderung empfanden. Noch viele Jahre später, gegen Ende des zweiten Weltkrieges, haben beide dem Verfasser gegenüber ihre unveränderte Hochschätzung für Stresemann bezeugt, obwohl es damals gar nicht populär war, deutsche Staatsmänner zu preisen. Im Nachkriegsdeutschland werde es auf Führereigenschaften wie die Stresemanns ankommen, so schrieb Charles G. Dawes im Jahr 1944 und Owen D. Young erklärte damals und hat es auch später erneut bekräftigt: "Dr. Stresemann impressed me as being one of the wisest and most openminded . . . of the many Germans whom I met in that period." Einen ähnlich positiven Eindruck von Stresemanns Persönlichkeit empfing Staatssekretär Hughes, als er Anfang August 1924 in Berlin erschien, um mit Ebert, Reichskanzler Marx und dem Außenminister die letzten Schwierigkeiten zu erörtern, die der Annahme des Dawes-Planes noch im Wege standen⁴⁶.

Wollen wir den amerikanischen Einfluß in der Wilhelmstraße während der Stresemann-Ära zusammenfassend würdigen, so können wir das am besten in den Worten Lord D'Abernons tun, der in der Einleitung zu seinen Tagebüchern schreibt⁴⁷: "In all the more important developments in Germany during the postwar years, American influence has been decisive. Eliminate action taken on American advice, or in assumed agreement with American opinion, or in anticipation of American approval, and the whole course of policy would be altered . . . All these



⁴⁶ Telegramm von Secretary Charles Evans Hughes nach London "personal for Ambassador" vom 4. August 1924.

⁴⁷ Lord D'Abernon, An ambassador of peace, Bd. I., S. 18/19.

influences would, however, have remained inoperative, if the USA. had not been represented during the critical post-war period by men of unusual authority, and peculiarly in touch and sympathy with German life... They were all men of easy access, of wise counsel, and of wide sympathies; all were successful in establishing relations of intimate confidence in Berlin, both political and financial."

Wie machte sich nun umgekehrt die Stresemannsche Außenpolitik in Washington geltend? Mit dem Ietzten Botschafter der Kaiserzeit, dem Grafen Bernstorff, hatten ihn sehr gute Beziehungen verknüpft, aus denen sich in den zwanziger Jahren eine engere und sehr fruchtbare Zusammenarbeit im Reichstag und noch mehr in Genf entwickelte⁴⁸. Dagegen war der erste Botschafter, den die Republik 1922 hinübersandte, Dr. Otto Wiedfeldt, ein Mann, mit dem Stresemann sehr wenig gemein hatte. Wiedfeldt war ein Mitglied des Krupp-Direktoriums; er gehörte zu jenem Typ des Schwerindustriellen, mit dem Stresemann schon als Syndikus die hitzigsten Kämpfe ausgefochten hatte. Der Botschafter war bezeichnenderweise auch diejenige Persönlichkeit, an die Seeckt, Stinnes und andere Gegenspieler Stresemanns im Herbst 1923 als Leiter eines "Direktoriums" gedacht hatten, durch das sie die verfassungsmäßige Regierung zu ersetzen hofften. Zwischen Wiedfeldt und dem Auswärtigen Amt gab es häufig schwere Reibereien. Der Gegensatz kam zum schärfsten Austrag nach dem Tode Wilsons, als die deutsche Botschaft in Washington verabsäumte, die Flagge auf Halbmast zu setzen49. Ein weiterer Zusammenstoß folgte einige Monate später, als Wiedfeldt Stresemann - in seinem an Ebert gerichteten Abschiedsgesuch -- scharf attackierte 50. Auf die Erklärung des Botschafters, daß er nur im Amte bleiben könnte, wenn das Vertrauensverhältnis zu den Leitern des Auswärtigen Amts wiederhergestellt würde, hatte Stresemann die schneidende Antwort⁵¹: "Meines Erachtens kann diese Voraussetzung nur durch Wiedfeldt selbst erfüllt werden, indem er das in seiner Berichterstattung in den letzten Monaten öfters geäußerte Mißtrauen gegen die Beamten des Auswärtigen Amtes aufgibt. Dieses Mißtrauen ist gänzlich ungerechtfertigt." Und auf Wiedfeldts Begehren, man sollte künftighin Eingriffe in die "hiesige Politik" unterlassen, erwiderte Stresemann: "Die auswärtige Politik, auch Amerika gegenüber, kann nur in Berlin vom Auswärtigen Amt bestimmt werden. Eine besondere Politik eines Botschafters ist unmöglich."

Das Ausscheiden Wiedfeldts verzögerte sich, da Ebert sich um eine Einrenkung der Affäre bemühte. Für die Nachfolge hatte Stresemann an den früheren Reichskanzler Cuno gedacht. Dabei war er nicht ohne Grund auf Widerspruch, vermutlich bei dem Reichspräsidenten, gestoßen; dieser Kandidat hatte sich ja als Staatsmann nicht gerade hervorgetan. Stresemann mußte Cuno schließlich mitteilen⁵²: "Mein

Vierteljahrshefte 1/3



⁴⁸ Davon geben die Erinnerungen und Briefe des Grafen Johann Heinrich Bernstorff (Zürich, Polygraphischer Verlag, 1956) beredtes Zeugnis. Er hat auch manches Bemerkenswerte über Ballin zu sagen.

⁴⁹ Gustav Stresemann, Vermächtnis, Bd. I., S. 290-93.

⁵⁰ Ebenda, S. 380 und ausführlicher in Stresemanns Nachlaß.

⁵¹ Memorandum Stresemanns vom September 1924.

⁶² Brief Stresemanns an Generaldirektor Cuno vom 11. Dezember 1924.

starkes Eintreten für Ihre Persönlichkeit fand an einer Stelle, bei der ich freudige Zustimmung voraussetzte, doch eine sehr kühle und z. T. gegensätzliche Aufnahme." So fiel die Wahl auf den Staatssekretär Ago von Maltzan, zweifellos einen der brillantesten, wenn auch umstrittensten Diplomaten der Weimarer Zeit. Houghton gab dem State Department ein sehr gutes Bild Maltzans, den er während seiner Berliner Jahre genau kennengelernt hatte⁵⁸: "He is often said to be an opportunist and is charged with duplicity. My experience with him does not bear out this estimate. I believe Maltzan to be an ambitious man whose most obvious characteristic is his energy. In my opinion . . . his ambition will lead him to do everything in his power, during his stay at Washington, to improve relations between Germany and the United States . . . He is resolved not to repeat some of the mistakes which he believes were made by his predecessor Wiedfeldt."

Stresemann selber war sehr beglückt über den Wechsel. Er gab seinen Gefühlen beredten Ausdruck in einem Brief an Maltzan, der sehr deutlich zeigt, wie hoch der Reichsaußenminister die Bedeutung der weltpolitischen Rolle Amerikas einschätzte⁵⁷: "Nicht nur, um der Ära Wiedfeldt ein Ende zu machen, sondern auch deshalb, weil ich glaube, daß die Entscheidung über Europas Zukunft im wesentlichen in den Händen der Vereinigten Staaten liegen wird, freut es mich, daß Ihnen die Aufgabe zuteil wird, in dieser entscheidenden Phase der deutschen Entwicklung Deutschland dort zu vertreten." Im gleichen Brief hatte Stresemann auch seine Beunruhigung über die Kandidatur Hindenburgs ausgedrückt die sich damals abzuzeichnen begann. Diese rief dann in Amerika einen so ungünstigen Eindruck hervor, daß Stresemann auf ein alarmierendes Telegramm Maltzans hin seinen Urlaub unterbrach und nach Berlin zurückeilte⁵⁸. Er maß dieser Depesche solche Beachtung bei, "weil von der Entscheidung der Vereinigten Staaten unser Schicksal abhängt." Leider ließ in diesem Augenblick Stresemann seine oft bewährte Kühnheit im Stich. Es bleibt einer der tragischsten Irrtümer seines Lebens und ein Unglück für sein Land, daß er nicht Wege fand, die Wahl Hindenburgs zu verhüten 56. Was Maltzan in den zweieinhalb Jahren als Botschafter in Washington geleistet, ehe er durch einen Unfall aus der Mitte des Lebens gerissen wurde, hat Stresemann selbst am schönsten umschrieben 57: "Sein Wirken in Washington war geradezu vorbildlich für die Erfassung einer neuen Aufgabe. Die Tore der Botschaft öffneten sich dem Washingtoner Leben, und die Herzen von Amerika öffneten sich in Erinnerung an die alte traditionelle Freundschaft mit Deutschland."

Es war nicht leicht, für einen Mann von Maltzans Talenten den rechten Nachfolger zu finden. Lange ging die Suche hin und her, bis schließlich Stresemann – mit Hindenburgs Zustimmung – einem jüngeren Diplomaten das schwierige Amt an-



⁵³ Houghton an Secretary Hughes, 29. Dezember 1924.

⁶⁴ Brief Stresemanns an Maltzan vom 7. April 1925.

⁵⁵ Gustav Stresemann, Vermächtnis, Bd. II, S. 48.

⁵⁶ Siehe darüber den oben erwähnten Aufsatz des Verfassers im 2. Septemberheft 1954 der "Gegenwart".

⁵⁷ Gustav Stresemann, Vermächtnis, Bd. III, S. 476-80.

vertraute. Dem Herrn Krupp von Bohlen und Halbach, der ihm eine Reihe von ungeeigneten Kandidaten vorgeschlagen hatte, schrieb er 58: "Unsere Wahl ist nun auf den Botschaftsrat von Prittwitz und Gaffron gefallen, der als eines unserer besten Pferde im Stall gilt und von dem wir hoffen, daß er sich in Washington bewähren wird." Prittwitz hat selber über die Unterhaltung berichtet, in der Stresemann ihm den Posten mit der Begründung antrug, daß er ja schon früher einmal in Amerika gewesen sei und daß ihm seine Berichterstattung aus Rom gefallen habe 59. Prittwitz, ein aufrichtiger Demokrat, machte es von Anfang an klar, daß er in die Fußstapfen Maltzans treten wollte 60: "Ich hatte nicht die Absicht, mich im Stile der 'alten' Diplomatie auf die Beziehungen zur amerikanischen Regierung zu beschränken, sondern wollte mich bemühen, gleichzeitig ein Vertreter des deutschen Volkes beim amerikanischen Volke zu sein." Diesem Ideal hat er nachgelebt.

Im letzten Jahrzehnt sind in den Vereinigten Staaten verschiedentlich Kritiker aufgetaucht, die aus ihrer tiefen Abneigung gegen Stresemann kein Hehl machen. Es ist hier nicht der Platz, ihre Argumente und ihre Vorurteile im einzelnen zu analysieren⁶¹. Ihre Haltung erklärt sich wenigstens teilweise aus ihrer Empörung über die Untaten des Dritten Reiches. Ein Rest dieser tiefsitzenden Abneigung richtet sich unlogischerweise auch gegen den deutschen Staatsmann, der sich im Kampf gegen Hugenberg und Hitler verzehrt hatte. Wie maßgebende Persönlichkeiten der amerikanischen Öffentlichkeit über Stresemann zu seinen Lebzeiten und später dachten, erhellt eher aus einem Brief, den Nicholas Murray Butler nicht lange vor seinem Tode an den Verfasser schrieb. Der langjährige Präsident der Columbia Universität ist als Hochschulpolitiker heute umstritten. Aber auf dem Gebiet der internationalen Verständigung hatte er gerade in den zwanziger Jahren außerordentliche Verdienste, für die er nicht zu Unrecht den Nobelfriedenspreis erhielt. Butler schrieb: "He was a fine personality and a statesman of large and constructive outlook on the world. He lived and was in public office at a most difficult time, and it has always been a wonder to me that he was able to accomplish as much as he did."



⁵⁸ Undatierter Brief aus dem Oktober/November 1927.

⁵⁹ Friedrich von Prittwitz und Gaffron, Zwischen Petersburg und Washington (München, Isar-Verlag, 1952), S. 172.

⁶⁰ Ebenda, S. 178. In die Amtszeit des Botschafters von Prittwitz fallen die Verhandlungen, die zum Abschluß des Kellogg-Paktes führen. Dies ist ein Thema, das nur begrenzt mit Stresemanns Beziehungen zu Amerika zusammenhängt. Es sei daher hier lediglich auf die ausgezeichnete Monographie von Robert H. Ferrell, Peace in their Time: The Origins of the Kellogg-Briand Pact, New Haven, Yale University Press, 1952, verwiesen,

⁶¹ Charakteristisch für diese Tendenzen ist der Aufsatz des Philosophen George Boas "Stresemann: object lesson in post-war leadership" im "Public Opinion Quarterly", VIII (1944) S. 232—243. Dazu die Erwiderung des Verfassers in derselben Zeitschrift, IX (1945), S. 258—260.

WALTER BAUM

DIE "REICHSREFORM" IM DRITTEN REICH

Vorbemerkung des Herausgebers: Es handelt sich bei dem hier folgenden Beitrag um ein noch kaum angeschnittenes Thema, das der Verfasser wesentlich auf Grund der erreichbaren Urkunden und einiger ihm zugänglich gewordener Archivalien umreißt. Diese entstammen in der Hauptsache Registraturen des Oldenburgischen Staatsministeriums und des Bremer Senats. Erfreulicherweise konnte der Verfasser noch nicht archivreife Bestände einsehen, die unter verschiedenen Titeln - wie "Reichsreform", "Vereinfachung der Verwaltung" oder "Allgemeine Verwaltung" - gesammelt sind. Es handelt sich dabei um Berichte der Vertreter der beiden ehemaligen Länder im Reichsrat bzw. bei der Reichsregierung, private Briefe und vertrauliche Informationen sowie amtliche Erlasse an die hetreffenden Regierungsstellen. – Wie sich bei einem Vorstoß in Neuland versteht, kam es zunächst einmal auf die Feststellung der Tatsachen an. Die wertende Interpretation wird über eine allgemeine Charakterisierung des Fehlschlags und seiner Gründe zur Zeit nicht hinauskommen können. Insbesondere auf das allgemeinere Thema, von dem das hier behandelte nur ein Teil ist, auf die noch vielfach ungeklärte Problematik des Verhältnisses von "Partei und Staat" fällt nur gelegentliches Licht. Ebenso kann an die Fragen, welche Rolle - offenbar nur eine sehr sekundäre - innere Reformfragen für Hitler im Vergleich mit seiner Zielsetzung größeren "Lebensraums" überhaupt spielten und welche Bedeutung allgemeiner Art eben diese Erweiterung des "Altreichs" hatte, lediglich herangeführt werden. In diesem Rahmen aber bedeutet der Aufsatz einen Führer durch einen Wirrwarr von Maßnahmen, der sich, wie wir hoffen, für alle weitere Forschung als sehr förderlich erweisen wird.

Die Aufgabe der Reichsreform in ihrer Gesamtheit bedingte die Lösung zweier Teilaufgaben. Es handelte sich um eine organisatorische und eine regionale Aufgabe, nämlich die eines "Neuaufbaus" und die einer "Neugliederung" des Reiches. Der Nationalsozialismus machte sich anheischig, beide Teilaufgaben zu lösen, packte sie aber weder gleichzeitig, geschweige denn systematisch an und hat sich wesentlich aus "praktischen" Beweggründen mehr dem "Neuaufbau" gewidmet. Zu einem vernünftigen Ende gelangte seine Betätigung auch auf diesem Gebiete nicht, sie blieb vielmehr in starkem Maße von macht- und tagespolitischen oder personalpolitischen Erwägungen bestimmt, dem Zufall und der Zeit überlassen. Die Anläufe zu einer "Neugliederung" aber wurden überhaupt sehr bald abgebremst. So war das Ganze verworren und nicht einmal halbfertig, als die Katastrophe hereinbrach: den demagogischen, taktischen und allenfalls - d. h. wenn es um zentrale Machtfragen ging — auch organisatorischen Fähigkeiten der nationalsozialistischen Führung stand kein echter, auf eine politische Konzeption gegründeter Reformwille zur Seite. Der "Erfolg" ihres Wirkens blieb dilettantisch, zusammenhanglos und fragmentarisch.

Obgleich die Ausführungen im Parteiprogramm und in Hitlers "Kampf" über die Stellung des Nationalsozialismus zur Reichsreform inhaltlich recht unbestimmt



waren¹, konnte nach ihrer Form und ihrem Ton doch angenommen werden, daß das neue Regime nach der "Machtergreifung" zur Lösung dieser Frage schreiten würde. Die Richtung der kommenden Lösung ließ sich mit einiger Wahrscheinlichkeit vermuten, wenn man jene grundsätzlichen Erklärungen mit dem Anspruch der NSDAP zusammenhielt, ihre Organisation als Vorform des künftigen Staates zu betrachten². Es war danach eine starke Zentralgewalt mit Führerprinzip und darunter eine Reihe von "Gauen" zu erwarten, die sich organisatorisch und territorial im wesentlichen vielleicht mit denen der Partei deckten.

Nach der "Machtübernahme" schien die neue Regierung allerdings zunächst kurz zu treten. Hitler beeilte sich, am 2. Februar 1935 im Reichsrat die Länder seines Wohlwollens zu versichern. Er lehnte es ab, "zu reglementieren und zu zentralisieren, was man nur reglementieren und zentralisieren kann". Er erklärte, er wolle sich auf das unbedingt Erforderliche beschränken und versprach, aus "Respekt" vor der Tradition "alles zu tun, was geschehen kann, um diesen historischen Bausteinen der deutschen Nation . . . auch die Lebensfähigkeit zu erhalten"3. Weitere beruhigende Versicherungen gab Frick ein wenig später an derselben Stelle ab4.

Was Hitler jedoch für "unbedingt erforderlich" hielt, hatte inzwischen der Eingriff in Preußen gezeigt. Im Verfolg der bereits von dem damaligen Reichskanzler von Papen am 20. Juli 1932 eingeleiteten Maßnahmen versuchte die neue Reichsregierung, das alte leidige Problem Preußen --- Reich mit Gewalt wenigstens zum Teil zu lösen⁵. Hindenburg lieh seine Hand zu dem Streich, indem er auf Grund des Artikels 48 der Weimarer Verfassung am 6. Februar 1933 eine Verordnung erließ, welche auch die bisher noch dem preußischen Staatsministerium verblie-



Programm der NSDAP: Punkt 25 und Hitler, Mein Kampf, 69. Aufl. München 1933, S. 633 ff. – Punkt 25 des Programms lautet zur Frage der Reichsreform: "Zur Durchführung alles dessen fordern wir die Schaffung einer starken Zentralgewalt des Reiches. - Unbedingte Autorität des politischen Zentralparlaments über das gesamte Reich und seine Organisationen im allgemeinen. – Die Bildung von Stände- und Berufskammern zur Durchführung der vom Reich erlassenen Rahmengesetze in den einzelnen Bundesstaaten."

² Vgl. "Mein Kampf", S. 503: "Solch eine Umwälzung kann und wird nur stattfinden durch eine Bewegung, die selbst bereits im Geiste dieser Gedanken aufgebaut ist und somit in sich selbst schon den kommenden Staat trägt. Daher mag sich die nationalsozialistische Bewegung heute schon restlos in diese Gedanken einleben und sie zur praktischen Auswirkung innerhalb ihrer Organisation bringen, auf daß sie dereinst dem Staate nicht nur dieselben Richtlinien weisen mag, sondern ihm auch bereits den vollendeten Körper ihres eigenen Staates zur Verfügung stellen kann."

Vgl. den Auszug bei Fritz Poetzsch-Heffter, Vom Deutschen Staatsleben (vom 30. Januar 1933 bis zum 31. Dezember 1933), Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, Bd. 22, Tübingen 1935, S. 128. Ferner hierzu und zum folgenden: Albert Lepawski, The Nazis Reform the Reich, "The American Political Science Review", Vol. XXX, 1936 (S. 324 ff.), S. 326 f. — Dieser Artikel ebenso wie der folgende von Roger H. Wells, The Liquidation of the German Länder, a. a. O., S. 350 ff. behandeln eingehend die rechtliche und tatsächliche Entwicklung bis 1936.

Vgl. den ungedr. Bericht der Bremer Gesandtschaft vom 14./15. 2. 33 im Bremer Staatsarchiv.

⁵ Vgl. Poetzsch-Heffter a. a. O., S. 158 ff.

benen Rechte dem Reichskommissar übertrug⁶. Damit wurde das "salomonische" Urteil des Staatsgerichtshofs vom 25. Oktober 1932 — das dem Staatsministerium die Vertretung Preußens im Reichstag, im Reichsrat oder sonst gegenüber dem Reich, ferner im Landtag, im Staatsrat und gegenüber den übrigen Ländern vorbehielt, während es alle anderen Befugnisse dem Reichskommissar zusprach -- beiseite geschoben. Anschließend löste Papen im Zusammenspiel mit dem nationalsozialistischen Präsidenten Kerrl den preußischen Landtag auf und beraumte für den 5. März - gleichzeitig mit der Reichstagswahl - Neuwahlen an⁷. Die Klage, die das bisherige preußische Staatsministerium gegen das Reich und den Reichskommissar wegen Verfassungswidrigkeit der Verordnung vom 6. Februar und der Landtagsauflösung erhob, wurde dadurch erledigt, daß der neue NS-Landtag durch Entschließung vom 22. März die Maßnahmen des Reichspräsidenten und des Reichskommissars billigte8. So legalisierte die "Revolution" einseitig den Rechtsbruch und sich selbst, nachdem sie erfolgreich gewesen war.

Inzwischen hatte Frick auch den übrigen Ländern, die gegen die Reichsexekutive in Preußen Stellung nahmen, in aller Offenheit ein ähnliches Schicksal angekündigt, wenn sie "den Sinn der neuen Zeit noch nicht recht verstanden" hätten (Wahlrede in Hamburg vom 24. 2. 33)9. Wieder gab der Reichspräsident die nötigen Handhaben. Auf Grund seiner Verordnung "zum Schutz von Volk und Staat" vom 28. Februar 1933 (§ 2) 10 konnten die Nationalsozialisten nach dem 5. März auch in allen den Ländern "rücksichtslos durchgreifen" (Frick), die keine NS-Regierung besaßen oder nach den Wahlergebnissen noch keine bilden konnten. So wurden Bayern (9. 3.), Sachsen (9. 3.), Württemberg (9. 3. und 15. 3.), Baden (11. 3.), Hessen (6. 3.), Schaumburg-Lippe (9. 3.) und die drei Hansestädte (Hamburg: 8.3., Bremen: 11.3., Lübeck: 11.3.) zwangsweise mit Reichskommissaren bedacht, während in den übrigen Ländern einschließlich Preußens die Nationalsozialisten bereits im Sattel saßen¹¹.

Nach diesen politisch-praktischen Maßnahmen wurde die "Reichsreform" zunächst wieder eingestellt. Um das "Ermächtigungsgesetz" durchzubringen, war es nötig, sanftere Töne anzuschlagen. Hitler erklärte daher in der Reichstagsrede vom 23. März 1933 nach einer Abrechnung mit den Ländern und ihren Regierungen gegen Schluß kategorisch: "Der Bestand der Länder wird nicht beseitigt." Er stellte ferner eine neue verfassungsmäßige Regelung in Aussicht, wollte sie aber der "lebendigen Entwicklung" überlassen und ihre "gesetzliche Legalisierung" (sic!) "dem Volke" vorbehalten¹². Mit dieser Formel charakterisierte er unfreiwillig die Landtagsentschließung vom 22. März in Preußen, wo tatsächlich die "illegitime Legalisierung" eines Verfassungsbruchs vorgenommen worden war. Fraglich blieb, ob er sein jetziges Versprechen wirklich einlösen werde.



^{*} RGBl. 1933/I, S. 43; dazu Poetzsch-Heffter a. a. O., S. 160 f.

⁷ A. a. O., S 161 f.

⁸ Vgl. ebenda, S. 162.

Vgl. den Auszug S. 129.

²⁰ RGBI, 1935/I, S. 83.

¹¹ Vgl. die Zusammenstellung bei Poetzsch-Heffter a. a. O., S. 129 ff.

Sehr bald darauf wurde die "Reformbewegung" oder vielmehr die unter dem Etikett einer solchen vor sich gehende Gleichschaltung jedoch wieder aufgenommen. Das nächste Ziel war, die Länder vollends zu "entstaatlichen" und in reine Verwaltungskörper umzuwandeln, ohne daß ihr Bestand faktisch angetastet wurde. War das "Vorläufige Gleichschaltungsgesetz" vom 31. März 193318 mit seinen Ausführungsverordnungen ein Schritt auf diesem Wege, so trieb vor allem das "Zweite Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reiche" vom 7. April 3314 — nach dem Änderungsgesetz vom 25. 4. 33 "Reichsstatthaltergesetz" genannt15 - die Entwicklung ein wesentliches Stück voran. Dabei ergab die Einsetzung der Statthalter, d. h. die Umwandlung der "Kommissare" in ein ständiges Amt, eine vorbildliche Bestätigung der Ergebnisse von Otto Hintzes Studie über den "Commissarius und seine Bedeutung in der allgemeinen Verwaltungsgeschichte "16: Indem für neue und außerordentliche Aufgaben zunächst außerordentliche Amtsträger mit den entsprechenden Gewalten kommissarisch ausgestattet wurden, wandelten sich diese außerordentlichen Beamten dann "leicht" zu ordentlichen, womit der "Commissarius" wieder einmal das wirksamste Instrument im Kampf um die Durchsetzung einer neuen Staatsordnung werden sollte.

Die Aufgabe der Statthalter war, "für die Beobachtung der vom Reichskanzler aufgestellten Richtlinien der Politik zu sorgen", wofür regelmäßige monatliche Konferenzen vorgesehen waren; obendrein erhielten sie einige Sonderbefugnisse auf dem Gebiet der allgemeinen und inneren Verwaltung, die sie in nähere Beziehung zum Reichsministerium des Innern brachten. Sie hatten Informationsund — bei drohender Gefahr — ein Weisungsrecht gegenüber den Behörden und Körperschaften ihres Bezirks, dazu eine Reihe von Einzelbefugnissen, z. B. die Ernennung oder Entlassung der Mitglieder der Landesregierung 164. Wie der Reichspräsident vor ihrer Vereidigung am 26. Mai 1933 es ausdrückte, sollten sie "eine neue Klammer bilden zwischen dem Reich und den Ländern, . . . eine einheitliche Reichspolitik ermöglichen und so die Einheit des Reiches stärken" 17.

Die neue Einrichtung hielt jedoch nicht, was ihr in diesen Worten zugeschrieben wurde, obwohl weitere Vereinheitlichungen auch auf regionalem Gebiet folgten. Ein paar kleinere Territorien wurden unter je einem Statthalter zusammengefaßt: Oldenburg und Bremen, Braunschweig und Anhalt, die beiden Lippe und schließlich die beiden Mecklenburg gemeinsam mit Lübeck. Soweit es dabei wirklich um



Dokumente der Deutschen Politik, Bd. 1, 2. Aufl., Berlin 1937, S. 34 ff., bes. S. 46.

¹⁸ RGBl. 1953/I, S. 153.

¹⁴ RGBl. 1953/I, S. 175.

¹⁵ RGEl. 1933/I, S. 225. Dazu C. Bilfinger, Das Reichsstatthaltergesetz, Archiv des öffentl. Rechts, Neue Reihe, Bd. 24 (1955), S. 131 ff.

¹⁶ Vgl. Fritz Hartung, Deutsche Verfassungsgeschichte vom 15. Jahrhundert bis zur Gegenwart, 5. Aufl. Stuttgart (1950), S. 346, der auf diese Arbeit aufmerksam macht. – Eine Zusammenstellung der Namen der eingesetzten Reichsstatthalter bei Poetzsch-Heffter a. a. O., S. 149.

¹⁶a RGBl. 1935/I, S. 65 f., nach dem neuen Reichsstatthaltergesetz v. 30. 1. 35.

¹⁷ Vgl. Poetzsch-Heffter, a. a. O., S. 150.

den Zweck der Vereinheitlichung ging, liefen die Dinge in der Praxis aber wesentlich anders. Und zwar nicht so sehr, weil die Landesgesetzgebung nicht grundsätzlich beseitigt war - das konnte der Entwicklung überlassen bleiben --: Jeder mögliche Ansatz echter Reform scheiterte vielmehr an den nationalsozialistischen Prinzipien selbst, indem die Reichsstatthalter sich in ihren Wirkungsbereichen als eigene "Führer" fühlten und aufführten. Obgleich Frick ihnen in einem Runderlaß vom 9. Mai 1933 erklärte, daß sie "im Auftrag des Reiches" zu arbeiten hätten¹⁸, erneuerten sie den Partikularismus auf ihre Art. Sie begannen eine "Selbstverwaltung", die oft genug eigenwilliger "regierte" als vordem manches Länderparlament. Der Reichsinnenminister lebte jedenfalls mit den "Gaufürsten", unter denen sich die Herren Mutschmann, Loeper, Hildebrandt und Röver besonders hervortaten, in zermürbender Dauerfehde¹⁹. Der schwierigste der Satrapen aber war Göring, der durch seine Persönlichkeit das ohnehin heikle Verhältnis Preußen -- Reich noch komplizierte. Hitler hatte sich nach dem "Reichsstatthaltergesetz" (§ 2) die Statthalterschaft in Preußen selber vorbehalten, seine Rechte aber auf Göring als preußischen Ministerpräsidenten übertragen. Diese erstmalige Ernennung eines preußischen Ministerpräsidenten durch den Reichskanzler bedeutete eigentlich einen grundstürzenden Wandel der geschichtlichen Beziehungen Reich - Preußen und das Ende des Dualismus; doch hatte der erste "Paladin" des "Führers" eigene Ansichten von seiner Stellung und der Rolle seines Staates bei der Reichsreform. Bei der Eröffnung des Preußischen Staatsrats am 16. September 1933 zu Berlin betonte er mehrmals eine preußische "Mission" 20. Und weiter erschien es ihm zwar recht, wenn die unbotmäßigen Statthalter alsbald dem Reichsinnenminister unterstellt wurden - jedoch mit Ausnahme des preußischen Ministerpräsidenten! Alles in allem sollte nicht Preußen "verreichlicht", sondern umgekehrt das Reich sozusagen "verpreußt" werden, indem die anderen Länder auf die Stufe preußischer Provinzialverwaltungen herabsanken. In diesem Sinne äußerte sich Göring jedenfalls gesprächsweise Mitte Januar 1934 und schien sich die "Vollendung des Reiches" in dieser Weise vorzustellen21.

Inzwischen hatte Hitler auf dem Nürnberger Parteitag (30. 8. — 3. 9.) 1933 die "Liquidation" der Länder angekündigt. Er bezeichnete die Länder nur noch als "Bausteine des Vergangenen", erkannte sie nicht mehr als "Pfeiler des heutigen Reiches" an und lehnte es im Namen der Bewegung ab, ihr "Konservator" zu sein²². Seitdem waren die verschiedensten Bestrebungen im Gange, die prokla-



¹⁸ Ungedr.: Senatskanzlei Bremen.

¹⁹ Vgl. die ungedr. Berichte der Bremer Gesandtschaft beim Reich vom 8. 12. 1933, dgl. vom 5. 8. 1934 und 10. 8. 1934: Senatskanzlei Bremen. – Vgl. ferner Walter Petwaidic, Die autoritäre Anarchie. Streiflichter des deutschen Zusammenbruchs, Hamburg 1946, S. 13. Es handelt sich bei dem erwähnten Gauleiter um Bürckel. Einzelheiten darüber berichtete Petwaidic dem Vf. in einem Brief vom 3. 7. 1953.

²⁰ Vgl. Poetzsch-Heffter a. a. O., S. 163 f.

²¹ Vgl. den ungedr. Bericht der Bremer Gesandtschaft beim Reich vom 16. 1. 1934: Senatskanzlei.

²² Vgl. Poetzsch-Heffter a. a. O., S. 153.

mierte "Liquidation" der Länder auch theoretisch vorzubereiten. Bei den oberen Parteistellen herrschte verhältnismäßige Ruhe, doch befaßte sich im "Amt für ständischen Aufbau" der Pg. Frauendorfer entsprechend der Forderung des Programms der NSDAP (Punkt 25) nach "Bildung von Stände- und Berufskammern zur Durchführung der vom Reich erlassenen Rahmengesetze in den einzelnen Bundesstaäten" mit der Materie. Der "parteioffizielle" Reichsbund "Volkstum und Heimat" — mit dem Sitz in Berlin und unter der Geschäftsführung eines Herrn W. Haverbeck — beschäftigte sich andererseits mit der landschaftlichen Gliederung des neuen Reiches. Die schon seit 1927 erscheinende verdienstvolle Zeitschrift "Reich und Länder" spielte keine Rolle mehr; dafür schenkte man anderen privaten Bemühungen Beachtung, wie z. B. dem sogenannten "Frankfurter Entwurf" von A. Weitzel, der 13 Länder vorsah²³.

Offiziell zuständig für den ganzen Fragenkomplex war das Reichsinnenministerium, wo als fachmännischer Sachbearbeiter der damalige Oberregierungsrat Medicus fungierte²⁴. Daneben schob sich der Magdeburger Regierungspräsident Nicolai, dem der Gedanke, Reichsstatthalter einzusetzen, zugeschrieben wurde²⁵, in den Vordergrund. Als alter Pg. hatte er mit seinen Arbeiten und Vorschlägen zur Reichsreform Beachtung gefunden und wurde Ministerialdirektor in der politischen Abteilung des Reichsinnenministeriums. Man rückte jedoch amtlich bald wieder von ihm ab: Hatte er schon im Juni 1933 seine Schrift "Die Grundlagen der kommenden Verfassung" als "wissenschaftliche und persönliche" Arbeit bezeichnen müssen, so distanzierte sich eine Verlautbarung vom 10. Dezember 1933 ausdrücklich von seinen Anschauungen, und zur gleichen Zeit wurde auf Grund eines "Führerbefehls" sein Buch über den "Staat im nationalsozialistischen Weltbild" beschlagnahmt²⁶. Persönlich hielt er sich noch eine Weile, konnte auch noch publizistisch tätig sein^{26a}, fiel aber dann im Jahre 1935 einer Säuberungsaktion wegen angeblicher sittlicher Verfehlungen zum Opfer²⁷.

Alle diese theoretischen und praktischen Reformbestrebungen hatten Unruhe erweckt und eine Diskussion ausgelöst, die schon in eine breitere Öffentlichkeit drang. Besonders umstritten war die "Neugliederung". Daß eine weitergehende Änderung der Verhältnisse stattfinden werde, hatte Hitler, wie gesagt, auf dem



²⁸ Eine Zusammenstellung über die in diesem Aufsatz geschilderten Organisationen befindet sich in Oldenburg in der Registratur des ehemaligem Staatsministeriums in einem ungedr. Bericht vom 9. 10. 1933.

²⁴ Vgl. Franz Albrecht Medicus: Reichsreform und Länderkonferenz, Berlin 1930.

²⁵ Vgl. den ungedr. Bericht der Bremer Gesandtschaft beim Reich vom 15. 10. 1933: Senatskanzlei, ferner den Bericht vom 9. 10. 1935 in Oldenburg.

²⁶ Telegrammt des Chefs der Reichskanzlei, Staatssekr. Lammers vom 12. 12. 1935 an den Reichsstatthalter von Oldenburg und Bremen, Röver: Senatskanzlei Bremen. — Erkl. vom 24. Juni 1933: Reichsverwaltungsblatt und Preuß. Verwaltungsblatt, S. 510. Vgl. Lepawski a. a. O., S. 328 f.

^{26a} Vgl. H. Nicolai, Der Neuaufbau des Reiches nach dem Reichsreformgesetz vom 50. Jan. 1934 in: das Recht der nationalen Revolution, Heft 9, Berlin 1934.

²⁷ Vgl. Hans Bernd Gisevius, Bis 2um bittern Ende, Bd. I, Hamburg 1947, S. 278. (Zürich 1946, S. 320).

Nürnberger Parteitag offen ausgesprochen. Erst recht spielte sich hinter den Kulissen ein erbittertes Ringen der Länder um die Erhaltung bzw. die Erweiterung ihrer Grenzen ab, wobei die Persönlichkeiten der jeweiligen Statthalter sich wesentlich bemerkbar machten. Um die unerwünschte Erregung zu dämpfen, wurde deshalb die Debatte um die künftige Reform im November 1933 untersagt; de nLändervertretern sollte die Lust am Tauziehen um territoriale Vorteile durch die Mitteilung verleidet werden, daß eine "autoritäre Regelung" vorgesehen sei. Im übrigen wurde die Parole ausgegeben, daß die Reichsreform überhaupt verschoben sei²⁸.

Ganz in diesem Sinne sprach sich auch der Reichspräsident beim Neujahrsempfang der Reichsvertreter aus (2. 1. 34), obwohl er durch seine Notverordnungen die bisherigen Maßnahmen erst ermöglicht hatte. Zu den Vertretern der preußischen Staatsregierung äußerte er sich gegen eine Zerschlagung Preußens²⁹. Nach Auskunft des Staatssekretärs Meißner hatte Hindenburg damit allerdings keine amtliche Kundgebung beabsichtigt, sondern nur seiner persönlichen Meinung gegen eine übereilte Reichsreform Ausdruck geben wollen, ohne sie grundsätzlich zu mißbilligen³⁰. Hitler ignorierte indes diese Stellungnahme des Reichspräsidenten und ließ am ersten Jahrestag der "Machtergreifung" das Gesetz "über den Neuaufbau des Reiches" durch den Reichstag "beschließen". Die Initiative ging der Form nach nicht von ihm selbst aus, vielmehr wurde der Antrag an den Reichstag von allen Reichsstatthaltern und Ministerpräsidenten der Länder gestellt³¹. Der Reichstag wurde für den "Beschluß" bemüht, der Reichsrat für die Bestätigung, und so war diese "Grundlage für die Fortsetzung der nationalen Revolution", wie Hitler in seiner Einführungsrede vor dem Reichstag betonte³², scheinbar durch den "einmütigen Willen des Volkes" unter voller Wahrung der verfassungsmäßigen Formalitäten geschaffen worden. Das Staatsoberhaupt mußte sich dem wohl oder übel beugen²³.

Das "Neuaufbaugesetz" wurde dann offiziell in jeder Lautstärke gepriesen. Frick kommentierte es eingehend in einer Rundfunkrede vom 31. Januar, in der er als "die historische Aufgabe unserer Zeit . . . die Schaffung des kraftvollen nationalen Einheitsstaates an Stelle des bisherigen Bundesstaates" proklamierte. Er bezeichnete das Gesetz als ein "neues Blatt der deutschen Geschichte" sowie den "Beginn einer neuen geschichtlichen Epoche des deutschen Volkes" 34. "Der Neuaufbau des

³⁴ Vgl. Dokumente der Deutschen Politik, Bd. 2, 2. Aufl., Berlin 1937, S. 110 ff. Dazu auch Lepawski a. a. O., S. 329.



²⁸ Vgl. Anm. 26; ferner ungedr. Berichte vom 3. 11. und 8. 12. 1935: Senatskanzlei Bremen. — Verbot der Diskussion für Parteimitglieder durch Dr. Ley als Organisationsleiter: Januar 1934. Vgl. auch Lepawski a. a. O., S. 529.

²⁹ Vgl. den Bericht der Bremer Vertretung vom 2. 1. 1934: Senatskanzlei und Bericht vom 2. 1. 1934 in Oldenburg, ungedr.

Ngl. den ungedr. Bericht vom 2, 1, 1934: Registratur Oldenburg.

³¹ Vgl. Arnold Köttgen, Vom Deutschen Staatsleben (vom 1. Januar 1934 bis zum 30. September 1937), Jahrbuch d. öff. Rechts, Bd 24, Tübingen 1937, S. 97, Anm. 1.

³² Vgl. Verhandlungen des Reichstags, Bd. 458, S. 7 ff.

²³ Es war übrigens das letzte Gesetz, das nach den Bestimmungen der Weimarer Verfassung erlassen wurde. — Der Wortlaut: RGBl. 1934/I, S. 75.

Reiches hat begonnen", hieß es auch in einem Runderlaß des Finanzministeriums³⁵, während der "Reichsreformer" im Reichsinnenministerium, Medicus, später panegyrisch von der Verwirklichung des "tausendjährigen Traumes aller Deutschen" sprach³⁶. Nur die Feststellung eines Beginns sollte sich am Ende als sachlich richtig erweisen.

Staatsrechtlich machte das Gesetz den Ländern als politischen Faktoren ein Ende. Die Aufhebung ihrer Volksvertretungen (§ 1) und die bald danach (am 14. 2. 34) erfolgende Auflösung des Reichsrats³⁷ waren äußerer Ausdruck der neuen Lage. Trotzdem blieb die bisherige Länderorganisation erhalten: die vom Reich beanspruchten Hoheitsrechte wurden den Länderbehörden am 2. Februar 1934 als Auftragsangelegenheit wieder rückübertragen, da die Zentralinstanzen sonst keine Wirkungsmöglichkeit nach unten besaßen ³⁸. Somit hatte sich praktisch nichts an dem alten Verwaltungsapparat geändert. Erst reichlich viel später — im Jahre 1936 (14. 10. 36) — wurde z. B. die Wiederbesetzung der eigentlichen Ministerialstellen in den Ländern, "mit Rücksicht auf die zu erwartende (sic!) Verschmelzung der Landesministerialaufgaben mit dem Aufgabenkreis der Reichsministerien", im Wege der Beförderung untersagt³⁹. Die verfassungsrechtlich wohl einwandfreie Tatsache, daß nicht die "Länder", sondern die "Landesbehörden" vom Reiche beauftragt worden waren⁴⁰, machte sich in der lebendigen Wirklichkeit nicht bemerkbar; es war im Grunde alles beim alten geblieben.

Auch die Stellung der Reichsstatthalter änderte sich wohl theoretisch, praktisch jedoch kaum. Da sie bislang als Vertreter des Reichskanzlers neben den Staatsregierungen gestanden hatten, um diese "gleichzuschalten", waren sie eigentlich jetzt überflüssig geworden, nachdem die Objekte ihrer Bemühungen weggefallen waren. Sie wurden jedoch, offenbar ihrer schönen Posten wegen, beileibe nicht abgeschafft, sondern nur formell der Dienstaufsicht des Reichsinnenministers unterstellt. Sie konnten nun genau ein Jahr lang "hospitieren", bis ihnen am 30. Januar



³⁵ Ungedr. Erlaß des RFM, weitergegeben vom RIM mit Erlaß vom 8. 2. 1934 an alle Länderregierungen und Finanz- und Innenminister: Registratur Oldenburg.

⁸⁶ Vgl. F. A. Medicus, Das Reichsministerium des Innern, Berlin 1940, S. 42; ähnlich S. 60. — In dem Grundriß einer deutschen Staatsbürgerkunde von Walther Wallowitz, Leipzig (1934) findet sich in dem Abschnitt über Gesetzgebung folgende Bemerkung über das besagte Gesetz: "Am Jahrestage der Machtergreifung beschließen Reichstag und Reichsrat einstimmig das umwälzendste Gesetz deutscher Geschichte. Die Hoheitsrechte der Länder gehen auf das Reich über. Länderparlamente gibt es nicht mehr. Die Reichsstatthalter unterstehen der Dienstaufsicht des Reichsinnenministers. Die Reichsregierung wird ermächtigt, von sich aus den weiteren Ausbau des Deutschen Reiches vorzunehmen. Erlasse in früheren Ländern erfolgen nunmehr im Namen des Reichs. In nur 6 Artikeln wird ein Abschnitt deutscher Geschichte — die Eigenstaatlichkeit einzelner Teile des Reiches — endgültig Vergangenheit. Am 50. Januar 1934 ist der deutsche Staat geboren."

²⁷ RGBl. 1934/I, S. 89.

³⁸ RGBl. 1934/I, S. 81: 1. Verordnung über den Neuaufbau des Reiches. Vgl. a. Lepawski a. a. O., S. 525 f.

⁸⁹ RGBl. 1936/I, S. 893 ff., bes. S. 895 (§ 13).

⁴⁰ Vgl. Köttgen a. a. O., S. 100 ff.

1935 in einem neuen Reichsstatthaltergesetz wieder amtliche Pflichten übertragen wurden, indem man sie in aller Form der Reichsverwaltung eingliederte⁴¹. Gleichzeitig wurden sie sogar der Fachaufsicht der jeweils zuständigen Reichsminister unterstellt und bildeten somit eine neue Mittelinstanz des Reiches. Doch nach wie vor ging der alte Kleinkrieg weiter — jetzt sogar ausgedehnt auf die anderen Reichsressorts —, zumal für die Reichsstatthalter auch in Zukunft personalrechtlich das Reichsministergesetz vom 27. März 1930⁴² gültig blieb und ihre menschliche Eigenart eine reibungslose, disziplinierte Unterordnung im allgemeinen nicht gerade förderte.

Bemerkenswerterweise schien Preußen jetzt allerdings mit gutem Beispiel voranzugehen. Offiziell regte nämlich Göring selbst die Vereinigung des preußischen Innenministeriums, das er persönlich innehatte, mit dem Reichsinnenministerium an: er könne sich, so hieß es am 17. März 1934 in einem Schreiben an den Reichskanzler, "kaum eine Maßnahme denken, die besser als diese geeignet wäre, der Reichserneuerung von Preußen her den Weg zu bereiten"⁴³. So wurde er am 1. Mai 1934 von seinem Amt entbunden und Frick mit diesem in vorläufiger Personalunion betraut⁴⁴. Weitere personelle Verbindungen schuf die Verordnung vom 19. Juli 1934, nach der gleichartige Sachgebiete ohne Rücksicht auf ihr Dienstverhältnis beim Reich oder in Preußen in der Hand eines einzigen Referentenzusammengefaßt werden konnten⁴⁵. Am 1. November 1934 folgte dann die Realunion der beiden Ministerien; die anderen Ressorts gingen denselben Weg⁴⁶.

So schien ohne gesetzgeberischen, verfassungsändernden Akt, einfach durch eine Verwaltungsmaßnahme einer der wichtigsten Schritte auf dem Wege zur Reichsreform getan. Görings staatspolitische Einsicht war aber weniger einem überraschenden Anfall von Selbstlosigkeit zu verdanken als vielmehr harter Notwendigkeit⁴⁷. Hitler pflegte unter seinen Satrapen nach der Devise "Divide et imperal" zu regieren. Deswegen hatte er Fricks Wünschen nachgegeben, um Göring etwas einzuengen. Dieser machte seinen Verlust durch die Ministerpräsidentschaft indes wieder wett und nicht zuletzt dadurch, daß er die Gestapo sich selber vorbehielt, obwohl sie zuständigkeitshalber zum Ressort des Innern gehörte. Durch die Ämterverzahnung Görings und Fricks war so für Hitler ein gewisses "Gleichgewicht der Kräfte" hergestellt.

⁴⁷ Vgl. die Rede vom 18. 6. 1954: "Ich habe mich auch nur schwer von diesem Ressort getrennt..." A. a. O., Bd. 2, S. 123.



⁴¹ RGBl. 1935/I, S. 65 f. - Vgl. Lepawski a. a. O., S. 330.

⁴⁸ RGBl. 1930/I, S. 96 ff.

⁴⁸ Vgl. Dokumente der Dtsch. Pol., Bd. 2, 2. Aufl., Berlin 1937, S. 118 ff.

⁴⁴ Ebenda, S. 120 f.

⁴⁶ RGBl. 1934/I, S. 719.

⁴⁶ Vgl. Köttgen a. a. O., S. 81; ferner die Rede Görings vor dem Preußischen Staatsrat am 18. 6. 1934: Dokumente der Dtsch. Pol., Bd. 2 (1937), S. 121 ff., schließlich die Rede Fricks über den Neuaufbau des Reiches vom 19. 11. 1936: a. a. O., Bd. 4, Berlin 1937, S. 198 ff., bes. S. 209 und 210, Anm. 1.

Zusammengefaßt sah das Gesamtergebnis der Maßnahmen, die in den Ländern auf Grund des "Neuaufbaugesetzes" ergriffen worden waren, recht kunterbunt aus, wobei Rücksichten ad personam offenbar eine große Rolle spielten48. In manchen Ländern gab es neben dem Reichsstatthalter noch einen Ministerpräsidenten: in Bayern, Württemberg, Baden, Mecklenburg, Oldenburg-Bremen und Braunschweig-Anhalt blieben Statthalterschaft und Landesregierung noch voneinander getrennt; der Statthalter war auf gewisse Aufsichtsrechte und die Befugnis, sich unterrichten zu lassen, beschränkt (§ 2 des Gesetzes vom 30. 1. 35). In anderen Fällen hatte Hitler dagegen die Statthalter mit der Führung der Landesregierung beauftragt (§ 4). Hier war dann die Verwirrung vollständig. Formell klare Verhältnisse herrschten nur in Hessen, wo nach Bestellung des Gauleiters Sprenger zum Chef der Landesregierung (28. 2. 35) die ehemaligen Ministerien zu "Abteilungen" herabgedrückt wurden. In Lippe lagen die Dinge ähnlich (Gauleiter Meyer ernannt am 4.2.36). In Sachsen blieb neben der Reichsstatthalterei (Mutschmann, ernannt am 28.2.35) noch die ganze alte Ministerialverfassung bestehen. Die Hamburger Regelung fiel völlig aus dem Rahmen, indem hier der Reichsstatthalter Kaufmann als Führer der Landesregierung (30. 7. 36) seit dem "Groß-Hamburg-Gesetz" (26. 1. 37)49 auch Leiter des "Stadtgaus" war, er also Reichs-, Landes- und Gemeindeaufgaben in einer Hand vereinigte. Ein besonderes Kuriosum leistete man sich in Thüringen, wo der Reichsstatthalter Sauckel zugleich Innenminister, als solcher also Untergebener seines ihm sonst unterstellten Ministerpräsidenten Marschler war. Und natürlich hatte die preußische Lösung ebenfalls ihren eigenen Reiz: Formal übte Hitler selbst die Rechte des Statthalters aus, hatte sie jedoch — wie gesagt — an Göring als Ministerpräsidenten übertragen. Die preußischen Ministerien waren unterdessen alle, bis auf ein Staatsministerium für Göring und das Finanzministerium, mit den entsprechenden Reichsressorts vereinigt worden. Die Rücksichtnahme auf Göring stellte so die anscheinend erstrebte Umwandlung Preußens in ein unmittelbares Reichsland wieder in Frage 50. Schließlich hätte Göring in seiner Eigenschaft als beauftragter Reichsstatthalter eigentlich der Dienstaufsicht des Reichsinnenministers unterstehen müssen, während dieser als preußischer Minister des Innern wieder dem Ministerpräsidenten untergeordnet war. Nur gut, daß Hitler seine Statthalterschaft weiterhin Göring übertragen hatte, – sonst wäre er für Preußen der Untergebene seines eigenen, ihm zu "Treue und Gehorsam" verpflichteten Innenministers gewesent

Neben diesem Wirrwarr wurde immerhin an einigen Stellen, wo macht- und personal-politische Erwägungen nicht im Wege standen, Positives geleistet, und zwar vor allem auf Initiative des Reichsinnenministeriums hin, das ja nach dem "Neuaufbaugesetz" (§ 5) weitgehende Ermächtigung zu dessen Durchführung erhalten hatte. Hierher gehörten die Bestimmung in der "Ersten Verordnung über den Neuaufbau des Reiches" vom 2. Februar 1934 (§ 5), nach der Landes- und



⁴⁸ Vgl. für das folgende: Köttgen a. a. O., S. 91 f.

⁴⁹ RGBl. 1937/I, S. 91 ff.

⁵⁰ Vgl. auch die Rede Fricks vom 19. 11. 1936: Dokumente d. Dtsch. Pol., Bd. 4, S. 208 ff.

Reichsbeamte wechselseitig versetzt werden konnten⁵¹, und die "Verordnung über die Deutsche Staatsangehörigkeit" vom 5. Februar 1934, welche die Landesangehörigkeit beseitigte und eine "deutsche Staatsangehörigkeit" schuf⁵². Die Eingliederung der preußischen Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten in die Reichsverwaltung durch die "Zweite Verordnung über den Neuaufbau des Reiches" (27, 11, 34) 58 war ein Schritt zur Überwindung des "Dualismus", und gewiß bedeuteten auch das "Deutsche Beamtengesetz" und die gleichzeitige "Reichsdienststrafordnung" (26. 1. 37) ein Stück organisatorischer Reichsreform⁵⁴. Durch die "Dritte Neuaufbauverordnung" vom 28. November 1938 wurden die Behördenbezeichnungen auf der Mittel- und Unterinstanz ("Regierungspräsident" bzw. "Landrat") vereinheitlicht55. Als weiteres Beispiel, aus einem anderen Ressort, verdient schließlich das Gesetz vom 17. Juni 1936 Erwähnung, nach dem der Rechnungshof des Deutschen Reiches mit der Prüfung der Landesrechnungen beauftragt wurde ⁵⁶. So wurde im Sinne von § 1 der Verordnung vom 2. Februar 1934 den Ländern ein Hoheitsrecht endgültig entzogen. Schließlich bestimmte das "Zweite Gesetz zur Überleitung der Rechtspflege auf das Reich" vom 5. Dezember 1934⁵⁷ die Eingliederung der obersten Länderjustizbehörden in die Reichsjustizverwaltung, was mit dem 1. April 1935 voll wirksam wurde 58. Parallel mit der "Verreichlichung" der Justizverwaltung lief die Vereinheitlichung des materiellen Rechts, indem einige Gebiete, die bislang den Ländern zugestanden hatten – z.B. das formale Grundbuchrecht oder die Kostenordnung — "gleichgeschaltet" wurden. Mit dem 1. Oktober 1934 war außerdem eine einheitliche Ausbildungsordnung für den höheren Justizdienst in Kraft gesetzt worden 59.

Sehr wenig reformerische Beweggründe — ja im Grunde solche, die jeden "Neuaufbau" zum Schemen machten — waren indessen wirksam, wenn auch die Polizei "verreichlicht" wurde. Himmler, der systematisch die Erweiterung seines Machtbereichs erstrebte, hatte sich erst einmal selbstherrlich auf einer Rundreise durch die Länder (24. 11. 33 — 27. 1. 34) den bislang nicht bestehenden Posten des politischen Polizeikommandeurs besorgt — mit Ausnahme von Preußen, wo ihm Göring zunächst im Wege stand. Weil der "Reichsführer SS" aber der gegebene Bundesgenosse gegen Röhm war, schloß Göring mit ihm einen Pakt und unterstellte ihm am 20. April 1954 auch seine Gestapo, ohne ihre formelle Leitung

⁵⁰ Vgl. auch die Rede Fricks über den Neuaufbau des Reiches am 19. 11. 1936 auf der Ordensburg Vogelsang: Dokumente d. Dtsch. Pol., Bd. 4, bes. S. 210 f.



⁵¹ RGBl. 1934/I, S. 81.

⁵² RGBl. 1934/I, S. 85.

⁵⁸ RGBl. 1934/I, S. 1190. Vgl. Lepawski a. a. O., S. 330, 335.

⁵⁴ RGBl. 1957/I, S. 39 ff. und S. 71 ff.

⁵⁵ RGBl. 1938/I, S. 1675 f.

⁵⁶ RGBl. 1936/II, S. 209 ff. Schon früher hatte sich diese Instanz von ihrem Standpunkt aus mit den Problemen beschäftigt. Vgl. Moritz Sämisch, Denkschrift zur Förderung der Reichsreform und des Finanzausgleichs, "Reich und Länder", 8. Jahrg. 1934, Sonderheft 2.

⁵⁷ RGBl. 1934/I, S. 1214. - Vgl. a. Lepawski a. a. O., S. 338 f., 357.

⁵⁸ RGBl. 1955/I, S. 68: 5. Gesetz zur Überleitung der Rechtspflege auf das Reich vom 24. 1. 1935.

aufzugeben. Das war für Himmler eine erste Etappe. Seinem zielbewußten Machtstreben gelang es dann schließlich gegen den Wunsch seines Komplicen und des Reichsinnenministers, die Stellung des Chefs der Deutschen Polizei zu erhalten, bei der alle polizeilichen Aufgaben einschließlich der politischen Polizei (Gestapo) zusammengefaßt wurden (17. 6. 36) 60. Da er als "Reichsführer SS" zugleich die Polizei der "Bewegung" (SD) in der Hand hatte, war mit seiner Ernennung die vielberufene "Einheit von Partei und Staat" in krasser Weise hergestellt. Mit dem Gesetz über die Finanzierung der Polizei (19. 3. 37) 61 und dem "Deutschen Polizeibeamtengesetz" (24. 6. 37) 62 wurde der "Neuaufbau" in dieser Hinsicht zu einem gewissen Abschluß gebracht — freilich mit der Wirkung, einen "Staat im Staate" zu schaffen.

Im ganzen ist so die organisatorische Reichsreform über Ansätze nicht hinausgekommen. Die kurz vor Erlaß des "Neuaufbaugesetzes" verbotene Diskussion der Reform wurde nach dessen Veröffentlichung praktisch wieder freigegeben. Doch galt diese Bewilligung nur für offizielle Stellen von Partei und Staat, nicht für die allgemeine Offentlichkeit, um Unruhe bei der Bevölkerung und in der Wirtschaft zu vermeiden⁶³. So lud z. B. Frick alle Ministerpräsidenten und Innenminister der Länder zur Besprechung von Fragen, die sich aus dem Gesetz ergaben, zum 23. März 1934 nach Berlin ein 64. Diente diese Konferenz mehr der "Befehlsausgabe" als der theoretischen, grundsätzlichen Erörterung der Probleme, so sollte die Tagung, zu welcher der Staatssekretär des Preußischen Landwirtschaftsministeriums seine Kollegen aus den Ländern bereits am 21. Februar 1934 zusammengerufen hatte, nach seinen Begrüßungsworten schon eher ein Forum für eine Debatte sein 65. Weiter hatte von seiten der Partei Heß in seinem Stabe ein Sonderreferat "Neuaufbau des Reiches" geschaffen, das unter der Leitung des Gauleiters und Staatsministers Wagner-München die einschlägigen Fragen mit großer Gründlichkeit zu bearbeiten suchte⁶⁶, während gleichzeitig von Staats wegen sich das Reichsinnenministerium mit derselben Materie beschäftigte und eine Denkschrift fertigstellte⁶⁷. Im übrigen aber erließen Frick und Heß an ihre nachgeordneten



^{** **}RGBl. 1936/I, S. 487 f. — Über die Hintergründe informiert in etwa ein vertraulicher Bericht vom 4. 6. 1956: Senatskanzlei Bremen. — An sich war die "Verreichlichung" der Polizei schon für den 1. 4. 1956 vorgesehen: ungedr. Schnellbrief d. RIM v. 29. 11. 1935: Oldenburg.

⁶¹ RGBl. 1957/I, S. 527.

⁶² RGBl. 1937/I, S. 655 ff.

⁶³ Vgl. Erlaß des RIM vom 9. 2. 1934 (ungedr.): Registratur Oldenburg. — Anläßlich einer Buchbesprechung, die der Oberbürgermeister Delius (Bremerhaven) im Reichsverwaltungsblatt vom 3. 2. 1934, S. 111/112 erscheinen ließ, wurde darin den Beamten eingeschärft, in Zukunft keine Stellung in der Öffentlichkeit zu Reichsreformfragen zu nehmen.

⁶⁴ Ungedr. Erlasse vom 5. 3. 1934 und 17. 3. 1934 an alle Ministerpräsidenten und Innenminister der Länder: Registratur Oldenburg.

⁶⁵ Protokoll darüber: Registratur Oldenburg (ungedr.).

⁶⁶ Brief vom 15. 10. 1934 mit Anfrage nach statistischem Material: Registratur Oldenburg (ungedr.).

⁶⁷ Vgl. den ungedr. Erlaß des RIM vom 13. 2. 1935, der Unterlagen für die Denkschrift verlangt: Registratur Oldenburg.

Stellen unveröffentlichte Rundschreiben mit dem Befehl des "Führers", jegliche Diskussion der Reichsreform zu unterlassen (14. 3. 35) 68.

Offenbar war die nationalsozialistische Staatsführung, d. h. letztlich Hitler, sich selbst nicht recht klar über die weiteren Pläne. Er sprach daher von "organischer Entwicklung" und schob die Entscheidung einfach auf die lange Bank. Wenn Hitler im November 1934 vor den Reichsstatthaltern erklärt hatte, die "Gaustatthalter" sollten keinerlei Politik treiben, sondern nur verwalten⁶⁹, so ging in der Folge offenbar ein Wandel der Anschauungen vor sich. Jedenfalls bemerkte Frick Ende Oktober 1936 in einer Rede vor der Akademie für Deutsches Recht in München über die Verfassung und Verwaltung im Dritten Reich, daß die zukünftigen Gauleiter und Reichsstatthalter als politische Führer nicht mit Verwaltungsaufgaben überlastet werden sollten⁷⁰. Selbst wenn Hitler sich so kraß geäußert haben sollte, um den selbstherrlichen Kleinkönigen eine Lektion zu erteilen, schien eine wesentliche Änderung der Auffassung eingetreten zu sein.

Auch sonst erweist gerade die erwähnte Rede Fricks, daß die Dinge noch völlig in der Schwebe blieben. Sicher war nach seinen Worten nur die künftige Gliederung des Reiches in "Gaue", an deren Spitze Reichsstatthalter stehen sollten. So ziemlich alles übrige war fraglich. Insbesondere blieb es offen, ob zwischen der obersten Gauinstanz und der untersten örtlichen Instanz eine oder zwei Zwischenstufen eingeschaltet und ob an den Spitzen Selbstverwaltung und staatliche Verwaltung in Personalunion vereinigt werden sollten. Das Vorbild Preußens, wo seit dem Gesetz vom 15. Dezember 1933 71 die Oberpräsidenten vorerst staatliche Befugnisse mit Aufgaben der Selbstverwaltung in einer Hand vereinigten und überdies - da sie meist zugleich Gauleiter der NSDAP waren - eine Verbindung von Partei und Staat herstellten, wurde zwar als nachahmenswert bezeichnet, desgleichen die preußische Abstufung von oben nach unten mit zwei Zwischeninstanzen (Regierungsbezirk und Kreis), entschieden aber waren diese Fragen noch lange nicht. Um in dieser zweifelhaften Lage durch ein Vorgreifen nichts zu verfahren, ergingen daher immer wieder Mahnungen, keine organisatorischen Neuerungen einzuführen; unaufschiebbare Maßnahmen seien auf das Notwendigste zu beschränken und auch dafür sei die Genehmigung vorher von oben einzuholen?2.

Ebenso im Ungewissen wie der "Neuaufbau" blieb die "Neugliederung". Als Muster für die "Reichsgaue" wären die Gauorganisation der NSDAP oder die Wirtschaftsgebiete der Treuhänder der Arbeit (13. 6. 33)⁷³ denkbar gewesen, doch

⁷⁸ Vgl. die erste Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Treuhänder der Arbeit vom 13. 6. 1933: RGBl. 1933/I, S. 568 f., bes. die Anlage (S. 369), die eine Aufstellung der Wirtschaftsgebiete bringt.



⁶⁸ Vgl. Runderlaß Fricks vom 27. 12. 1935 mit Erinnerung an den nicht veröffentlichten Erlaß vom 14. 3. 1935, analog Heß am 14. 3. 1935: Registratur Oldenburg (ungedr.).

⁶⁹ Vgl. den ungedr. Bericht der Bremer Gesandtschaft vom 10, 11, 1934; Senatskanzlei.

⁷⁰ Vgl. "Frankfurter Zeitung" vom 25. 11. 1936.

⁷¹ Vgl. Preuß. Ges. Sammlg. 1933, S. 477.

⁷² Vgl. den ungedr. Erlaß des REM vom 15. 10. 1934 und den ungedr. Erlaß Fricks vom 30. 5. 1935: Registratur Oldenburg.

wurde auf diesen Grundlagen nicht weiter gebaut. Auch die Flurbereinigung geriet, nachdem Ende 1933 die beiden Mecklenburg vereinigt worden waren (15. 12. 33) 738, wieder ins Stocken. Weder wurden die unter dem gleichen Reichsstatthalter zusammengefaßten Territorien zu einem größeren Ganzen verschmolzen, noch grundsätzlich neue Wege beschritten. Wohl fielen die bayerischen und preußischen Teile des Saargebiets nach dessen Rückkehr ins Reich nicht wieder den Mutterländern zu, doch wurde auch bei dieser Gelegenheit nichts Endgültiges geschaffen: "Bis zur Eingliederung in einen Reichsgau", wie es hieß, wurde vielmehr ein reichsunmittelbares Provisorium mit einem Reichskommissar an der Spitze eingerichtet (30. 1. 35)74. Einen letzten, laut gerühmten75 Anlauf zur Bereinigung der deutschen Binnengrenzen nahm das "Groß-Hamburg-Gesetz" (26. 1. 37). Indem es die Zersplitterung an der Unterelbe beseitigte, schuf es einen "Stadtgau" und ordnete weiterhin einige Umlegungen an, von denen die Einverleibung Lübecks in Preußen, d. h. der Verlust seiner alten Selbständigkeit als Hansestadt, historisch wohl am meisten beachtenswert war. Begründet wurden diese Maßnahmen besonders mit "Notwendigkeiten des Vierjahresplanes" 76. In alledem spielten denn auch wirklich "reichsreformerische" Gesichtspunkte keine maßgebende Rolle. So blieben etwa die lippischen Kleinstaaten und die braunschweigischen Splitter dauernd bestehen⁷⁷.

"Der Führer", so hatte Göring am 18. Juni 1934 vor dem Preußischen Staatsrat erklärt, "hat . . . mir die Aufgabe gestellt, innerhalb eines Jahrzehnts die Angleichung der preußischen Ministerien an die des Reiches durchzuführen und Preußen in die Reichsgaue aufzuteilen, die von ihm selber bestimmt werden. In diesem Jahrzehnt, das der Führer vorgesehen hat, oder in dieser Zeit, die, wie er jetzt gelegentlich sagt, noch länger dauern könnte als ein Jahrzehnt — wir wollen hoffen, daß es schneller erreicht werden kann —, ist nun Preußen vorhanden und bleibt ein Staatsbegriff und muß verwaltet werden." Zwar glaubte Göring, daß einige preußische Provinzen, z. B. Ostpreußen, Kurmark oder Pommern, zweifellos die Vorform künftiger Reichsgaue darstellten; die schließliche Abgrenzung im ganzen überließ er jedoch der Zeit und der Weisheit des "Führers" und empfahl, einstweilen "jede Anregung fallen zu lassen"? Ebenso mahnte der Reichsinnenminister immer wieder zur Zurückhaltung hinsichtlich der Diskussion einer Neu-

Vierteljahrshefte 1/4



⁷⁸a RGBl. 1933/I, S. 1065.

⁷⁴ RGBl. 1935/I, S. 66 f.

⁷⁵ Vgl. den Aufruf des Gauleiters und Reichsstatthalters Kaufmann am 27. 1. 1937: Dokumente d. Dtsch. Pol., Bd. 5, Berlin 1938, S. 214.

⁷⁶ Vgl. die Rede Fricks über das Gesetz am 31. 3. 1937 anläßlich der Feier im Hamburger Rathaus; a. a. O., Bd. 5, Berlin 1938, S. 221 ff., bes. S. 225.

⁷⁷ Es ergingen z. B. noch ein hessisches Landesgesetz über die Aufhebung der Provinzen Starkenburg, Oberhessen und Rheinhessen vom 1. 4. 1937: a. a. O., S. 231, oder ein preuß. Gesetz über die Vereinigung der Provinzen Ober- und Niederschlesien zu einer Provinz Schlesien vom 21. 3. 1938, mit Änderungsgesetz vom 2. 9. 1938: a. a. O., Bd. 6, Teil 2, Berlin 1939, S. 403 f. – Über die geringen Fortschritte auch bereits Roger H. Wells a. a. O., S. 359.

⁷⁸ Rede vom 18. 6. 1934; a. a. O., Bd. 2, 2. Aufl., S. 124 f.

gliederung. Ließen sich doch einige der territorialen Funktionäre angesichts der Möglichkeit, im Interesse ihrer Hausmacht ein Stück Land zu ergattern, nicht so ohne weiteres zügeln⁷⁹. So ging z. B. das Tauziehen um die Selbständigkeit Bremens bzw. seine Eingliederung in einen Gau Weser-Ems oder in Preußen durch die Jahre fort. Trotz einer Weisung des "Führers" vom April 1937 ⁸⁰, in Norddeutschland die Dinge ruhen zu lassen, um keine Nervosität zu erzeugen oder die Neugliederung zu präjudizieren, kämpften Göring und in seinem Gefolge Lutze als Vertreter der zunächst interessierten Provinz Hannover einerseits, Röver und die Hansestadt — die am liebsten frei geblieben wäre — andererseits, um eine Entscheidung in ihrem Sinne. Das Ende war dann zum Ärger Görings eine Vertagung bzw. eine Zwischenlösung.

Obwohl Frick, schon um solche Streitereien und Provisorien ein für allemal zu verhindern, für eine schnelle Gesamtreform eintrat⁸¹, war Hitler nicht dahin zu bringen⁸². Dieses Zaudern war zum Teil vielleicht auf sein mangelndes Interesse für Verfassungsfragen überhaupt und eine gewisse Unentschlossenheit zurückzuführen, vor allem aber auf den politisch bestimmten Wunsch, sich nicht vorzeitig festzulegen. Obendrein stemmte sich auch die Wehrmacht gegen übereilte oder radikale Lösungen. Auf jeden Fall war Frick am 6. Januar 1937 beim Reichskriegsminister vorstellig geworden und hatte um dessen Unterstützung für eine Planung gebeten, die 17 Gaue und 2 Stadtgaue vorsah. Zunächst sollte "Hamburg eine Stadtprovinz wie Berlin werden, dann die kleinen, später die großen Enklaven und zuletzt die Länder beseitigt werden"83. Er erreichte offenbar wenigstens eine teilweise Zustimmung, da kurz darauf das erwähnte Groß-Hamburg-Gesetz erlassen wurde (26. 1. 37). Im Mai 1937 erbot sich Lutze, der eine Verzögerung der territorialen Neuordnung aus militärischen Gründen für abwegig hielt, darüber einmal mit Blomberg zu reden⁸⁴. Er eignete sich deswegen als Vermittler in dieser Angelegenheit, weil er bei der Armee wegen seiner Loyalität vor und während des sogenannten Röhm-Putsches persona grata war; doch hatte er offenbar keinen durchschlagenden Erfolg. Immerhin übermittelte der Reichsinnenminister Mitte Juli Blomberg weitere Vosschläge für eine Umgestaltung der Wehrkreise im Sinne der beabsichtigten Gaueinteilung⁸⁵. Es war ein besonderes Kapitel des Kampfes zwischen Partei und Wehrmacht, wenn die Gauleiter argumentierten, daß sie

⁸⁵ Vgl. Jodls Tagebucheintragung vom 15. 7. 1937, IMT Bd. XXVIII, S. 355.



⁷⁶ Vgl. oben S. 40 f. — Für das Folgende auch: Berichte vom 21. 4. 1937, 13. 5. 1937, 1. 7. 1937 oder 21. 10. 1937, ferner einen Brief Rövers an Frick vom 26. 5. 1937: Registratur Oldenburg. Dazu Bericht vom 6. 1. 1937: Senatskanzlei Bremen (sämtl. ungedr.)

⁸⁰ Vgl. das ungedr. Schreiben des RIM vom 5. 6. 1937 an den Reichsstatthalter in Bremen und Oldenburg: Registratur Oldenburg.

⁸¹ Vgl. den ungedr. Bericht vom 13. 5. 1937 über eine Verhandlung im RIM am 7. 5. 1937 : Registratur Oldenburg. – Vgl. a. Wells a. a. O., S. 360.

⁸² S. o. mit Anm. 80.

⁸⁸ Vgl. Jodls Tagebucheintragung vom 6. 1. 1937, IMT Bd. XXVIII, S. 346. Nach seiner Aussage in Nürnberg ist Jodl vor dem Kriege, d. h. bis 1938, zweimal bei Frick gewesen, um Fragen der Reichsreform mit ihm zu besprechen: vgl. IMT Bd. XV, S. 335.

⁶⁴ Vgl. Anm. 81.

seinerzeit bei der Bildung der Wehrkreise nicht mit herangezogen worden seien und daher die Generalkommandos nicht verlangen könnten, es solle sich nun alles nach ihnen richten⁸⁶. Wegen all dieser Fragen fand am 1. Dezember 1937 eine Besprechung bei Hitler statt. Dabei lehnte dieser aber eine Gesamtregelung ab. Er wollte "sich die Reichsreform auf dem Verwaltungswege nicht vorwegnehmen lassen"⁸⁷. Damit war wiederum ein Stillstand, geboten von der höchsten Instanz, eingetreten, und ehe das Hin und Her für die eine oder die andere Seite entschieden werden konnte, brach der zweite Weltkrieg aus, und andere, dringendere Sorgen beherrschten die Zeit.

Lediglich bei den Gebieten, die im Jahre 1938 mit dem Reich "wiedervereinigt" wurden, kam eine Neugliederung in "Reichsgaue" zustande, aus spezifisch politischen Gründen, die hier beiseite bleiben können, da sie mit einer geplanten Reichsreform kaum etwas zu tun hatten. Wie wenig die Regierung aber auch jetzt wußte, was sie letztlich eigentlich wollte, ist daraus zu ersehen, daß sie nur tastend vorging: Nachdem man nämlich in Österreich in den ersten Tagen nach der "Wiedervereinigung" (Gesetz vom 13. 3. 38)88 zunächst einmal das Reichsstatthaltergesetz von 1935 (15. 3. 38)89 und das "Neuaufbaugesetz" von 1934 (17. 3. 38) 90 eingeführt hatte, zugleich aber auch eine österreichische Landesregierung errichtet worden war (15. 3. 38) 91, dauerte es noch ein ganzes Jahr, ehe mit dem "Ostmarkgesetz" (14. 4. 39) 92 die "Gau"-Organisation geregelt wurde. Immerhin war die Tätigkeit des Reichskommissars für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Altreich, des Gauleiters Bürckel-Saarpfalz, der am 23. April 1938 ernannt wurde und neben (1) dem Reichsstatthalter Seyß-Inquart arbeitete, von vornherein bis zum 1. Mai 1939 begrenzt⁹³. Bis dahin sollte also die Neugliederung abgeschlossen sein. Dieser Termin wurde eingehalten.

Seitdem bestanden im ehemaligen Österreich — was auf eine ganz andere Konstruktion hinzuweisen scheint — nicht weniger als sieben "Reichsgaue": Wien, Kärnten, Niederdonau, Oberdonau, Salzburg, Steiermark, Tirol. Vorarlberg bildete noch dazu "bis auf weiteres" einen eigenen Verwaltungsbezirk, der allerdings von dem Reichsstatthalter in Tirol geleitet wurde. Auch galten die Verordnungen vom 17. Juli und vom 25. November 1939 "über die Aufgaben und die Verwaltung der



⁸⁶ Vgl. den ungedr. Brief Rövers an den Reichsfinanzminister vom 9. 12. 1938: Registratur Oldenburg.

⁸⁷ Vgl. Jodls Tagebucheintragung vom 1. 12. 1957, IMT Bd. XXVIII, S. 356.

⁸⁸ RGBl. 1938/I, S. 237 f.

⁸⁹ RGBI. 1938/I, S. 247 f.

⁹⁰ RGBl. 1938/I, S. 255.

⁹¹ RGBl. 1938/I, S. 249. — Wohl wurde die österreichische Landesregierung sehon am 24. Mai 1938 wieder "vereinfacht" und wurden von den eben ernannten 9 Ministern nur 5 belassen, doch blieb diese Regierung eben vorerst einmal bestehen. Vgl. für die "amtliche Mitteilung" des Reichsstatthalters darüber: Dokumente d. Dtsch. Pol., Bd. 6, Teil 1, Berlin 1939, S. 212 f.

⁹² RGBl. 1939/I, S. 777 ff.

⁹³ RGBl. 1938/I, S. 407 f.

Reichsgaue als Selbstverwaltungskörperschaften" nicht für den Gau Wien⁹⁴! Trotz eines neuen und durch taktische Rücksichten weniger belasteten Ansatzes fehlte auch hier jede gedankliche Klarheit.

Etwas rascher und konsequenter verlief die Entwicklung im Sudetenland. Als hier ein "Reichskommissar für die sudetendeutschen Gebiete" (Henlein) ernannt wurde (1. 10. 38) 95, der den Oberbefehlshaber des Heeres ablösen sollte, wenn dieser von seinen vorübergehenden Befugnissen entbunden wurde, war die Bildung eines "Reichsgaues" schon mit vorgesehen (2. Verordnung vom 8. 10. 38) 96. So wurde ein halbes Jahr darauf — noch vor dem bereits früher "heimgeholten" Österreich — das Sudetenland ein "Reichsgau" mit drei Regierungsbezirken, wobei einige kleinere Randstreifen zu Preußen, Österreich und Bayern geschlagen wurden (25. 3. 39) 97.

Obwohl zur selben Zeit geschaffen, waren die Organisation des Sudetengaues und der österreichischen Gaue untereinander nicht völlig gleich 98, ja — wie schon gesagt — nicht einmal in sich folgerichtig. Wenn der Reichsinnenminister im Jahre 1959 mehrmals die Neuorganisation der österreichischen Bundesländer und des Sudetengaus als "Marksteine" für die Verwaltungsordnung des Reiches bezeichnete 99, so schränkte er doch gleichzeitig die Aussicht auf künftige Allgemeingültigkeit für das Gesamtreich wieder ein: Die Erfahrungen, die mit den neuen Gesetzen gemacht würden, seien erst abzuwarten 100. Im selben Sinne äußerte sich sein erster Mitarbeiter auf diesem Gebiet, der nunmehrige Ministerialdirigent Medicus, im Jahre darauf: Wenn die beiden Gesetze, welche die ersten acht Reichsgaue schufen, auch "nicht ohne weiteres für die Ausgestaltung des späteren Reichsaufbaues maßgeblich" sein würden, so "dürften sie doch dem Neuaufbau die allgemeine Richtung weisen" 101. Also war auch diese Leistung auf "Neuland" mehr ein tastender Versuch, ohne festen Plan und klare Vorstellung, wie es weitergehen sollte.

Nach dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges kamen "Neuaufbau" und "Neugliederung" begreiflicherweise völlig zum Erliegen. Pläne für eine Verwaltungsreform, die Frick als "Generalbevollmächtigter für die Reichsverwaltung" noch ein Vierteljahr früher "vordringlich und lebenswichtig" genannt hatte (25. 5. 39) 102, wur-



⁹⁴ Vgl. RGBl. 1939/I, S. 1269 f. und S. 2373 f.

⁹⁵ RGBl. 1938/I, S. 1331 f.

⁹⁶ RGBl. 1938/I, S. 1348.

⁹⁷ RGBI. 1939/I, S. 745 f. — Vgl. auch das "Sudetengaugesetz" vom 14. 4. 1939: RGBI. 1939/I, S. 780.

⁹⁸ Vgl. dazu auch die Reden Fricks vom 10. 12. 1938 in Berchtesgaden und vom 5. 6. 1939 in Hamburg: Dokumente d. Dtsch. Pol., Bd. 6, Teil 2, Berlin 1939, S. 461 ff. und Bd. 7, Teil 2, Berlin 1940, S. 704 ff.

⁹⁹ Vgl. die Rede über "Entwicklung und Aufbau der öffentlichen Verwaltung in der Ostmark und in den sudetendeutschen Gebieten" am 3. 6. 1939 in Hamburg und die Rede vom 2. 11. 1939 in Posen: a. a. O., Bd. 7, Teil 2, S. 704 ff., und S. 599 ff., mit Anm. 1.

¹⁰⁰ Vgl. die Rede vom 5. 6. 1939: a. a. O., Bd. 7. Teil 2, S, 704 f.

¹⁰¹ Medicus, Das Reichsministerium des Innern, Berlin 1940, S. 64.

¹⁰² Ungedr. Runderlaß vom 25. 5. 1939; Registratur Oldenburg.

den vertagt. Wohl war noch am 5. Juli 1939 ein Reichsgesetz über die Umgestaltung der Länder- zu Reichsbehörden ergangen insofern allerdings wieder eine Halbheit, als die Landesbehörden als solche ja nicht beseitigt, sondern nur dem Namen nach Reichsbehörden wurden; dann aber ordnete Hitler in seinem Erlaß vom 28. August 1939 über die "Vereinfachung der Verwaltung"gebieterisch an, alles einzustellen, was nicht der Reichsverteidigung diene 104. Um Menschen für die Wehrmacht oder die Kriegsproduktion frei zu bekommen, wurde ein rigoroser Abbau der Bürokratie gefordert, — eine an sich wohltätige Maßnahme, da infolge der NS-Methodik, "mehrgleisig" zu fahren und Sonderdienststellen zu schaffen, eine entsetzliche Aufsplitterung bzw. ein groteskes Neben- und Durcheinander von Instanzen entstanden war. Dieser Wirrwarr konnte jetzt eingeschränkt werden, aber für einen wirklichen Neubau der Verwaltung war nun weder Zeit noch Gelegenheit.

Göring unterstrich Anfang 1940 die Forderung Hitlers noch einmal in seiner Eigenschaft als Vorstzender des Ministerrats für die Reichsverteidigung (16. 2. 40) 105, indem er nach einer einleitenden "historischen" Abhandlung über die unglückselige Entwicklung seit 1933 die Wiederherstellung der "Einheit der Verwaltung" in den Mittel- und Unterinstanzen verlangte. Kehrte infolge der militärischen Erfordernisse der Zeit selbst bei diesem Mann, der ein gerüttelt Maß eigener Schuld an den von ihm gerügten Zuständen trug, einige Einsicht ein, oder rief die Rücksicht auf jene Erfordernisse nur den Anschein einer besseren Einsicht hervor? Gleichzeitig erteilte Göring der Mittelinstanz, den Reichsstatthaltern und Oberpräsidenten, eine Lektion über ihre Pflichten.

Solche und ähnliche Befehle, überflüssige und Doppelarbeit zu vermeiden, keine neuen Behörden aufzuziehen oder die sinnlose Papierflut der Bürokratie einzudämmen, ertönten seitdem in gewissen Abständen immer wieder den ganzen Krieg hindurch¹⁰⁶; Hitler persönlich griff noch einmal in der gleichen Richtung durch einen — nicht veröffentlichten — scharfen Erlaß ein (25. 1. 42) ¹⁰⁷. Andererseits sollte aber auch nichts Wesentliches abgebaut bzw. zentralisiert werden. Mit dahingehenden Tendenzen Fricks war Hitler gar nicht einverstanden. Er wandte sich jedenfalls gegen ein Übergewicht der Bürokratie in Berlin, das schließlich dazu führe, "daß die Landes- und Kommunalbehörden sich überhaupt nicht mehr bewegen" könnten¹⁰⁸. Selbst nach dem Ausbruch des "totalen Krieges" blieben



¹⁰³ RGBl. 1939/I, S. 1197 f., bes. § 6.

¹⁰⁴ RGBl. 1939/I, S. 1535 ff. Anschließend ein ungedr. Runderlaß des RIM vom 11. 11. 1939, daß aber nicht beabsichtigt sei, die Verwaltungsgerichtsbarkeit praktisch auszuschalten: Registratur Oldenburg.

¹⁰⁵ Ungedr. Schreiben Görings an RIM vom 16. 2, 1940; Registratur Oldenburg.

¹⁰⁶ Vgl. die ungedr. Rundschreiben Fricks vom 10. 10. 1940, 2.1. 1942 und 15. 9. 1944. Runderlaß Görings, Fricks, Funks und Lammers' vom 19. 3. 1942; Runderlaß Speers vom 13. 3. 1944 an alle Rüstungskommissare: Registratur Oldenburg.

¹⁰⁷ Vgl. den ungedr. Runderlaß Fricks vom 24. (!) 1. 1942 mit vertraulichen Erläuterungen zu Hitlers Erlaß vom 25. 1. 1942: Registratur Oldenburg.

¹⁰⁸ Vgl. Goebbels, Tagebücher, herausg. v. Louis P. Lochner, Zürich 1948, S. 80, Ein-

Änderungen am Behördenaufbau untersagt, und noch kurz vor dem Zusammenbruch wurden die Reichsverteidigungskommissare angewiesen, keine Regierungen stillzulegen oder gar aufzulösen (15. 12. 44) 109. Wohl hatte sich auch Himmler gleich nach seinem Amtsantritt als Reichsinnenminister bemüßigt gefühlt, in einem Erlaß "von den wichtigsten Grundsätzen" seiner Verwaltungsideen "Kenntnis zu geben" (28. 10. 43) 110. Es kam aber praktisch dabei nichts heraus, was über die notwendigsten Erfordernisse des Tages hinausging. Der ganze "Neuaufbau" wurde "bis nach dem Endsieg" auf Eis gelegt.

Auf dem Gebiet der Territorialreform war in den ersten Kriegstagen durch die "Vierte Verordnung über den Neuaufbau des Reiches" (28. 9. 39) 111 noch eine binnendeutsche Bereinigung an der Unterweser angeordnet worden, hinter der Göring steckte (Bremerhaven-Wesermündet), und im Jahre 1940 ergingen zwei Durchführungsverordnungen dazu (5. 2. und 13. 9. 40) 112. Vor allem aber wurde es nötig, Danzig und das ehemalige "Korridor"-Gebiet neu zu gliedern: Während das wiedergewonnene Memelland am 23. März 1939 einfach in die preußische Provinz Ostpreußen zurückgekehrt war¹¹³ (Verordnung über die "Gliederung": 24. 8. 39) 114, wurden die Korridorgebiete jetzt (8. 10. 39) zu zwei neuen "Reichsgauen" (Danzig-Westpreußen und Posen) mit je drei Regierungsbezirken gemacht115. Dabei standen die "Ostmark" und das Sudetenland Pate, oder wie Frick sich ausdrückte, wurde "die organisatorische Gestalt, welche die Gesetzgebung des Dritten Reiches dem Sudetengau und den Reichsgauen der Ostmark gegeben hat, auf den größten Teil der mit dem Reich vereinigten Ostgebiete übertragen" 116. Sie alle zusammen sollten so etwas wie "Modellgaue" 117 für das "Altreich" werden. Sonst wünschte Hitler, wie gesagt, nachdrücklich, daß die Diskussion über eine "Neugliederung" oder Gebietsumlegungen während des Krieges unterbleibe (5. 6. 40) 118. Weil sich daraufhin Tendenzen breit machten, den Befehl zu umgehen, mußte Lammers ihn noch einmal in deutlicherer Form in Erinnerung bringen: Es dürften weder Erörterungen mit dem Unterton des Bedauerns über diese oder jene Regelung stattfinden noch das Thema in historischen Anspielungen aufge-

¹¹⁸ Vgl. den ungedr. Runderlaß des RIM vom 5. 6. 1940: Registratur Oldenburg.



tragung v. 11. 2. 1942; S. 352 f. (10. 5. 1943; "Der Führer übt am Innenministerium eine so scharfe Kritik, daß Frick eigentlich daraus gewisse Konsequenzen ziehen müßte."); 336 (10. 5. 1943); 538 (11. 5. 1943; dort das Zitat).

¹⁰⁹ Ungedr. Runderlaß des RIM vom 15. 12. 1944; Registratur Oldenburg.

¹¹⁰ Abschrift: Registratur Oldenburg (ungedr.).

¹¹¹ RGBl. 1939/I, S. 2041 f.

¹¹³ RGBl. 1940/I, S. 292 f. und 1237 f.

¹¹⁸ RGBl. 1939/I, S. 559 f.

¹¹⁴ Verordnung über die Gliederung des Memeilandes in Stadt- und Landkreise: RGBl. 1939/I, S. 1453 f.

¹¹⁵ Vgl. RGBl. 1939/I, S. 2042 f.; 2057; 2135 (der Name "Danzig-Westpreußen" an Stelle von "Westpreußen" erst durch "Führererlaß" vom 2. 11. 1939).

¹¹⁶ Vgl. die Rede anläßlich der Einführung des Gauleiters Greiser als Reichsstatthalter in Posen am 2. 11. 1939: Dokumente d. Dtsch. Pol., Bd. 7, Teil 2, S. 599 ff. (Anm. 1).

¹¹⁷ Vgl. ebenda, S. 687.

nommen werden (19. 12. 41) ¹¹⁹. Der Erlaß wurde ausdrücklich für Partei und Staat und für alle möglichen Organisationen des wirtschaftlichen, kulturellen oder politischen Lebens verbindlich gemacht.

Damit war jede planende Weiterarbeit abgeschnitten, und die schon vorher weitgehend gültigen Gesichtspunkte der Tagespolitik waren völlig beherrschend geworden. Einige Gebietsbereinigungen im Raum der Hermann-Göring-Werke Salzgitter (25. 6. 41) 120, für die der Namenspatron mitverantwortlich zeichnete, dienten "kriegswichtigen" Zwecken, ebenso wie die kleinen Regulierungen zwischen dem Land Anhalt und Preußen vom 13. Februar 1942¹²¹, die "im Einvernehmen mit dem Beauftragten für den Vierjahresplan" vorgenommen wurden und also die Billigung des "Führers" fanden. Dagegen war der kurz vorher eingeleitete Versuch des Reichsinnenministers, einige kleinere preußische Regierungen und Kreise aufzulösen und mit anderen zusammenzufügen, um Beamte einzusparen, offenbar gerade auf den Widerstand Görings als preußischen Ministerpräsidenten gestoßen. Hitler gab ihm deshalb nicht statt, und das Reichsinnenministerium mußte auf seinen Plan verzichten (26. 1. 42) 122. Gebietliche Reformen, so ließ sich Hitler gelegentlich (3. 5. 42) in seinen Tischmonologen im Führerhauptquartier aus¹²³, könnten "nur nach genauester Prüfung aller einschlägigen Momente" durchgeführt werden. Von Bormann erging denn auch ein Verbot, während der Dauer des Krieges Landkreise zusammenzulegen.

Die letzten Maßnahmen zur "Neugliederung" stellten dann drei eigene Erlasse des "Führers" vom 1. April 1944 dar ¹²⁴, nach denen im Raume der Provinz Hessen-Nassau zwei neue Provinzen "Kurhessen" und "Nassau", in der Provinz Sachsen die beiden neuen "Magdeburg" und "Halle-Merseburg" eingerichtet wurden, während im Raum Weser-Ems der Reichsstatthalter von Oldenburg und Bremen die Regierungsbezirke Aurich und Osnabrück hinzubekam. Diese Maßnahmen erfolgten, um die Verwaltungsbezirke besser den Reichsverteidigungsbezirken anzupassen, also aus Erwägungen, die nichts mit einer echten Reichsreform zu tun hatten, zumal bei der Umlegung in Sachsen der Regierungsbezirk Erfurt dem Reichsstatthalter in Thüringen nur zur "Wahrnehmung der Geschäfte" übergeben wurde, ebensowenig wie der Reichsstatthalter von Oldenburg-Bremen die Befugnisse und Aufgaben der preußischen Oberpräsidenten in Aurich und Osnabrück für die Dauer erhielt. Da hatte doch erst noch Göring ein Wort mitzureden!

Als die Katastrophe hereinbrach, war demnach alles noch unfertig und der Wirrwarr in keiner Weise geklärt. Es gab in der sogenannten Mittelinstanz 13 außerpreußische Landesregierungen, 11 preußische Oberpräsidenten — einschließlich des



¹¹⁹ Rundschreiben vom 19. 12. 1941, das an den "Führerbefehl" vom 5. 6. 1940 und ein Rundschreiben vom 2. 10. 1940 ähnlichen Inhalts erinnert: Registratur Oldenburg (ungedr.).

¹²⁰ RGBl. 1941/I, S. 357 f. — Es handelte sich um den Tausch der Stadt und des Landkreises Goslar (Preußen) gegen den braunschweigischen Kreis Holzminden.

¹²¹ RGBl. 1942/I, S. 73.

¹²² Vgl. das ungedr. Rundschreiben des RIM vom 26. 1. 1942: Registratur Oldenburg.

¹²⁸ Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier, Bonn 1951, S. 254.

¹²⁴ RGBl. 1944/I, S. 109-112.

Stadtpräsidenten von Berlin —, ferner den Reichskommissar für das Saarland, den Reichsstatthalter in Hamburg und 10 Reichsstatthalter in den neuen Reichsgauen. Zu diesen 11 Reichsstatthaltern der "Gaue" kamen 10 weitere hinzu, von denen drei — in Sachsen, Hessen und Lippe — die Landesregierung führten, die anderen aber daneben standen. Die resignierte Feststellung, mit der die "Länderkonferenz" von 1928 geschlossen hatte, nämlich daß "die Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern" "unbefriedigend" sei und einer "grundlegenden Reform" bedürfe 125, sollte bis zum Ende des Dritten Reiches gültig bleiben.

Eine Würdigung der Gründe, warum der Nationalsozialismus die Reichsreform auf die lange Bank schob, wird sie nicht in der Überzeugung suchen dürfen, daß der Baumeister eines "Tausendjährigen Reiches" das Recht hatte, sich Zeit zu nehmen. Denn es war sonst nicht Hitlers Art, Dinge ausreifen und organisch sich entwickeln zu lassen. Es fehlte ihm vielmehr sowohl bei Problemen der Politik wie der militärischen Führung die besondere "Führergeduld", - wie Halder diese notwendige Eigenschaft des wirklichen Feldherrn genannt hat¹²⁶. So waren die Reden von der "lebendigen und organischen Entwicklung" der künftigen Reichsreform nichts als leere Ausflüchte. Dafür gibt es keinen stärkeren Beweis, als daß gerade Frick, der unter den hohen NS-Funktionären vielleicht noch die meiste staatspolitische Vernunft besaß, eine schnelle Reform wünschte. Hitler fehlte jeder Sinn für die Notwendigkeit einer Verfassung als eines staatlichen Ordnungsprinzips. Als reiner Machtpolitiker und Taktiker hatte er auch keine Konzeption für eine Gesamtorganisation seines kommenden Reiches. Seine Regierungs- und Verwaltungspraxis beweisen das ebenso wie die Tatsache, daß seine "Tischgespräche" nichts Wesentliches zu diesem Thema enthalten 127. Er ersetzte hier wie auch sonst staatspolitisches Wissen, gründliche Planung und Organisation durch "Intuition", Phantasterei und Improvisation — all dieses um der Macht- und Tagespolitik willen oder auch, von seinem Standpunkt gesehen -, im Interesse der Konzentration auf "höhere Ziele". Danach bestimmt sich das Urteil über die "Reichsreform" des Nationalsozialismus in ihrer Gesamtheit.



¹²⁵ Entschließung der Länderkonferenz vom 16.—18. Januar 1928, in: Die Länderkonferenz, Berlin (Reichsdruckerei) 1928, S. 128.

¹²⁶ Franz Halder, Hitler als Feldherr, München 1949, S. 24.

¹²⁷ Vgl. etwa S. 250 ff.

FRITZ TERVEEN

DER FILM ALS HISTORISCHES DOKUMENT

Grenzen und Möglichkeiten

Seit Erfindung der Kinematographie ist immer wieder die Frage gestellt worden, ob und inwieweit es möglich sein werde, Filmaufnahmen als historische Dokumente zur Zeitgeschichte zu benutzen. Frühzeitig ist daher schon die Forderung erhoben worden, Archive historisch wichtiger Filmaufnahmen anzulegen, um für den künftigen Historiker Anschauungsmaterial zum Studium vergangener Zeiten bereitzustellen¹.

Zunächst regte sich dieser Wunsch in Kreisen, die mit der technischen Entwicklung des Kinematographen in Verbindung standen, ohne die Bedürfnisse der historischen Arbeit genauer zu kennen. Ihnen machte die Tatsache Eindruck, daß es doch offenbar gelingen konnte, Abbilder des gegenwärtigen Lebens im bewegten Bilde sehr getreu festzuhalten. Man meinte, dies werde Historiker besonders interessieren².

Die Geschichtswissenschaft hat von derlei Anregungen zunächst keine Noțiz genommen. Hingegen entfaltete der Film im ersten Weltkriege eine weitreichende Wirkung als politisches Werbemittel und als Nachrichtenträger. Darüber belehrt uns die noch heute innerhalb und außerhalb Deutschlands vorliegende verhältnismäßig große Fülle von Frontaufnahmen und Kriegswochenschauen jener Jahre³.

In den zwanziger Jahren des Jahrhunderts begannen sich dann auch historische Fachkreise für die Bedeutung des Films in der historischen Dokumentation zu



¹ Die erste Anregung dieser Art ist, soweit wir sehen, in einer Schrift des Russen Boleslaus Matuszewski gegeben worden, die 1898 in Paris u. d. Titel "Une nouvelle source de l'Histoire (Création d'un dépôt de cinématographie historique") (20 S.) in begrenzter Auflage erschien und heute wohl nur noch in der Stadtbibliothek Brüssel zugänglich ist.

² Hinweise auf die Bedeutung kinematogr. Bilder f. d. Geschichtswissenschaft u. a. in: F. Paul Liesegang, Entwicklung, Wesen u. Bedeutung des Kinematographen. Düsseldorf, 1910, S. 49/50. – Zur Bedeutung der Filmaufnahme f. d. "Historiker der Zukunft" neuerdings: Denis Forman, The Work of the British Film Institute (= The Years Work in the Film 1949, ed. by R. Manvell, Publ. d. British Council, 1950).

³ Z. Gesch. d. Weltkriegswochenschauen vgl. bes.: Oskar Meßter, Mein Weg mit dem Film, Bln. 1936; ders.: der Film als politisches Werbemittel (Denkschr. f. d. OHL, Aug. 1917, Lpzg. Dt. Bücherei); Gertraude Bub, Der deutsche Film im Weltkrieg 1914–1918 und sein publizistischer Einsatz (Diss. phil. Bln., 1938). W. Vogel, Die Organisation d. amtl. Presse- u. Propagandapolitik d. D. R.: Zeitungswiss. Jg. 16, 1941 (Sonderheft) bes. S. 30, 31. Hans Traub, Zur Entwicklungsgesch. der Ufa-Wochenschau (= 25 Jahre Wochenschau der Ufa, Festschr. Bln 1939, S. 10–32). Vgl. ferner Ludendorffs Urteil über den Film als Propagandamittel i. e. Schr. a. d. Kriegsministerium v. 4. Juli 1917 u. Hindenburgs Schreiben an Direktor E. G. Stauss anläßlich d. Gründung d. Ufa v. 18. Dez. 1917, zit. in: Kinotechnik, Jg. 7, Nov. 1953, S. 350.

58 Fritz Terveen

interessieren. Dies geschah — mit Vorsicht, aber auch mit einer nahezu widerspruchslosen grundsätzlichen Bejahung der vorhandenen Möglichkeiten — vor allem auf mehreren Sitzungen des Internationalen Historikerkongresses in den Jahren 1926 bis 1932. Die auf einem der Kongresse gebildete Internationale Ikonographische Kommission erhielt die Auflage, sich auch mit der Frage der Sammlung und Sichtung von Filmaufnahmen für historische Zwecke zu befassen. Pirenne, Glotz, de Sanctis, Hankin, Depréaux, Lhéritier und namentlich Fruin haben sich damals Jahre hindurch lebhaft für den Film als Quelle des Historikers ausgesprochen und besonders der letztgenannte hat sich bemüht, auf Grund einer großen internationalen Umfrage Einblick in die allgemeine Materiallage zu erhalten. Erste methodische Anregungen zur Archivierung historisch interessanten Filmmaterials sind von verschiedenen Seiten wiederholt in den zahllosen Ausschußsitzungen des Kongresses vorgetragen worden⁴.

In Deutschland ist trotz der Bemühungen der ikonographischen Kommission, zu der W. Goetz, K. Brandi, P. E. Schramm und S. H. Steinberg gehörten, die Frage des historischen Filmarchivs auf keine sonderliche Gegenliebe gestoßen. Dabei hätte man, wie Fruins Umfrage ergab, gerade hier in den Filmbeständen des Reichsarchivs über umfangreiche Sammlungen verfügen können⁵. Diese umfaßten Aufnahmen von allen deutschen Weltkriegsfronten und nicht unerhebliche Mengen von Material zur Geschichte der Revolutionstage. In Frankreich, Holland und Belgien waren schon z. T. vor dem Kriege Filmarchive angelegt worden, die ihre Grundsätze bei dem technischen Gang der Archivierung an den Kongreß mitteilten. Weiter wies Haukin 1930 auf die Sammelarbeit des British Film Institute hin, das kürzlich (1951) einen methodisch vorbildlichen Katalog historischer Filmszenen aus der Zeit von 1895-1933, hauptsächlich zur englischen Landes- und Reichsgeschichte, herausgegeben hat. In den technisch wohl mustergültigen Archivräumen der National Film Library lagert heute, neben einer Fülle von Spiel- und Kulturfilmen aller Art, eine erstaunlich umfangreiche Zahl von Filmaufnahmen zum Zeitgeschehen aus rund 40 Jahren⁶.

1935 hat in Deutschland Erich Keyser nochmals auf die Bedeutung kinematographischer Bildquellen im Rahmen der historischen Bildkunde hingewiesen und

⁶ Hankin's Bericht in: Bullet. of the Comm. of Hist. Sc. Nr. 8, Jan. 1950, S. 452/3 (Venedig): über die sog. Cinémathèque in Paris, die er neben "Cabinets d'estampes, Musées, Archives photographiques" stellt, berichtet A. Depréaux a. a. O. Nr. 5, Juli 1928 (Oslo): z. Archiv i. Brüssel vgl. a. a. O. Nr. 11, Febr. 1951 (Warschau): Max Fauconnier, Les archives cinématographiques"; Katalog d. Brit. Film Inst.: National Film Library Catalogue, Part I, Silent News Films, 1895–1933, London 1951, m. e. Vorwort v. G. M. Trevelyan.



Jahrgang 3 (1955), Heft 1 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

⁴ Ausführliche Sitzungsberichte in: Bulletin of the International Committee of Historical Sciences, Paris Washington, 1926-1932, vol. I-IV.

⁵ Vgl. Bullet. of the Intern. Comm. of Hist. Sc. Nr. 16, Sept. 1932, S. 467ff. – Dazu Sigfrid H. Steinberg, Die Internationale und die Deutsche Ikonographische Kommission, HZ 144 (1931), S. 287ff. Es ist übrigens erwähnenswert, daß die den kultur- und sozialgeschichtlichen Aspekt der Geschichte stärker als die Deutschen betonenden englischen, niederländischen und französisch-belgischen Historiker sich seinerzeit besonders nachdrücklich für die historische Filmarchivierung eingesetzt haben.

sich dabei auf die Arbeit der internationalen Ausschüsse bezogen⁷. Der Krieg 1959 bis 1945 hat dann, wie in die internationale Zusammenarbeit der Historiker überhaupt, so auch in die Bemühungen um das historische Filmmaterial eine Lücke gerissen.

Erst 1950 ist in Westdeutschland diese Frage erneut aufgegriffen worden, wobei man sich freilich ihres zwiespältigen Charakters bewußt sein mußte. Zwar hatte die überaus filmfreudige nationalsozialistische Ära aus Friedens- und Kriegsjahren eine schier unübersehbare Fülle von gefilmten Selbstdarstellungen hinterlassen, die bei streng wissenschaftlicher Methode einer geschichtswissenschaftlichen Auswertung nutzbar gemacht werden konnten; andererseits aber war der Film insgesamt durch seine hemmungslose propagandistische Ausmünzung zu einem höchst suspekten Gegenstand geworden⁸.

Gleichwohl ging man zunächst daran, eine umfassende Bestandsaufnahme des überhaupt noch vorhandenen und möglicherweise für historische Arbeit irgendwie in Frage kommenden Filmmaterials von 1895 bis 1945 einzuleiten, um so die Grundlage für eine etwaige Archivierung vorzubereiten. Trotz mancher Schwierigkeiten, die vor allem in ungeklärten Besitzrechtsverhältnissen der derzeitigen Filmbesitzer und in einer allzu vorsichtigen Zurückhaltung alliierter Dienststellen begründet waren, stellte sich alsbald heraus, daß mehr vorhanden war, als man zunächst hoffen konnte, und zwar nicht nur aus nationalsozialistischer Zeit. Aus Schilderungen von Kennern ließ sich, bei aller Unsicherheit der Tatsachenkenntnis im einzelnen, soviel ermitteln, daß das Gros der Filmbestände des Reichsarchivs in den Kämpfen um Berlin vernichtet worden ist. Auch muß das aufschlußreiche Ausgangsmaterial für die deutschen Kriegswochenschauen 1939-1945 vorerst als unerreichbar und möglicherweise endgültig verloren angesehen werden. Das ist um so bedauerlicher, als es sich hierbei um mehrere Millionen Meter Aufnahmen von allen Fronten des letzten Krieges handelt, die zu einem sehr großen Teil nicht in den Wochenschauen veröffentlicht worden sind und seinerzeit für eine spätere Auswertung sorgfältig katalogisiert und archiviert wurden. Immerhin aber sind die Wochenschauen von 1933-1945 größtenteils erhalten geblieben, wenn sie in Deutschland zur Zeit auch noch nicht in vollem Umfang zugänglich sein dürften. Hier und da tauchten recht stattliche Bestände an Schmalfilmen auf, die ebenfalls deutsches Wochenschaumaterial enthalten. Hinzu kommen dann aber vor allem umfangreiche historische Filmbestände aus privaten Sammlungen, so in Berlin, Frankfurt und anderen Orten. Diese Sammlungen umfassen nicht nur neueres Material, wie z. B. Bilder von den letzten Kämpfen in Berlin usw., sondern auch ältere Streifen aus der Zeit von 1914 bis 1930. In Zukunft wird man wahrscheinlich auch mit einer nicht geringen Menge solcher Filmaufnahmen rechnen dürfen, die sich noch als Erinnerungsstücke in Privatbesitz befinden. Soweit wir



⁷ Erich Keyser, Das Bild als Geschichtsquelle, Hambg. 1935, (= Hist. Bildkunde, Bd. 2) bes. S. 22, 27.

³ W. Hubatsch, Probleme d. geschichts-wissenschaftlichen Films (= Geschichte i. Wissensch. u. Unterr. H. 8, 1953, S. 476-479).

die augenblickliche Materiallage übersehen, lassen sich die heute noch vorhandenen Filmaufnahmen nach Inhalt und Entstehungszeit wie folgt rubrizieren: 1895—1914: hauptsächlich Aufnahmen Kaiser Wilhelms II., seiner Umgebung, hoher Militärs und der deutschen Flotte. 1914—1918: Kriegswochenschauen Deutschlands. 1919 bis 1935: Szenen aus den Revolutionstagen, Rückkehr und Entwaffnung des deutschen Heeres. Biographisches Material über Ebert, Hindenburg, Stresemann, Brüning. Verkehrsgeschichtliche und wirtschaftsgeschichtliche Themen. Reichswehr, Völkerbund. 1933—1939: Reichsparteitage, Parteiveranstaltungen, Hitlerreden. Hohe Funktionäre des Dritten Reiches. Wehrmacht. Österreich. Sudetenland usw. 1939—1945: Deutsche Kriegswochenschauen.

Inzwischen hat das Bundesarchiv den Plan einer Archivierung politisch-historischen Filmmaterials, offenbar in Anknüpfung an die Tradition des Reichsarchivs, aufgegriffen und ist zur Zeit um die Errichtung eines Filmmagazins bemüht, durch das die schriftlichen Archivalien vom Bilde her ergänzt werden sollen^{9a}.

Mit einer Archivierung von Filmaufnahmen allein ist es jedoch nicht getan. Vielmehr wäre der Gedanke einer bloßen Sammlung "für alle Fälle" und ohne einen deutlicheren Begriff davon, wie eine solche Archivierung einmal wissenschaftlich fruchtbar gemacht werden soll, höchst bedenklich, zumal damit nicht unerhebliche finanzielle und arbeitsmäßige Aufwendungen verbunden sind. Erstreckt sich doch die Filmarchivierung nicht nur auf die Sichtung und Magazinierung des Materials, sondern vor allem auch auf die Schaffung bestimmter technischer Einrichtungen, die erst die Konservierung des empfindlichen und nicht ohne weiteres unbegrenzt haltbaren Zelluloidfilms ermöglichen. Hier liegen spezielle Probleme vor¹⁰, Erfahrungen des Auslandes und des Reichsarchivs haben jedoch gezeigt, daß sie nicht unlösbar sind.

Worin liegt nun aber der Wert einer solchen umfangreichen Filmarchivierung überhaupt? Die Beantwortung dieser Frage führt uns zur Betrachtung der Möglichkeiten — und der Grenzen, innerhalb derer die historische Filmaufnahme als Arbeitsmittel des Historikers brauchbar ist.

Man hat sich, wie erwähnt, diese Frage auch auf den Sitzungen der Internationalen Ikonographischen Kommission in den zwanziger und beginnenden dreißiger Jahren gestellt und dabei sich nachdrücklich von allen Bestrebungen abgesetzt, die darauf hinzielten, den sogenannten "historischen Film", von "Ben Hur" über "Heinrich VIII." und "Fridericus Rex" bis hin zu "Bismarck", in den Kreis der Betrachtung einzuschließen. Es wird dies hier und deshalb erwähnt, weil die

¹⁰ Zur technischen Voraussetzung d. Filmarchivierung berichtet auf Grund praktischer Erfahrungen: H. G. Brown (Preservation Officer of the National Film Library), Problems of Storing Film for Archives Purposes (= British Kinematography, vol. 20, Nr. 5, May 1952).



⁹ Diese Angaben stützen sich auf das Ergebnis mehrerer Informationsreisen, die dem Verf. Einblick in Filmsammlungen gestattet haben. Das aufgefundene Material wird z. Zt. beim Institut für den Wissenschaftlichen Film in Göttingen katalogmäßig erfaßt und soll u. a. die Grundlage für weitere Untersuchungen bilden.

^{*}a Z. Filmabtlg. d. Reichsarchivs vgl.: F. A. Raasché, Lichtbild u. Film, Rahmen des R. A. in: Der Bildwart, H. 4, 1923, Bln., S. 349 ff.

Möglichkeit des Geschichtsstudiums anhand nachgedrehter Spielfilme zur Geschichte des 18. Jahrhunderts im Ausland ernsthaft erörtert wird, ja vor nicht allzu ferner Zeit hat man an einer britischen Universität noch die Möglichkeit einer historischen Belehrung an Hand des Filmes "Der alte und der junge König" diskutiert!11. Für die Ikonographische Kommission stand jedenfalls eines fest: mit dem historischen Film kann nur der Streifen gemeint sein, der eine Phase oder eine Person aus der Zeit seit der Erfindung der Kinematographie ohne dramaturgische oder "künstlerische" Zielsetzungen festgehalten hat; der Filmstreifen, der einen realen optischen Eindruck von einem bestimmten Vorgang, einer Person, einer Örtlichkeit vermittelt, wobei ein deutlich erkennbares historisches Interesse des dargestellten Sujets Voraussetzung ist12. Der gesamte Bereich des Spielfilms, des Rekonstruktionsfilms und zu einem großen Teil auch der des sogenannten "Dokumentarfilms" scheidet daher grundsätzlich bei unserer Betrachtung des historischen Films aus. Historisches Filmmaterial, das den Geschichtswissenschaftler angeht, gibt es erst seit 1895. Der Kreis möglicher "Filmquellen" ist also zeitlich begrenzt, aber zugleich in seiner Materialfülle schon so umfassend, daß strenge Auswahl geboten scheint. Diese Auswahl regelt sich zu einem Teil von selbst, denn die Fähigkeit des Filmbildes, einen Vorgang oder eine Person von der historisch relevanten Seite zu erfassen, ist sehr begrenzt; die eigentliche historische Bedeutung eines Vorgangs oder einer Person liegt hinter dem optischen Eindruck, den die Kamera bietet, liegt meist auch hinter dem für die Öffentlichkeit gesprochenen, dem Kameramann in der Regel allein zugänglichen Wort, das uns der Tonfilm übermittelt. Der historische Film gewinnt erst da Interesse, wo man ihn als zusätzliche Bildquelle von besonderer Aussagebegrenzung - aber auch Aussagekraft - betrachtet. Was der historische Filmstreifen tun kann, ist allein dies: ein die sonstigen Quellen ergänzendes und veranschaulichendes Abbild einer bestimmten Person, einer Epoche, eines Vorgangs zu geben¹³.

Dies aber kann der Film ungleich stärker als das Bild dort, wo es um den Ablauf eines Vorgangs, die Sprechweise und die Art einer Person, sich zu bewegen oder auf bestimmte Dinge zu reagieren, geht; denn der Film liefert uns nicht nur ein Abbild schlechthin, sondern ein bewegungsmäßiges Abbild. Mit Hilfe des Films sind nicht nur Bilder einer Zeit dokumentierbar geworden, sondern Bewegungs-



Jahrgang 3 (1955), Heft 1

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf

¹¹ Vgl. hierzu: W. T. Waugh, History in Moving Pictures (= History, vol. XI, Jan. 1927, S. 324ff.) u. versch. Autoren mehrfach ebd. vol. 11, 12, 16, 17 (1926-1932). Ferner: Frances Consitt, The Value of Films in History Teaching, 1931. 431 S. "Der alte u. d. junge König": Cambridge University Educational Film Council, Sixth Report, March 1953.

¹² Vgl. hierzu vor allem: Bullet. of the Intern. Comm. of Hist. Sc. No. 8, Jan. 1930, S. 361 ff. (Ber. v. Lhéritier über eine Resolution d. Institut International de Goopération intellectuelle v. Sept. 1926 bezügl. d. Beteiligung v. Fachhistorikern an sog. historischen Filmen). In diesem Zusammenhang wurden auch Probleme des hist. Unterrichtsfilms erörtert, die wir hier nicht berücksichtigen. Z. Frage Geschichtsfilm i. d. Schule außer b. Hubatsch a. a. O. auch: Eugen Schäfer, Darstellung der Geschichte i. Unterrichtsfilm (= Film u. Bild, Jg. 9, H. 5/6, Juni 1943, S. 56-69.) u. d. Anm. 11 gen. engl. Literatur.

¹⁸ Insbesondere wird man das Filmdokument nur dort zu Rate ziehen wollen, wo das Stehbild nicht ausreicht und durch Bewegung und Sprache tatsächlich ein Mehr erzielt wird.

abläufe und redende und handelnde Persönlichkeiten in einer geschichtlichen Situation.

Der Film will als eine über bestimmte technische Möglichkeiten verfügende besondere Abteilung der historischen Ikonographie betrachtet werden. Er ist, genau wie das historische Bild, ohne die deutende und kritisch wägende Interpretation des schreibenden und beschreibenden Historikers Stückwerk. Andererseits kann er die Anschauungskraft und das Urteilsvermögen des Historikers nicht nur beleben, sondern auch zügeln und vom optischen Eindruck her beeinflussen und sogar "ausrichten".

Man hat sich in den zwanziger Jahren bemüht, die dokumentmäßige Bedeutung von Filmstreifen für bestimmte historische Fragestellungen aufzuzeigen. Dabei ist sogleich richtig erkannt worden, daß man angesichts etwa der zahllosen Wochenschauen mit ihrem so unterschiedlichen und oft fragwürdigen Inhalt an großen und kleinen Sensationen, Aktualitäten und pseudo-historischen Momenten stets der Gefahr ausgesetzt sein werde, in einem Wust von heterogenen Stoffmassen zu versinken. Aber auch dort, wo es gelungen ist, wichtige Ereignisse oder Personen wirklich treffend und bedeutsam festzuhalten, werden wir ein gewisses Gefühl der Hilflosigkeit angesichts der Verschiedenartigkeit und Fülle des Materials nicht los. Hier hilft nur die strikt eingehaltene Beschränkung auf bestimmte, nach menschenmöglichem Ermessen historisch wichtige Sachgebiete¹⁴.

Es wird von Fall zu Fall schwierig genug sein, über die Archivwürdigkeit des anfallenden Materials zu entscheiden. Vielleicht verfährt man am besten so, daß einzelne Archive die Art ihres schriftlichen Archivbestandes, der ja auch nicht unterschiedslos aus den Registraturen, Nachlässen und dergl. übernommen wird, zum Maßstab ihrer filmischen Sammelarbeit machen. Das würde praktisch bedeuten, daß z. B. ein zentrales, politisch-historische Akten sammelndes Archiv - wie in Westdeutschland das Bundesarchiv - politisch-historische Filmstreifen von allgemein innen- oder außenpolitischem Interesse einlagert, während die Landesarchive Material an sich ziehen, das die Geschichte des betreffenden Landes berührt. In ähnlicher Weise müßten Wirtschaftsarchive sammeln. Heimat- und Landesmuseen könnten sich des kulturhistorischen Stoffs annehmen¹⁵. Zwischen allen Stellen müßte ein entsprechender Austauschdienst organisiert werden. Erfahrungsvergleiche würden die Möglichkeit von Korrekturen und Verbesserungen hinsichtlich der technischen Behandlung und der Sammelrichtung gestatten. Mit den Wochenschauproduzenten könnten Übereinkommen abgesprochen werden in der Art, daß diese den Archiven laufend Einblick in das bei ihnen anfallende Ma-

¹⁶ Dies ist z. T. schon der Fall. So verfügt das Stadtarchiv München über eine stattliche Reihe von Filmstreifen zur Kultur-, Sozial- und Baugeschichte der Stadt, die von der Zeit vor 1914 bis heute reichen. In Hamburg ist Filmmaterial über die Bombenangriffe des Jahres 1943 vorhanden. Auch in Frankfurt und Osnabrück liegt stadtgeschichtliches Filmmaterial vor.



¹⁴ Den Versuch einer solchen Beschränkung erläutert in seiner zweifellos vorhandenen Problematik Fruin i. s. Mémoire sur les films documentaires, veröff. in: Bullet. of the Intern. Comm. of Hist. Sc., Jan. 1930, S. 459 ff.

terial gewähren und ihnen abgespielte Streifen und u. U. auch nicht veröffentlichtes Ausgangsmaterial zur Einsichtnahme mit der Möglichkeit des Erwerbs für Archivzwecke unter Innehaltung der üblichen Schutzfristen gewähren. Es wäre denkbar, daß hier eine Einigung erzielt werden könnte, da derartige Filmstreifen nicht weiter kommerziell ausgewertet werden, sondern rein wissenschaftlichen Zwecken dienen würden.

Das auf diese Weise gewonnene Material könnte als Quelle des historischen Verständnisses aber nur dann fruchtbar gemacht werden, wenn es kritisch-historisch analysiert und aufbereitet wird, da die Filmstreifen nicht ohne weiteres verwendbar sind. Es ist gewiß, daß das Auge der Filmkamera keineswegs den Anspruch erheben kann, besonders "objektiv" zu sein. Hierzu ist an dieser Stelle einiges zu sagen:

Wenn man behauptet hat, daß die kinematographische Bildquelle in besonderem Maße geeignet sei, "historische Vorgänge auch in ihrer Bewegung und in ihrem Verlauf darzustellen", so ist damit noch nicht gesagt, daß sie dies "in treuester Weise" vermag. Schon Droysen hat mit Recht bemerkt: "... selbst die Photographie, die etwa einen Baum mit allen seinen Blättern und Adern in diesen Blättern wiederholt, tut dies doch nur von der einen Seite her, auf die der denkende Mensch diesen seinen Apparat gestellt hat "16. Die historische Treue des Filmbildes ist standortgebunden und menschlich-subjektiv vorherbestimmt, ja, ist besonders gefährdet, da in der Regel ein von ganz anderen als wissenschaftlichen Zielsetzungen erfüllter Operateur hinter der Kamera steht. Was so die Kamera dem Historiker im allgemeinen bietet, sind nicht "erste Quellen" im Sinne der Droysenschen Forderung, sondern eher die "Masse der hin und her flutenden Gerüchte, Meinungen, Auffassungen". Es muß also durch Kritik, Vergleich mit anderen Zeugnissen festgestellt werden, durch welche "damals und dort herrschenden Vorstellungskreise" die Filmaufnahmen "eine besondere Färbung und Stimmung" erhalten haben¹⁷. Diese Vorstellungskreise drücken sich in der Filmaufnahme aus durch die Wahl des Objekts, die Art der Aufnahmeeinstellung, den nachträglichen Bildschnitt, beim Tonfilm insbesondere auch durch Tonsteuerung, Lautstärkeregelung usw. Bei einer kritischen Bildbeschreibung von Filmen ist daher nicht nur die inhaltliche, sondern gerade auch die formal-technische Analyse entscheidend. Diese muß für jede Einstellung der Kamera festgelegt und bei einer wissenschaftlichen Benutzung der Filmquelle als Begleittext oder Anmerkungsapparat schriftlich bereitliegen. Nur



Jahrgang 3 (1955), Heft 1

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf

^{16 &}quot;Bewegung u. Verlauf": Alfred Feder, Lehrbuch d. hist. Methodik, Regensburg 1921, S. 65/66. – J. G. Droysen, Historik, München 1937, S. 125. Zur "Objektivität" d. Photographie vgl. W. Stiewe, Das Bild als Nachricht, Berlin 1933, S. 8: "Die moderne Lichtbildtechnik beweist aber auch die unbedingte Subjektivität der Photographie, Wie in der Porträtphotographie ein grundlegender Unterschied sichtbar wird, wenn zwei verschiedene Porträtphotographen ein und denselben Menschen aufnehmen, so wird auch das Gesicht eines Ereignisses, von zwei verschiedenen Bildreportern dargestellt, ganz verschiedenes Gepräge erhalten. Es gibt eine Handschrift der Photographie . . . Die Bildnachricht hat durch die Objektivität des technischen Mittels vor der Wortnachricht ein gewisses Maß an Glaubwürdigkeit voraus, bleibt aber trotzdem stärkeren subjektiven Einflüssen unterworfen."

¹⁷ Droysen, Historik, S. 137, 139/40.

so kann eine Bildfolge exakt in den ihr zugehörigen historischen Zusammenhang gestellt werden. Hier sind Aufgaben gestellt, die nur vom Historiker und dem wissenschaftlich geschulten Filmfachmann gemeinsam gelöst werden können. Die Ergebnisse dieser Einzelarbeit werden sich in verhältnismäßig kurzen Bildkomplexen niederschlagen. Keineswegs brauchbar sind große Überschauen historischer Zusammenhänge im Film, wie man sie häufig in sogenannten "Dokumentarfilmen" erlebt. Diese kranken allesamt daran, daß hier versucht wird, unter Verzicht auf eine gründliche Einzelbildanalyse Zusammenhänge allein mit Hilfe des Filmbildes zu geben. Überdies wird man bei genauerer Betrachtung solcher Erzeugnisse immer wieder bemerken, daß die eigentliche Aussagekraft dieser Filme weniger vom Bilde ausgeht als von den meist sehr tendenziösen Kommentaren, die die krausesten Bildfolgen willkürlich zu einem "zwangsläufigen Ablauf" des Geschehens zusammenzwingen. Dabei ist es im Grunde schade um das Material, denn hier werden oft brauchbare Filmdokumente durch raffinierten Schnitt und oberflächlich-tendenziösen Begleittext mißbraucht. Dem Geschichtswissenschaftler werden sich diese Filme als Dokumente erst dann erschließen, wenn die Grundregeln der klassischen Quellenkritik auch auf diesen Bereich angewandt werden¹⁸.

Fassen wir das bisher Gesagte zusammen, so ergibt sich folgendes:

- 1. Zur Geschichte der Zeit von 1935 bis 1945 sind in Deutschland so viele Filmaufnahmen vorhanden, daß eine Archivierung und Sichtung verlohnt.
- 2. Das Filmmaterial ist sorgfältig zu sichten und auf seine Archivwürdigkeit zu prüfen.
- 3. Das Filmdokument bedarf der erhöhten Interpretierung durch Wort und Schrift und ist stets in engste Beziehung zu setzen zur Gesamtheit der für einen Tatbestand vorliegenden sonstigen Aussagen.
- 4. Die Aussagekraft der filmischen Bildquelle ist beschränkt, wie die des historischen Bildes überhaupt. Die Filmquelle ist eine besondere Form der historischen Bildkunde. Ihr Wert liegt in der Dokumentierbarkeit von Bewegung und Sprache. Dadurch gewinnt sie einen erhöhten Grad der Veranschaulichung.
- 5. Um als Dokument in der Geschichtswissenschaft gelten zu können, bedarf die Filmaufnahme einer sorgfältigen formalen und inhaltlichen Analyse, die in Anlehnung an die klassische historische Quellenkritik zu entwickeln ist. Diese Analyse ist schriftlich zu fixieren und jedem historischen Filmkomplex beizugeben. Wort und Bild müssen methodisch eine Einheit bilden.

Zeitgeschichte

Zeitgelchichte

Jahrgang 3 (1955), Heft 1 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

¹⁸ Filme der hier abgelehnten Art sind vor allem: "Herrliche Zeiten", "Hallo, die große Weltrevue" (Geschichte im Film von 1900 bis heute). Besser, wenn auch keineswegs befriedigend: "Beiderseits der Rollbahn" (Ostfeldzug) u. der Dokumentarfilm über Rommel (nicht die Spielfilme!). Wie Eingriffe einen vorliegenden Filmstreifen zu entstellen vermögen, dafür zeugt der auf Befehl Hitlers gedrehte Film über die Verhandlung gegen die Männer des 20. Juli 1944. Der ursprünglich mehrere Stunden dauernde Streifen ist nach dem Kriege für Zwecke des Nürnberger Gerichtshofes zu einer Kurzfassung zusammengeschnitten worden, die darüber hinaus weitere bedenkliche Verzerrungen in Bild und Ton enthält. – S. Kracauer, From Caligari to Hitler, London 1949 zeigt i. e. Studie über deutsche Kriegsfilme sehr anregend die Fälschungsmöglichkeiten durch Schnitt und Ton.

Allein unter diesen Voraussetzungen kann die Filmaufnahme höchst anschaulich in eine geschichtliche Situation einführen und handelnde Personen von geschichtlicher Bedeutung nicht nur in ihrer äußeren Erscheinung, sondern auch in ihrem momentanen Mienenspiel, ihren Gesten und ihrer Sprechweise festhalten. Zur Biographie historischer Persönlichkeiten vermag das Filmbild einen bereichernden Beitrag zu leisten. Die Atmosphäre eines Zeitabschnitts kann im bewegten Bild viel unmittelbarer eingefangen werden; als dies im Stehbild möglich ist. Schriftliches Quellenmaterial kann so vom kinematographischen Bilde her belebt werden. P. E. Schramm hat kürzlich darauf hingewiesen, daß gerade beim Ansehen von historischem Filmmaterial eine echte historische Spannung entstehe: "... man sagt (beim Betrachten solcher Bilder): eigentlich sind das ja Menschen wie wir, und im selben Augenblick: nein, es ist doch alles ganz anders. Wenn man dies doppelte Verhältnis hat, dann ergibt sich daraus die Frage nach dem, was uns verbindet und voneinander scheidet. So könnte ich mir bei sinngemäßer Verwendung des Films denken, daß er gleichsam wirkt als großer Augenöffner. Uns wird durch das Filmdokument zum Bewußtsein gebracht, wie sehr wir - denn wir haben ja noch alle jene Zeiten miterlebt – uns so völlig verwandelt haben. Jene bärtigen Krieger aus dem ersten Weltkriege, auch die Menschen, die in der Zeit Wilhelms II. glaubten, einigermaßen elegant zu sein, wirken ja heute so völlig anders als damals. Und wenn man den — von heute gesehen, überraschend einheitlichen — Typ des Politikers der zwanziger Jahre im Film erlebt, da wird einem wieder etwas wesentliches an dieser Zeit klar . . ., was man früher gar nicht so empfunden hat. Dinge werden durch den Film ins Bewußtsein gehoben, die nun auch den Gelehrten dazu führen können, bestimmte Fragen zu durchdenken, auf die er sonst nicht gekommen wäre, weil in den schriftlichen Zeugnissen die Menschen von damals und von heute sich so ähnlich ausdrücken; erst an Hand alter Aufnahmen empfinden wir, wie stark die Menschen sich inzwischen gewandelt haben, daß also wir Älteren aus einer Welt stammen, die schon gar nicht mehr existiert¹⁹."

In diesem Sinne sind selbst die auf den ersten Blick so wenig wirksamen Filmbilder von Staatsempfängen und dergl. für die historische Wissenschaft ergiebig. Ein Staatsempfang unter Ebert, Stresemann oder Hindenburg hat eben ein ganz anderes, jeweils zeittypisches Gesicht. Oder man nehme das Nebeneinander von Hindenburg und Hitler am Tage von Potsdam. Hier wird allein durch das Abbild der äußeren Erscheinung beider Männer, in geradezu erregender Form etwas vom Umbruch jener Zeit deutlich. Oder man halte eine Rede Stresemanns gegen eine Ansprache Mussolin avom Palazzo Venezia oder betrachte Goebbels in Genf und auf einem Reichsparteitag.

Abschließend sei noch auf folgendes hingewiesen: Uns Heutigen ist das Erscheinungsbild des Nationalsozialismus noch aus eigenem Miterleben bekannt. Wie aber

Vierteljahrshefte 1/5



¹⁰ Aus einem Vortrag von P. E. Schramm, gehalten am 22. Oktober 1953 über den "Film als Quelle und Dokument des Historikers" auf der Tagung der Hochschul-Filmreferenten Westdeutschlands im Institut für den Wissenschaftl. Film Göttingen (wörtl. Niederschrift einer Tonbandaufnahme).

Fritz Terveen

66

wird es in 30 oder 50 Jahren um diese Kenntnis stehen? Wenn es gelingen würde, die zahllos vorhandenen Filmstreifen von den Reichsparteitagen, den Kundgebungen, Reden, Märschen und Versammlungen, sorgfältig datiert und in jeder Weise wissenschaftlich aufbereitet, für die Nachwelt festzuhalten, so wäre der künftigen Erforschung des Nationalsozialismus, insbesondere seiner Mittel der Massenführung und der Hohlheit seiner Reden, ein dankenswerter Dienst geleistet und dem Historiker eine zusätzliche Quelle des Verständnisses jener Zeit erschlossen²⁰. Daher ist es nicht unwichtig, mit der Arbeit des Sammelns und Ordnens, des kritischen Aufbereitens schon heute zu beginnen, denn noch leben die Männer, die Auskunft geben können über die besonderen Bedingungen, unter denen die zahlreichen gefilmten Selbstzeugnisse des Nationalsozialismus entstanden sind. Eine gründliche historische Kleinarbeit ist gerade auf dem Gebiete des Films wichtig und nötig, da hier bislang methodisch wenig getan worden ist. Als Ziel könnte vor Augen stehen, die Kinematographie, die sich auf naturwissenschaftlichem Gebiet längst als wichtiges wissenschaftliches Arbeitsmittel ausgewiesen hat, auch der historischen Disziplin — unter Berücksichtigung der andersartigen geisteswissenschaftlichen Arbeitsbedingungen — in angemessener Form nutzbar zu machen.

²⁰ Methodische Anhaltspunkte dafür, wie man bei der kritischen Analyse nationalsozialistischer Reden usw. verfahren könnte, bietet W. Hagemann, Publizistik im Dritten Reich, passim. Unterlagen dafür, wie NS-Feiern usw. filmwirksam "geplant" wurden, sind vorhanden. Leni Riefenstahls Bericht über die filmtechnische Planung des Reichsparteitagfilms 1934 ("Triumph des Willens") zeigt ein groteskes Bild: alle Aufmarschierenden und Redner sind "Statisten" in einer Szenerie, die Zug um Zug auf "Filmwirksamkeit" hin angelegt ist. Hier, wie auch sonst überschlägt sich die NS-Propaganda selbst. Es ist, als ob der ganze Parteitag eigens für den Propagandafilm inszeniert wäre! (Vgl. Riefenstahl, Hinter den Kulissen des Reichsparteitagfilms, München 1935.) —



Dokumentation

ZU DEN DEUTSCH-RUSSISCHEN BEZIEHUNGEN IM SOMMER 1918

Vorbemerkung des Herausgebers

"Als ich im April 1918 als Legationssekretär in der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes meine Arbeit antrat", schreibt Wipert von Blücher, "waren die Augen meiner Vorgesetzten nach Rußland gerichtet"1. Denn während mit den Großmächten der westlichen Welt immer noch nur die Sprache der Waffen gesprochen wurde, war im Osten die Diplomatie wieder in ihre Rechte getreten: vor wenigen Wochen war der Friede von Brest-Litowsk geschlossen worden². Noch war der Vertrag mit den neuen bolschewistischen Machthabern in Moskau ebenso wie der mit der Ukraine ein Papierfriede, und, so fährt Blücher in seinen Betrachtungen fort, "es war Aufgabe des Auswärtigen Amts, sie in wirklichen Frieden umzuwandeln"s. Als ein erster Schritt wurden Ende April die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern wiederhergestellt: Graf Mirbach, auf Grund seiner Vorkriegserfahrung in Petersburg ein Kenner der russischen Verhältnisse, ging als Gesandter nach Moskau⁴, während die russischen Belange in Berlin durch den gewandten Herm Joffe vertreten wurden. Noch war diese Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen lediglich formeller Art, so daß Wheeler-Bennett mit Recht von der "Fiktion freundlicher Beziehungen"⁵ spricht. Die ersten Amtshandlungen der diplomatischen Vertreter waren die Übermittlungen von Klagen und Protesten: des Sowjetvertreters über das andauernde weitere Vordringen deutscher Truppen in Finnland, in der Ukraine und auf der Krim; von deutscher Seite dagegen über die Propagandatätigkeit der Bolschewisten unter den in Rußland befindlichen deutschen Kriegsgefangenen, über deren Austausch umständliche Verhandlungen geführt wurden⁶. (Der weit größeren Gefahr, die von der durch Joffe auf deutschem Boden entfalteten Propaganda drohte, scheint man sich in der hier behandelten Zeitspanne weniger bewußt gewesen zu sein.)?



Jahrgang 3 (1955), Heft 1

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf

¹ Wipert von Blücher, Deutschlands Weg nach Rapallo (Wiesbaden 1951), S. 11.

² Die Akten des Auswärtigen Amtes über die Verhandlungen in Brest-Litowsk stehen jetzt auf Film in den National Archives, Washington, D. C. der historischen Forschung zur Verfügung.

^{*} Blücher a. a. O., S. 12.

⁴ Über Mirbachs Moskauer Tätigkeit berichtet der ihm beigegebene Vertreter der O. H. L., Major Freiherr Karl von Bothmer, Mit Graf Mirbach in Moskau (Tübingen 1922). Vgl. auch Alfons Paquet, Briefe aus Moskau (Jena 1919).

⁵ John W. Wheeler-Bennett, The Forgotten Peace, Brest-Litovsk March 1918 (New York 1959), S. 511, 329 ff.

Edward Hallett Carr, The Bolshevik Revolution 1917-1923 (New York 1953), vol. III, S. 73 ff.

⁷ Nur vereinzelt findet man einen Hinweis hierauf. Vgl. Bothmer a. a. O., S. 37.

Diese beiderseitigen Proteste in Spezialfragen waren Symptome tiefer Spannungen zwischen den beiden Ländern, die der Friedensvertrag noch keineswegs ausgeräumt hatte. Die Bolschewisten waren Vorkämpfer eines radikalen weltrevolutionären Programms, doch hatten sie im Sommer 1917 erkannt, daß das zutiefst zerrüttete Rußland zunächst einmal den Frieden brauchte, und hatten als konsequenteste Verfechter eines sofortigen Friedensschlusses die übrigen politischen Gruppen im Kampf um die Macht überspielt. In den Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen in Brest hatten sie, unfähig, den siegreichen Mittelmächten noch militärischen Widerstand entgegenzusetzen, mit vollendeter Meisterschaft ihre revolutionäre Propaganda als Waffe zu gebrauchen gewußt, bis der erneute Vormarsch der deutschen Truppen sie zum Einlenken zwang. Sie mußten den Friedensvertrag, wenn auch unter Protest, unterzeichnen. So stellte sich den Bolschewisten schon zu Beginn ihrer weltgeschichtlichen Laufbahn das scheinbare Dilemma, das seither so oft in der russischen Außenpolitik eine Rolle gespielt hat, und das sich mit der Frage: "Weltrevolution oder diplomatisches Paktieren mit den "imperialistischen" Mächten" bezeichnen läßt. Es ist das ein Scheindilemma, denn bereits im Frühjahr 1918 war Lenin sich darüber klar, daß eine geschickte russische Außenpolitik beide Ziele gleichzeitig verfolgen konnte⁷⁸. Danach war jede Annäherung an einen "imperialistischen" Staat, so wie sie in Brest-Litowsk stattgefunden hatte, ausschließlich von Augenblicksinteressen, dem Wunsch nach Zeitgewinn etwa, diktiert. So versuchte denn auch die russische Regierung in den ersten Monaten des Jahres 1918 zwischen den Mittelmächten und der Entente zu lavieren8.

Auch deutscherseits wurde der Brester Vertrag noch nicht als ein echter, endgültiger Friedensschluß angesehen. Gewiß war nach dem einschnürenden Druck
des Mehrfrontenkrieges schwerer Jahre das Ausscheiden des zahlenmäßig größten
Gegners im Osten mit einem tiefen Aufatmen hingenommen worden. Ebenso
dringend wie einer militärischen Entlastung bedurfte man auch der kriegswichtigen
Rohstoffe, die jetzt der Besiegte liefern sollte, vor allem des Brotgetreides der
Ukraine; für den österreichischen Bundesgenossen war der Abschluß ja in allererster Linie, mit Czernins Wort, ein "Brotfriede" gewesen. Doch nun wurde,
weniger infolge einer von den leitenden Männern ursprünglich gehegten Absicht,
als vielmehr mit einer in den Dingen und Umständen liegenden Logik, Deutschland immer tiefer in den Osten hineingezogen, so daß die im Brester Vertrage
von ihm selbst gesetzten Grenzen nicht eingehalten wurden. Man konnte die für
die im Westen heranreifende Kriegsentscheidung dringend benötigten Rohstoffe
und Lebensmittel nur zu erhalten hoffen, wenn deutsche Truppen in dem von der
Revolution zerrütteten Lande Ruhe und Ordnung wiederherstellten. Zusammen-

Zeitgeschichte

Zeitgeschichte

⁷⁸ Vgl. die sorgfältige Analyse sowjetischer Außenpolitik in: Theodore H. von Laue, "Soviet Diplomacy: G. V. Chicherin", The Diplomats 1919—1939, ed. by Gordon A. Craig und Felix Gilbert (Princeton, 1953), S. 237 ff.

⁸ Carr a. a. O. III, S. 68 ff. — Dazu neuerdings George F. Kennan, Das amerikanisch-russische Verhältnis (Stuttgart 1954), S. 81 ff.
Institut für

bruch des Zarentums und Revolution hatten die gesamten fremdvölkischen Randgebiete des großrussischen Reichs in Bewegung gebracht, und allenthalben regten sich völkische Autonomiebewegungen, so daß die Bolschewisten notgedrungen das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkannt hatten und sich vor der deutschen Front neue Staatsbildungen entwickelten. Aber die Ukraine, das bedeutendste dieser neuen Gebilde, deren Selbständigkeit soeben in Brest vertraglich anerkannt worden war, drohte schon wieder einer bolschewistischen Unterwanderung anheimzufallen, und die Regierung in Kiew konnte sich ohne herbeigerufene deutsche Hilfe nicht behaupten. Die Autonomiebestrebungen in den baltischen Landen, jahrhundertealtem deutschem Kolonisationsgebiet, machten sich auch in dem vom Brester Vertrage nicht erfaßten Livland und Estland geltend und mußten in Deutschland besonders deutlich vernommen werden. Endlich zwang die Politik der Bundesgenossen, der Österreicher in Südrußland, der Türken im Kaukasus und bis hin zum fernen Baku, die stärkste Militärmacht, auch ihrerseits vorzugehen, wollte sie sich nicht für wichtige Rohstoffe wie Erdöl oder Manganerz in wirtschaftliche Abhängigkeit von den schwächeren Verbündeten begeben. Zugleich aber drohte in den infolge des russischen Zusammenbruchs machtentleerten Räumen auch eine Intervention der Entente. Bei der Beratung des Brester Friedens im Reichstag hatte schon am 18. März 1918 Friedrich Naumann festgestellt, daß man sich deutscherseits um die neue Lage der russischen Hinterlassenschaft kümmern müsse; "wohin wir nicht kommen, dahin kommt der Engländer"88. Über allem aber stand die Frage nach dem Verhältnis zu den bolschewistischen Vertragspartnern. Waren sie in jenen Wochen doch noch eine um ihre Existenz ringende revolutionäre Minderheit, von deren endgültigem Siege man keineswegs überzeugt war, ja die der schwersten Krise entgegenging. So war es durchaus wünschenswert, ja ein Gebot einfacher politischer Klugheit, auch die Verbindung zu den antibolschewistischen Kreisen Rußlands aufrechtzuerhalten. "Sicher steht der Bolschewismus nicht", schrieb Bothmer am 10. Mai 1918 in sein Tagebuch. "Es kann in absehbarer Zeit eine neue Richtung nach oben kommen, mit der gute Beziehungen vorbereitet zu haben, dann für Deutschland von größter Bedeutung ist⁹."

Diesen Problemen gegenüber konnte sich die Reichsleitung zu keiner einheitlichen und klaren Politik durchringen. Für Ludendorff⁹⁸, die stärkste Persönlichkeit auch auf politischem Felde, standen die militärischen Notwendigkeiten im Vordergrund, die ihn in die Getreidekammer der Ukraine, zu den Kohlen des Donez-Beckens und, in der Hoffnung auf neue Hilfstruppen, zur Unterstützung der georgischen Selbständigkeitsbestrebungen wie zum Stoß auf das kaspische Öl führten. Aber er



⁸⁸ Zitiert nach Karl Helfferich, Der Weltkrieg III, S. 324.

[•] Bothmer a. a. O., S. 28. Sowohl Bothmer (S. 28, 43-44, 54, 56) wie Blücher a. a. O., S. 15f., geben Beispiele deutscher Beziehungen zu antibolschewistischen Kreisen. Vgl. auch die, allerdings tendenziöse, Darstellung in: Fritz Klein, Die diplomatischen Beziehungen Deutschlands zur Sowjetunion 1917-1932 (Berlin 1952), S. 43.

⁹⁴ Vgl. Erich Ludendorff, Meine Kriegserinnerungen 1914-18, S. 436-460, 496-506.

fragte sich auch, ob nicht von der Ukraine aus eine Wiederherstellung des russischen Reichs ausgehen könnte9b, und er hoffte, deutsches Siedlungsland im baltischen Raum zu gewinnen. So jagte er mehreren Zielen nach, ohne eine Politik konsequent weiterzuverfolgen, und kam nirgends - auch im Westen von seinen Angriffs- und den bald folgenden Abwehrschlachten steigend in Anspruch genommen - über Halbheiten hinaus.

Nicht anders aber auch das Auswärtige Amt. Es hat eine großzügige und dauerhafte Lösung der Ostprobleme in diesen Monaten nicht betrieben, ja nicht einmal zu entwickeln versucht; denn noch schienen ihm die Dinge allzusehr im Fluß, als daß es sich einseitig binden zu dürfen glaubte. "Da der Weiterverlauf ganz unübersehbar war, durften wir nicht auf eine Karte setzen, vor allem nicht auf eine so blutbefleckte", resümiert Blücher⁹⁶. Auch sonst verzichtete der Staatssekretär des Auswärtigen, von Kühlmann, mehr und mehr darauf, eine eigene Politik zu treiben. Er konnte gegen den härteren Willen in der O. H. L. nicht mehr aufkommen, seitdem er Ende Februar die Kündigung des Waffenstillstandes in Brest, entgegen seiner besseren Einsicht, hingenommen hatte^{9d}. So nahm auch das Auswärtige Amt die Politik der von militärischen Tagesnotwendigkeiten diktierten Maßnahmen hin, die zu immer weiteren Besetzungen im Ostraum führte. Andererseits boten aber die Sowjets für eine sofortige Realisierung der erhofften Vorteile aus dem Friedensvertrag immer noch eine bessere Gewähr als die in sich gespaltene und über weite Räume verteilte antibolschewistische Opposition, ganz abgesehen von deren ententistischen Neigungen.

So standen sich die beiden Regierungen hüben und drüben, in Berlin wie in Moskau, in einer durchaus zwiespältigen Haltung gegenüber, wenn freilich auch aus sehr verschiedenen Gründen. Doch bahnte sich, während das gegenseitige Mißtrauen natürlich nie völlig schwand, im Frühsommer 1918 eine merkliche Besserung, zumindest in den offiziellen deutsch-russischen Beziehungen, an. Carr bezeichnet als Hauptgrund für den Wandel in Rußlands Haltung die wachsende Gefahr, welche der neuen Regierung aus der Intervention alliierter Truppen zu drohen schien: die ersten japanischen Streitkräfte landeten in Wladiwostok im April, Ende Mai ging die in Rußland befindliche tschechische Legion zur antibolschewistischen Seite über, und einen Monat später landeten die ersten britischen Truppen an der Murmanküste¹⁰. Ein weiterer Grund dürfte in den wirtschaftlichen Schwierigkeiten der neuen Regierung zu suchen sein. Die Wiederbelebung des russischen Außenhandels war, in den Worten des Volksbeauftragten (und späteren Volkskommissars für Handel und Industrie) Krassin, "die im Augenblick lebenswichtigste Frage"11. Außerdem hofften die Russen, einen Anteil an den

¹¹ Lubov Krassin, Leonid Krassin: His Life and Work (London 1929), S. 83. Vgl. auch Bothmer a. a. O., S. 31.



⁹b Ludendorff a. a. O., S. 450.

⁹c A. a. O., S. 15.

^{*}d Ludendorff a. a. O., S. 449.

¹⁶ Carr a. a. O. III, S. 79, 87; Bothmer a. a. O., S. 42, 55.

Getreidevorräten der Ukraine zu erlangen, um die in vielen Gegenden drohende Hungersnot abzuwenden.

Auch die deutsche Politik wurde aus ähnlichen Gründen zur Aufgabe ihrer Zwiespältigkeit und Zweideutigkeit, zu einer entschiedenen Stellungnahme aufgerufen. Mit der Landung alliierter Truppen erhob sich erneut das Gespenst eines Zweifrontenkrieges; und angesichts der angespannter werdenden Lage an der Westfront, wo der durchschlagende Erfolg der großen Offensive versagt blieb, mußte man um so mehr suchen, die seit Brest-Litowsk erwartete wirtschaftliche Ernte einzubringen¹².

Tatsächlich hatte der Friedensvertrag bereits weitere Verhandlungen zwischen den beiden Partnern in Aussicht gestellt. Als daher im Mai, aus den oben angeführten Gründen, die beiderseitige Bereitwilligkeit für derartige Verhandlungen gegeben war, kamen diese endlich in Gang. Die allgemeine Problematik der deutschen Ostpolitik dieser Monate ist wohl in großem Überblick ausgezeichnet erörtet worden 128. Über die Einzelheiten der deutsch-russischen Besprechungen, die etwa drei Monate dauerten und in den Verträgen vom 27. August 1918 ihren Niederschlag fanden, ist jedoch bisher nur sehr wenig bekannt¹³. Rußland wurde dabei durch Adolf Joffe sowie durch Leonid Krassin vertreten¹⁴. Letzterer verfügte auf Grund seiner Tätigkeit als Leiter der Siemens-Schuckertwerke in Moskau über zahlreiche deutsche Geschäftsverbindungen, die der glatten Abwicklung der Verhandlungen zugute kamen¹⁵. Die Zahl der deutschen Verhandlungsteilnehmer war erheblich größer; neben den Vertretern des Auswärtigen Amtes (Nadolny und Kriege), des Reichskanzlers (von Prittwitz und Graf Kessler)16 und der O. H. L. (Schlubach), waren der Führer der Nationalliberalen, Stresemann, sowie Kommerzienrat Litwin von der Deutschen Ausfuhrgesellschaft an den Besprechungen beteiligt. In dieser deutschen Teilnehmerliste kommt nicht nur die oben berührte Mehrgleisigkeit der militärisch-politischen Leitung zum Ausdruck. Es beginnen nun auch Angehörige des Reichstages, der seit dem Juli des Vorjahres steigendes Gewicht erlangt hatte, in außenpolitischen Dingen mitzusprechen, wenn auch



¹² Bothmer a. a. O., S. 53 f., 106-107.

¹²⁸ Kurt von Raumer, Zwischen Brest-Litowsk und Compiègne: Die deutsche Ostpolitik vom Sommer 1918, in: Baltische Lande, Bd. IV, erste Lfg. (Leipzig 1939), S. 1—13. Hingegen ist die Darstellung von Erwin Hölzle (Der Osten im ersten Weltkrieg, Leipzig 1944, S. 44ff.), die Deutschland vorwirft, sich damals nicht zum Herm Rußlands gemacht zu haben, höchstens als Spiegelbild zeitgebundener Illusionen von Interesse.

¹³ Vgl. Carr a. a. O. III, S. 81.

¹⁴ Ebenda. Carr erwähnt dazu noch Larin, Sokolnikov und Menshinski als russische Verhandlungsteilnehmer. In den deutschen Dokumenten werden diese jedoch nicht erwähnt.

¹⁵ Die Briefe K.s an seine Frau enthalten leider keinerlei Einzelheiten über die Verhandlungen. Vgl. Krassin a. a. O., S. 78 ff.

¹⁶ Vgl. Friedrich von Prittwitz und Gaffron, Zwischen Petersburg und Washington (München 1952), S. 95f., sowie Harry Graf Kessler, Walter Rathenau, Sein Leben und sein Werk (Berlin 1928), S. 299.

noch durch zufällige Verbindung begünstigt: Das im folgenden zum ersten Mal belegte Auftreten des späteren Außenministers, der nach Locarno den Berliner Vertrag mit der Sowjetunion abschloß, in diesen deutsch-russischen Verhandlungen, ist durch seine nahen Beziehungen zu Litwin zu erklären, während Litwins Rolle darauf zurückzuführen ist, daß er als gebürtiger Russe gute Beziehungen zur anderen Seite (u. a. Krassin) besaß 12. Sowohl Stresemann wie Litwin wurden hauptsächlich in den wirtschaftlichen Teil der Verhandlungen eingespannt. Da jedoch Stresemann zugleich über gute Beziehungen zur O. H. L. verfügte, so fiel ihm manchmal auch die Rolle des Vermittlers zwischen den im einzelnen unklaren und widerspruchsvollen Zielen des Auswärtigen Amtes und der O. H. L. zu.

Das hier veröffentlichte dokumentarische Material über diese Verhandlungen bezieht sich hauptsächlich auf Litwins und Stresemanns Tätigkeit. Es stammt aus dem bisher unveröffentlichten Teil des Stresemannschen "Nachlasses", doch wurden zur Ergänzung auch einige Akten des Auswärtigen Amts herangezogen, soweit sie sich mit den deutsch-russischen Beziehungen befassen¹⁸. Die Verhandlungen begannen Ende Mai, nachdem Krassin aus Schweden in Berlin eingetroffen war¹⁹. Schon Helfferich sprach in seinen Erinnerungen davon, daß die Aufnahme der Verhandlungen in Berlin auf Veranlassung Tschitscherins erfolgt sei 192. Diese Version einer russischen Initiative bestätigt sich durch den Inhalt des ersten der hier veröffentlichten Dokumente, eine Aufzeichnung Stresemanns vom 5. Juli 1918^{19b}. Die Unterhaltung wird nämlich von Joffe sogleich über die anfängliche Frage eines Wirtschaftsabkommens hinausgeführt, indem er ein solches nur als die Voraussetzung für eine intimere Anlehnung des sowjetischen Rußland an Deutschland, ja für ein Bündnis bezeichnete. Er erklärte, immer drängender, daß nicht nur Lenin und Trotzki mit einer solchen Politik einverstanden seien, sondern bejahte auch auf Befragen die Möglichkeit einer Wendung der russischen Politik "von ihren utopistischen Zielen" zu der "praktisch-sozialistischen Politik" einer "breiter fundierten Regierung".

Um die gleiche Zeit, Anfang Juli, erhielt Stresemann eine Einladung zum Fünf-Uhr-Tee beim russischen Gesandten, um "bei dieser angenehmen Gelegenheit

¹⁷ L. war Generaldirektor der Deutschen Evaporator A. G., zu deren Aufsichtsrat Str. gehörte. Über die Beziehungen der beiden vgl. Hans W. Gatzke, The Stresemann Papers, "Journal of Modern History" XXVI, March 1954, S. 57.

¹⁸ Sämtliches Material befindet sich auf Film in den National Archives, Washington, D. C. Vgl. Gatzke, The Stresemann Papers, und Fritz T. Epstein, Zur Quellenkunde der neuesten Geschichte, in dieser Zeitschrift II (1954), 3, S. 322. Eine noch vollständigere Dokumentation dieser wichtigen Vorgänge war leider nicht möglich, da die darauf bezüglichen Akten des Auswärtigen Amtes unter der Masse der schon der Forschung zugänglichen Weltkriegsakten nicht aufgefunden werden konnten.

¹⁹ Krassin a. a. O., S. 79.

¹⁹a A. a. O. III, S. 450.

¹⁶b Das Dokument selbst ist ungezeichnet, doch geht Stresemanns Verfasserschaft hervor aus einem Hinweis einer anderen, von ihm verfaßten Aufzeichnung, hier veröffentlicht als Dokument 2, vgl. unten S. 79.

über verschiedene Fragen . . . Meinung zu tauschen"20. Stresemann nahm an und hatte am 7. Juli ein 51/estündiges Gespräch mit Joffe und Krassin. Zu Beginn entwarf Krassin ein ausführliches Bild der wirtschaftlichen Verhältnisse Rußlands (welches aus Raummangel im folgenden nicht wiedergegeben wird), in den rosigsten Farben gehalten und in scharfem Kontrast zu der Darstellung, die er fast gleichzeitig in Briefen an seine Frau gibt²¹. "Insgesamt (so faßt Stresemann diesen Teil des Gesprächs zusammen) stellten die Herren die Lage so dar, daß der Staatssozialismus in Rußland keine Anarchie im Wirtschaftsleben herbeigeführt hätte, sich auch praktisch schließlich nur in einer schärferen Betonung der Arbeiterinteressen von dem Staatssozialismus in Deutschland unterscheide, daß die heutige Regierung durchaus gesinnt sei, Konzessionen gegenüber der wirtschaftlichen Durchführung des sozialistischen Prinzips zu machen²²." Man behandelte darauf die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern (Dok. 2). Hier wiederholten die Russen den Versuch, durch das Ausspielen weitgehender wirtschaftlicher Verlockungen die Basis einer gemeinsamen Politik aufzuzeigen, wobei sie versicherten, daß an Brest-Litowsk - so ungünstig auch dieser Friede sei - festgehalten werden solle. Sie erboten sich, das begehrte Getreide aus der Ukraine herauszuholen, unter angemessener Beteiligung für ihre eigenen hungernden Großstädte, betonten, daß die Sowjetregierung fest fundiert und daß "jede Verständigung mit der Entente ausgeschlossen sei", zumal zwischen ihnen und den Westmächten der große Gegensatz der Annullierung der fremden Staatsschuld läge. Sie wehrten sich allerdings gegen die "Ausweitungspolitik"228, die bisher von Deutschen und Türken betrieben worden war, und ließen erkennen, daß späterhin die Ukraine und das Don-Gebiet als "Lebensadern" an Rußland zurückfallen müßten. Dagegen schien ein russischer Verzicht auf Estland und Livland im Bereich des Möglichen zu liegen. Den russischen Unterhändlern, denen am Erfolg des Angebots sichtlich viel gelegen war, gelang es, auf ihren Gesprächspartner tiefen Eindruck zu machen, so daß Stresemann seine Eindrücke dahingehend zusammenfaßte, daß "der Gedanke einer deutsch-russischen Verständigung . . . in der Luft zu liegen" scheine. Auch er maß einem positiven Ergebnis großen Wert bei. "Mich bewegt augenblicklich vor allen Dingen die russische Zukunft (schrieb er in einem Privatbrief vom 13. Juli), von der ja unendlich viel für den Frieden abhängt. Ich habe mit dem Grafen Hertling über diese Frage ausführlich gesprochen, ebenso mit dem hiesigen russischen Botschafter Fühlung genommen und stehe im engen Konnex mit den leitenden militärischen und politischen Stellen, um dafür zu sorgen, daß die wirtschaftlichen Hilfsmittel uns zur Verfügung



²⁰ "Nachlaß des Reichsministers Dr. Gustav Stresemann", Mikrofilm, National Archives, Washington, D. C., container 3077, exposure 136143 (künftig zitiert als: Stresemann, "Nachlaß", 3077/136143).

²¹ Krassin a. a. O., S. 79.

²² Stresemann, "Nachlaß", 3077/136152.

²²a Nach einer Prägung von Kurt von Raumer in: "Das Ende von Helfferichs Moskauer Mission 1918", in: "Gesamtdeutsche Vergangenheit", Festschrift für Heinrich Ritter v. Srbik, S. 392ff.

gestellt werden, damit wir dadurch unangreifbar werden und dem allgemeinen Frieden näherkommen "23.

In der Tat, auf dieser Ebene näherten sich die Gesprächspartner sichtlich einander. Die Russen machten präzisere Vorschläge, was nicht ohne Wirkung blieb.
In einem Brief Litwins an Stresemann heißt es: "Ich... habe mit Herrn Graf
Kessler verabredet, daß wir, falls es Ihnen genehm ist, am Dienstag um 10 Uhr
bei Ihnen den detaillierten Vertragsentwurf ausarbeiten, der an die zuständigen
Stellen zwecks Prüfung und evtl. Ergänzung weitergegeben werden soll, und den
Herr Legationsrat von Prittwitz dann am Dienstag abend nach dem Hauptquartier mitnimmt"²⁴. Dieser hier erwähnte Entwurf liegt nun offenbar in einem
undatierten Schriftstück vor, von dem nicht auszumachen ist, ob es von Litwin
oder Stresemann stammt (Dok. 3).

So detailliert die Vorschläge waren, die amtliche deutsche Politik war noch keineswegs bereit, auf diese Linie einzuschwenken. Am 2. Juli hatte in Spa eine Besprechung zwischen Vertretern der Reichsregierung und der O. H. L. über den Gesamtkomplex der Ostfragen stattgefunden (Dok. 4). Dabei vertrat Ludendorff nochmals seine bisherige Abbröckelungspolitik, äußerte stärkstes Mißtrauen gegenüber dem unehrlichen sowjetischen Treiben und schien an einen bevorstehenden Sieg der monarchistischen Elemente zu glauben²⁴³. Diese Auffassungen hatte er auch schon vertreten in einem Schreiben an den Reichskanzler vom 9. 6. 1918. Sein Gegensatz zum Auswärtigen Amt kam verschiedentlich deutlich zum Ausdruck, besonders in der Frage deutscher Zusammenarbeit mit den Donkosaken²⁵, was er sich um so mehr leisten konnte, als in eben diesen Tagen Staatssekretär von Kühlmann wegen seiner Rede vom 24. Juni sich zum Rücktritt genötigt sah. So lenkte in der Besprechung der Vertreter des Auswärtigen Amts, Gesandter von Rosenberg, bei anfänglich abweichenden Auffassungen immer wieder ein, und in Spa wurde noch einmal die alte Rußlandpolitik der O. H. L. auch der Reichsregierung aufgenötigt, wie der Bericht Rosenbergs an das Auswärtige Amt bestätigt (Dok. 5).

Wenige Tage nach dieser Konferenz im Großen Hauptquartier wurde Graf Mirbach in Moskau ermordet. Die Täter kamen aus den Reihen der Sozialrevolutionäre, die damit die deutsch-russischen Verhandlungen zum Scheitern zu bringen wünschten. Diese Hoffnung wurde jedoch enttäuscht. Die deutsche Regierung konnte sich augenblicklich keineswegs eine Erschwerung ihrer östlichen Beziehungen erlauben, und da die Russen ihr ernsthaftes Bedauern bekundeten, wurde der Zwischenfall in diplomatisch korrekter Weise beigelegt²⁸. Als Nachfolger Mirbachs traf am 28. Juli der frühere Vizekanzler Dr. Helfferich in Moskau ein. Er



²³ Stresemann, "Nachlaß", 3077/136169, Str. an Justizrat Müller.

²⁴ Stresemann, "Nachlaß", 5077/136175.

²⁴⁸ Vgl. Ludendorff, Urkunden der Obersten Heeresleitung, S. 488ff.

²⁵ Ein ähnlicher Gegensatz bestand zwischen dem Auswärtigen Amt und der deutschen Delegation in Moskau: Vgl. Bothmer a. a. O., S. 105, 112, 113, 125; Karl Helfferich a. a. O. III (Berlin 1919), S. 462.

²⁶ Carr a. a. O. III, S. 82 f.; Bothmer a. a. O., S. 70 ff.

war bekannt für seine Antipathie gegenüber den Sowjets, und man weiß, daß er in den Gedankengängen einer auf konservative Kräfte des alten Rußland rechnenden Ostkonzeption lebte. Die Tatsache jedoch, daß eine so bedeutende, den deutschen Finanz- und Wirtschaftskreisen nahestehende Persönlichkeit die Botschaft übernahm, erschien den Russen als ein Zeichen dafür, daß Deutschland zumindest an besseren Wirtschaftsbeziehungen gelegen war²⁷. Während seines Aufenthaltes in Moskau hatte Helfferich die schon bekannte Unterredung mit Tschitscherin über eine eventuelle Intervention deutscher Truppen gegen die im Gebiet von Murman gelandeten Engländer, ein Plan, der schon in früheren Verhandlungen erwähnt worden war, und der auch in dem geheimen Notenwechsel zu den Ergänzungsverträgen vom 27. August eine Rolle spielte²⁸. Übrigens konnte Helfferich gar nicht zu einem planvollen Arbeiten kommen, er blieb nur zehn Tage auf seinem Posten und wurde wegen "sachlicher Meinungsverschiedenheiten" wieder abberufen²⁹. Ausschlaggebend für dieses schnelle Beiseiteschieben Helfferichs war wohl der neue Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Hintze, der als ehemaliger kaiserlicher Marine-Attaché (1903-1908) und danach als Militärbevollmächtigter am Zarenhof mit russischen Verhältnissen gut vertraut und an Rußland viel stärker interessiert war als der mehr westlich orientierte Kühlmann. Er sah die Lösung des Dilemmas der deutschen Ostpolitik in einem Entgegenkommen gegenüber den Bolschewisten. In einer Besprechung mit Stresemann betonte der Staatssekretär, daß er "alles tun werde, um zu guten Abmachungen für den Osten zu kommen"30. "Hintze", schreibt Blücher, "pflegte weiter die Beziehungen mit den Bolschewiken und trug sogar bei einem gesellschaftlichen Anlaß, auf dem er mit Bolschewiken zusammentraf, ostentativ eine rote Nelke im Knopfloch"31. Wenn trotzdem die Verhandlungen mit den Russen anfangs noch nicht weiterkamen, so lagen die Gründe hierfür weiterhin bei der O. H. L. Darüber berichtet ein Schreiben Litwins an Stresemann vom 10. August (Dok. 6) sowie ein gleichzeitiger Briefwechsel zwischen Stresemann und Graf Kessler⁸². Stresemann weilte damals zur



²⁷ Wheeler-Bennett a. a. O., S. 342. Über H.s Moskauer Mission vgl. Helfferich a. a. O. III, S. 449 ff.

²⁸ Vgl. die Darstellung in Carr a. a. O. III, S. 83-85, wo sich auch die nötigen Quellenhinweise finden.

²⁹ Über den Konflikt vgl. Helfferich, a. a. O., S. 490ff., und den schon Anm. 22a zitierten Aufsatz Kurt von Raumers über "Das Ende von Helfferichs Moskauer Mission 1918". Eine glättende Version findet sich in einem Protokoll über die "Sitzung des Königl. Staatsministeriums vom 3. Sept. 1918", Mikrofilm, National Archives, Washington, D. C., container 1613, exposure 675392ff. Hier heißt es: "Der Herr Ministerpräsident führte aus, daß Exzellenz Helfferich eine andere Auffassung über die Behandlung der russischen Sowjetregierung gehabt habe. Diese hätte indessen die verantwortlichen Stellen nicht zu einer Änderung der Politik veranlassen können. Wegen dieser sachlichen Meinungsverschiedenheiten habe er Exzellenz Helfferich hierher gerufen und ihn jetzt gebeten, nicht mehr nach Rußland zurückzugehen...".

⁸⁰ Stresemann, "Nachlaß", 3077/136259.

⁸¹ Blücher a. a. O., S. 19.

³² Stresemann, "Nachlaß", 5077/136258ff.

Erholung auf Rügen. Um den Verhandlungen weiterzuhelfen, schrieb er von dort einen Brief an Oberstleutnant Bauer in der Hoffnung, auf diese Weise Einfluß auf Ludendorff zu gewinnen und diesen umzustimmen (Dok 7). Mit bewundernswerter Klarheit und Objektivität legt Stresemann hier die verschiedenen Gründe dar, die nach seiner Meinung einen deutsch-russischen Vertrag wünschenswert machten. Gleichzeitig benutzte er Ludwig Stein von der "Vossischen Zeitung" für seine Pläne. Letzterer verhandelte sowohl mit Helfferich wie mit der russischen Botschaft. Aus seinem Bericht an Stresemann geht hervor, daß das größte Hindernis der deutsch-russischen Verständigung in der Weigerung der deutschen Militärbehörden bestand, Südrußland (d. h. das Dongebiet) und die Gegend von Baku zu räumen (Dok. 8). Um nichts unversucht zu lassen, unterbrach Stresemann schließlich seinen Urlaub, damit er seinen persönlichen Einfluß in Berlin geltend machen konnte. Hierüber berichtet er in einem Brief an Graf Kessler vom 15. August (Dok. 9).

Aber inzwischen hatte sich auch aus anderen Gründen der Widerstand der O. H. L. gegen eine Abmachung mit den Sowjets gemindert. Seit dem "schwarzen Tag" des 8. August war die militärische Lage an der Westfornt derart ernst, daß der politische Einfluß der Heerführer zurückging und eine baldige Regelung der Verhältnisse im Osten auf dem Verhandlungswege zur gebieterischen Notwendigkeit wurde. Jetzt kamen die unterbrochenen Besprechungen mit den Sowjets in einen schnellen Gang und schienen endlich – wenngleich in teilweise anderer Form – zu dem von Stresemann gewünschten Erfolg zu führen (Dok. 10 u. 11). Im letzten Augenblick erhoben sich dann noch einmal Schwierigkeiten durch das unabhängige Vorgehen der Türken gegen Baku⁸³; doch am 23. August konnte Litwin Stresemann mitteilen, daß nach Joffes Ansicht alles "in vollster Ordnung" sei (Dok. 12).

Die sog. Ergänzungsverträge zum Friedensvertrag von Brest-Litowsk wurden am 27. August in Berlin unterzeichnet. Es handelte sich um zwei Abkommen, ein politisches und ein finanzielles, sowie um einen geheimen Notenwechsel gleichen Datums zwischen Joffe und Hintze. Rußland verpflichtete sich darin zur Zahlung von 6 Milliarden Mark, verzichtete auf Estland und Livland, erkannte die Unabhängigkeit Georgiens an und versprach 25 Prozent der Ölerzeugung von Baku an Deutschland zu verkaufen. Deutschland seinerseits erklärte sich bereit, seine Truppen aus Weißrußland zurückzuziehen, keine weiteren russischen Gehiete zu besetzen und keinerlei militärische Unternehmungen gegen die Sowjetregierung zu unterstützen. Rußland versprach ferner in dem geheimen Notenaustausch, die alliierten Streitkräfte aus Nordrußland zu vertreiben und nötigenfalls hierbei die Hilfe deutscher und finnischer Truppen in Anspruch zu nehmen³⁴.

⁸⁴ Dies sind nur einige der wichtigsten Vertragsbestimmungen. Der Text der Verträge hefindet sich in: Karl Strupp, Die Friedensverträge I. Die Ostfrieden (Guttentagsche Sammlung Deutscher Reichsgesetze Nr. 134, Berlin 1918), S. 372ff. Der Notenwechsel



^{\$\$} Stresemann, "Nachlaß", 3077/135924. Vgl. auch: Carl Mühlmann Das deutschtürkische Waffenbündnis im Weltkrieg (Leipzig 1940), Teil F.

Über den Wert und die Bedeutung dieser Verträge für die beiden Vertragspartner gibt es die entgegengesetztesten Urteile³⁵. In diesem Zusammenhang dürften daher die Erklärungen interessieren, die Staatssekretär von Hintze und sein Unterstaatssekretär von dem Bussche kurz vor bzw. nach ihrer Unterzeichnung abgaben (Dok. 13 und 14). Was den weiteren Rahmen der deutsch-russischen Beziehungen angeht, so liegt die größte Bedeutung dieser Verträge sowohl in der Tatsache, daß sie einen Wandel im deutsch-russischen Verhältnis herbeiführten - hinweg von einem einseitig diktierten "Vertrag", wie er in Brest-Litowsk abgeschlossen worden war, zu einem mehr durch "Geben wie Nehmen" gekennzeichneten Abkommen auf Gegenseitigkeit – als auch darin, daß sie ohne Beteiligung der früheren Vertragspartner Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei verhandelt wurden 36. Darüber hinaus kann der Historiker aber wohl hier die ersten Regungen einer Entwicklung sehen, die ihre Erfüllung einige Jahre später in Rapallo fand. "Vielleicht", schrieb Stresemann im September 1918, "wendet sich das ganze Gesicht Deutschlands in Zukunft etwas mehr dem Osten zu, und wir finden dort einigen Ersatz für das, was auf dem Gebiete des überseeischen Wettbewerbs vorläufig für uns nicht zu erlangen ist37." Hans W. Gatzke

Dokument 1

Ungezeichnete Niederschrift (wahrscheinlich von Dr. Stresemann)¹

Berlin, den 5. Juli 1918

Bei der heutigen Besprechung mit Herrn Kommerzienrat Litwin und dem Reichstagsabgeordneten Stresemann, referierte Herr Litwin über seine inzwischen stattgefundenen Unterredungen mit dem russischen Botschafter Herrn Joffe und dem Delegierten der russischen Regierung Herrn Krasnin [sic], Generaldirektor der Siemens-Schuckertwerke in Moskau, der, obwohl nicht Maximalist, als langjähriger Freund von Lenin sich in den Dienst von dessen praktischen Bestrebungen gestellt hat.

Herr Litwin teilte folgendes mit:

In wirtschaftlicher Beziehung ist die russische Regierung, wie Herr Joffe mitteilte, bereit, in engster Gemeinschaft mit der deutschen Regierung zu arbeiten. Insbesondere machte Herr Joffe folgenden Vorschlag: Da die deutsche Regierung aus der



Jahrgang 3 (1955), Heft 1 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf

ist in den Europäischen Gesprächen Bd. 4 (1926), S. 148—153, abgedruckt. Der deutsche sowie russische Text sämtlicher Abkommen, zusammen mit einigen der Vertragsentwürfe, findet sich in: "Auswärtiges Amt, Weltkrieg, Großes Hauptquartier, Abkommen II", Mikrofilm in den National Archives, Washington, D. C., container 2744/passim.

⁸⁵ Während M. Erzberger, Erlebnisse im Weltkrieg (Berlin 1920), S. 246ff. die Verträge als viel zu scharf kritisiert, findet Wheeler-Bennett a. a. O., S. 346ff. sie weit milder als die Verträge von Brest-Litowsk. Vgl. auch die Kritik Helfferichs a. a. O. III, S. 454, 476ff., 496ff.

²⁶ Vgl. Carr a. a. O. III, S. 86.

⁸⁷ Stresemann, "Nachlaß", 3077/135711: Str. an Kommerzienrat Stollwerck.

 $^{^1}$ Stresemann, "Nachlaß", 3077/136131 ff. Für die Autorschaft vgl. Vorbemerkungen Anm. 19b.

Ukraine durch ihre bisherigen Maßregeln nichts herausbekommt², Herr Joffe dagegen überzeugt ist, daß durch eine Mitwirkung der gegenwärtigen großrussischen Regierung große Vorräte aus der Ukraine herauszuziehen wären, so soll die deutsche Regierung der ukrainischen Regierung gestatten, an die russische Regierung 360 000 Tonnen Getreide zu liefern; diese Lieferung soll in allerkürzester Zeit erfolgen. Die russische Regierung würde sich dann verpflichten, da sie für ihre eigenen Bedürfnisse nur 180 000 Tonnen nötig hat, die überschießenden 180 000 Tonnen der deutschen Regierung zu überlassen. Der Übergang des Getreides nach Rußland und nach Deutschland würde sich am zweckmäßigsten nach Ansicht des Herrn Joffe auf der Bahnstation Orscha vollziehen, wo eine deutsche Kommission diesen Übergang überwachen könnte. Die russische Regierung wäre bereit, für Überlassung der 180 000 Tonnen Getreide aus der Ukraine im Austausch der deutschen Regierung Rohstoffe zu überlassen, unter anderem Kautschuk, Textilwaren, Kupfer und andere Rohstoffe, über die eine Einigung zu erzielen wäre.

Dieses Abkommen wäre als Grundlage gedacht für den Ausbau weiterer intimer wirtschaftlicher und politischer Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Insbesondere würde die Lieferung von Getreide an die hungernden Großstädte in Rußland für die russische Regierung den Anlaß bieten, die Stirmmung des russischen Volkes, die gegenwärtig einem näheren Abkommen mit Deutschland nicht freundlich gesonnen ist, zu bearbeiten und in einem für Deutschland günstigen Sinne zu beeinflussen. Dieses wäre nach Ansicht des Herrn Joffe die Grundvoraussetzung für eine intimere Anlehnung Rußlands an Deutschland. Im Prinzip ist Herr Joffe einer solchen Anlehnung durchaus geneigt. Herr Joffe äußerte bei dieser Gelegenheit, daß jetzt auch Trotzki ebenso wie Lenin eine Anlehnung an Deutschland suchen. Die jetzige russische Regierung betrachte den Brester Frieden als fait accomplit [sic] mit dem sie ein für allemal zu rechnen hätten und wünscht nur, daß Deutschland sich an diesen Friedensvertrag hält, damit wäre sie zufrieden. Sie würde aber insofern über den Brester Frieden hinausgehen, als sie bei engerer Anlehnung an Deutschland bereit wäre, den Wünschen Deutschlands in den Ostseeprovinzen Rechnung zu tragen3. Den russischen Interessen müßte allerdings hierbei insofern entgegengekommen werden, als in den an Deutschland angeschlossenen Osteeprovinzen der russischen Wirtschaft jede Form der Erleichterung für ihre Ausfuhr und Einfuhr gewährt würde.

Ein öffentlich bekanntzugebendes Bündnis mit Deutschland würde allerdings heute noch bei der in Rußland vorherrschenden Volksstimmung auf Schwierigkeiten stoßen⁴. Indessen wäre die jetzige russische Regierung bereit, mit Deutschland ein Abkommen zu treffen, das ein solches deutsch-russisches Bündnis vorbereitet, und im Hinblick hierauf die Lieferung von Getreide an die hungernden Großstädte auszunutzen, die Stimmung im oben gekennzeichneten Sinne durch alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel zu beeinflussen. Auch ist Herr Joffe der Ansicht, daß wenn diese Voraussetzung verwirklicht wird, ein Stimmungsumschwung in relativ kurzer Zeit (in wenigen Monaten) herbeizuführen sein würde, so daß dann auch öffentlich ein deutsch-russisches Bündnis proklamiert werden könnte.

Jahrgang 3 (1955), Heft 1 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de



² Über die deutschen Schwierigkeiten in der Ukraine vgl. Wheeler-Bennett a. a. O., S. 315 ff.; Die deutsche Okkupation der Ukraine (Straßburg 1937), in der russ. Ausgabe Teil der Serie "Die Geschichte des Bürgerkriegs in Dokumenten" (Krach germanskoi okkupatsii na Ukraine, Moskau 1936); Vgl. auch John R. Reshetar, The Ukrainean Revolution (Princeton 1952).

⁸ Diese Wünsche bezogen sich auf die Abtrennung von Estland und Livland. Stresemann schrieb, daß er sich für einen deutsch-russischen Vertrag einsetze, "da er uns Estland und Livland endgültig sichert". Vgl. Stresemann, "Nachlaß", 3077/136210.

⁴ Vgl. hierzu Carr a. a. O. III, S. 80.

Herr Joffe ist ferner der Überzeugung, daß die jetzige russische Regierung mit den tschechisch-slowakischen und den von der Entente im Murmangebiet gelandeten Truppen fertig werden könne, wenn ihr von der deutschen Regierung nur der Rücken gedeckt wird, d. h. daß sie eine militärische Unterstützung seitens Deutschlands dann nicht nötig hätte, sondern daß die bloße Sicherheit von seiten Deutschlands genügen würde, um der russischen Regierung die Kraft zu geben, die tschechisch-slowakischen und ententistischen Truppen aus Rußland zu verjagen und die Gefahr, einen neuen Krieg im Osten erstehen zu sehen, zu beseitigen.

Sobald ein Abkommen zwischen Rußland und Deutschland getroffen wäre, wäre Rußland bereit, Deutschland alle Rohstoffe, die es benötigt, insbesondere Baumwolle, Manganerze, Öle usw. in weitgehendstem Maße zur Verfügung zu stellen. Auch ist Herr Joffe der Überzeugung, daß dieser Weg viel schneller und sicherer zum Ziele führt, als die von Deutschland bisher eingeschlagenen.

Herr Joffe hat Herrn Litwin gegenüber den Wunsch geäußert, daß - falls der im vorstehenden skizzierte Weg von der deutschen Regierung eingeschlagen wird der Entschluß hierzu möglichst umgehend verwirklicht und eine zuverlässige und mit den russischen Verhältnissen genau bekannte Privatperson mit den Unterhandlungen in Berlin und Moskau sofort betraut wird. Der amtliche Weg wäre erst in einem späteren Stadium der Verhandlungen einzuschlagen.

Herr Litwin hat inzwischen mit Herrn Joffe verabredet, daß Herr Joffe telegraphisch bei der russischen Regierung und Herr Litwin selber bei der deutschen Regierung in unverbindlicher Weise sondiere, ob beide Regierungen mit der vorgeschlagenen politischen und wirtschaftlichen Linie einverstanden sind. Sowohl Herr Joffe wie Herr Krasnin [sic] haben außerdem der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die maximalistische Regierung unter den gegebenen Verhältnissen bereit ist, von ihren utopistischen Zielen abzusehen und eine praktisch-sozialistische Politik durchzuführen.

Bei Gelegenheit dieser Unterredung mit Herrn Joffe hat Herr Litwin auch die Frage gestreift, ob eine Umbildung der russischen Regierung und eine Ergänzung auf einer breiteren Basis in den Bereich der praktischen Möglichkeit fiele. Herr Joffe konnte keine positive Antwort hierauf geben, war aber persönlich der Ansicht, daß falls die anderen sozialistischen Parteien Kenntnis davon erhielten, daß die deutsche Regierung eine auf breiterer Basis neu gebildete Regierung unterstützen würde, das Zustandekommen einer solchen breiter fundierten Regierung im Bereich der Möglichkeit läge.

Herr Litwin ist der Ansicht, daß wenn ihm in dieser Hinsicht klare Aufträge erteilt werden, er ein solches Resultat zu erzielen nicht außerstande sein würde. Auch stellt er sich in jeder Hinsicht zur Verfügung, um die Pläne der Regierung in dieser Richtung durchzuführen.

Dokument 2

Ungezeichnete Aufzeichnung Dr. Stresemanns

In einer Unterredung, die ich am Sonntag, den 7. Juli, mit den Herren Joffe und Krassin, auf Einladung des Herrn Joffe hatte, wurden die gegenwärtigen Verhältnisse zwischen der russischen Republik und dem Deutschen Reiche erörtert. Das Ergebnis der 51/2stündigen Besprechung möchte ich in folgendem niederlegen:



⁵ Stresemann, "Nachlaß", 3077/136144ff. Ohne Datum, jedoch mit handschriftlichen. Korrekturen Stresemanns.

[•] Hier folgt zunächst die oben erwähnte und hier ausgelassene Beschreibung der russischen. Wirtschaftslage durch Krassin.

80

Wirtschaftsverkehr Rußland-Deutschland

Auf meine Frage, oh ein Wirtschaftsverkehr zwischen Rußland und Deutschland bereits eingetreten sei, antworteten sie verneinend und betonten, daß hierin auch eine der Hauptursachen für die unbefriedigenden Verhältnisse zwischen Rußland und Deutschland läge. Die für Berlin geplanten deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen hätten in Wirklichkeit noch gar nicht begonnen, man habe lediglich über Finanzfragen gesprochen. Rußland lege Wert darauf und setze gewissermaßen seine Ehre darein, die gegenüber Deutschland übernommenen finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen. Diese Verpflichtungen beständen einmal in der Zahlung der rückständigen Zinsen für die in deutschen Händen befindliche russische Anleihe. Rußland sei bereit, die hiernach Deutschland geschuldeten 250 Millionen Mark zu zahlen und zwar zu 3/5 in Gold und 3/5 in Rubeln. Es sei aber selbstverständlich, daß die Unterhändler von den Berliner Verhandlungen nicht lediglich mit dem Ergebnis zurückkommen könnten, daß sie große Goldlieferungen an Deutschland zu machen hätten. Man komme bei den Verhandlungen mit dem Reichswirtschaftsamt leider nicht weiter. Die Herren des Reichswirtschaftsamtes faßten die Sache verkehrt auf, denn sie glaubten, das ganze Austauschgeschäft von vornherein auf bestimmte, genau abgemessene Lieferungen zwischen Rußland und Deutschland, in der Innehaltung bestimmter Termine einstellen zu können. Leider sei in Rußland infolge der politischen Vorgänge der Glaube an die Erfüllung deutscher Versprechungen sehr erschüttert worden. Wenn man den Russen sage, daß bestimmte Lieferungen erfolgen müßten, da man auch auf deutsche Lieferungen rechnen könne, so werde man die russischen Arbeiter doch nicht bewegen, hierzu ihre Zustimmung zu geben, da man fürchtet, daß Deutschland seine Versprechungen nicht halten würde. Ein Weg, den er (Krassin) vorschlage und der von selbst zu einem Austausch führen würde, sei der, daß Deutschland sich bereit erklärt, etwa 3 oder 5000 Tonnen Kohlen mit einem Dampfer nach Petersburg zu schicken?. Sobald diese Kohlen ankämen, und von den Petersburger Arbeitern und durch die russische Presse auch dem russischen Volk gesagt werden könne, daß Deutschland sich auch der schweren wirtschaftlichen Notlage Petersburgs annehme, werde das Weitere von selbst erfolgen. Die Petersburger Arbeiterkomitees und der Okonomische Arbeiterausschuß würde dann sofort dasjenige liefern, was Deutschland als Gegenwert verlange; sei es an Kupfer, seien es Manganerze, seien es Textilwaren oder andere Lieferungen. Die russische Regierung sei auch bereit, falls Deutschland gegen diese Vorlieferung von Kohlen Bedenken hätte, ein Pfand zu stellen, etwa in der Form der Hinterlegung von Platin bei einer Stockholmer Bank im Werte der betreffenden Kohlenladung mit der Maßgabe, daß dieses Pfand an Deutschland verfalle, falls Rußland seinen Gegenverpflichtungen nicht nachkomme. Deutschland gehe hierin doch kein Risiko ein und solle sich auf diesen Standpunkt stellen. Der Russe fasse alle diese Sachen viel mehr mit dem Gemüt, wie mit dem Verstande auf. Eine Handlung Deutschlands, die als ein Entgegenkommen gegenüber der russischen Not angesehen und hingestellt werden könne, würde einen viel größeren Eindruck machen, als theoretisch wirtschaftliche Abmachungen.

Politisches Verhältnis

Das Gespräch lenkte von hier auf die politischen Verhältnisse zwischen den beiden Ländern über. Die Herren erklärten, daß die heutige russische Regierung durchaus geneigt sei, den Frieden von Brest zu halten, obwohl er für Rußland sehr ungünstig sei. Die offiziellen Unterhändler hätten Bedenken gehabt, dem Frieden zuzustimmen; ein Besuch an der Front hätte sie aber davon überzeugt, daß die Soldaten gegen die



Diese Kohlenlieferung fand tatsächlich statt. Vgl. Carr a. a. O. III, S. 82.

Landabtretungen keine Bedenken gehabt hätten ; damals sei das Gefühl gegen Deutschland ein sehr freundliches gewesen. In den Sprachen der Soldatenausschüsse hätte man den Unterhändlern damals gesagt: "Es ist uns ganz gleichgültig, ob diese Randvölker zur russischen oder zur deutschen Demokratie gehören." Inzwischen sei die Stimmung allerdings eine ganz andere geworden, denn Deutschland halte sich zunächst an den Frieden von Brest gar nicht gebunden. Wiederholt sei die Demarkationslinie im Süden Rußlands verändert worden und immer dringe das deutsche Militär weiter vor, so daß man gar nicht wisse, was von Rußland noch übrig bleiben werde. Was sei es für ein Zustand, wenn der russische Botschafter Herrn von Kühlmann frage, ob denn das Deutsche Reich die Donrepublik als unabhängigen Staat anerkannt habe, Herr von Kühlmann dies verneine, wenn eine solche Anerkennung auch seitens Rußlands nicht stattgefunden hätte, trotzdem deutsche Truppen das Dongebiet besetzten und einen dortigen Russen als Herrscher anerkennen. Man sage sich jetzt in Rußland: Deutschland will Rußland zum wirtschaftlichen Niedergang zwingen, um dadurch die Sowjetregierung zu stürzen und die Kadetten bzw. die Monarchie in Rußland zur Herrschaft zu bringen. Als Beweis führe man an, daß Deutschland durch die Besetzung der Ukraines Rußland von seinen Getreidebezügen, durch die Besetzung des Dongebiets Rußland von seinen Kohlebezügen und durch die Besetzung des Kaukasus Rußland von seinen Erzbezügen abschneide. Diese fortwährenden Verluste von Land, das Verbot des Handels dieser Länder mit Rußland habe eine maßlose Erbitterung hervorgerufen. Alles was die Zaristische Regierung während des Krieges an Aufreizung der Bevölkerung durch Flugblätter usw. gegen Deutschland versucht habe, sei gering zu bewerten gegenüber der Erbitterung, welche dieses militärische Vorgehen der Deutschen herbeigeführt habe.

Ich entgegnete darauf, daß der deutschen Politik eine wirtschaftliche Niederkämpfung Rußlands sicher ganz fern läge, da wir doch gar keine Veranlassung hätten, den imperialistischen Kadetten zur Herrschaft zu verhelfen. Die Besetzung der Ukraine sei meiner Auffassung nach aus dem Grunde erfolgt, weil Deutschland für die Brotversorgung Österreich-Ungarns und für seine eigene Versorgung gefürchtet habe und sich die Getreidezufuhr aus der Ukraine sichern wollte, da davon Deutschlands Bestehen in dem Existenzkampf gegenüber der Entente mit abhänge. Ein deutsches Vorgehen im Kaukasus habe überhaupt nicht stattgefunden, im Gegenteil habe Deutschland, wie den Herren doch wohl bekannt sei, gegen ein weiteres Vordringen der Türken bei den letzten Verhandlungen Einspruch erhoben und die Anerkennung der Unabhängigkeit Georgiens richte sich weit weniger gegen Rußland wie gegen die Absicht der Türkei, sich des Kaukasus zu bemächtigen.

Bezüglich des Kaukasus erwiderten die Herren darauf, daß ihnen wohl bekannt sei, daß es sich hier um ein türkisches Vorgehen handle, andererseits könnten sie aber auch an der Tatsache nicht vorbei, daß die Türkei und Deutschand in all diesen Fragen ihnen gegenüber immer gemeinschaftlich auftreten. Auf die Frage Rußlands, ob Deutschland zugestehen würde, daß sie sich mit einer eigenen Truppenmacht gegen die vordringenden Türken wehrten, habe Deutschland erklärt, daß es eine solche Zusicherung nicht geben könne. Rußland müsse also dieses türkische Vordringen tatenlos geschehen lassen und zusehen, wie ihm bald von Deutschland, bald von der Türkei ein Stück Land nach dem anderen wie Fetzen vom Leibe gerissen würde, ohne h dagegen wehren zu können. Das schaffe die Erbitterung, unter der die Sowjetregierung leide, der von ihren Gegnern vorgeworfen würde, daß sie Rußlands Zukunft den Deutschen preisgäbe.

Besonders erbitternd, so wurde hinzugefügt, habe das Vorgehen der Deutschen be-

Vierteljahrshefte 1/6



Jahrgang 3 (1955), Heft 1 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf

⁸ Hier fehlt eine Ecke des Schriftstücks. Die kursiv eingefügten Wörter stellen den Versuch des Herausgebers dar, das Original zu rekonstruieren.

züglich der Schwarzmeerflotte gewirkt. Unter dem Einfluß der russischen Regierung sei die Flotte nach Sebastopol zurückgekehrt und habe sich damit unter die Kontrolle Deutschlands gestellt. Die russische Regierung habe diesen Schritt unternommen, obwohl die Entente dagegen protestierte, dieses Vorgehen Rußlands als Neutralitätsbruch gekennzeichnet habe. Kaum sei die russische Flotte von Noworossisk weggegangen, dann hätten die Türken mehrere wichtige Häfen in der Nähe von N. besetzt und Rußland sehe sich hier einem weiteren Vorgehen der Türken gegenüber, das ihr durch diese deutsche Maßregel aufgezwungen sei.

Die Herren kamen dann auf Vorschläge zurück, die ich schon in einer früheren Niederschrift^{8a} zu Papier gebracht habe, und die darauf hinausgingen, daß Deutschland seine Zustimmung dazu geben müsse, daß Rußland zunächst in einem gewissen Gebiet der Ukraine die Getreideversorgung beider Länder in die Hand nehme. Sie seien überzeugt, daß sie das Getreide aus der Ukraine herausbekommen würden, das den Deutschen niemals zufallen würde. Der ukrainische Bauer sehe in dem Deutschen doch den Fremden und die heftigen Kämpfe, die dort zwischen deutschen Soldaten und ukrainischen Bauern stattfanden, verbitterten das Verhältnis beider Teile natürlich von Monat zu Monat. Sie seien überzeugt, daß in der Ukraine mehrere Millionen Tonnen Getreide vorhanden wären, heute hätte der Bauer sie vergraben, dem deutschen Eroberer würde er sie nicht geben, würde sich gegen ihn vielmehr mit Waffengewalt wenden. In dem Russen der Gegenwart stecke heute noch etwas von dem Russen des Jahres 1812, der Moskau verbrannte und einen großen Teil des Landes der Verwüstung übergab, aber durch Zwang nicht zu bewegen war, sich dem Eroberer zu beugen. Rußland könne von dem Getreide, das es aus der Ukraine erhalte, Deutschland etwas abgeben. Man könne noch einen gewissen Schlüssel des Getreides verteilen [sic], das alsdann erhältlich wäre. Deutschland würde dabei viel besser wegkommen wie jetzt, und andererseits würden die Zufuhren von Getreide nach Rußland das russische Volk für ein künftiges Zusammengehen mit Deutschland gewinnen.

Ich machte demgegenüber die Einwendung, daß es mir fraglich schiene, ob Rußland aus der Ukraine Getreide erhalten könnte, wenn es ihm gegenwärtig nicht möglich wäre, von den russischen Bauern genügend zu bekommen. Sie wiesen demgegenüber darauf hin, daß sie in der Lage wären, der an manchen Gütern vollkommen ausgehungerten Ukraine Tauschgüter anzubieten und daß andererseits die bolschewistischen Strömungen in der Ukraine sehr stark wären, so daß sie auf dem Lande, gerade in der Ukraine, auch in ihren Bestrebungen auf Erhalt von Getreide Erfolg haben würden. Auf Vorbehalt erklärten sie sich auch bereit, daß auch bezüglich dieser auszuführenden Textilwaren eine Vereinbarung mit Deutschland stattfände und daß Deutschland auch daran partizipiere.

Die Frage, ob denn die Sowjetregierung fest fundiert sei, glaubten die Herren unbedingt bejahen zu können. Auf seiten der Sowjets ständen einmal die Arbeiter in den Städten und zweitens die Bauern auf dem Lande, die der Sowjetregierung das Land dankten, das ihnen Kerenski teilweise noch vorenthalten hätte. Die übrigen Richtungen in Rußland hätten keine Macht hinter sich. Beweis dafür sei auch der Umstand, daß Petersburg, obwohl dort die Verhältnisse am schwersten wären, bei den Wahlen zu den Sowjets mit 95% aller abgegebenen Stimmen die Kandidaten der Sowjets gewählt hätte.

Die tschechisch-slowakische Gefahr sehen die Herren nicht als eine sehr große an. Aus einer Stadt, in der die Tschecho-Slowaken eingedrungen wären, wären sie bereits nach kurzer Zeit durch die Bauern herausgetrieben worden, die sich bewaffnet hätten und gegen die Eindringlinge vorgegangen wären.

Institut für Zeitgeschichte Zeitgelchichte

⁸a Vermutlich Dokument 1; vgl. Vorbemerkung.

Bezüglich der Allgemeinrichtung ihrer Politik erklärten sie, daß für die Sowjetregierung jede Verständigung mit der Entente ausgeschlossen sei, zumal zwischen ihnen und der Entente der große Gegensatz der Annullierung der fremden Staatsschuld läge. Es sei selbstverständlich, daß die Entente schon aus finanziellen Gründen alles tun würde, um sie zu stürzen. Die Grundlagen für ein Bündnis mit Deutschland seien beim Friedensschluß gegeben gewesen. Gegenwärtig herrsche allerdings gegen Deutschland eine große Erbitterung und käme man zu einem geregelten wirtschaftlichen Verkehr und höre die Angst Rußlands auf, daß ihnen eine Provinz nach der anderen entrissen werde, so sei trotzdem an ein erträgliches Verhältnis zu denken, das sich später zum Bündnis ausgestalten könnte.

Im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Bestrebungen und ihren sonstigen politischen Sorgen sprachen die Herren noch den Wunsch aus, daß es ihnen möglich wäre, mit der Obersten Heeresleitung in nähere Fühlung zu kommen, sie hätten die Empfindung, als wenn die Aussprache, die Herr Krassin mit Ludendorff gehabt hätte, gut gewirkt habe. Man hätte ihnen bezüglich der Regulierung gewisser Dinge, die von ihnen verlangt wurden, wenigstens Zeit gelassen. Die Verhältnisse seien noch in einigen Punkten unklar. Man dürfe von ihnen nicht verlangen, daß sie alles bis zu einem bestimmten Tag erfüllten, man solle ihnen gegenüber nicht in Form von Ultimaten auftreten.

Die territoriale Frage (Estland und Livland) habe ich nicht erwähnt, ganz allgemein hatte ich die Empfindung, daß die heutige Regierung auch den diesbezüglichen Forderungen Deutschlands einen aktiven Widerstand nicht entgegensetzen würde, wenn Rußland darin Aussicht gemacht werden könnte, daß ihm späterhin die Ukraine und das Dongebiet wieder zufällt, da sie erklärten, daß beides Lebensadern für Rußland wären, auf die sie nicht verzichten könnten. Jedenfalls scheint der Gedanke einer deutsch-russischen Verständigung, die von größtem Einfluß auf unsere inner- und außenpolitischen Verhältnisse von Einfluß [sic] sein könnte, in der Luft zu liegen, wenn sie mit Geschick angefaßt wird, wobei die Wahrung unserer berechtigten Interessen uns durchaus möglich wäre.

Dokument 3

Ungezeichnete Niederschrift¹⁰

Auf Grund der Zusammenkünfte der Herren Joffe, Krassin, Dr. Stresemann, Geheimrat Nadolny, Kommerzienrat Litwin, Legationsrat von Prittwitz und Graf Kessler hat sich die Bereitwilligkeit der russischen Regierung ergeben, mit der deutschen einen auf weitgehendste wirtschaftliche Zusammenarbeit gerichteten Vertrag zu schließen.

Aus den Äußerungen der beiden erstgenannten russischen Herren ergibt sich, daß nach deren Wünschen dieser Vertrag etwa folgenden Inhalt haben müßte:

I. Es müssen Maßnahmen getroffen werden, die Versorgung Großrußlands mit Getreide, Kohlen, Eisen, Naphtha und anderen Rohstoffen aus den von deutschen Truppen besetzten oder durch Vormarsch der deutschen Truppen abgeschnittenen Gebieten Südrußlands wieder in normaler Weise zu ermöglichen.

Zu diesem Zweck müßte zunächst der weitere Vormarsch der deutschen Truppen in Südrußland eingestellt werden. Ferner müßten diejenigen Besatzungstruppen, die



Vgl. Krassin a. a. O., S. 86 ff.

¹⁰ Stresemann, "Nachlaß", 3077/136136ff. Wahrscheinlich Mitte Juli. Vgl. Vorbemerkungen S. 74.

gegenwärtig die Verbindung zwischen Nordrußland, dem Kubangebiet und dem Kaukasus unterbrechen, zurückgenommen und eine Demarkationslinie gezogen werden, die die über Bjelogorsk und Rostow nach dem Kuban und Kaukasus führende Eisenbahnlinie wieder unter russische Oberhoheit bringt. Die von Herrn Joffe vorgeschlagene Demarkationslinie ist auf der einliegenden Karte rot eingezeichnet¹¹.

II. Auf Grund der wiederhergestellten Verbindung zwischen den obengenannten Gebieten und Nordrußland würde die großrussische Regierung es unternehmen, aus dem Kuban- und Kaukasusgebiet Getreide und Rohstoffe zu gewinnen und von diesen einen vertraglich näher zu bestimmenden Prozentsatz an Deutschland abzugeben. (Herr Litwin schlägt vor, daß diese Verteilung je zur Hälfte an Rußland und Deutschland erfolgen soll.)

Die Verteilung soll durch eine gemischte Kommission beaufsichtigt werden, die je zur Hälfte aus deutschen und russischen Abgeordneten bestehen soll. Diese Kommission hätte an Ort und Stelle die Verladung und Installierung der betreffenden Warentransporte zu beaufsichtigen. Gleichzeitig hätte sie die Einfuhr der als Gegenleistung für die Rohstoffe und die Erzeuger zu liefernden Waren zu vermitteln. Diese Waren wären sowohl von Rußland als auch von Deutschland zu liefern.

III. Herr Litwin schlägt weiter vor, daß Rußland sämtliche überschüssigen Rohstoffe und Getreide zuerst Deutschland anbieten muß, soweit nicht Lieferungen an neutrale Staaten für deren eigenen Gebrauch in Betracht kommen.

IV. Sollte ein solcher Vertrag zustande kommen und von Deutschland strikte eingehalten werden, so würde nach Ansicht der russischen Herren dadurch einmal die bolschewistische Regierung befestigt werden, ferner aber auch ein Stimmungsumschwung in Rußland von Deutschland mit Hilfe dieser Regierung eintreten. Herr Krassin äußerte, daß ein solcher Stimmungsumschwung nicht nur bei der Regierung, sondern auch bei den breiteren Volksmassen längstens innerhalb sechs Monaten sich auf Grund eines solchen Vertrages herbeiführen ließe.

Herr Krassin erklärte die Bereitwilligkeit der russischen Regierung auf Grund eines solchen Vertrages die Verpflichtung zu übernehmen, daß sie sich im Laufe des Krieges unter keinen Umständen an irgendeinem gegen Deutschland gerichteten Unternehmen beteiligt; auch das russische Gebiet nicht als Aufmarschgebiet für Ententetruppen zuzulassen, sondern jeden solchen Versuch mit Waffengewalt abzuwehren.

Herr Litwin hat vorgeschlagen, daß diese Bestimmung dadurch ergänzt wird, daß sich die russische Regierung verpflichten soll, im Falle eines solchen gegen die Zentralmächte gerichteten Unternehmens auf russischem Gebiete, falls Rußland es nicht mit eigenen Mitteln binnen kurzer Frist zurückschlagen kann, die militärische Hilfe Deutschlands in Anspruch zu nehmen.

Dokument 4

Protokoll über die Besprechung der schwebenden politischen Fragen unter Vorsitz Seiner Majestät zwischen Vertretern der Reichsregierung und der Obersten Heeresleitung¹².

Spa, den 2. Juli 1918

Jahrgang 3 (1955), Heft 1 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de



¹¹ Die Karte fehlt im Stresemannschen "Nachlaß".

¹² Hauptarchiv des Auswärtigen Amtes, "Der Weltkrieg 15 Geh.", Mikrofilm in den National Archives, Washington, D. C., 1500/628 482 ff. Es finden sich in den Akten zwei Protokolle dieser Sitzung, eines vom Auswärtigen Amt und ein weiteres der O. H. L. Da beide im wesentlichen übereinstimmen, wird hier die Version des A.A. wiedergegeben. Wo das Protokoll der O. H. L. abweicht oder Zusätzliches bringt, wurde hier der Text der O. H. L., ebenso wie die Namen der Sitzungsteilnehmer, in Kursivschrift gebracht.

General Ludendorff erläutert die gegenwärtige politische Lage in Rußland. Die gegenwärtigen Verhältnisse in Großrußland versprechen keine Dauer. Die Stellung der Bolschewiki ist stark geschwächt und die monarchistischen Elemente haben in letzter Zeit stark an Einfluß gewonnen. Mit einem Umschwung muß jederzeit gerechnet werden. Gewinnt die Entente an Einfluß so müßten wir vielleicht Kräfte vom Westen nach dem Osten schieben. Unser Streben muß es daher sein, die Verhältnisse so zu beeinflussen, daß unser Rücken gesichert bleibt und daß wir der Entente die Hoffnung nehmen, Rußland noch einmal gegen uns auf die Beine zu bringen.

Finnische Frage: Unsere Anregung einer gemeinsamen Aktion Rußlands und Finnlands gegen die Entente in Murman ist von der bolschewistischen Regierung abgelehnt worden. Sie hetzt jetzt mit dieser Anregung bei den Monarchisten. Was soll geschehen, wenn Rußland die Engländer nicht aus Murman herauswirft?

v. Rosenberg: Wir werden Finnland aufmuntern, gegen die Murmanbahn vorzugehen, und es mit Waffen, Rat und Tat, evtl. auch mit Truppen unterstützen. Ein englischer Staat darf jedenfalls an der Murmanküste nicht bestehen bleiben.

General Ludendorff: Verhalten gegenüber den Monarchisten in Rußland: Wir dürfen die Monarchisten nicht verprellen. Dafür müssen wir uns gewisse Garantien schaffen.

Reichskanzler: Ist besorgt, wenn ein monarchistisches Rußland wieder erstarkt, und bezweifelt, daß die Monarchisten den Brester Vertrag anerkennen werden.

General Ludendorff: Mitteilungen mehren sich, da β die Monarchisten dies tun werden.

Kriegsminister: 122 bestätigt dies. Die Monarchisten finden sich mit dem Baltikum ab, wollen aber unterstützt werden bei der Wiedervereinigung der Ukraine mit Großrußland.

Ludendorff: Ähnlich liegen die Verhältnisse in der Ukraine. Ein lebensfähiger selbständiger ukrainischer Staat wird nie entstehen. Der nationale Gedanke der Ukraine steht und fällt mit der Anwesenheit unserer Truppen. Wir müssen für alle Eventualitäten gerüstet sein.

Major Brinkmann: Die ukrainische Regierung krankt daran, daß keine nationalistischen Elemente vorhanden sind, die Regierungsämter übernehmen könnten. Alle führenden Köpfe sind Großrussen. Gegen die jetzige Regierung richtet sich die Agitation aller ukrainischer Chauvinisten. Sie hat eigentlich keinerlei Anhang hinter sich.

Gen. Ludendorff: Die Monarchisten wollen geschlossenes Rußland. Dieser Traum braucht ihnen durchaus nicht genommen zu werden, wir müssen aber verlangen, daß sie sich auf den Boden des Brester Friedens stellen. Wenn die Monarchisten auch die Ordnungselemente darstellen, dürfen wir doch keinen Versuch machen, die Bolschewisten in der jetzigen Zeit zu stürzen.

Reichskanzler: ist einverstanden.

Seine Majestät: Wir sind in die Ukraine gegangen, um Lebensmittel zu erhalten. Dort wollen wir im russischen Chaos einen Platz der Ordnung schaffen. Wir dürfen uns nicht dem Wahne hingeben, daß die Ukraine dauernd von Großrußland getrennt werden kann. Die Ukraine ist slawisch ebenso wie Großrußland. Die beiden werden wieder zusammenkommen. Um Kiev können sich jetzt alle russischen Ordnungselemente scharen und von hier aus kann die Neugeburt Rußlands erfolgen.

Gen. Ludendorff: Das Auswärtige Amt wünscht eine möglichst schnelle Entfestigung der Aalands Inseln, ich muß aber auf einer dilatorischen Behandlung dieser Frage bestehen. Schweden beging mit dem vor kurzem abgeschlossenen Handelsabkommen gegen uns eine große Unfreundlichkeit. Der Militärattaché ist der Ansicht, daß dies eine Handhabe bietet, um die Entfestigung hinauszuschieben.



¹²⁸ Generalleutnant von Stein.

Reichskanzler: Die Reichsregierung ist hiermit einverstanden.

Gen. Ludendorff: Bei den Verhandlungen mit Joffe hat die Frage eine Rolle gespielt, ob Reval in Zukunft Festung bleiben solle. Wir können nicht die Verpflichtung auf uns nehmen, Reval nicht zu befestigen. Dies ist einer Großmacht unwürdig und würde leicht zu neuen Reibungen führen.

Kriegsminister: Eine solche Verpflichtung ist höchst bedenklich. Die Abmachungen wegen Hüningen vom Jahr 1815 haben uns bis vor dem Krieg ständig Unannehmlichkeiten mit der Schweiz verursacht.

Gen. Ludendorff: Die Marine hat in Libau eine Großstation errichtet¹³. Reval kommt hierfür nicht in Frage. Wir können daher den Russen gewisse Zusicherungen geben. Reval wäre für Petersburg nur dann eine Bedrohung, wenn wir es im Stile von Kiel oder Wilhelmshaven ausbauten. Dies ist nicht beabsichtigt.

Ges. v. Rosenberg: Joffe hofft mit uns wegen Estland und Livland einig zu werden. Soll ich nach Berlin mitteilen, daß wir ihm das Zugeständnis aussprechen könnten, daß in Reval keine Marinestation errichtet werden soll?

Staatssekretür des Reichsmarineamts: Auf einen U-Bootstützpunkt in Reval können wir nicht verzichten. Wenn diese Frage auch in den nächsten Jahren nicht akut werden dürfte, so bleibt ein solches Versprechen doch sehr bedenklich.

Gen. Ludendorff: Meine Anregung bezog sich nicht auf einen Stützpunkt, sondern auf eine Station, d. h. auf eine konzentrierte maritime Machtstelle.

Staatssekretär des Reichsmarineamts: Es muß jedenfalls ganz klargestellt werden, was unter Station verstanden werden soll.

Gen. Ludendorff: Ich glaube wir können uns mit dem Vorschlag Rosenbergs einverstanden erklären.

Obost meldet, daß Ansiedelungsfrage beim Landtag in Dorpat nun sehr akut werden dürfte. In Kurland ist diese Frage der Regelung nahe. Auch in Livland und Estland wird der Landtag ¹/₃ des Großgrundbesitzes abtreten, wenn er sieht, daß Deutschland fest entschlossen ist, sich der Länder anzunehmen.

Wegen Festlegung der Grenze habe ich dem Auswärtigen Amt verschiedene Wünsche mitgeteilt. Einer dieser Wünsche war die Verlegung der Grenze zum Ostufer des Peipus-Sees. Dies ist aber eine Frage kleinerer Bedeutung. Militärisch schwerwiegend ist der Besitz von Dünaburg mit seinen Bahnen. Dieser Anspruch geht über die Abmachungen des Brester Vertrages hinaus. Ich bin mit der Reichsregierung einig, daß dieses Ziel einzig auf dem Verhandlungswege erreicht werden muß, vielleicht im Austausch gegen südlich liegendes Gebiet.

Feldeisenbahnchef¹⁴: Aufmarschlinie für Baltikum vollständig ungenügend. Rascher Ausbau des Bahnwesens unmöglich. Nur Bahn Riga—Dünaburg kann uns sichern.

Gen. Ludendorff: Militärischer Aufmarsch ohne Besitz dieser Bahn ganz unmöglich; würde über vier Wochen dauern. Nur durch den Besitz von Dünaburg und durch den Bau einer Bahn durch den sogenannten polnischen Grenzstreifen kann Sicherheit gewonnen werden.

In der Ukraine herrscht mühsam aufrecht erhaltene Ruhe. Falls Entente in Großrußland Oberhand gewinnt, wird es dort passive Stütze finden. Wir können aktive
Unterstützung nicht in der Ukraine, aber vielleicht bei Donkosaken finden. Diese
kämpfen ebenso wie Tschecho-Slowaken gegen die Bolschewisten. Falls sie sich vereinigen, ist zu fürchten, daß Donkosaken auch ins Ententenlager übergehen. Wir
müssen daher Beziehungen zu den Kosaken aufrecht erhalten. Beeinflussung ist



¹³ Das Protokoll der O. H. L. lautet: "Die Marine will in Libau eine Marinestation errichten."

¹⁴ Oberst von Oldershausen.

nur durch Geld möglich. Ich bitte das Auswärtige Amt, mich hierbei reichlich zu unterstützen. Es dürfte sich empfehlen, daß mir das Geld stillschweigend ohne besondere Anweisung zur Verfügung gestellt wird.

Kriegsminister: Es kommt darauf an, daß die Oberste Heeresleitung¹⁵ mich gegen das Reichsschatzamt unterstützt. Von dieser Seite ist Hauptwiderstand zu erwarten. Die bisher von mir geforderten 15 Millionen sind für die Durchführung dieser Aufgabe viel zu gering. Die Beeinflussung der Kosaken ist ein Erfordernis unserer Kriegsführung. Wir müssen die nötigen Mittel aufwenden.

Gen. Ludendorff: Ohne Geld können wir die Kosaken nicht halten. In diesem Falle könnte unsere Lage schwierig werden. Auch mit Getreidezuschüssen können wir dann nicht mehr rechnen.

Ges. v. Rosenberg: Jede Million, die wir in Rußland ausgeben, ist eine ersparte Million. Das Auswärtige Amt wird die Wünsche der Obersten Heeresleitung beim Reichsschatzamt warm befürworten.

Wegen des Gebiets der Kubankosaken bitte ich zu beachten, daß sie noch ein Bestandteil des russischen Reiches sind. Eine zu große Belastung der bolschewistischen Regierung sollte vermieden werden. Die russische Regierung hat sich neuerdings bereit erklärt, die Selbständigkeit Georgiens anzuerkennen, wenn wir uns im Dongebiet desinteressieren und die Selbständigkeit der Kosaken nicht anerkennen.

Gen. Ludendorff: Wir brauchen aber das Dongebiet und vor allem Baku. Es handelt sich hier um eine notwendige militärische Maßnahme. Falls wir uns um die Donkosaken nicht bekümmern, gehen sie zur Entente über. Dies muß angesichts der Lage an der Westfront verhindert werden.

Ges. v. Rosenberg: Es dürfte sich empfehlen, daß die hier als notwendig bezeichneten militärischen Maßnahmen gewissermaßen hinter dem Rücken der politischen Leitung erfolgen.

Gen. Ludendorff: Durchaus einverstanden.

Ges. v. Rosenberg: Wir können aber dann auch keine ausdrückliche Verpflichtung den Russen gegenüber übernehmen, daß wir uns im Dongebiet desinteressieren. Dies wäre illoyal.

Gen. Ludendorff: Hierauf lege ich kein Gewicht. Ich will nur verhindern, daß die Kosaken abschwenken.

Ges. [v.] Rosenberg: Im Notfall könnte unser Vorgehen den Russen gegenüber so erklärt werden, daß wir Geld zum Schutz der zahlreichen Deutschen im Dongebiet ausgeben müßten.

Kriegsminister: Wir sollten mit den Russen ausmachen, daß wir die Kosaken gegen die Tschechen unterstützen wollen.

Gen. Ludendorff: Damit wäre ich ganz einverstanden.

Reichskanzler: Am 5.7. kommt Exzellenz Kriege hierher, um über diese Frage Vortrag zu halten.

Gen. Ludendorff: Wegen der Krim hatte ich einen langen Schriftwechsel mit dem Auswärtigen Amt. Dort leitet mich der Gesichtspunkt, daß wir eine Regierung bekommen müssen, die das Land in Ordnung verwalten kann.

Major Brinkmann: Bei unserem Einmarsch in die Krim erwartete man allgemein, daß wir den Schutz des Landes übernehmen würden. Regierungsloser Zustand mußte ein Ende nehmen. Wir waren in einem Dilemma, weil eine Selbständigkeitserklärung des Landes auf Grund eines Volkswillens dort nicht zustande gebracht werden kann. Jetzt beanspruchen Großrußland und die Ukraine die Krim. Eine Einigung hierüber ist zwischen beiden ebenso unmöglich, wie in der Grenzfrage. Ordnung muß jedenfalls geschaffen werden. Die bolschewistischen Verbrecher laufen dort noch frei herum.



¹⁵ Im Protokoll der O. H. L. heißt es hier "Reichsleitung".

Wir können keine rückwirkende Justiz vornehmen. Die Bevölkerung ist außer Stande, eine Regierung aufzustellen. General Sulkiewitsch ist bereit, im Einvernehmen mit uns das Land zu verwalten. Er lehnt aber jedes politische Zusammengehen mit der Ukraine ab. Eine solche Forderung würde den Sturz seiner Regierung zur Folge haben. Wir müssen damit rechnen, daß die Krim bald wegen der Anerkennung ihrer Selbständigkeit an die Reichsregierung herantreten wird.

Ges. [v.] Rosenberg: Mit dieser Behandlung der de facto Regierung bin ich einverstanden. Wir dürfen uns aber nicht zu weit vorwagen, da sie doch früher oder später an Rußland zurückfällt. So lange wir hoffen, daß wir uns mit Rußland gütlich einigen, können wir in der Anerkennungsfrage nicht von unserem Standpunkt abweichen. Ich habe den Georgiern geraten, bei Joffe den Versuch zu machen, die Anerkennung schon jetzt zu verlangen. Vielleicht könnte dies durch ein Zugeständnis in der Bakufrage erreicht werden. Derartige Zusicherungen würden auf die Russen einen starken Anreiz ausüben. Vielleicht könnte auch mit Geld auf Joffe eingewirkt werden. Die Georgier haben ihre Pläne in den letzten Wochen heraufgeschraubt, sie fordern nunmehr Bündnis, Militärkonvention und Handelsvertrag.

Gegen ein Bündnis habe ich ernste Bedenken. Georgien hat als mutmaßliche Gegner die Türkei und Rußland. In der Türkei würde ein deutsch-georgischer Bündnisvertrag viel böses Blut machen, und bei Rußland dürfen wir nicht übersehen, daß jede zukünftige Regierung ihr Auge auf den Kaukasus richten muß. Das Auswärtige Amt kann daher im jetzigen Zeitpunkt die Verantwortung für ein Bündnis mit Georgien nicht übernehmen.

Die Georgier können aber auch bereits mit gewissen Zusicherungen fürs erste befriedigt werden. Wir können ihnen versprechen, daß wir ihre Ansprüche auf die geschichtliche und ethnographische Grenze des Landes in jeder Weise unterstützen wollen. Außerdem kann ihnen zugesichert werden, daß wir nach Konsolidierung der Staatsverhältnisse in eine wohlwollende Prüfung der Bündnisfrage eintreten werden.

Unsere Wirtschaftsbeziehungen zu Georgien beurteile ich zuversichtlich. Die Diskontogesellschaft hat ein kapitalkräftiges Konsortium zusammengebracht, das dem Lande 50-80 Millionen Mark vorschießen will. Hierdurch wird der notwendigste Kapitalbedarf fürs erste gedeckt. Das Geld soll durch Hafengebühren von Poti und durch einen Exportzoll auf Mangan gesichert werden. Durch diese Transaktion erlangen wir Einfluß auf die georgischen Rohstoffe, vor allem das wichtige Manganerz, sowie auf das Bahnsystem. Die Verhandlungen schreiten günstig vorwärts.

Gen. Ludendorff: Ich erstrebe durchaus kein Bündnis. Ich möchte nur tatsächlich militärisch mit Georgien arbeiten können. Unsere Westfront braucht Menschen. Georgien hat gutes Soldatenmaterial. Wenn wir die Georgier hinhalten, erreiche ich mein Ziel nicht. Wir müssen Farbe bekennen. Dies ist auch der Türkei gegenüber notwendig, die erst dann nachgeben wird.

In Rumänien haben wir Steigerung der Ölausfuhr nicht zu erwarten. Unsere Kriegsführung braucht dringend das Naphtha aus Baku. Die Anerkennung Georgiens ist der einzig gangbare Weg nach Baku. Wir müssen zugreifen ohne zu zögern. Unsere Marine braucht das Öl. Die Ölfrage ist von kardinaler Wichtigkeit.

U. St. v. Radowitz: Eben trifft ein Telegramm vom Auswärtigen Amt ein, daß Joffe uns Öl aus Baku bestimmt zugesichert hat. Es dürfte sich empfehlen, die Beschlußfassung vorerst auszusetzen.

Gen. Ludendorff: Die Frage ist überhaupt noch nicht spruchreif. Wir müssen vorerst noch die Berichte von Kress¹⁶ abwarten. Falls Envers Bruder Nuri doch noch auf Baku vormarschieren sollte, gibt es ganz neue Schwierigkeiten.

¹⁶ Gen. Kress von Kressenstein, Leiter der deutschen Mission, die Georgien beim Ausbau seiner Selbständigkeit behilflich war.



Ges. [v.] Rosenberg: verliest ein Telegramm von Mirbach, daß Russische Regierung aus dem Kubangebiet Lebensmittel liefern will, falls wir uns verpflichten, nicht weiter vorzurücken. Das Auswärtige Amt befürwortet die Annahme dieses Vorschlages.

Gen. Ludendorff: Joffe behauptet immer, daß wir unseren Vormarsch fortsetzen. Das ist gar nicht wahr. Ich bitte um Beweis. Lieferung durch die Bolschewisten werden wir nie erreichen. Die Ernährungsfrage in Petersburg ist in einem hoffnungslosen Zustande, auch steht ein Eisenbahnerstreik bevor. Wir müssen mit einer riesigen Hungersnot in Großrußland rechnen. Wie können die Bolschewisten in solchen Verhältnissen ihre Verpflichtungen einhalten?

Ich möchte nochmals betonen, daß wir selbsttätig unseren Vormarsch nicht fortsetzen. Das Auswärtige Amt glaubt anscheinend den Bolschewisten mehr als mir.

Seine Majestät: Wenn auch die Donkosaken zu den Bolschewikis hinneigen, so gibt es doch eine große Partei, die sich uns anschließen will. Die Verhandlungen mit General Krassnow¹⁷ machen einen günstigen Eindruck.

Gen. Ludendorff: Krassnow möchte gern den Herzog von Leuchtenburg zur Fühlungnahme hierher senden ¹⁸. Die Kosaken glauben bestimmt, daß die Tschechen gegen sie im Anmarsch sind.

Seine Majestät: Antirussische Zentrale kann nur in Tiflis gebildet werden. Wir müssen dafür aber den Kosaken Zusicherungen geben.

Gen. Ludendorff: Ich bitte den Vertrag auf Kosten der Kubankosaken nicht abzuschließen. Heutiges Telegramm des Auswärtigen Amtes über die restlichen Schiffe der Schwarzmeerflotte kenne ich noch nicht. Ich muß mir meine Stellungnahme vorbehalten, betone nochmals, daß mir im Interesse der Kriegführung die Ölfrage außerordentlich am Herzen liegt.

St. S. d. R. Marine-A. 18a: U-Bootkrieg ist von Öl abhängig. Die Situation ist sehr prekär. Wir brauchen unbedingt das Öl aus Baku. Durch U-Boote und Flieger steigt der Verbauch ständig. Sogar das Steinkohlenteeröl wird bei uns sehr knapp.

Gen. Ludendorff: Wie will Joffe uns das Öl aus Baku liefern? Die Türken stehen doch noch zwischen Baku und Poti. Klarheit ist notwendig. Ohne Pumpleitung läßt sich Öltransport im Großen nicht bewerkstelligen, daher müssen wir Farbe bekennen.

St. S. d. R. Marine-A.: Das Reichswirtschaftsamt hat sich meinen Ausführungen ganz angeschlossen.

Ges. v. Rosenberg: Alle diese Punkte werden vom Auswärtigen Amt gewürdigt. Wir haben durchaus das Bestreben, den Georgiern entgegen zu kommen und haben für sie auch schon viel getan. Junge Völker aber sind überschäumend und man muß zuweilen etwas Wasser in den Wein gießen.

Gen. Ludendorff: Ich betone nochmals, daß ich auf Bündnis selbst keinen Wert lege, aber klare Verhältnisse wünsche. In Finnland war die Lage ganz ähnlich.

Ges. v. Rosenberg: Finnland haben wir auch nicht vor Rußland anerkannt.

Gen. Ludendorff: Ölfrage ist so ernst, daß ich das Auswärtige Amt bitten muß, mit aller Energie zu handeln. Die Gefahr, daß die Bolschewiki Baku anstecken könnten, halte ich nicht für ernst.

Ges. v. Rosenberg: Joffe würde sicherlich die Besetzung von Baku durch die Deutschen einer Besetzung durch die Türken vorziehen. Ich halte die Schwierigkeiten einer Verständigung mit ihm nicht für unüberwindlich.

Reichskanzler: Ich stelle fest, daß eine sachliche Differenz zwischen Reichsleitung und Oherster Heeresleitung nicht mehr vorhanden ist. Es handelt sich nur um die Frage des Tempos. Mit Exzellenz Kriege wird diese Frage weiter zu besprechen sein.



¹⁷ Der Ataman der Donkosaken. Vgl. Helfferich a. a. O. III, S. 465ff.

¹⁸ Vgl. Erzberger a. a. O., S. 247.

¹⁸⁸ Admiral von Capelle.

Gen. Ludendorff: Ich habe mit dem Auswärtigen Amt nur einen Streitpunkt: Die Kriegsschiffe. Diese haben uns angegriffen und deshalb halte ich sie für Kriegsbeute. Wenn man sich auf diesen Standpunkt stellt, kann man nachher der Ukraine Schiffe abgeben. Nach den Erfahrungen von Zeebrügge brauchen wir verstärkte Verteidigung von Konstantinopel. Dies wäre möglich, wenn man meine Stellungnahme anerkennt. Auswärtiges Amt hat sich aber auf Brester Frieden gestellt und Rußland die Schiffe zugesprochen. Habe mich dann mit dem Auswärtigen Amt dahin zu einigen versucht, daß wir Schiffe im Nießbrauch behalten und erst nach allgemeinem Frieden zurückgeben.

St. S. d. R. Marine-A.: Wir standen anfänglich auf dem legalen Standpunkt hinsichtlich der Kriegsbeute. Inzwischen sind wir aber zur Ansicht der Obersten Heeresleitung gelangt und halten dilatorische Behandlung der Eigentumsfrage für die praktischste. Türken legen auf Schiffe großen Wert. Vielleicht könnte man sie zuerst nach den Dardanellen überführen, ohne die Besitzfrage zu klären. Ich befürchte Schwierigkeiten mit den Türken, wenn wir ihren Wünschen widerstreben.

Ges. v. Rosenberg: Das Auswärtige Amt steht auch jetzt noch auf dem Standpunkt, daß die Schiffe nicht Kriegsbeute sind. Gegen Nießbrauch haben wir aber nichts einzuwenden.

Gen. Ludendorff: Kriege war anderer Ansicht.

Seine Majestät: Die Benutzung der Schiffe ist Kriegsnotwendigkeit. Wir borgen die Schiffe für die Kriegsdauer.

Ges. v. Rosenberg: Hierdurch wird die Eigentumsfrage gar nicht präjudiziert.

Seine Majestät: Ich konstatiere allgemeine Einigkeit. Kriegsnotwendigkeit geht vor. Gen. Ludendorff: Bei der Frage der deutschen Kolonisten ist es wichtig, ob die jungen Leute dienen wollen oder nicht.

Major Brinkmann: Die Kolonisten haben sich große Hoffnungen gemacht und erwarten, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erhalten. Die Frage, wie wir sie schützen können, ist noch nicht geklärt. In der Krim können wir leichter alles wünschenswerte für sie durchsetzen, in der Ukraine ist es sehr schwer.

Reichskanzler: Ich hatte eine Abordnung der Kolonisten empfangen, aber ihnen keine bestimmten Zusagen gemacht.

Gen. Ludendorff: Ich lege großen Wert darauf, daß wir möglichst viele dieser Leute bekommen zu Niederlassungszwecken in Grenzstreifen. Wenn wir ihnen die Staatsangehörigkeit geben, müssen sie aber auch bei uns dienen. Die Armee braucht Menschen. Wenn wir ihnen die Zusicherung machen, werden sie zu Opfern bereit sein.

Ges. v. Rosenberg: Ich schlage vor, demjenigen, der dient, die Staatsangehörigkeit zu erteilen. Wenn dies im Rahmen des bisherigen Gesetzes nicht möglich ist, müssen wir Novelle einbringen.

Gen. Ludendorff: Werbungen sind nur dann von Erfolg, wenn über die politische Zukunft eine Entscheidung getroffen ist. Auch in Estland und Livland arbeiten die Werbebüros nur langsam. Die Zukunft ist eben auch dort noch nicht geklärt.

Fortsetzung der Besprechung am 3. Juli 10 Uhr vormittags 19.

¹⁹ Die Fortsetzung der Besprechung befaßte sich mit dem polnischen Problem sowie mit Westfragen. Eine stark gekürzte Version des Ergebnisses dieser Verhandlungen befindet sich in: Das Werk des Untersuchungsausschusses, 4. Reihe, Bd. 2 (Berlin 1925), S. 346f.



Zu den deutsch-russischen Beziehungen im Sommer 1918

Dokument 5

Bericht des Gesandten v. Rosenberg an das Auswärtige Amt²⁰

Telegramm

Der K. Gesandte an Auswärtiges Amt
Filt

Gr. Hauptquartier, den 2. Juli 1918

Zu heute Nachmittag 3 Uhr war eine Sitzung anberaumt, in der der Herr Reichskanzler mit der Obersten Heeresleitung den gesamten Komplex der Ostfragen besprechen wollte. Im letzten Augenblick sagte Seine Majestät der Kaiser sein Erscheinen an. Unter seinem Vorsitz fand die Besprechung statt. Das Ergebnis ist in Kürze folgendes:

- 1. Bei den Verhandlungen mit Herrn Joffe soll nochmals versucht werden, die russische Regierung dazu zu veranlassen, daß sie uns zu einer Kooperation gegen die Engländer an der Murmanküste einlädt. Sollte dies scheitern, so soll versucht werden, die Finnländer zum Vorgehen gegen die Murmanküste zu bestimmen; eventuell würde ihnen dabei deutsche Unterstützung mit Waffen und Munition zuzusagen sein.
- 2. Der Herr Reichskanzler erklärte sich auf dringenden Wunsch der Öbersten Heeresleitung damit einverstanden, daß die Entfestigung der Aalandsinseln dilatorisch behandelt werde.
- 3. Wenn Herr Joffe als Gegenleistung für unsere Forderungen in der Est- und Livländischen Frage den Verzicht auf die Befestigung von Reval fordert, soll dies mit der Begründung abgelehnt werden, daß Festungsanlagen bei einer Stadt wie Reval keinerlei offensiven, sondern lediglich defensiven Charakter haben können. Dagegen würde deutscherseits eventuell darauf verzichtet werden können, aus Reval eine Marinestation zu machen. Nach der Sprachweise der Obersten Heeresleitung und der Marine ist Marinestation ein viel weitgehender Begriff wie Marinestützpunkt. Auf die Benutzung Revals als Marinestützpunkt soll nicht verzichtet werden.
- 4. Die Oberste Heeresleitung legt auf eine schnelle Klärung der Est- und Livländischen Fragen Wert, da sich die englische Propaganda in diesen Gebieten neuerdings besonders rührig zeige.
- 5. Die Oberste Heeresleitung wünscht, daß die russische Grenze möglichst am Ostufer des Peipussees verlaufen und uns gewisse Zugeständnisse hinsichtlich der Eisenbahn bei Dünaburg gemacht werden sollen. Sie ist sich darüber klar, daß dies über den Rahmen des Brester Vertrages hinausgeht und will sich darum nötigenfalls zu Gegenleistungen an anderer Stelle bereit finden lassen. Einzelheiten wird Major Brinkmann mitbringen, der sich Ende der Woche von hier nach Berlin begibt.

Wie Freiherr von Lersner mir sagt, laufen die Wünsche der Obersten Heeresleitung hinsichtlich Dünaburgs darauf hinaus, bei dieser Stadt einen Brückenkopf östlich der Düna zu gewinnen. Dies kam in der heutigen Besprechung nicht zum Ausdruck.

- 6. Die Oberste Heeresleitung bezeichnet als eine unbedingte militärische Notwendigkeit, die Donkosaken durch Geld und Waffen für uns zu gewinnen, um sie von einem Zusammenschluß mit den Tschecho-Slowaken gegen die Bolschewisten abzuhalten. Selbständigkeitsbestrebungen der Donkosaken sollen dadurch nicht gefördert werden. Sie will den Kosaken die Unterstützung unter der Hand gewähren, so daß die politische Leitung nichts davon zu wissen braucht und die militärischen Stellen nötigenfalls desavouieren kann.
- 7. General Ludendorff und Exzellenz von Capelle erklärten, daß es eine Lebensfrage für uns sei, das Petroleum aus Baku für uns nutzbar zu machen. Die rumäni-



Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-mi

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf

²⁰ Hauptarchiv des Auswärtigen Amtes, "Der Weltkrieg 15 Geh.", Mikrofilm in den National Archives, Washington, D. C., 1500/628475ff.

schen Vorkommen reichten nicht aus. Es sei also notwendig, weiter mit allen Mitteln zu verhindern, daß die Türken auf Baku vormarschierten. Außerdem müsse aber der Versuch gemacht werden, mit der russischen Regierung eine Einigung darüber zu erzielen, daß wir den Russen den Besitz von Baku garantierten und als Treuhänder für die Russen unsere Hand auf die dortigen Ölvorkommen legten. Die Ölfrage sei für uns so wichtig, daß wir nötigenfalls deutsche Truppen nach Baku schicken müßten. Seine Majestät der Kaiser, der die Wichtigkeit der Ölfrage hesonders unterstrich, wünschte, daß die Verhandlungen mit Joffe benutzt würden, um eine Vereinbarung im vorstehenden Sinne zu erzielen. Generalfeldmarschall von Hindenburg bat mich persönlich, das Interesse des Auswärtigen Amtes für diese "Lebensfrage" zu gewinnen.

- 8. Die militärischen Stellen rechnen mit der Möglichkeit einer plötzlichen neuen Aktion der Engländer gegen die Meerengen. Um für eine solche Eventualität gerüstet zu sein, wollen sie die den Russen abgenommenen Schiffe nutzbar machen. Den Eigentumsrechten der Großrussen oder der Ukrainer soll damit in keiner Weise präjudiziert werden. Die militärischen Stellen hätten sogar nichts dagegen einzuwenden, daß der einen oder der anderen Partei schon jetzt von uns Eigentumsrechte zugebilligt würden, wenn sie sich mit der vorübergehenden Benutzung der Schiffe einverstanden erkläre. General Ludendorff betonte, daß er keinerlei praktische Maßnahmen treffen wolle, bevor er mit Exzellenz Kriege gesprochen habe.
- 9. Die Oberste Heeresleitung brachte die Wünsche der deutschen Kolonisten in der Ukraine zur Sprache. Sie legt Wert darauf, die dienstwilligen Elemente unter den Kolonisten in die Armee einzustellen und bittet zu prüfen, ob solchen Leuten und eventuell auch ihren Angehörigen die Reichsangehörigkeit zugesichert werden könne. Auch diese Frage soll mit Exzellenz Kriege bei seinem bevorstehenden Besuch im Großen Hauptquartier erörtert werden.

gez. von Rosenberg

Dokument 6

Aus einem Brief des Kommerzienrats Litwin an Dr. Stresemann²¹

Berlin, den 10. August 1918

... Die andere Angelegenheit ist inzwischen, trotzdem der Vertrag fertig paraphiert ist, und der Gehilfe des Vertreters²² heute nach Moskau abreist, um die Genehmigung einzuholen, sehr ernst geworden. Meine Bedenken von vor 2 Monaten haben sich leider als richtig erwiesen, und es ist keine Zeit zu verlieren, damit die Sache nicht noch ernster wird. Ich habe von dem Vertreter verschiedene Vorschläge erhalten und ist meines Erachtens Ihre Anwesenheit, um mit der Badeverwaltung²³ zu verhandeln, absolut notwendig. Nur Sie sind in der Lage, den Mittelweg zum Eingreifen dort zu finden . . .

Dokument 7

Aus einem Brief Dr. Stresemanns an Oberstleutnant Bauer²⁴

Binz auf Rügen, den 8. August 1918

... Ich habe kürzlich in Berlin sehr ausführlich mit dem Grafen Bödingen und mit Herrn Leutnant Schlubach²⁵ über die schwebenden deutsch-russischen Verhandlungen gesprochen. Ich hörte zu meinem Bedauern, daß eine Einigung noch immer

- ²¹ Stresemann, "Nachlaß", 3077/136251 f.
- 22 Der "Gehilfe" ist wohl Krassin, der "Vertreter" Joffe.
- ²⁸ Damit ist wahrscheinlich die Oberste Heeresleitung gemeint.

Institut für
Zeitgeschichte
München-Berlin
vierteljaheshefte für
Zeitgeschichte

Jahrgang 3 (1955), Heft 1 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de nicht erzielt ist, weil man sich über gewisse Grundfragen nicht zu verständigen vermag. Meiner Auffassung nach würde eine Verständigung zwischen Rußland und Deutschland gegenwärtig von der größten außenpolitischen und innerpolitischen Wirkung sein. Rußland bietet uns, soweit ich unterrichtet bin, den Verzicht auf Estland, Livland und Georgien, sowie die Zahlung von 6 Milliarden Mark an Entschädigung für unsere im Kriege gehabten Verluste an, davon eine große Zahlung in Gold, die unseren Goldbestand der Reichsbank mehr stärken würde als es jahrelange Goldsammlungen zu tun vermögen. Was das wirtschaftliche Georgien für uns bedeutet, brauche ich gerade gegenüber dem evtl. Wirtschaftskampf nach dem Kriege nicht zu betonen. Wichtiger aber erscheint mir, daß wir aus dem Zwiespalt herauskommen, indem wir politisch sonst zu Estland, Livland und Georgien stehen. Da wir leider in dem Friedensvertrag vergessen haben, sofort die Grenze weiter zu legen, waren wir bei dem Beginn unserer Reichstagsverhandlungen, die mehr die russischen Ansprüche als die deutschen unterstützten, in der Gefahr, dem englischen Einfluß in der Ostsee Tor und Tür zu öffnen. Wir dürfen nicht gegenüber der Außenwelt in den Verdacht kommen, daß wir Verträge schließen und sie einseitig aufheben. Das muß uns in der öffentlichen Meinung der Welt schaden und deckt unsere Gegner ebenso moralisch, wie es die politische Situation derjenigen schwächt, die sachlich für die Ostpolitik der Obersten Heeresleitung eintreten. Deshalb würde ich das deutsch-russische Abkommen schon aus dem Grunde begrüßen, weil es freie Bahn schafft und uns einen Rechtsteil²⁸ gibt, an dem nicht zu zweifeln ist.

Daß Rußland angesichts dieser materiellen Konzessionen auch Gegenleistungen fordert, ist verständlich. Wir sind ja längst über die Linie hinausgegangen, die im Brester Frieden für den Süden Rußlands gezogen worden ist. Inwieweit militärische Notwendigkeiten uns dazu zwangen, vermag ich als Laie nicht zu beurteilen. Jedenfalls glaube ich aber mit Ihnen doch darin einig zu sein, daß wir gar keine Veranlassung haben, unsere militärische Kraft im Süden Rußlands zu verzetteln, wo wir den letzten Mann für die Westfront brauchen; wenn wir nicht so weitgehende Pläne haben, die etwa auf einen Zug nach Indien hinzielen, würde ich unmaßgeblich aus diesem Grunde einen Abbau der militärischen Besatzung von Südrußland durchaus begrüßen. Jedenfalls sind aber die Konzessionen, die Rußland jetzt zu geben bereit ist, so gut, daß demgegenüber berücksichtigt werden müßte, was wir aufgeben, wenn es zu einer Einigung mit der heutigen russischen Regierung nicht kommt.

Nun unterschätze ich keineswegs die anarchistischen Zustände in Rußland und bin mir darüber klar, daß die heutige Regierung außerordentlich gefährdet ist, gefährdet durch ihre eigenen Fehler. Ich bin mir auch darüber klar, daß es für Deutschland nicht sehr angenehm ist, mit einer Regierung wie der bolschewistischen Arm in Arm zu gehen. Man zeigt sich nicht gern mit einem Strolche unter den Linden. Aber ich überlege mir rein realpolitisch, was wir denn von einer anderen Regierung in Rußland zu hoffen hätten. Herr Miljukow, der sich jetzt als deutschfreundlich aufspielt, verlangte doch in Kiew gegenüber Herrn von Mumm ganz fröhlich die Revision des Brester Vertrages und äußerte sich neuerdings in einem Interview, daß Rußland sowohl auf Polen, wie auf kein anderes Gebiet verzichten könnte²⁷. Diese



²⁴ Stresemann, "Nachlaß", 3077/136264ff.

²⁵ Vertreter der O. H. L. bei den deutsch-russischen Verhandlungen.

²⁶ Offenbar verschrieben für Rechtstitel.

²⁷ Miljukow hatte als Außenminister der Regierung Lwow fungiert. Mumm war mit dem Rang eines Gesandten der Heeresgruppe Eichhorn in der Ukraine zugeteilt. Vgl. auch die abweichende Darstellung in: Helfferich a. a. O. III, S. 474. Über Miljukows Verhandlungen mit den Deutschen vgl. James Bunyan, Intervention, Civil War and Communism in Russia, Apr.—Dec. 1918 (Baltimore, 1936) S. 177ff.

Auffassung von Miljukow ist sicher keine persönliche, sondern gibt die Auffassung der ganzen rechtsstehenden Kreise wieder. Gewiß würden die Herren uns heute mit Jubel empfangen, wenn wir in Petersburg oder in Moskau einziehen, denn wir retteten sie aus sozialer Not und Verzweiflung. Wenn die Herren aber gestützt durch unsere Bajonette eine neue Regierung aufrichten, dann wird sobald die Not des Leibes und der Seele vorüber ist, mit der zurückkehrenden Beruhigung auch ihre ententistische Stimmung wieder wachsen. Trotzdem Herr Miljukow ja eigentlich das alte Rußland völlig wiederhergestellt sehen möchte, ist er mit seinen Anschauungen noch nicht einmal in seiner Partei durchgedrungen, vielmehr hat sich die Mehrheit gegen ihn erklärt. Wohin steuern wir also, wenn wir die bolschewistische Regierung stürzen und den rechtsstehenden Parteien zur Herrschaft verhelfen? Auf der einen Seite würden die unterdrückten Bolschewisten den Meuchelmord und den Terror zum Prinzip erheben und wir hätten in Rußland, falls wir mit unseren Truppen die neue Regierung stürzen, Verhältnisse zu bekämpfen, die voraussichtlich noch schwieriger sein würden als diejenigen der Ukraine. Der Frieden von Brest hinge vollkommen in der Luft, die Gefahr einer neuen Ostfront wäre stärker geworden als gegenwärtig.

Mir scheint es deshalb als wenn wir alle Veranlassung hätten zu einer weitgehenden wirtschaftlichen und politischen Verständigung mit der heutigen Regierung zu kommen, die jedenfalls unter keinen Umständen imperialistisch ist und die niemals mit der Entente zusammengehen kann, schon weil sie durch die Kraftloserklärung der Ententeanleihen einen unüberbrückbaren Wall zwischen sich und der Entente errichtet hat. Wird diese Gelegenheit versäumt und fällt die heutige russische Regierung, dann ist jedenfalls jede kommende Regierung mehr ententistisch als die jetzigen Machtinhaber und die Gefahr einer neuen Ostfront, die im Zusammenhang mit der fortgesetzten Verstärkung der Ententetruppen im Westen zu einer Lebensgefahr für Deutschland werden kann, rückt wieder in greifbare Nähe.

Mir scheint aus diesem Grunde, daß doch alles getan werden sollte, um die angebahnte deutsch-russischen [sic] Verständigung, die ja schon ziemlich paragraphiert war, möglichst bald zu Ende zu bringen. Sehen unsere Gegner, daß wir mit Rußland zusammengehen, dann werden sie die Hoffnung auf unsere Besiegung, die sie militärisch wohl längst aufgegeben haben, auch wirtschaftlich aufgeben und wir werden so dastehen, daß wir jedem Ansturm standhalten können und werden durch geschickte Ausnutzung eines solchen Faktums auch die innere Stimmung wieder auf die alte Siegeshöhe bringen können. Ich würde deshalb außerordentlich begrüßen, wenn diese Bestrebungen auch von der Obersten Heeresleitung Förderung erfahren könnten.

Sehr dankbar wäre ich Ihnen, sehr verehrter Herr Oberstleutnant, wenn Sie diese Gedanken auch dem General Ludendorff vortragen könnten . . .

Dokument 8

Aus einem Brief Ludwig Steins an Dr. Stresemann²⁸

Berlin, den 10. August 1918

... Helfferich und die Botschaft habe ich gesprochen, während der Staatssekretär noch krank zu Bette liegt. Die Ostfrage hat in der Tat eine Wendung genommen, die Ihre Befürchtungen rechtfertigt. In Bezug auf Rostow am Don sind weder Ihre Vorschläge, noch die der russischen Botschaft angenommen worden. Es heißt viel-

²⁶ Stresemann, "Nachlaß", 3077/135887. Der Brief Stresemanns an Stein fehlt im "Nachlaß".



mehr im Vertrage, daß Rostow erst von den deutschen Truppen befreit werden soll, wenn es die militärische Lage gestattet. Herr Joffe hat zwar den Vertrag noch nicht unterschrieben, scheint aber nicht abgeneigt, ihn gutzuheißen, während Herr Krassin ein unbedingter Gegner dieser Fassung ist und morgen sich nach Moskau begibt, um Lenin und Trotzki zu veranlassen, gegen diese Fassung Stellung zu nehmen. Krassin als Techniker behauptet, die Sowjetregierung sei nicht imstande, ihren Lieferungsverträgen nachzukommen, wenn man nicht das Naphthabecken in Baku und das Kohlenbecken im Dongebiet freimacht. Ohne Transportmöglichkeit können Lieferungen nicht eingehalten werden. Die Japanintervention beunruhigt die russische Botschaft weniger, weil sie Sibirien sowieso nicht mehr für behauptungsfähig hält. Ich sehe die japanische Intervention mit anderen Augen an und hege daher schwere Besorgnisse, daß wir in Rußland eine neue Front bekommen. Die strategische Lage im Westen verschärft meinen Pessimismus...

Meinem heutigen Eilbrief muß ich noch einige Zeilen beilegen²⁹, nachdem ich mit Exz. Helfferich ausführlich gesprochen habe. Eine gewisse Zurückhaltung mußte er sich auch nachmittags noch auferlegen, da er Exz. von Hintze, der einen neuen Rückfall in die spanische Krankheit bekommen hat, heute auf ärztliches Geheiß noch nicht sehen konnte. Immerhin erfuhr ich genug, um die Stimmung zu rechtfertigen, aus welcher heraus mein heutiger Brief geschrieben ist. H.[elfferich] kehrt nicht nach Moskau zurück, weil er dort sich nicht auf der Straße zeigen kann. Moskau ist sozialrevolutionär unterwühlt. In Aussicht ist eine Verlegung nach Petersburg genommen oder eine sonstige Stadt im besetzten Gebiet. [Der nächste Satz ist unleserlich. D. Herausg.] Bezüglich Rostows hat er sich [Mehrere Wörter unleserlich. D. Herausg.] mit Tschitscherin und Lenin verständigt, so daß Krassins Bedenken, von denen ich heute schrieb, hinfällig sind und durch die Tatsachen überholt werden.

Dokument 9

Aus einem Brief Dr. Stresemanns an Graf Keßler⁸⁰

Binz auf Rügen, den 15. August 1918

... Meine nochmalige Herreise, zu der ich mich vorgestern abend entschloß, erfolgte aus dem Grund, weil ich einmal zu der Überzeugung kam, daß in der Ostfrage alles von mir getan worden ist, womit ich in die Goschehnisse im Sinne unserer Anschauungen eingreifen konnte. Ich habe mit Payer, Deutelmoser, Oberstleutnant Bauer und Schlubach ausführlich gesprochen, habe die gesamte mir nahestehende Presse in einem anderthalbstündigen Vortrage unterrichtet und habe durch die Unterredung im Lokalanzeiger auch der Öffentlichkeit gegenüber meine Stellung dargelegt. Wir müssen nun abwarten wie die Dinge sich gestalten, und da ich nach drei Tagen wieder in Berlin sein werde, wäre ich alsdann auch in der Lage, erneut einzugreifen, falls es notwendig sein sollte. Ich hatte aber weiter die Absicht hier auf Rügen noch mit Herrn Freiherrn von Maltzahn zu sprechen, der, wie Sie wissen, der Vertrauensmann des Kronprinzen ist und mit dem ich die gegenwärtige Lage erörtern wollte. Schließlich will ich nicht verhehlen, daß mir ein anderer Gedanke der [sic] Unterbrechung meines Berliner Aufenthaltes wünschenswert erscheinen ließ. Herr L. **1 übergab mir einige Depeschen **2*, die von der russischen Botschaft



²⁹ Dieses Postskriptum ist in Steins Handschrift und teilweise vollkommen unleserlich.

^{**} Stresemann, "Nachlaß", 3077/135916ff.

^{*1} Wohl Litwin.

^{*2} Vgl. Dokumente 10 und 11.

Dokumentation

in Berlin nach Moskau gesandt worden sind. In diesen Depeschen spiele ich eine zu große Rolle. L. läßt gewissermaßen durch mich Erklärungen der Badediener⁸³ abgeben und behandelt die ihm gegebenen Mitteilungen in einer Art, die mir wenig wünschenswert erscheint, zumal ich gegenüber dem Abgeordneten Erzberger bei den Verhandlungen der Mehrheitsparteien mit den Polen die Ansicht vertreten habe, daß das Parlament sich in schwebende Verhandlungen nicht einmischen will. Es kann auch durch die Form zu leicht der Eindruck erweckt werden, als wenn ich gewissermaßen für die russischen Interessen arbeite, obwohl unsere ganze Aktion selbstverständlich nur vom deutschen Standpunkt aus eingegangen ist...

Dokumente 10 und 11

Telegramme der sowjetischen Botschaft in Berlin⁸⁴

Abschrift

96

13. August

Moskau, Genosse Tschitscherin

Es besuchte mich heute gegen 7 Uhr abends Herr Litwin und teilte mir mit, daß Dr. S. mit dem Vizekanzler P. heute Rücksprache genommen habe. Letzterer ist ebenso wie alle anderen für eine vollständige Verständigung mit der Sowjetregierung. Die Ansichten des Herrn S. sind dem Genossen Joffe gut bekannt. Die OHL ebenso wie das AA wünschen nichts anderes als eine völlige Verständigung mit Rußland. Man darf den heutigen unfreundlichen Artikeln der Presse (Berl. Tagebl., Kreuzzeitung u. a.) irgendwelche Bedeutung nicht beimessen. Für morgen sind die Vertreter der Presse eingeladen, um sie vor sowjetregierungsfeindlichen Ausfällen zu warnen und sie dazu zu bestimmen, die öffentliche Meinung in regierungsfreundlichem Sinne zu bearbeiten. Litwin, der verreisen mußte, bleibt hier, bis Herr Joffe ihm Nachricht über die Lage geben wird. Herr Dr. S. bleibt ebenfalls hier. Sie bitten beide zu glauben, daß hier keine Gefahr oder Komplikationen drohen. Litwin und Dr. S. erwarten den dortigen Anruf.

gez. Solomon.

Chiffriert

Genosse Joffe und Tschitscherin

Litwin teilt weiter mit, daß seines Wissens nach gegen Alexejew⁸⁵ seitens der Obersten Heeresleitung umgehend nach Ratifizierung des Vertrages energische militärische Maßnahmen vorgenommen würden, die den Erfolg sichern. Was das Murmangebiet anbetrifft, so ist ein schnelles Vorgehen absolut notwendig, und fragte man mich, auf welchem Wege man schnellstens deutsche Truppen nach dem Murman bringen solle, da der Weg durch Finnland doch sehr lange Zeit in Anspruch nehmen würde. Auf meine Frage, wie die deutsche Regierung sich dazu stellen würde, wenn wir den Durchmarsch der deutschen Truppen durch Petrograd und Wologda erlauben würden, unter der Bedingung, daß diese beim Durchmarsch durch russisches Gebiet unter dem nominellen Kommando eines russischen Offiziers stehen würden, wurde geantwortet, daß er denke, daß diese Lösung wahrscheinlich deutscherseits

³⁵ Führer der anti-bolschewistischen Freiwilligenarmee in der Ukraine. Vgl. auch Carr a. a. O. III, S. 83, Note 4; Helfferich a. a. O. III, S. 465 ff.



Jahrgang 3 (1955), Heft 1 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

³³ Wahrscheinlich Auswärtiges Amt und O. H. L.

⁸⁴ Stresemann, "Nachlaß", 3077/135986. Es handelt sich bei den Dokumenten 10 und 11 um die in Dok. 9 erwähnten "Depeschen", die L. an Stresemann gab. Wie sie in L.s Hände gerieten, geht aus dem "Nachlaß" nicht hervor.

angenommen würde, und will den Vorschlag weitergeben, nachdem Sie sich damit einverstanden erklärt haben werden. Litwin fragt darauf, ob es in bejahendem Falle erwünscht sei, daß den deutschen Truppen eine Anzahl Sowjettruppen beigegeben würde.

gez. Solomon

Dokument 12

Kommerzienrat Litwin an Dr. Stresemann³⁶

Berlin, den 23. August 1918

... Ich habe heute Merkwürdiges erlebt. Schlobach [sic] rief mich gestern abend an und bat mich, auf Joffe einzuwirken, in der Baku-Angelegenheit nachzugeben. Ich war heute früh bei Geheimrat N. 87 und erfuhr, daß noch große Schwierigkeiten bestehen, da angeblich Joffe die Unterzeichnung des Vertrages verzögere und daß es nicht ausgeschlossen ist, daß der Vertrag, wenn Joffe nicht nachgebe, überhaupt nicht zum Abschluß komme. Ich ging darauf zu Joffe und erfuhr von ihm, daß die Formulierung, die Exzellenz K.38 ihm gestern vorgelegt hat, und zwar "daß die Deutsche Regierung dafür eintreten wird, daß die Türken hinter ihre Demarkationslinie zurückgehen werden" befriedigt hat und er gestern bereit war, den Vertrag zu unterschreiben. Der Staatssekretär, mit dem er gleichzeitig sprach, sagte ihm aber, er solle mit der Unterzeichnung des Vertrages noch warten, bis er die Gewißheit habe, daß er auch dies Versprechen durchsetzen wird. Also ist der Vertrag nicht auf Veranlassung von Joffe, sondern von dem Staatssekretär aus eigener Initiative noch hinausgezogen worden. Diese ehrliche und offene Aussprache des Staatssekretärs hat auf Joffe einen tiefen günstigen Eindruck gemacht. Er sieht jetzt ein, daß die deutsche Regierung es mit ihrem Vorhaben ernst meint. Also war Herr Geheimrat N. absolut nicht unterrichtet. Herr Joffe erklärte mir, daß er die Angelegenheit als in vollster Ordnung betrachte und daß ich ruhig meine Ferien antreten kann.

Ich gebe Ihnen dies zu Ihrer Orientierung.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie Gelegenheit nehmen würden, den Staatssekretär zu bitten, mir das E[iserne] K[reuz] zu verleihen, worauf ich besonders Wert lege. Ich glaube dies besser durch den Staatssekretär direkt als durch Herrn Geheimrat N. zu tun. Im übrigen werden Sie selbst am besten wissen, durch wen dies besser zu machen ist.

Ich lege besonderen Wert darauf, daß bei der weiteren Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse mit Großrußland ich in irgend einer Form herangezogen werde, wo ich meine Erfahrungen, die ich mit der Ausfuhr GmbH. gemacht habe, verwerten könnte. Die Fehler, die wir in der Ukraine gemacht haben, dürfen unter keinen Umständen in Großrußland wiederholt werden. Ich traue mir zu, die ganze Sache zum Wohle Deutschlands machen zu können und gleichzeitig peu a peu zu einem militärischen Bündnis mit Rußland zu kommen; es muß sehr langsam und geschickt gemacht werden und ist meines Erachtens das Hauptziel. Herr Krasin [sic] ist, wie Sie wissen, mit mir in letzter Zeit befreundet geworden und da er zum Handelsminister ernannt wurde, werde ich durch ihn eine ganz glatte Geschäftsentwicklung durchführen...

Vierteljahrshefte 1/7



Jahrgang 3 (1955), Heft 1

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf

⁸⁶ Stresemann, "Nachlaß", 3077/135973ff.

⁸⁷ Nadolny.

^{\$8} Kriege.

98

Dokumentation

Dokument 13

Aus einer Aufzeichnung Dr. Stresemanns 28

... Der Staatssekretär wandte sich seinerseits auch dagegen, daß es Kreise gebe, welche ein Zusammengehen Deutschlands mit der Bolschewiki-Regierung als einen Schaden bezeichneten. Er lehne eine derartige Kritik entschieden ab. Deutschland sei nicht dazu berufen, den Schulmeister für die Welt abzugeben. Unser Hauptinteresse sei, dafür zu sorgen, daß keine neue Ostfront entstände. Gegenüber den Behauptungen, daß die heutige russische Regierung sich nicht mehr lange halten würde, wies er darauf hin, daß sie tatsächlich noch bestände, während sie schon oft totgesagt worden sei. Ob die Monarchisten in Rußland wirklich zur Herrschaft kämen, sei sehr zweifelhaft, zumal die besitzenden Klassen nicht leicht zur Revolution aufgepeitscht werden könnten. Des weiteren verteidigte Herr von Hintze die Randstaatenpolitik im Norden aus Gründen der Zukunftssicherung gegen ein wieder erstarktes Rußland, betonte dagegen, daß unser Einschreiten im Süden Rußlands nicht politischen Gründen entspringe, da wir keinerlei Interessen dort wahrzunehmen hätten, sondern daß uns nur die harte Kriegsnotwendigkeit (Getreideerzeugung etc.) dazu gezwungen haben. Die Schaffung einer selbständigen Ukraine sei nicht ein deutsches Ziel gewesen, sondern von Osterreich gefordert worden. Die Lebhaftigkeit, mit der Hintze, der in der Verhandlung einen sehr guten Eindruck machte, sich gegen die Kritik an unserem Zusammengehen mit den Bolschewisten wandte, richtete sich, wie allgemein angenommen wurde, gegen Dr. Helfferich, der sich bemüht haben soll, die Politik Hintzes zu durchkreuzen, aber im Hauptquartier damit gegenüber Hintze unterlag 40

Dokument 14

Aus dem Protokoll der Sitzung des Preußischen Staatsministeriums vom 3. September 1918⁴¹

... Herr Unterstaatssekretär Dr. Frhr. von dem Bussche bedauerte zunächst, daß diese Ausführungen aus den vom Herrn Ministerpräsidenten bereits mitgeteilten Gründen nicht von dem Herrn Staatssekretär von Hintze persönlich gemacht werden könnten, der durch seinen langjährigen Aufenthalt in Rußland ein hervorragender Kenner dieses Landes sei. Wir müßten Rußland gegenüber die Politik befolgen, die verhindere, daß dort eine neue Front gegen das Deutsche Reich entstehe. Deshalb seien wir zurzeit auch genötigt, uns mit den Bolschewisten abzufinden und weiter mit ihnen zu verhandeln. Das würde von manchen Seiten der Regierung zum Vorwurf gemacht, von denen gefordert werde, daß wir die Kadetten oder sonstige gegenrevolutionäre Parteien ans Ruder bringen sollten. Einem solchen Rate zu folgen sei aber bedenklich, denn alle diese Organisationen hätten nach der Kenntnis der russischen Verhältnisse im Auswärtigen Amte tatsächlich mehr oder weniger nichts hiuter sich. Sie hätten aber übereinstimmend alle die Absicht, den Brester Frieden wieder zu beseitigen. Das sei aber ein Ziel, welches wir unter allen Umständen bekämpfen müßten. Wir müßten daher mit den Bolschewiken gehen, solange sie noch am Ruder seien. Die Hauptaufgabe der Regierung bleibe immer: keine neue Ostfront. Diesem Bestreben seien auch die kürzlich abgeschlossenen Ergänzungsverträge entsprungen, deren Ratifikation bevorstehe . . .



Jahrgang 3 (1955), Heft 1

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

⁸⁹ Stresemann, "Nachlaß", 5077/155983ff. o. D. — Es handelt sich hier um einen Bericht Stresemanns über Äußerungen Hintzes in einer Konferenz der Fraktionsvorsitzenden des Reichstags, kurz vor der Unterzeichnung der deutsch-russischen Verträge.

⁴⁰ Vgl. Helfferich a. a. O. III, S. 490. — S. auch Helfferichs Abschiedsgesuch vom 30. Aug. 1918 in der Festschrift für H. v. Srbik, S. 397 ff.

⁴¹ Mikrofilm, National Archives, Washington, D. C. 1613/675392ff.

Forschungsberichte

IDEOLOGIE UND MACHTPOLITIK ALS DISKUSSIONSTHEMA DER AMERIKANISCHEN AUSSENPOLITISCHEN LITERATUR

Infolge der Vieldeutigkeit, aber auch Bedeutsamkeit, welche der Begriff der "Ideologie" im Laufe seiner etwa 150jährigen Geschichte gewonnen hat, ist ihm in jüngster Zeit eine beträchtliche Anzahl von anregenden Erörterungen gewidmet worden¹.

In der wissenschaftlichen Diskussion über Grundfragen der amerikanischen Diplomatie verschlingt sich dieses Thema zunächst einmal mit dem des spezifischen Dilemmas demokratischer Außenpolitik. Schon Alexis de Tocqueville betonte in dem der auswärtigen Politik gewidmeten Kapitel seines Buches De la Démocratie en Amérique die Ungeeignetheit demokratischer Regime, eine stabile Außenpolitik zu verfolgen, sowie ihre Tendenz, sich von Gefühlen eher als von Überlegungen der Vernunft leiten zu lassen?. In Weiterführung dieser kaum bestrittenen Feststellung ist neuerdings viel über die Stellung der demokratischen Öffentlichkeit und der demokratischen Kontrolle gegenüber der amerikanischen Außenpolitik geschrieben und gesprochen worden3. Für eine ideologiekritische Betrachtung, die an diesem Dilemma orientiert ist, werden dabei folgende Gesichtspunkte geltend gemacht:

1. Die Feinheiten außenpolitischer Strategie entziehen sich in sehr vielen Fällen dem Verständnis des großen Publikums; um die Unterstützung der öffentlichen Meinung muß mit allgemeinen Prinzipien geworben werden.



Jahrgang 3 (1955), Heft 1

¹ S. zuletzt in dieser Zeitschrift (II, 2) den Aufsatz von Eduard Spranger.

² 1. Band, 2. Teil, 5. Kapitel, letzter Abschnitt.

³ Vgl.: Lester Markel (Hrsg.), Public Opinion and Foreign Policy, für den Council on Foreign Relations publiziert von Harper & Brothers, New York, 1949; eine soziologische Studie bietet Gabriel A. Almond, The American People and Foreign Policy (New York, 1950, eine Veröffentlichung des Yale Institute for International Studies). Ein Symposion über das demokratische Dilemma in der Außenpolitik, "Can Foreign Policy Be Democratic?" mit einem Nachwort von Prof. Thomas A. Bailey, "The Dilemma of Democracy", erschien in der (inzwischen eingestellten) Zeitschrift American Perspective, II (1948-49), S. 147-181 und 211--217; der kumulative Effekt, den die Probleme der Demokratie und der amerikanischen Verfassung auf die auswärtige Politik haben, wird erörtert von Hans J. Morgenthau, "The Conduct of American Foreign Policy", in H. J. Morgenthau und Kenneth W. Thompson, Principles and Problems of International Politics (New York: A. A. Knopf, 1950). Einen Einblick in die neuesten Entwicklungen der Problematik von Verfassung und Außenpolitik geben: Daniel S. Cheever and H. Field Haviland, Jr., American Foreign Policy and the Separation of Powers (Cambridge: Harvard Univ. Press, 1952), William Y. Elliott, United States Foreign Policy: Its Organization and Control (New York: Columbia Univ. Press, 1952) (der Bericht einer Studiengruppe, die u. a. Arthur Schlesinger, Jr., und George F. Kennan einschloß; etwas uneinheitlich), und das Symposion der American Academy of Political and Social Science über "Congress and Foreign Relations", Annals of the American Academy . . ., Band 289, September 1953.

- 2. Obwohl dem Bewußtsein von der Einzigartigkeit des "amerikanischen Experimentes in Demokratie"⁴, d. h. also der Jeffersonschen Tradition des "American Dream", von Anfang an das machtorientierte Konzept der Hamiltonianer gegenüberstand, setzte sich letzteres, vor allem wegen der günstigen Sicherheitslage der Vereinigten Staaten, bis in die jüngste Vergangenheit hinein nicht durch.
- 5. Unter den Bedingungen der amerikanischen Demokratie wurde der ideologische Faktor unterstützt durch eine wirtschaftlich orientierte Betrachtungsweise. Sie wurzelt, außer in der besonderen Sicherheitslage, in der die einwandernden Schichten beherrschenden Motivation, in den Antrieben ferner auf wirtschaftliche Erschließung eines ganzen Kontinents, sowie in der Herrschaft des Liberalismus über die westliche Welt.

Aber abgesehen von den an diese strukturellen Fragen anknüpfenden Erörterungen macht sich ein Drang zur systematischen Analyse auch in der pragmatischen Geschichtsschreibung zur amerikanischen Außenpolitik geltend. Samuel F. Bemis' (Yale Aufsatz The Shifting Strategy of American Defense and Diplomacy⁵ spiegelt die neue und jetzt herrschende Tendenz wider, die Entwicklung der amerikanischen Außenpolitik auf der Grundlage der Konzepte der Sicherheit und des Gleichgewichts der Macht zu sehen. Die günstige Lage unter dem Schutz Englands hat diese Konzepte nur zeitweise verhüllt. Für Bemis ist es daher F. D. Roosevelts größter Anspruch auf den Titel eines Staatsmanns, daß er, im Unterschied zu Wilson, "die amerikanische Staatsraison, die lebenswichtige Beziehung der Vereinigten Staaten zum Gleichgewicht der Macht, beim Ausbruch des zweiten Weltkrieges sah. "Auch die Werke von Dexter Perkins", The Evolution of American Foreign Policy (New York: Oxford University Press, 1948) und The American Approach to Foreign Policy (Cambridge: Harvard Univ. Press, 1952), betonen die Unvermeidbarkeit des Machtfaktors in der Weltpolitik und die zugestandenermaßen sehr extensive Interpretation des "Sicherheits"-Konzepts durch die Vereinigten Staaten. Perkins bemerkt nicht zu Unrecht, daß "Sicherheit" selbst zur Ideologie werden kann. -

⁶ Perkins (Prof. emeritus, Univ. of. Rochester) ist der bedeutendste Spezialist der Geschichte der Monroe-Doktrin. Seine vielen Studien sind zusammengefaßt in Hands Off. A History of the Monroe Doctrine (Boston, Little, Brown & Co., 1941).



⁴ Für den Einfluß der Aufklärungsphilosophie auf den Beginn der amerikanischen Außenpolitik zur Zeit der Unabhängigkeitserklärung siehe den bemerkenswerten Außatz von Felix Gilbert, "The "New Diplomacy" of the Eighteenth Century", in World Politics (Vierteljahrsschrift herausg. vom Center for International Studies der Universität Princeton), IV (1951–52), S. 1–38.

⁵ Veröff. zuerst in Virginia Quarterly Review, XXIV (Sommer 1948), S. 321—35, und revidiert in Essays in History and International Relations in Honor of George Hubbard Blakeslee, hrsg. v. Dwight E. Lee und George E. McReynolds (Worcester, Mass.: Clark University, 1949). Bemis ist der Autor der besten allgemeinen diplomatischen Geschichte der Vereinigten Staaten (Diplomatic History of the United States, rev. Aufl. 1950), der Standardwerke The Diplomacy of the American Revolution, 2. Aufl. 1937, The Latin American Policy of the United States, 1943, und vieler Spezialstudien.

Der "dynamische Charakter" dieses Konzepts, "angefeuert von einem Gefühl der nationalen Größe" wird in den bemerkenswerten Arbeiten des diplomatischen Historikers der University of Southern California, Richard V. Van Alstyne, untersucht, vor allem in American Diplomacy in Action (Stanford University Press, 1944): Van Alstyne bietet hier eine systematische Untersuchung solcher Begriffe wie "Sicherheit", "Expansion", "Manifest Destiny", "Gleichgewicht der Macht", "Kollektive Sicherheit", "Neutrale Rechte" und "Isolation". -Theoretische Begründungen der Ausdehnungspolitik werden in hervorragender Weise von Albert K. Weinberg in Manifest Destiny, A Study of Nationalist Expansionism in American History (Baltimore: Johns Hopkins Press, 1935) behandelt. Dieses über 550 Seiten starke, mit ausführlichsten Quellenangaben versehene Werk stellt ein Musterbeispiel für die Kombination historischer und ideologiekritischer Methode dar. Die Unzahl der ideologischen Erklärungen vom "Naturrecht auf Sicherheit", über die "geographische Prädestination", die "Ausbreitung des Herrschaftsgebietes der Freiheit", das "natürliche Wachstum", die "politische Affinität" bis zur "internationalen Polizeigewalt" erweist die Gültigkeit von James Madisons Feststellung (in Nr. 10 des Federalist), daß "die Ansichten und die Leidenschaften des Menschen einander so lange beeinflussen werden, als die Verbindung zwischen seiner Vernunft und seiner Eigenliebe bestehen bleibt".

Vollends auf das zentrale Begriffspaar dieses Forschungsberichts gerichtet (wenn auch im zeitlichen Rahmen begrenzter) ist das Werk von Robert E. Osgood, Ideals and Self-Interest in America's Foreign Relations. The Great Transformation of the Twentieth Century (Univ. of Chicago Press, 1953). Dr. Osgoods Buch analysiert die Ansichten von Amerikas führenden Staatsmännern seit 1898 über Isolation oder Intervention, nationalen Egoismus oder internationalen Altruismus, Realismus und Utopismus. Er versucht schließlich die Grundlagen einer Sollenslehre der internationalen Beziehungen zu legen, einer "philosophy of international relations". Die Erkenntnis der machtpolitischen Realitäten der auswärtigen Politik soll zu einer, wenn auch nie spannungslosen, Harmonie mit dem Glauben an allgemein menschliche Ideale verbunden werden.

Die bisher besprochenen Werke, und mit besonderer Deutlichkeit Osgoods Buch, liefern reichliches Material für ein Phänomen, das Reinhold Niebuhr die "schizophrene" Haltung der amerikanischen Kultur zum Problem der Macht genannt hat. Der vorliegende Bericht stellt es sich lediglich zur Aufgabe, die wichtigsten theoretischen Vertreter der großen Debatten zwischen "Idealisten" und "Realisten" um die Gestaltung von Amerikas internationalen Beziehungen zu besprechen. Daß es sich dabei um keine rein akademische Angelegenheit handelt, zeigt das Beispiel dreier aktiver Staatsmänner. Die nachgelassenen Papiere des ehemaligen amerikanischen Verteidigungsministers James Forrestal⁸ werfen manches grelle



⁷ Reinhold Niebuhr, The Irony of American History (New York: Charles Scribners Sons, 1952), S. 5.

^{*} Walter Millis, Hrsg., The Forrestal Diaries (New York: Viking Press, 1951), S. 6.

Licht auf den tiefen Konflikt, den er selbst in einer Notiz aus dem Jahre 1944 in den Worten kennzeichnet: — "Unser Problem — die Anpassung zu finden zwischen der Macht, die wir jetzt besitzen, unserem Widerstreben, sie positiv anzuwenden, der realistischen Notwendigkeit für eine solche Anwendung, und unseren nationalen Idealen." — Einen mittleren Lösungsversuch für dieses "Problem" bezeichnen die Worte, die Präsident F. D. Roosevelt in seiner Botschaft vom 6. Januar 1945 an den Kongreß richtete⁹:

"In der zukünftigen Welt darf der Mißbrauch der Macht — wie er in dem Ausdruck "Machtpolitik" angedeutet ist, nicht ein beherrschender Faktor in den internationalen Beziehungen sein . . . Wir können nicht leugnen, daß Macht ein Faktor in der Weltpolitik ist, genau so wenig wie wir ihre Existenz in der Innenpolitik leugnen können. Aber in einer demokratischen Welt, genau so wie in einer demokratischen Nation, muß Macht mit Verantwortung verknüpft und verpflichtet werden, sich im Rahmen des Allgemeinwohls zu verteidigen und zu rechtfertigen."

Ganz eindeutig auf der Seite der "Idealisten" hingegen stand der Staatssekretär Cordell Hull, dessen Memoirs (2 Bde., New York: Macmillan, 1948) beredtes Zeugnis seines Wilson sehr verwandten Glaubens sind. Nach der Gründung einer Organisation der kollektiven Sicherheit, so sagte er bei seiner Rückkehr von der Moskauer Konferenz 1943¹⁰, "wird es keine Notwendigkeit mehr für Einflußsphären, für Allianzen, für ein Gleichgewicht der Macht oder für irgendeine andere jener besonderen Einrichtungen geben, mit deren Hilfe in der unseligen Vergangenheit die Nationen ihre Sicherheit zu erhalten oder ihre Interessen zu fördernstrebten".

Hulls Äußerungen charakterisieren jene große Strömung des Wilsonschen Idealismus oder der "legalistisch-moralistischen Einstellung" zur auswärtigen Politik, um George F. Kennans Ausdruck vorwegzunehmen, die in der Zwischenkriegszeit, trotz und neben dem Zynismus der enttäuschten Perfektionisten, eine große Rolle spielte. Man denke an Nicholas Murray Butler, langjährigen Präsidenten der Columbia University und der Carnegie Stiftung für den Internationalen Frieden, an seine Mitarbeiter in der Carnegie Stiftung, den Historiker und Professor an der Columbia University James Shotwell und den Völkerrechtler James Brown Scott. ¹¹ Ihre Anschauung lief auf die Gleichsetzung von auswärtiger Politik mit Fortschritt der internationalen Organisation sowie Ausbau des Völkerrechts hinaus. Das Interesse am Mechanismus internationaler Organisation absorbierte fast vollständig

Zeitgeschichte

Zeitgelchichte

Jahrgang 3 (1955), Heft 1 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

⁹ The Public Papers and Addresses of Franklin Delano Roosevelt, hrsg. von Samuel I. Rosenman (15 Bde., New York: Random House, Macmillan, Harper& Brs., 1938—1950), XIII, 498 S.

¹⁰ Memoirs, II, S. 1314-15.

¹¹ Vgl. bes.: Nicholas Murray Butler, Across the Busy Years (2 Bde., New York, 1940); James T. Shotwell, War as an Instrument of National Policy and its Renunciation in the Pact of Paris (New York, 1929); idem, The Great Decision (New York, 1944); idem, "The Faith of an Historian", in Saturday Review of Literature, XXXIV (29. Dezember 1951), S. 6-7, 24-26. Vgl. auch über die Carnegie Stiftung "A Brief Review of Thirty-Five Years of Service Toward Developing International Understanding", in International Conciliation, Nr. 417 (Januar 1946), S. 17-39.

andere Fragestellungen. Forschung und Lehre auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen hatten die Tendenz, alles "Internationale" als gut, alles "Nationale" prinzipiell als rückschrittlich zu bewerten¹². Diese geistige Strömung feierte ihren größten Triumph im Abschluß des Briand-Kellogg-Paktes. Eine ausgezeichnete Studie, die den maßgebenden Einfluß von Butler und Shotwell auf die Entstehung des Paktes und das allgemeine geistige Klima der Kriegsächtungsbewegung schildert, ist das gründlich dokumentierte Werk von Robert H. Ferrell, Peace in Their Time. The Origins of the Kellogg-Briand Pact (New Haven: Yale University Press, 1952).

Die "Realisten" der Zwischenkriegszeit waren demgegenüber nicht etwa primär machtpolitisch orientierte Denker, sondern die Anhänger einer ökonomischen Interpretation der Geschichte. Diese Strömung erreichte ihren Höhepunkt Mitte der dreißiger Jahre durch die sensationellen, oder mindestens sensationell aufgemachten "Enthüllungen" des Nye-Committees, wonach "big business" Amerika in den ersten Weltkrieg hineingestoßen habe. Turmhoch über dieser Primitivität stand Charles A. Beard¹⁸, und doch war er letzten Endes der gleichen Tendenz verschrieben. Er wirkte bahnbrechend mit seiner An Economic Interpretation of the Constitution (1913), einem Angriff auf die traditionelle formalistisch-konstitutionelle Schule der Verfassungsgeschichte, und ebenso auf dem Gebiet der auswärtigen Politik, mit seinem Werk: The Idea of National Interest. An Analytical Study of American Foreign Policy (New York: Macmillan, 1934), gefolgt von einer Programmschrift für die Gegenwart, The Open Door at Home: A Trial Philosophy of National Interest (New York: Macmillan, 1934). Beard legte dar, daß, was bisher als "nationale Interessen" Amerikas ausgegeben wurde, eigentlich "subnationale" Interessen bestimmter, jeweils an der Macht befindlicher Segmente der amerikanischen Gesellschaft waren. Seine Interpretation der amerikanischen Außenpolitik als Ausdruck wirtschaftlicher Gruppen- oder Klasseninteressen kann – außer auf europäische literarische Einflüsse wie die von John A. Hobson – auf drei verschiedene Grundlagen zurückgeführt werden: Erstens schien ihm die Sicherheit der Vereinigten Staaten nicht im geringsten fraglich¹⁴. Ein zweiter Grund liegt in Beards Überzeugung, daβ die amerikanische Nation "einen republikanischen, weltlichen und wesentlich wirtschaftlichen Charakter hat". Drittens war Beard außerstande, irgendwie an eine nichtwirtschaftliche Motivation menschlichen Verhaltens zu glauben¹⁵. Erst in den letzten Jahren seines Lebens (er starb 1948) führten ihn das Erlebnis des zweiten



¹² Siehe die zwei sehr aufschlußreichen Aufsätze von William T. R. Fox, "Interwar International Relations Research: The American Experience", in World Politics, II (1949-50), S. 67-79 und Kenneth W. Thompson, "The Study of International Politics: A Survey of Trends and Developments", in The Review of Politics, XIV (1952), S. 433-467.

¹⁸ Siehe seine Kritik des Nye-Committee in: The Devil Theory of War (New York: Vanguard Press, 1936).

¹⁴ Die einzige Stelle in seinem Werk, wo er sporadisch auf das Sicherheitsproblem eingeht, ist The Open Door at Home, S. 258.

¹⁵ Vgl. z. B. The Idea of National Interest, S. 514.

Weltkrieges, das Schauspiel der totalitären Regime in Europa und wohl auch das Wachstum einer dem Staatsganzen dienenden Bürokratie unter dem New Deal zu dem offenen Eingeständnis, daß "wirtschaftliche Kräfte nur in der Abwesenheit militärischer Gewalt frei operieren können¹⁸".

Beards späte Entdeckung des Primates der politischen und militärischen Macht ist seinen letzten zwei großen Werken über amerikanische Außenpolitik, American Foreign Policy in the Making (New Haven: Yale University Press, 1946) und President Roosevelt and the Coming of the War 1941 (New Haven: Yale University Press, 1948), indessen nicht mehr zugute gekommen. Sein emotionsgeladener Isolationismus trieb ihn in Enttäuschung und Haß, die alle Schuld an Amerikas Teilnahme am Krieg auf Roosevelt häuften¹⁷.

Hingegen lenkte im Juli 1941 ein Vortrag der Amerikanischen Akademie für Politische und Gesellschaftswissenschaften über "Machtpolitik und Demokratie" die Aufmerksamkeit der Hörerschaft auf die neue aus dem Boden geschossene Strömung¹⁸. Natürlich war sie nicht ohne – vereinzelte – Vorgänger. Schon 1924 erschien ein Buch des Publizisten Paul Scott Mowrer, Our Foreign Affairs: A Study in National Interest and the New Diplomacy (New York, Dutton & Co.), dessen Nüchternheit sich vorteilhaft nicht nur von dem Moralismus und Legalismus der Wilson-Schule, sondern auch von dem Expansionismus oder Darwinismus von "machtpolitischen" Schriftstellern der Jahrhundertwende, wie Admiral Mahan oder H. H. Powers, abhob.

Sehr viel gröber kam die realistische Wendung zur Geltung in dem Aufsehen erregenden Werk von Nicholas John Spykman, America's Strategy in World Politics. The United States and the Balance of Power (New York: Harcourt, Brace & Co., 1942). Spykman, von 1928 bis zu seinem Tode 1943 Professor für Internationale Beziehungen in Yale, vertrat eine mechanistische, von psychologischen oder philosophischen Erwägungen wenig berührte Auffassung der Machtpolitik. Ideologie wird nur unter dem Blickpunkt der "ideologischen Kriegführung" betrachtet. Geographie war der ausschlaggebende Faktor der Weltpolitik.

¹⁸ Esther C. Bernauer in Annals of the Amer. Acad. of Pol. and Soc. Science, Bd. 216, Juli 1941, S. 109-116.



URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf

¹⁶ Beard, The Economic Basis of Politics (New York: A. A. Knopf, 1945), S. 75. Eine Sammlung von 15 Essays, hrsg. von Howard K. Beale, Charles A. Beard: An Appraisal (Lexington: University of Kentucky Press, 1954), ist der erste Versuch einer wissenschaftlichen Bewertung von Beards Gesamtwerk. Der darin enthaltene Essay von George A. Leighton über "Beard and Foreign Policy" geht nicht sehr tief. Besser ist Fred Harvey Harrington, "Beard's Idea of National Interest and New Interpretations", in American Perspective, IV (1950), S. 335—345.

¹⁷ Beards Anti-Roosevelt-Feldzug ist von einer Reihe revisionistischer Historiker und Publizisten unter der Führung von Harry Elmer Barnes aufgenommen und weitergeführt worden. Den neuesten Stand und gleichzeitig einen Überblick über die Hauptthesen und Hauptvertreter dieser Gruppe gibt jetzt Harry Elmer Barnes, Hrsg., Perpetual War for Perpetual Peace (Caldwell, Idaho: Caxton Printers, 1953). Dieses 692 Seiten starke Werk (der Titel ist übrigens eine Phrase Beards!) enthält u. a. Beiträge von William Henry Chamberlin, George A. Lundberg, George Morgenstern und Charles C. Tansill.

Spykman forderte auf Grund seiner Analyse der Machtposition Amerikas eine aktive Politik der Vereinigten Staaten zur Aufrechterhaltung oder Neuetablierung eines Mächtegleichgewichts in Europa und Ostasien. Sein Werk begegnete vielen feindseligen Stimmen, die vor allem auf die Unvereinbarkeit der von Spykman empfohlenen Handlungsweise mit den Grundprinzipien der amerikanischen Gesellschaft hinwiesen, während manche wohl den Machtfaktor anerkannten, Spykman aber eine zu grobe oder einseitige Interpretation des Machtbegriffs vorwarfen¹⁹. Manche Gegner der neuen Realpolitik, wie der Ostasienexperte und Professor für Internationale Beziehungen an der Columbia University, Nathaniel Peffer, in seinem Buch America's Place in the World (New York: Viking Press, 1945), legten ihrer Polemik gegen "power politics" die Hoffnung zugrunde, daß auch große Nationen internationale Polizeiaktionen gegen sich selbst um der Aufrechterhaltung des Friedens willen anerkennen würden. Trotz dieser und unzähliger anderer Studien zum Problem der internationalen Sicherheit und Weltorganisation²⁰ wuchs indessen die Zahl der Autoren, die ihre Planung der Nachkriegswelt bewußt auf den Faktor der Machtpolitik stellten. In einem Aufsatz über "Power Politics and World Organization" wies Professor John H. Herz²¹ auf die schier unüberwindlichen Hindernisse hin, die das sogenannte Sicherheitsdilemma, dieser circulus vitiosus von gegenseitiger Angst und Machtpolitik aus Angst, dem Aufbau einer internationalen Gemeinschaft in den Weg stellten. In einem Symposion über neue Probleme der amerikanischen Außenpolitik im Herbst 1944 gab Professor Grayson L. Kirk, der jetzige Präsident der Columbia Universität, eine bemerkenswerte Analyse der "Nachkriegssicherheit für die Vereinigten Staaten". In der Vergangenheit sei es in Amerika Mode gewesen, Machtpolitik als unmoralisch zu verdammen. Der Machtfaktor in internationalen Beziehungen dürfe aber keinesfalls vernachlässigt oder auch nur verringert werden. Er sei jederzeit zu oberst im Denken der Staatsmänner, was immer sie auch über die rechtliche Gleichheit der Staaten verkündeten²².

Sucht man nach einer Erörterung dieser Fragen außerhalb der "Experten", so sind vor allem Carl Becker, Walter Lippmann, und Reinhold Niebuhr zu nennen.



¹⁹ Beide Kritiken sind vereint in dem Besprechungsartikel des jünst verstorbenen Direktors der historischen Abteilung des Institute of Advanced Studies in Princeton, Edward Mead Earle, "Power Politics and American World Policy", in Political Science Quarterly, LVIII (1943), S. 94—106. Exzerpte vieler anderer Kritiken sind zitiert in Edgar Furniss, Jr., "The Contribution of Nicholas John Spykman to the Study of International Relations", in World Politics, IV (1951—52), S. 382—401.

²⁰ Vgl. die Bibliographie von Hans Aufricht im Bulletin of the Commission to Study the Organization of Peace, II, Nr. 5 und 6 (Mai und Juni 1942); vgl. auch Percy E. Corbett, Post-War Worlds (New York: Institute of Pacific Relations, 1942), mit Bibliographie, und James Shotwells The Great Decision (siehe oben, Fußnote 15).

²¹ American Political Science Review, XXXVI (1942), S. 1039-1052. Prof. Herz' im Jahre 1951 veröffentlichtes Buch Political Realism and Political Idealism (University of Chicago Press) ist eine der eindringendsten amerikanischen Studien, die zum Problem der Macht in den letzten Jahren erschienen sind.

²² American Political Science Review, XXXVIII (1944), S. 945-955.

Gerald Stourzh

Der im April 1945 verstorbene Carl Becker, abgeklärt und urban wie kaum ein anderer amerikanischer Historiker seiner oder einer jüngeren Generation, veröffentlichte im Frühjahr 1944 ein populäres Büchlein unter dem Titel How New Will the Better World Be? (New York: A. A. Knopf). In einem Kapitel "Können wir Machtpolitik abschaffen und den Imperialismus beenden?" zeigte Becker die semantische Verwirrung auf, die Ausdrücke wie Machtpolitik und Gleichgewicht der Macht hervorgerufen haben. Beides sind für ihn ewige Gesetze der Politik. Becker widmete besondere Aufmerksamkeit zwei Lieblingsprinzipien der amerikanischen außenpolitischen Ideologie, dem nationalen Selbstbestimmungsrecht und der Forderung nach Nichteinmischung. Er warnte vor dem Konflikt, in den diese Prinzipien mit den "lebenswichtigen nationalen Interessen" der großen Mächte kommen könnten.

Auch Walter Lippmann in seinen U.S. War Aims (Boston, Little, Brown & Co., 1944) wandte sich scharf gegen die Ideologie des Selbstbestimmungsrechts und warnte davor, die lebenswichtigen Interessen der Vereinigten Staaten einer internationalen Sicherheitsorganisation anzuvertrauen. Ein Jahr vorher, 1945, erschien sein ungeheuere Verbreitung findendes Büchlein U.S. Foreign Policy: Shield of the Republic (Boston: Little, Brown & Co., 1943), das dem Prinzip des Mächtegleichgewichts in der auswärtigen Politik Popularität verschaffte. Lippmann, der selbst 1916 und anfangs 1917 den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Weltkrieg aus politischen Gründen befürwortet und legalistische wie merkantile Argumente abgelehnt hatte, versuchte im Jahre 1943 sogar zu beweisen, daß tatsächlich Amerika bewußtermaßen um des Gleichgewichts willen in den ersten Weltkrieg eingetreten sei23. Lippmanns Grundprinzip einer gesunden Außenpolitik ist es, die Verpflichtungen und die Macht einer Nation ins Gleichgewicht zu bringen. Daher kritisierte er scharf die Wilsonsche Ideologie, von der er noch 1952, in seinem jüngsten Buch über Außenpolitik Isolation and Alliances (Boston, Little, Brown & Co.,) meint, sie habe seit ihrer Formulierung das amerikanische politische Denken beherrscht und die amerikanische Politik gestaltet²⁴. Es gelte vielmehr, in dem bemerkenswert folgerichtigen Verhalten von Nationen während langer Perioden ihrer Geschichte den "Index ihres nationalen Interesses" zu erkennen, demgegenüber Ideologien eine unwichtige Rolle spielen.

Der dritte große Vertreter einer "realistischen" Theorie der internationalen Politik war – und ist – der bekannte protestantische Theologe Reinhold Niebuhr.

²⁴ A. a. O., S. 24. Das vierte — chronologisch dritte — Buch, das Lippmann seit 1943 der Außenpolitik gewidmet hat — The Cold War (New York: Harper & Brothers, 1947), enthält eine Auseinandersetzung mit George Kennans containment policy.



Jahrgang 3 (1955), Heft 1

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf

VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

106

²⁸ Zur Kritik dieser Ansicht vgl. insbesondere den hervorragenden Aufsatz von Edward Mead Earle, "A Half-Century of American Foreign Policy: Our Stake in Europe, 1898—1948", in Political Science Quarterly, LXIV (1949), S. 168—88.— Die verschiedenen Thesen über Amerikas Kriegseintritt 1917 sind analysiert in Prof. Richard W. Leopolds Aufsatz "The Problem of American Intervention, 1917: An Historical Retrospect", in World Politics, II (1949—50), S. 404—25.

Folgende seiner Werke sind für seine Kritik der internationalen Politik von besonderer Wichtigkeit: Moral Man and Immoral Society (New York, Ch. Sribner's Sons, 1932); der 1940 erschienene Aufsatzband Christianity and Power Politics (ebenda); The Children of Light and the Children of Darkness (ebenda, 1944); The Irony of American History (ebenda, 1952); und der Aufsatz "The Illusion of World Government", in Foreign Affairs, XXVII (1948-49), S. 379-388. Hauptpunkte von Niebuhrs Auffassung sind²⁵:

- 1. Die Kritik der in Amerika vorherrschenden liberalen Gesellschaftstheorie. Diese beruht auf einem rationalistischen Optimismus, glaubt an eine leicht zu bewerkstelligende Substituierung von Gewalt durch Vernunft, von sozialem Konflikt und internationalem Machtstreben durch universale, von der Vernunft auffindbare Werte, die graduell allgemeine Anerkennung finden sollen.
- 2. Die Betonung der Sündhaftigkeit der menschlichen Natur: Die superbia, die eigentliche Erbsünde, ist die tiefste Quelle der Permanenz menschlichen und politischen Konflikts. Somit liegt der Wille zur Macht oder zum Schein der Macht an der Wurzel von Niebuhrs Analyse der Politik.
- 3. Die Warnung vor allen falschen Absolutheiten und säkularen Erlösungslehren vom Reich Gottes auf Erden bis zur klassenlosen Gesellschaft sowie vor ihren Konsequenzen in einem ideologischen Fanatismus.
- 4. Der Nachweis der Zweideutigkeit in der Beziehung zwischen nationalem Interesse und universalen Werten (vgl. vor allem den Aufsatz "Ideology and Pretense" in Christianity and Power Politics und The Irony of American History, S. 36-37.). Da das individuelle Gewissen nur teilweise seine Befriedigung im Dienste der nationalen Gemeinschaft findet und darüber hinaus das Bedürfnis hat, Werten von allgemeiner Gültigkeit oder dem Anspruch allgemeiner Gültigkeit zu folgen, ist jede Nation gezwungen, ihre Interessenkonflikte in das Gewand allgemeiner Prinzipien zu kleiden.

Für den Theologen Niebuhr führt diese pessimistische Analyse indessen nicht zum perfektionistisch-defaitistischen Verzicht auf Unterscheidung zwischen Freund und Feind, zwischen kleinerem und größerem Übel, etwa zwischen westlicher Demokratie und Kommunismus. Die Verwirklichung absoluter Werte – vor allem christlicher Werte – kann nur approximativ sein, aber es gibt doch verschiedene Grade der Approximation.

Um über diesen theoretischen Auseinandersetzungen das konkrete Problem der amerikanischen Außenpolitik nicht aus den Augen zu verlieren, sei hier auf den Einfluß hingewiesen, den Niebuhrs Ideen auf manche "realistischen" Ansichten des ehemaligen Staatssekretärs Dean Acheson ausgeübt haben. In einer wenig beachteten Rede im Jahre 1950 zitierte er Niebuhrs Worte von dem "Element moralischer Zweideutigkeit, das immer in historischen Verantwortungen vorhanden ist". Es sei daher die Aufgabe einer gereiften politischen Führung, die große physische



Jahrgang 3 (1955), Heft 1

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf

²⁵ Für eine Besprechung von Niebuhrs Ansichten über internationale Politik vgl. Robert W. Tucker, "Faith, Reason, and Power Politics", in World Politics, V (1952-53), S. 392-413.

Macht und den moralischen Idealismus der Vereinigten Staaten auf eine gemeinsame Ebene der Aktion zu bringen²⁶.

Damit ist freilich dem Bericht über wichtige Autoren der Kriegszeit zeitlich vorgegriffen. Im Gegensatz zu ihrem realistischen Ansatz sahen die ersten Nachkriegsjahre eine Fülle von Ideologien juristischer, soziologischer, wirtschaftlicher Natur. Es war die Zeit, da verschiedene gesetzgebende Körper amerikanischer Gliedstaaten Resolutionen zugunsten einer Weltregierung verfaßten und man nationale Souveränität und nationales Interesse über Bord werfen wollte. Die von 1947–1951 an der Universität Chicago erscheinende Zeitschrift Common Cause, herausgegeben von dem dortigen Committee to Frame a World Constitution, enthält die intellektuell höchststehende Diskussion derartiger Probleme. Demgegenüber vertritt an der gleichen Hochschule einer der führenden amerikanischen Völkerrechtler, Quincy Wright, eine Theorie, die nationales Interesse und nationale Machtpolitik nicht durch Ausklammerung, sondern durch Verfeinerung und Vertiefung des Gleichgewichtsgedankens zu überwinden sucht²⁷.

Daneben ist im Hinblick auf bestimmte Tendenzen der amerikanischen Außenpolitik der Nachkriegsjahre, die teilweise im Marshallplan, in der Truman-Doktrin und vor allem im berühmten Punkt Vier-Programm sichtbar wurden, die wirtschaftliche Lösung des machtpolitischen Dilemmas von besonderem Interesse: Nelson A. Rockefeller wertete in einem Aufsatz "Widening Boundaries of National Interest" in Foreign Affairs, XXIX (1950–51), S. 523–38, Punkt Vier als "einen wichtigen Schritt vorwärts" in der Außenpolitik, besonders wegen seiner "Betonung der Gemeinsamkeit von Interessen". Der gewandteste Vertreter der "Punkt Vier"-Ideologie ist Stringfellow Barr in seinem Büchlein Let's Join The Human Race (University of Chicago Press, 1950). Nach ihm soll die Abhilfe für die wirtschaftlichen Nöte aller Nationen Idee und Macht versöhnen. Mit Recht ist dieser Fehlschluß einer allzu einseitig auf den homo oeconomicus gegründeten Theorie der internationalen Politik von dem englischen Historiker und Ostasienexperten G. F. Hudson kritisiert worden²⁸.

Übrigens rissen "realistische" Analysen der Außenpolitik auch in den Jahren der Nachkriegsillusion und der sich erst langsam entwickelnden Desillusionierung nicht ganz ab. Das Jahr 1947 sah die Veröffentlichung von The Price of Power (New York, Council of Foreign Relations) von Hanson W. Baldwin, dem Militärkorrespondenten der New York Times, der sich ausdrücklich auf Spyk-

²⁸ Vgl. "Point Fourism Is Not Enough. Power Politics and the Economic Fallacy" in der amerikanischen Zeitschrift Commentary, XV (1953), S. 346-51.



²⁶ Rede vom 9. Nov. 1950, abgedruckt in Department of State Bulletin, XXIII (20. Nov. 1950), S. 799-801.— Von Interesse ist auch der Bericht der von Prof. Elliott geleiteten Studiengruppe United States Foreign Policy. Its Organization and Control (s. Anm. 3) über ihr Zusammentreffen mit Niebuhr und die gemeinsame Diskussion des Problems von Politik und Moral. A. a. O., S. 14f.

²⁷ Vgl. insbesondere "International Law and Power Politics", abgedruckt, nebst vielen anderen ähnlichen Aufsätzen, in Quincy Wright, Problems of Stability and Progress in International Relations (Berkeley and Los Angeles, 1954).

man berief. In drei bemerkenswerten Artikeln "Ideology or Balance of Power" (Yale Review, Sommer 1947), "National Interest and the Balance of Power" (American Perspective, IV, 1950), und "Wanted: Wiser Power Politics" (Yale Review, Winter 1952), befaßte sich Prof. W. G. Carleton (University of Florida) mit dem Problem, den Konflikt nationaler mit nationale Grenzen überschneidenden sozialen und ideologischen Tendenzen in einem System "weiser Machtpolitik" zu berücksichtigen. Der erste von Carletons Aufsätzen ist eine der wenigen theoretischen Diskussionen des "Primats der auswärtigen Politik" in der amerikanischen Literatur, wobei diese Formulierung selbst freilich unbekannt bleibt. Den ausgesprochensten Machtstandpunkt schließlich nehmen die Schriften James Burnhams ein. Auf der Grundlage, die er in seinem Buch The Machiavellians: Defenders of Liberty gelegt hatte, begründen seine außenpolitischen Schriften, wie The Struggle for the World (New York: John Day Co., 1946) oder Containment or Liberation (ebenda, 1952), die Forderung einer amerikanischen Weltherrschaft bzw. eines "Befreiungskampfs" für die vom Bolschewismus unterdrückten Völker, wobei nationale Sicherheit und der Überlegenheitsanspruch im Namen der westlichen Kultur zusammenfließen.

Auch in der veränderten Themenstellung von Konferenzen u. ä. zeigt sich der Wechsel der amerikanischen Einstellung zu außenpolitischen Fragen und zum Machtproblem. 1947 veröffentlichte die "Conference on Science, Philosophy and Religion in their Relation to the Democratic Way of Life" den Bericht über ihr siebentes Symposion, unter dem Titel Conflicts of Power in Modern Culture. Im Frühjahr 1949 brachte die Zeitschrift The American Scholar eine Diskussion über "National Interest and Moral Principles in Foreign Policy"; im Herbst 1950 folgte in American Perspective ein Symposion über "The Idea of National Interest in 1950"; und im Frühjahr 1952 widmete die American Academy of Political and Social Science zum ersten Male eine ganze Session dem Thema: National Interest – Alone or with Others? (Annals of the American Academy of Political Science, Bd. 282, Juli 1952)

In diesen vier Symposien trat besonders Prof. Hans J. Morgenthau von der University of Chicago hervor, der sich seit der Veröffentlichung seiner Bücher Scientific Man versus Power Politics (University of Chicago Press, 1946); Politics Among Nations (New York: A. A. Knopf, 1948; 2. revidierte Aufl. 1954) und In Defense of the National Interest (New York: A. A. Knopf, 1951), zu einem der meistgenannten Vertreter der sogenannten "realistischen" Schule der auswärtigen Politik entwickelt hat. Morgenthaus Werk zeigt den Einfluß von Thomas Hobbes und Max Weber, und seine Ideen berühren sich in manchen Punkten auch mit denen von Reinhold Niebuhr und Walter Lippmann. Die Kontroverse, die an seine Schriften angeknüpft und die Debatte über Sinn und Inhalt des "nationalen Interesses" recht eigentlich in Schwung gebracht hat, ist nicht frei von Mißverständnissen geblieben, so etwa zum Thema von Moral und Politik²⁹. Folgende Thesen etwa sind für Morgenthaus Position bezeichnend:



Jahrgang 3 (1955), Heft 1 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html

URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf

²⁸ Vgl. dazu Morgenthaus jüngsten Beitrag: "Another Great Debate: The National Interest

- 1. Die Allgegenwart von Machtverhältnissen und des Willens zur Macht ist eine Grundtatsache der menschlichen Natur. Insofern und da dieser Sachverhalt die Würde der menschlichen Persönlichkeit bedroht oder zerstört, ist Macht an sich böse. Von einem absoluten moralischen Standpunkt aus ist daher alle Politik immer nur eine Frage des kleineren Übels. Im Staat ruht keine absolute moralische Würde.
- 2. Max Webers Dichotomie von Gesinnungsethik und Verantwortungsethik spiegelt sich in Morgenthaus Überzeugung, daß dem Staat das Recht zur Selbstaufopferung verwahrt ist. Von diesem Augenblick an wird Selbsterhaltung, "Erfolg", das "nationale Interesse" zum Maßstab der Politik.
- 3. Hierin, und nur hierin, liegt die "moralische Würde des nationalen Interesses", die Morgenthau überbetont im Angriff gegen die Wilsonsche Tradition, Moral-prinzipien in ihrer universellen Abstraktheit in die politische Arena zu ziehen. Fanatische Kreuzzüge und Prinzipienkriege zerstören die Werte, die unter dem Schutze des "nationalen Interesses" noch eher gedeihen können.
- 4. Morgenthaus Auffassung von Machtpolitik hat daher nichts mit einem pseudodarwinistischen Expansionismus oder Imperialismus zu tun. Seine Opposition gegen Ideologie in der Außenpolitik beruht gerade auf der Voraussetzung, daß Kompromisse eher auf der Basis des "nationalen Interesses" zu erreichen sind.
- 5. Morgenthaus Theorie der Außenplitik mißt dem ideologischen Faktor keine wesentliche Bedeutung bei³⁰. Die Diskrepanz zwischen "eisernen Gesetzen" der Machtpolitik und historischen Abweichungen dürfte auf den allerdings nicht genügend geklärten Einfluß von Max Webers Idealtypen zurückgehen³¹.

Die Kritik an dieser Auffassung des nationalen Interesses kommt aus sehr verschiedenen Lagern. Sie mag die Prämissen von Morgenthaus Interpretation radikal verneinen. So etwa Prof. Frank Tannenbaum, Spezialist für lateinamerikanische Geschichte an der Columbia University, der in der Theorie und Praxis der amerikanischen Außenpolitik die logische Entwicklung einer Idee, nämlich des föderativen Prinzips, auf dem die Vereinigten Staaten selbst beruhen, erblicken will³². Oder sie wird von Autoren geäußert, die, wenn auch in verschiedenem Ausmaß, die Tatsache der Machtpolitik durchaus anerkennen: Professor Percy E. Corbett (Princeton) und Professor Arnold Wolfers haben in zwei gehaltvollen Aufsätzen³³

⁸⁸ Percy E. Corbett, "National Interest, International Organization, and American Foreign Policy", in World Politics, V (1952—55), S. 46—65; Arnold Wolfers, "National Security' as



of the United States", in American Political Science Review, XLVI (1952), S. 961—88, mit einer Bibliographie früherer Artikel über das Thema Moral und Politik. Für eine deutschsprachige Exposition vgl. M.s Aufsatz in: Außenpolitik III (1952), S. 19—28 und Golo Mann in: Der Monat IV (1952), S. 486—497.

³⁰ Vgl. das neue Einführungskapitel in der revidierten 2. Auflage von Politics Among Nations, S. 6-7.

⁸¹ Diese Diskrepauz ist einer der Hauptpunkte der Kritik von Robert W. Tucker, "Professor Morgenthaus Theory of Political ,Realism", in American Political Science Review, XLVI (1952), S. 214-24.

⁸² Frank Tannenbaum, "The American Tradition in Foreign Relations", in Foreign Affairs, XXX (1951-52), S. 31-50, und "The Balance of Power versus the Coordinate State", in Political Science Quarterly, LXVII (1952), Juniheft.

Kritik am Konzept des "nationalen Interesses", soweit dessen Kern "Selbsterhaltung" ist, geübt. Es mag einmal Werte in einer Gesellschaft geben, die durch Auslöschen der nationalen Unabhängigkeit besser gewahrt werden als durch einen verzweifelten Unabhängigkeitskampf; zweitens mag der Wert der nationalen Sicherheit durch derart hohe Opfer anderer Werte einer Gesellschaft erkauft werden müssen, daß der Preis nationaler Sicherheit in keinem Verhältnis zu diesem Verlust mehr steht.

Die Erkenntnis vertieft zu haben, wie fließend die Grenzen zwischen "Innen-" und "Außenpolitik" sind, ist das große Verdienst des anderen bedeutenden gegenwärtigen Vertreters der "realistischen" Schule, George F. Kennan. Sein erstes Buch American Diplomacy 1900-1950 (University of Chicago Press) erschien 1951, das zweite Buch Realities of American Foreign Policy (Princeton University Press) ist eben (1954) veröffentlicht worden. Die Stärke von Kennans Analyse der "legalistisch-moralistischen" Einstellung der amerikanischen Außenpolitik liegt darin, ein oft verkanntes Paradox dieser Einstellung aufgedeckt zu haben: Einerseits schafft sie, indem sie die Kriterien des "nationalen Interesses" durch rechtliche Normen ersetzt, eine universelle "Einheit" aller Staaten und scheint daher "Außenpolitik" geradezu abzuschaffen. Andererseits aber errichtet die Hypothese der "souveränen Gleichheit" aller Staaten, ob groß oder klein, ganz neue Schranken zwischen den Nationen; sie schafft mit dem Grundsatz der Nichteinmischung eine besonders scharfe Grenzlinie zwischen Innen- und Außenpolitik und beraubt sich dadurch der Möglichkeit, den engen Zusammenhang von nationalen und -- trans-nationalen – sozialen Bewegungen zu erkennen und zu meistern ⁸⁴. Der bedeutendste Beitrag von Kennans zweitem Buch liegt auf der gleichen Ebene: es ist die Einsicht, daß die wasserdichte Scheidung von Innen- und Außenpolitik weniger Berechtigung denn je hat (vgl. insbes. S. 119). Das Veralten von wesentlichen Konzepten der auswärtigen Politik, wie souveräne Gleichheit und Nichteinmischung, scheint der Grund für das (von einem Vertreter der "realistischen"

an Ambiguous Symbol", in Political Science Quarterly, LXVII (1952), S. 481-502. — Vgl. auch die sehr bemerkenswerten Aufsätze von Prof. Wolfers "Statesmanship and Moral Choice", in World Politics, I (1948-49), S. 175-195, und "The Pole of Power and the Pole of Indifference", ibid., IV (1951-52), S. 39-63. — Vgl. auch Raymond Aron, "En Quête d'une philosophie de la politique étrangère", in Revue française de Science Politique, III (1955), S. 69-91 für eine Kritik von Morgenthaus ungenügender Beachtung von Ideologien.—Einen Unterschied zwischen "pragmatischen" Realisten, d. h. Realisten, welche den Machtfaktor anerkennen, ohne deshalb eine pessimistische Theorie der menschlichen Natur zu haben, und den "philosophischen" Realisten macht ein "pragmatischer" Realist, Prof. William T. R. Fox in der lesenswerten Abhandlung "Les fondements moraux et juridiques de la politique étrangère américaine", in Association française de science politique, La politique étrangère et ses fondements, rapports préparés sous la direction de J.-B. Duroselle (Paris: Librairie Armand Colin, 1954), S. 278-90.

³⁴ Vgl. American Diplomacy 1900-1950, S. 96-99. Eine eigentümlich negative Umschreibung des "nationalen Interesses", bei der er den Methoden beinahe stärkere Bedeutung beimißt als den Zielen, bringt Kennan in zwei wenig bekannten Reden, "How New Are Our Problems", und "The National Interest of the United States", gedruckt im Illinois Law Review, XLV (1950-51), S. 718-42; etwas gekürzt in den Oktober- und November 1951-Ausgaben des Foreign Service Journal.



Jahrgang 3 (1955), Heft 1 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf

Schulet) erstaunliche Kompliment zu sein, das Kennan den Vorkämpfern der Weltregierungsidee macht. Er rühmt ausdrücklich deren Erkenntnis, daß Amerika das Problem seiner weltweiten Beziehungen nur mit der Bereitschaft lösen könne, "eine ausgiebige Verschmelzung seines Lebens mit dem anderer Völker einzugehen" (vgl. S. 105–106).

Kennans Realities of American Foreign Policy ist als Beitrag zur Heilung der "Schizophrenie" gedacht, die er im amerikanischen Denken der letzten Dekade entdeckt hat, d. h. der Spaltung zwischen dem neuen Machtdenken und der vertrauteren Welt der alten Ideale des demokratischen Experiments (S. 28 und 29). Im gleichen Sinne wirkt das sehr bemerkenswerte Buch eines ehemaligen Mitglieds des policy planning staff des State Department, Charles Burton Marshalls The Limits of Foreign Policy (New York: Henry Holt & Co., 1954). Marshall vereint eine scharfe Erkenntnis der Realität der Macht mit dem Wissen, daß eine Weltmacht nicht mehr ein Doppelleben führen kann. Die Werte einer freien Gesellschaft müßten sich auch in der Außenpolitik zeigen, oder aber die Außenpolitik veränderte den Charakter der gesellschaftlichen Lebens (S. 86). – Die letztgenannten Schriften scheinen anzudeuten, daß nach den gewaltsamen Schwankungen vom extremen Utopismus zum extremen Machtdenken Zeichen der Reife und des Gleichgewichtes in der amerikanischen Einstellung zur auswärtigen Politik sich zu mehren beginnen.

Hinweise

Das auf vielfachen Wunsch hergestellte Verfasser- und Sachtitelregister für die Jahrgänge 1 und 2 der "Bibliographie zur Zeitgeschichte" wird dem Aprilheft beigelegt werden. Zusammen mit den Seiten 1—202 der Bibliographie bildet es ein Ganzes für Einband wie Benutzung.

Für eine umfassende Bibliographie des deutschen Widerstandes gegen Hitler erbittet Karl O. Paetel, 68—43 Burns Street, Forest Hills, LI, NY, USA, die freundliche Hilfe aller derer, die an der Erforschung der Widerstandsbewegung interessiert sind.

Aufgenommen sollen werden: Zeitungsund Zeitschriftenaufsätze, persönliche Aufzeichnungen, illegale Publikationen sowie alle sonstigen Zeugnisse über oppositionelle Regungen gegen das Hitler -System.

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Walter Baum, Studienrat, Wilhelmshaven, Bismarckstraße 118

Dr. Karl Dietrich Erdmann, Professor der Geschichte an der Universität Kiel; Mönkeberg b. Kiel, Ernestinenweg 7

Dr. Hans W. Gatzke, Assistant Professor für Geschichte, Department of History, The Johns Hopkins University, Baltimore 18, Maryland, U.S.A.

Dr. Felix Hirsch, Professor der Geschichte

und leitender Bibliothekar am Bard College, Annandale-on-Hudson, New York. Z. Zt. Heidelberg, Roonstraße 2

Dr. Gerald Stourzh, Mitarbeiter des Center for the Study of American Foreign Policy, Chicago; 1414 East 59th Street, Chicago 57, Illinois, U.S.A.

Dr. Fritz Terveen, Sachbearbeiter für Geschichte im Institut für den Wissenschaftlichen Film in Göttingen; Göttingen, Bunsenstraße 10



Jahrgang 3 (1955), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de